

Die CSU 1945 – 1948

Texte und Materialien
zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut
für Zeitgeschichte

Band 4

Die CSU 1945 – 1948

Protokolle und Materialien
zur Frühgeschichte
der Christlich-Sozialen Union

Band 1
Protokolle 1945 – 1946

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
von Barbara Falt und Alf Mintzel
unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer

R. Oldenbourg Verlag München 1993

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die CSU 1945 – 1948 : Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union / hrsg. im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarb. von Thomas Schlemmer. – München : Oldenbourg.

(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte ; Bd. 4)

ISBN 3-486-55982-6

NE: Fait, Barbara [Hrsg.]; GT

Bd. 1. Protokolle 1945 – 1946. – 1993

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Druck: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf alterungsbeständigem säurefreiem Papier

ISBN 3-486-55982-6

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	I
Einleitung.....	III
1. "Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen." (IV) - 2. Die Union wird "aus der Taufe gehoben" (VIII) - 3. Bayerische Christ- lich-Soziale Union versus Bayerische Christliche Einigungspartei (XX) - 4. Der "Fall Schäffer" - Teil I (XXIII) - 5. Der Höhenflug des "Ochsen- sepp". Müllers Weg zum Parteivorsitz (XXVIII) - 6. Die Bamberger "Ent- scheidungsschlacht" (XXXV) - 7. Der "Fall Schäffer" - Teil II (XLIV) - 8. Satzungsdebatten (XLVIII) - a) Die Diskussionen um die Delegierten- schlüssel (XLVIII) - b) "Parteidirektorium" oder "Führersystem"? (LI) - c) Revisionsbemühungen (LIX) - 9. Die "Oberbayerische Revolte" (LXVI) - 10. Erläuterungen zu den Dokumenten (LXXXIV) - a) Aufbau der Doku- mentation (LXXXIV) - b) Die dokumentierten Parteigremien (LXXXVII) - c) Quellenlage und Lücken in der Überlieferung (LXXXIX) - d) Editorische und redaktionelle Bemerkungen (XCIII)	
Verzeichnis und Nachweis der Protokolle und Materialien.....	XCVII
Abkürzungsverzeichnis	CII
Protokolle.....	3
Anhang.....	1701
Materialien	
Programmatische	1703
Organisation und Satzung	1751
Kurzbiographien der erwähnten Personen.....	1835
Register	
Sach- und Ortsregister.....	1949
Personenregister	1977

Vorbemerkung

Die Geschichte der CSU in den Jahren 1945 bis 1948 ist seit den Pionierstudien von Alf Mintzel keine terra incognita mehr. Gleichwohl liegen wichtige Aspekte der inneren Entwicklung, der programmatischen Orientierung, des organisatorischen Aufbaus und der praktischen Politik der Christlich-Sozialen Union in den ersten Nachkriegsjahren nach wie vor im Dunkeln. Diese Defizite haben ihren Grund vor allem darin, daß der Forschung zentrale parteiinterne Dokumente bislang nicht zur Verfügung standen.

Mit der vorliegenden Dokumentation können diese Defizite weitgehend ausgeglichen werden. Sie enthält die bisher noch kaum ausgewerteten Protokolle der Landesversammlungen und des Landesausschusses und ihrer Vorläufergremien sowie die Mitschriften des Landesarbeitsausschusses, der anfangs als eine Art erweiterter Vorstand fungierte. In den Protokollen dieser Leitungsgremien spiegelt sich freilich nicht nur die schwierige Gründungsphase der CSU, etwa der Richtungskampf zwischen dem eher katholisch-traditionalistischen und dem interkonfessionell-modernen Parteiflügel oder die Fülle der organisatorischen, personellen und programmatischen Probleme, mit denen sich die im Aufbau befindliche Partei konfrontiert sah. Die Protokolle geben darüber hinaus auch Aufschluß über die CSU als Regierungspartei, ihr spannungsreiches Verhältnis zum Koalitionspartner SPD (bis 1947) und zur amerikanischen Besatzungsmacht, die in wesentlichen Fragen (etwa bei der Entnazifizierung und der Kultur- und Schulpolitik) ganz andere Positionen vertrat als die CSU. Mit der vorliegenden Dokumentation wird die Forschung über die CSU auf eine neue Grundlage gestellt und zugleich der nach einer gewissen Euphorie über die "OMGUS-Akten" wieder stagnierenden Forschung über die Besatzungszeit ein kräftiger Impuls verliehen.

Die Initiative, eine Quellensammlung zur Frühgeschichte der CSU vorzulegen, ging von Hans Woller und Alf Mintzel aus, der dafür auch sein in den sechziger und siebenziger Jahren zusammengetragenes, zuletzt am Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Passau verwahrtes "CSU-Archiv" zur Verfügung stellte. Diese nun im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte liegenden Dokumente bilden den Kernbestand der Aktenpublikation, der durch Unterlagen aus anderen Archiven ergänzt und komplettiert werden konnte; vor allem das Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung ist hier zu nennen, das die Arbeit an der CSU-Dokumentation großzügig unterstützte. Mit dem Dank dafür verbindet das Institut für Zeitgeschichte die Hoffnung auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit, vor allem bei der Publikation der Protokolle des Landesvorstandes der CSU, die in diese Dokumentation nicht aufgenommen werden konnten.

Unter der Projektleitung von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller hat Barbara Fait, zunächst als Projektmitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte, später neben ihrer Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin am Historischen Seminar der Universität Köln, die Archivrecherchen durchgeführt, die Zusammenstellung der Dokumente besorgt und die Einleitung geschrieben. Thomas Schlemmer unterstützte sie dabei mit außerordentlichem Engagement und erstellte den biographischen Anhang.

Katharina Knippschild erarbeitete das Sachregister. Zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichem Ausmaße schrieben Ruth Diekmann, Annette Hauser, Elke Heussler, Heike Hoffmann sowie Ruth Jäschke und Ursula Reddmann das umfangreiche

Manuskript, das anschließend von Veronika Hösch, Wilfried Mausbach, Dieter Pohl, Marcus Schurig und Regina Vossen korrigiert und vereinheitlicht wurde. Die Computer-Spezialisten Gabi Broszat-Kehl und Rainer Ostermann haben zwischen hard- und software vermittelt und das Manuskript in eine ansprechende äußere Form gebracht. Christoph Weisz wirkte bei der Layout-Gestaltung und bei der Endredaktion mit, Martin Bott und Mathias Rösch halfen schließlich bei Einzelrecherchen und ermittelten Daten für den biographischen Anhang. Rudolf Morsey, Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, hat das Manuskript für den wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte begutachtet und wichtige Anregungen für den Druck gegeben, Georg Maisinger, der Verwaltungsleiter des Instituts, brachte das Projekt über manche administrative Klippe.

Mit dem Dank an alle am Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbindet das Institut für Zeitgeschichte die Hoffnung, daß die gehaltvolle Dokumentation einen neuen Anstoß für die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der CSU und Bayerns in der Besatzungszeit und den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Institut für Zeitgeschichte
Horst Möller

München, im Mai 1993

Einleitung

Anton Pfeiffer, geschichtsbewußter Mitbegründer der "Christlich-Sozialen Union in Bayern" und eine der herausragendsten Persönlichkeiten der jungen Partei, sagte in einer Situation, in der es in der bewegten Frühgeschichte der Union wieder einmal hoch herging, er "hoffe, daß die Reden des heutigen Tages sehr gut stenographisch aufgenommen sind; denn sie werden einstens eine Geschichtsquelle für die weitere Entwicklung sein".¹

Glücklicherweise erfüllte sich diese Hoffnung, und so können Jahrzehnte später mit dieser Dokumentation von Protokollen und Materialien zur Frühgeschichte der CSU "Geschichtsquellen" der Öffentlichkeit vorgelegt werden, die von hohem Rang für die Parteienforschung, aber auch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der frühen Nachkriegszeit sind.

Die Protokolle sind eine wahre Fundgrube, die in ihrer thematischen Vielfalt den verschiedensten Interessensgebieten nicht nur aus dem Bereich der Historiographie neue Impulse liefern können und sollen. Sie reflektieren das gesamte Spektrum zunächst bayerischer, dann zonaler und schließlich überzonaler Entwicklungen und Probleme der frühen Nachkriegszeit. Sie beleuchten die "hohe Politik" des bayerischen Freistaates, z.B. seine "Außen-" und Verfassungspolitik gegenüber den übrigen deutschen Ländern, spiegeln aber auch die Besatzungspolitik der Sieger, soweit die Ziele und Pläne der amerikanischen Besatzungsmacht und ihrer Alliierten den bayerischen Kräften transparent wurden bzw. ihr Tun bestimmten. Die Protokolle vermitteln neben vielen Aspekten der politischen Geschichte auch plastische Eindrücke von den Sorgen und Nöten des Alltags, wie sie sich etwa in der propagandistischen Verwertung der "schwarzen Ochsen" von Marktrechwitz offenbaren, die illegal geschlachtet zu haben, die parteipolitische Konkurrenz den "Bonzen" von der CSU vorwarf. Sie zeigen das immer schwieriger werdende Verhältnis von Partei und Bevölkerung zur Entnazifizierung, ihre Auswirkungen auf das politische Klima und viele andere Alltagsprobleme, mit denen die deutsche Nachkriegsgesellschaft über Bayerns Grenzen hinaus konfrontiert war. Stichworte wie das inzwischen überstrapazierte von der "politischen Kultur", Alltagsgeschichte, politische Geschichte, Kultur, Soziologie und Sozialgeschichte, Wahlforschung usw. werden der reichen Palette nur unzureichend gerecht, die sich den Lesern der parteiinternen Diskussionen eröffnet.

Die Einleitung zu den facettenreichen Protokollen und Materialien kann nur wenige Teilbereiche beleuchten. Dies soll dazu beitragen, auch denjenigen einen ersten Zugang zu den Dokumenten zu eröffnen, die die Dokumentation mit Hilfe des Sachregisters nur punktuell zu Rate ziehen - was angesichts des voluminösen Umfangs wohl häufig der Fall sein wird. Sie beschränkt sich auf drei Schwerpunkte, die eng miteinander verbunden sind: Die bislang weitgehend unbekannte "Urgeschichte" der CSU muß auch deshalb ausführlich geschildert werden, weil die wenigen und sehr wortkargen Protokolle des Jahres 1945 nur sehr unzureichende Einblicke in diese prägnante Phase bieten. In den Monaten ab August 1945 bildeten sich nämlich die Konstellationen bereits heraus, die für lange Jahre das Gesicht der Partei zeichneten. Die frühe

¹ Vor dem Landesausschuß am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1629.

Gründungsgeschichte der CSU ist untrennbar mit dem sachlichen, aber auch persönlichen Antagonismus der beiden Rivalen im Kampf um die Parteiführung, Fritz Schäffer und Josef Müller, verbunden. Den Höhe- und vorläufigen Endpunkt ihrer erbitterten Führungsstreitigkeiten markierte die sogenannte "Bamberger Tagung" der CSU, in der Josef Müller am 31. März 1946 den Sieg davontrug.

Einen zentralen Stellenwert in den Protokollen - und deshalb auch in den im Anhang präsentierten Materialien - nahm seither die Diskussion um die Gestaltung der inneren Verfassung der Partei, ihrer Statuten, ein. In den zuweilen sehr scharfen Diskussionen um die Organisation der Partei setzte sich der Machtkampf zwischen den Flügeln fort, die sich 1945 herausgebildet hatten. Den Satzungsdebatten und ihren Hintergründen gilt der zweite Schwerpunkt der Einleitung.

Fritz Schäffers politische Karriere war im April 1946 durch eine Intervention der amerikanischen Besatzungsmacht jäh unterbrochen worden. Als sein Statthalter agierte seither Alois Hundhammer, der seinen Platz unverzüglich räumte, als Schäffer Ende Januar 1948 die politische Bühne wieder betreten konnte. Unter dem Banner einer "inneren Reform" der CSU durch eine Änderung ihrer Satzungen knüpfte Schäffer 1948 fast nahtlos an die Führungsstreitigkeiten der Jahre 1945/46 an. Die von ihm angezettelte "Oberbayerische Revolte", der thematische Schlußpunkt der Einleitung, brachte die Partei Anfang 1948 an den Rand ihres Zusammenbruchs. Sie markierte den Anfang vom Ende der interkonfessionellen Massenpartei, die 1945 "aus der Taufe gehoben" wurde. Die CSU wandelte sich zu einer Honoratiorenpartei Weimarer Prägung, bis im Januar 1955 Hanns Seidels Wahl zum Vorsitzenden eine Rückkehr zu den Wurzeln einläutete und der Aufstieg der Union zu einer "Massen- und Apparat-Partei modernen Typs" (Mintzel) begann.

Die Beschränkung auf diese Kernfragen der innerparteilichen Entwicklung bedeutet, und das sei ausdrücklich gleich zu Beginn vermerkt, daß vor allem die Zwistigkeiten zur Sprache kommen müssen, die die "Union" belasteten. Viele positive Impulse, die die junge Partei setzte, etwa mit ihrer innovativen Programmatik, kommen dabei zu kurz. Die konstituierenden Jahre waren streiterfüllte Jahre und die Machtkämpfe so hart, daß sich selbst die in Machtfragen erfahrenen amerikanischen Beobachter der Szenerie beeindruckt zeigten: "Politics, the world over, is a nasty game and Bavaria is no exception."²

1. *"Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen."*

Die bayerische Szenerie des Jahres 1945 war dominiert von der allgegenwärtigen Präsenz der amerikanischen Besatzungsmacht, die unmittelbar nach dem Abschluß der militärischen Operationen - in Bayern am 6. Mai - ihre Herrschaft zu institutionalisieren begann und zunächst jegliche deutsche politische Initiative unterband. Die Etablierung der Besatzungsherrschaft verlief im gesamten Gebiet der US-Zone ähnlich, doch fiel Bayern unerwartet eine Sonderrolle zu. Am 15. Mai war in München ein kleiner Stab von 32 Offizieren eingetroffen, der unter der Leitung des ehemaligen New Yorker Stadtverordneten Charles Keegan den Grundstock der in den folgenden Monaten auf etwa 200 Offiziere erweiterten amerikanischen Militärregierung in Bay-

² Pierre Purves, OMGUS, Office of the Director of Political Affairs, an Ambassador Heath, 13. Mai 1946: Subj.: CSU in Bavaria. Case of Joseph Müller, National Archives Washington (NA) Record Group (RG) 84, CGC Box 2 of 12.

ern, dem Regional Military Government (RMG), bildete.³ Schon zwei Wochen nach ihrer Ankunft, am 28. Mai 1945, beriefen die Amerikaner auf Empfehlung des Münchner Erzbischofs, Kardinal Michael von Faulhaber, den ehemaligen Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer, zum Vorläufigen Ministerpräsidenten von Bayern. Dies geschah, noch bevor die Alliierten am 5. Juni 1945 offiziell die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen und mit einer Erklärung des gleichen Tages die Besatzungszonen unter sich aufteilten.⁴ Die Ernennung Schäffers zum ersten Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit war ein Experiment, und die Ausübung dieses Amtes "unter der Oberhoheit und Kontrolle der Militärregierung" war schwierig. Der Vorläufige Ministerpräsident - so war es in der Ernennungsurkunde klargestellt - war nämlich einerseits reines Vollzugsorgan der Besatzungsmacht, zeichnete andererseits aber verantwortlich für die Durchführung der amerikanischen Direktiven in allen Verwaltungsbereichen.⁵ Eigentlich war Schäffer damit angesichts eines nur noch in Rudimenten existierenden Verwaltungsapparates von vornherein zum Scheitern verurteilt. Obwohl die Amerikaner ihn bei seinem Amtsantritt über die Folgen eines etwaigen Versagens unverblümt aufgeklärt hatten - es drohten Prozeß und Verurteilung durch den Militärgerichtshof -, stellte sich Schäffer aber der Herausforderung.

Er verstand die Einsetzung des ersten Ministerpräsidenten in Bayern als Bestätigung bayerischer sonderstaatlicher Traditionen und hoffte, durch die schnelle Wiederherstellung einer effizienten Landesverwaltung, die - angesichts der vermutlich noch einige Zeit andauernden Ausschaltung der Reichsbehörden - befreit von "preußischer" Bevormundung agieren könnte, eine föderalistische Vorentscheidung herbeiführen zu können.⁶ Mit diesen Plänen knüpfte Schäffer an traditionelle Ziele der Bayerischen Volkspartei an, die in dieser Situation des Neubeginns endlich ihre historische Chance zu erhalten schienen.

Seit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 hatte Bayern um die Bewahrung seiner Eigenstaatlichkeit gekämpft. Die meisten Reservatrechte, die die Verfassung des Kaiserreiches dem größten der deutschen Mittelstaaten noch zugebilligt hatte, waren mit der Monarchie hinweggefegt worden. Die Weimarer Verfassung war eher unitarisch, und vergeblich hatten Bayerns Föderalisten, allen voran die Bayerische Volkspartei, ihre Revision zu erstreiten versucht. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatten die föderalistischen Reformbestrebungen ihr jähes Ende gefunden, aber nach

³ Dazu ausführlich Lutz Niethammer, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945 (künftig: Niethammer, Bayern 1945), in: VfZ 15 (1967), S. 153-210, hier S. 178.

⁴ "Declaration regarding the defeat of Germany and the assumption of supreme authority with respect to Germany by the Governments of the United Kingdom, the United States, the USSR, and the Provisional Government of the French Republic" und "Statement by the Governments [...] on zones of occupation in Germany", beide vom 5. Juni 1945, z.B. in: Documents on Germany under Occupation, selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London u.a. 1955, S. 29 ff. und S. 35.

⁵ "Vorläufige Ernennungsurkunde" vom 28. Mai 1945; die englische Originalfassung der Urkunde ist als Faksimile wiedergegeben in: 100 Jahre Fritz Schäffer. Politik in schwierigen Zeiten, Katalog der Ausstellung im Museum Kloster Asbach, 12. Mai - 15. August 1988, hrsg. von Peter Claus Hartmann und Otto Altendorfer, Passau 1988, S. 117.

⁶ Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, ²Berlin, Bonn 1982 (künftig: Niethammer, Mitläuferfabrik), S. 162. Zum bayerischen Föderalismus und zu den verschiedenen Vorstellungen über "Föderalismus", die bis hin zu separatistischen Ideen reichten: Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1984.

dem Zusammenbruch des NS-Regimes schien sich dem einstigen BVP-Vorsitzenden nun die Möglichkeit zu eröffnen, das zu erreichen, wofür seine Partei in der Weimarer Republik vergeblich gekämpft hatte: Eine deutsche Staatskonstruktion, in der die Einzelstaaten wieder die ihnen gebührende Rolle spielen konnten.

Richteten sich die "außenpolitischen" Bestrebungen Schäffers auf die gouvernementale Absicherung bayerischer Staatshoheit, so war seine Politik im Innern bestimmt von seiner Furcht vor einem Linksrutsch in einer politisch und moralisch zutiefst verunsicherten Bevölkerung. Deshalb glaubte er, daß man eine Politisierung der Bevölkerung und damit auch eine Demokratisierung der Regierung vorerst unbedingt vermeiden müsse. Am 17. Juli 1945 entwarf er anläßlich der ersten bayerischen Landrätetagung sein Regierungskonzept, das von starkem Mißtrauen gegenüber politischen "Tendenzen" geprägt war: "Die Landesregierung ist keine politische Regierung, vertritt keine politische Richtung, ist eine deutsche Regierung und will das christliche Sittegebot im deutschen Volke wieder aufleben lassen. Alle anderen Kreise, die mit irgendwelchen Tendenzen kommen, sind abzulehnen. Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen."⁷

Das war nicht nur eine klare Absage an ein wie immer geartetes Block-Modell, also an eine Einbeziehung aller nicht-nationalsozialistischen politischen Kräfte in die Regierung, wie es etwa in der Sowjetischen Besatzungszone oder auf lokaler Ebene auch in Bayern häufig praktiziert wurde, sondern eine Absage an eine parteipolitische Orientierung der Regierung überhaupt und gleichzeitig eine Manifestation tiefsitzender Parteienfeindlichkeit. Daß diese keineswegs gleichzusetzen war mit einer "apolitischen" Richtungslosigkeit des Ministerpräsidenten, wie sie Schäffer für sich und seine Regierung in Anspruch nahm, ergibt sich aus den skizzierten Zielen seiner Tätigkeit. Was Schäffer vorschwebte, lief auf eine langfristige Lenkung der bayerischen Geschichte unter seiner väterlichen Ägide hinaus, die solange andauern sollte, bis das Volk "in späteren Jahren" zu demokratischem Bewußtsein herangereift war.⁸ Auch damit knüpfte er letztlich an Ideen an, die schon in den Krisenjahren der Weimarer Republik - damals allerdings unter monarchistischen Vorzeichen - in den Reihen der Bayerischen Volkspartei laut geworden waren.

Seine Vorstellungen wurden durchkreuzt, als die amerikanische Militärregierung Mitte August 1945 ankündigte, daß in Kürze die Zulassung von politischen Parteien in der US-Zone zu erwarten sei. Der damit abgegebene Startschuß für die Entfaltung parteipolitischer Aktivitäten in Bayern erfolgte vor dem Hintergrund der Lizenzierung der ersten Nachkriegsparteien in der Sowjetischen Besatzungszone und im Einklang mit den Beschlüssen der "Großen Drei" auf der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945, die die Förderung demokratischer politischer Parteien zum erklärten alliierten Besatzungsziel erhoben hatten.

Colonel Robert Reese, Verwaltungschef des für Bayern zuständigen Regional Military Government, informierte den bayerischen Ministerpräsidenten am 14. August 1945 eher unwillig über die aktuellen amerikanischen Pläne, die mit einer von USFET (United States Forces, European Theater) am 27. August 1945 erlassenen Direktive offiziell wurden. Reese, der wie viele amerikanische Offiziere einer frühzeitigen Reaktivierung der deutschen politischen Kräfte mißtrauisch gegenüberstand,⁹ for-

⁷ Zitiert nach Niethammer, Bayern 1945, S. 187.

⁸ Der Bayerische Ministerpräsident an Col. Reese, 17. August 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 142.

⁹ Dazu ausführlicher Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), Stuttgart 1982, S. 14ff.

derte Fritz Schäffer daher im gleichen Atemzug dazu auf, ihm binnen sechs Tagen, bis zum 20. August, Maßnahmen zu nennen, "die getroffen werden können, um die Wirkungen der Entnazifizierung sicherzustellen und zu verhindern, daß auf dem Umweg über die neu zugelassenen Parteien die Auswirkungen illusorisch gemacht werden".¹⁰ Außerdem sollte Schäffer auch die Frage prüfen: "Können bei der Bildung der neuen Parteien auch Mitglieder der Landesregierung aktiv hervortreten?"¹¹

Schäffer säumte nicht, die Fragen des Colonel ausführlich zu beantworten. In einem sechseitigen Brief schlug er am 17. August verschiedene Vorkehrungen zur Sicherstellung der Ausschaltung nazistischer Einflüsse auf die sich neu bildenden Parteien vor. Vor Auflistung seiner Empfehlungen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Infiltration führte er Reese, mit dem er sich offensichtlich einig wußte, aber nachdrücklich die Gefahren eines überstürzten Neubeginns parteipolitischen Lebens vor Augen: "Die Zeitverhältnisse sind für die Zulassung politischer Parteien nicht günstig. Wir stehen vor einem harten Winter. Die allgemeine Not wird radikalen Phrasen leider geneigte Ohren bieten. Als Folge der Entnazifizierung sind weite Bevölkerungskreise, die sehr geschulte Kräfte darstellen, der wirtschaftlichen Not überantwortet und können gerade radikalen Richtungen geeignete Führer und Propagandakräfte stellen." Obwohl Schäffer sich wenig Illusionen über die Realisierbarkeit seiner Vorschläge gemacht haben dürfte, bat er die Militärregierung, doch "zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, die Wiederzulassung der politischen Tätigkeit im deutschen Volk stufenweise und unter gewissen Beschränkungen, die dem Sinn der Demokratie aber entsprechen, vorzunehmen". Seiner Überzeugung nach mußte das deutsche Volk Schritt für Schritt zur Demokratie erzogen werden. Eine zu schnelle Freigabe voller demokratischer Rechte würde eine erneute Zersplitterung des Parteiensystems zur Folge haben, und dies war aus seiner Sicht eine zwingende Vorstufe zu Anarchie und Nihilismus. Schäffer empfahl deshalb, Wahlen zunächst nur auf örtlicher Ebene - erst in späteren Jahren auf Landesebene - abhalten zu lassen und dabei, mit dem langfristigen Ziel der Etablierung eines Zweiparteiensystems, jeweils nur die Aufstellung zweier Kandidaten zu erlauben. Schäffer schlug der Militärregierung außerdem vor, für die schließlich stattfindenden Wahlen der Landesregierung nur solche Personen als Kandidaten zuzulassen, "die sich in der praktischen Arbeit der Selbstverwaltungskörperschaften bewährt haben. Es würde dies dann bei den Gewählten eine Auslese schon bewährter Männer darstellen."¹² Dabei dachte der Vorläufige Ministerpräsident zweifellos nicht zuletzt an sich selbst, hatte er doch über die gesamte Dauer der Weimarer Republik in verschiedenen Funktionen dem bayerischen Staate gedient. Es hiesse aber, Schäffers Motive mißzuverstehen, hinter seinen Überlegungen pure Amtsversessenheit zu vermuten. Sein antiparteiliches, obrigkeitstaatliches Demokratieverständnis war in erster Linie ein Reflex auf die Erfahrungen der jüngsten NS-Vergangenheit und wurde von vielen Zeitgenossen geteilt.

Dies unterstreicht auch der erste Teil seines Schreibens an Reese, das jenem Problem gewidmet war, das dem langjährigen Mitglied und zuletzt (1929 bis 1933) Vorsitzen-

¹⁰ Aktennotiz vom 14. August 1945, nicht gezeichnet, BayHStA, NL Pfeiffer 142.

¹¹ Der Fragesteller geht aus einer zweiten Aktennotiz vom 14. August (BayHStA, NL Pfeiffer 142), in der diese Frage als Zitat vermerkt ist, nicht eindeutig hervor, doch der Beginn der Notiz deutet darauf, daß es sich um das Gespräch mit Reese gehandelt hat: "Der Ministerpräsident möchte bei der Prüfung der Frage betreffend Neubildung der Parteien auch die Frage prüfen: [...]".

¹² Schäffer an Reese, 17. August 1945 (wie Anm. 8).

den der Bayerischen Volkspartei offensichtlich besonders auf den Nägeln brannte: der Beantwortung der schwierigen Frage, ob sich auch die Regierungsmitglieder an den bevorstehenden parteipolitischen Aktivitäten beteiligen dürften.

Wohl schweren Herzens, aber ganz im Einklang mit seinem gouvernementalen Regierungskonzept, verneinte Schäffer dies und traf damit auch eine persönliche Entscheidung, die für die künftige Entwicklung der entstehenden Christlich-Sozialen Union von weitreichender Bedeutung war: Schäffer betonte, daß die personelle Besetzung der bayerischen Landesverwaltung bewußt ungeachtet früherer politischer Überzeugungen erfolgt sei - ausgenommen selbstverständlich solcher nationalsozialistischer Art -, und wies Reese eindringlich auf die Nachteile parteipolitischer Bindungen der Regierungsmitglieder hin. Der Vorläufige Ministerpräsident befürchtete, das Aufkommen von Parteien könne der reibungslosen, ganz auf die gemeinsame Bewältigung der sachlichen Probleme gerichteten Abwicklung der Verwaltung hinderlich sein: "Die Zulassung politischer Parteien könnte hier insofern störend wirken, als Rücksichtnahme auf die Stimmung der künftigen Wähler von politischen Gesinnungsgenossen der Angehörigen der Landesverwaltung gefordert wird." Aus all diesen Überlegungen heraus war es nur konsequent, daß er sich verpflichtet fühlte, sich selbst und die tragenden Kräfte seiner Regierung von solchen "Störungen" fernzuhalten. Schäffer glaubte, der Militärregierung "die Erklärung abgeben zu können, daß sich die Angehörigen der Bayerischen Landesregierung einer solchen Einflußnahme entziehen werden. Es wird allerdings das zu Folge haben müssen, daß die Mitglieder der Bayerischen Landesregierung sich selbst für ihre Person jeder politischen Betätigung enthalten. Es ist allerdings auch das insofern nicht bedenkenfrei, als die politischen Parteien gerade dadurch dem Einfluß von Personen entzogen werden, die sicherlich das Verantwortungsbewußtsein in den politischen Parteien nur stärken würden."¹³

Kein Zweifel, Schäffers Haltung in dieser Frage war ambivalent. Seine Ausführungen zeigen, wie schwer ihm der Verzicht auf eigene parteipolitische Initiativen zum Wohle des Staates fiel, wenn schon der Gang der Dinge nicht mehr aufzuhalten war. Doch zunächst stand er zu seinem Wort, zumal auch die Militärregierung den "Wunsch ausgedrückt" hatte, er möge sich aus dem aktiven Parteienleben vorerst heraushalten.¹⁴

2. Die Union wird "aus der Taufe gehoben"

Als sich am 14. August 1945 um 17 Uhr, also noch am gleichen Tag, an dem Reese die baldige Wiederzulassung politischer Parteien in Aussicht gestellt hatte, ein kleiner Personenkreis zu einer Besprechung über die Bildung einer neuen christlichen Partei zusammensetzte, fehlte Schäffer in der zwölköpfigen Runde.¹⁵ Es spricht vieles dafür, daß damit bereits eine Vorentscheidung für den Ausgang der bevorstehenden Kämpfe um die Führung der entstehenden CSU gefallen war. In dieser ersten, noch halboffi-

¹³ Ebenda.

¹⁴ So seine Ausführungen vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.

¹⁵ Stenographische Notizen Pfeiffers "Part. Bildung, Die. 14.8.45, 17 h" nebst einem später vorgenommenen Übertrag in Langschrift, BayHStA, NL Pfeiffer 41. Die Übertragung erfolgte im Rahmen der Untersuchung Christiane Reuters über Anton Pfeiffer ("Graue Eminenz der bayerischen Politik". Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888-1957), München 1987) durch Oberregierungsrat Schmidpeter; dazu Reuter, Graue Eminenz, S. 121 und S. 274.

ziellen Besprechung über die Bildung einer bayerischen christlichen Sammlungspartei, die sich als Gegenkraft gegen die sozialistischen Strömungen verstand, wurden nämlich bereits wichtige Weichen für die künftige Marschroute dieser Partei gestellt, über die seit Kriegsende in verschiedenen informellen Gesprächszirkeln längst erste Gedanken entwickelt worden waren. Daß mit den Ideen auch die Personen, die sie vertraten, einen ersten Etappensieg erzielen konnten, liegt auf der Hand. Hinzu kam etwas, das man als Vorrecht und Aura der Gründungsväter bezeichnen könnte, die dem am 14. August versammelten Personenkreis einen Einflüßvorsprung verschaffte, der von Dauer bleiben sollte. Der Autoritätsbonus dieser zwölköpfigen Gruppe der ersten Stunde läßt sich schon daran ermessen, daß mit Joseph Baumgartner, Max Grasmann, Heinrich Krehle, Emil Muhler, Josef Müller, Anton Pfeiffer und Maria Probst in diesem Kreis bereits sieben Personen vertreten waren, die später als Angehörige der 1946 gewählten Landesvorstandschafft in führende Positionen der neuen Partei rücken sollten - unter ihnen auch der künftige Landesvorsitzende Josef Müller.¹⁶ Auch Schäffer selbst vertrat später die Meinung, daß sein Fehlen in dieser ersten Zusammenkunft ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der Christlich-Sozialen Union war,¹⁷ die an diesem Tag auf den Weg gebracht wurde.

Als Gastgeber der Besprechung am 14. August fungierte der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl. Als langjähriger Erster Bürgermeister der bayerischen Metropole schon zu Weimarer Zeiten (1925 bis 1933) zählte er zur Prominenz der ehemaligen BVP und erfreute sich großer Popularität. Scharnagl hatte schon am 10. August 1945 mit einem Rundschreiben an ca. 60 Personen "außerhalb des sozialistischen Lagers" die Initiative zur Gründung einer Sammlungspartei auf christlicher Grundlage ergriffen. Sein fast vierseitiger Rundbrief enthielt bereits richtungweisende Gedanken zum Charakter und zur programmatischen Ausrichtung der zu schaffenden Partei, die den späteren Entwicklungen sehr nahe kamen. Als früheste - quasi-öffentliche - programmatische Kundgebung der damals allerdings noch gar nicht existierenden CSU steht er an der ersten Stelle der im Anhang dieser Dokumentation zusammengestellten Materialien zur Frühgeschichte der CSU.¹⁸

Scharnagl warb in seinem Rundbrief, gleichzeitig ein Aufruf an alle interessierten Kreise, in der neuzugründenden Gruppierung mitzuwirken, für ein völlig neues Parteienverständnis, eine entschiedene Abwendung von althergebrachten Mustern, für "neue Wege": Die "bisherigen Formen politischer Betätigung der Parteien [müssen] verschwinden". Diese seien wegen ihrer Vielzahl, vor allem aber "ihrer beengten Zielsetzung wegen überholt und in der Zukunft unmöglich". Er ging davon aus, daß sich künftig nur zwei oder drei Gruppen "politischer Meinung" bilden werden, die, so hatten ihm wiederholte Gespräche mit Angehörigen der früheren sozialdemokratischen Partei gezeigt, in ihren demokratischen und sozialen Zielsetzungen zwar weitgehend übereinstimmen, sich aber in ihrer weltanschaulichen "Grundsatzlegung" wesentlich voneinander unterscheiden würden. Die politische Gruppierung, deren Formierung er mit seiner Initiative anregen wollte und die "hoffentlich den Hauptteil der Bevölke-

¹⁶ Weitere Teilnehmer waren nach Pfeiffers Notizen die Herren Gerstl, Reuter, Schwarzer und Stadelmayer, sowie eine Person namens Dr. Pröbst, bei der es sich um Maria Probst handelte: Walter Berberich, Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Würzburg 1965, S. 38.

¹⁷ Ausführungen Schäffers vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.

¹⁸ Rundschreiben Scharnagls vom 10. August 1945, "Verehrter Herr!", Dok. Nr. I, S. 1703f.

rung erfassen" werde, müsse sich "bewußt und entschieden zu einer christlichen Staats- und Gesellschaftsauffassung bekennen und dieses Bekenntnis, soweit wie möglich, praktisch werden lassen". Um möglichst weite Bevölkerungsteile "aller Berufskreise und aller Schichten" erfassen zu können, riet Scharnagl von der Aufstellung eines Programmes ab, "das zu sehr in Einzelheiten sich ergeht. Es handelt sich darum, die großen Gesichtspunkte, die einigen können, herauszustellen und alles zu vermeiden, was zersplittert und aufteilt."

Scharnagl entwarf damit das Bild einer christlich-interkonfessionellen Sammlungspartei, die von ihrer Zielsetzung her als wirkliche Volkspartei schichten- und ständeübergreifend die gesamte Bevölkerung erfassen sollte. Auch über den Namen der zu schaffenden Gruppierung hatte er schon erste Ideen formuliert. Für ihn stand fest: "Sämtliche Namen der früheren Parteien sind unmöglich und müssen verschwinden. Sie sind belastet durch die Vergangenheit und sind beengt durch frühere Programme". Mit den von ihm vorgeschlagenen, durch die parallelen Bestrebungen im Rheinland mitinspirierten Alternativen: "Christliche Demokraten" oder "Christliche Demokratische Volksbewegung", plädierte er für einen Verzicht auf das durch die NS-Zeit, aber auch durch die beginnende Entnazifizierung diskreditierte Wort "Partei" schlechthin.

Es spricht manches dafür, daß der allein von Scharnagl unterzeichnete Rundbrief ein Gemeinschaftswerk von Scharnagl und dem damals noch fast gänzlich unbekanntem Rechtsanwalt Josef Müller war, das in den regelmäßigen Gesprächen in der "Kanzlei Dr. Müller" in der Münchner Gedonstraße konzipiert worden war. Müller empfing seit Juni 1945 einen wachsenden Kreis politisch Interessierter in seiner Schwabinger Wohnung, um "über Vergangenheit und Zukunft", vor allem aber über die Gründung einer "dynamischen" und "neuen Gruppierung" zu diskutieren. Zu seinen Gästen zählte auch Karl Scharnagl, der zwar nach eigenem Bekunden wenig Neigung verspürte, selbst parteipolitisch in den Vordergrund zu treten,¹⁹ jedoch in diesen Gründungswochen - vermutlich wegen seines zugkräftigen Namens - regelmäßig als Promotor auftrat.

Der Scharnagl-Rundbrief diente offensichtlich der Vorbereitung der schon am 10. August für die nächste Zukunft erwarteten, ersten formellen Besprechung über die Parteigründung. Die Angeschriebenen wurden nämlich abschließend gebeten, ihre Meinung zu den von Scharnagl skizzierten Überlegungen bis zum 13. August mitzuteilen, da "es dringend notwendig ist, rasch zu einer Klärung zu kommen". Die am 14. August offiziell angekündigte Zulassung politischer Parteien durch die Amerikaner kam also nicht überraschend und wurde, entgegen teilweise anderslautender Erklärungen, von manchem auch dringlich herbeigeseht.

Die Initiative zur Einberufung der Sitzung am 14. August war von Müller, Scharnagl, und Schäffer gemeinsam ausgegangen.²⁰ Da letzterer sich selbst zu parteipolitischer Enthaltensamkeit verpflichtet fühlte und deshalb nicht persönlich teilnehmen konnte, entsandte er als seinen Vertreter seine rechte Hand in der Staatskanzlei, den langjährigen ehemaligen BVP-Generalsekretär (1918 bis 1933) Anton Pfeiffer,²¹ um die Neu-

¹⁹ Scharnagl an Schäffer, 22. September 1945, Kopie im Besitz d.V.; Josef Müller, *Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, München 1975, S. 305f. Müller erwähnte den Rundbrief in seinen Memoiren nicht, vermerkte aber ausdrücklich (S. 309), daß sich die Vorstellungen beider in diesen Wochen deckten.

²⁰ Berberich, *Historische Entwicklung*, S. 38.

²¹ Zu Pfeiffer ausführlich Reuter, *Graue Eminenz*.

igkeit des Tages mit denen zu besprechen, die sich schon seit geraumer Zeit Gedanken über die Bildung einer Partei "gegensätzlich gegen die soz[ialistisch]-komm[unistische] Gruppe" gemacht hatten. Pfeiffer, der sich wichtige Aspekte der Diskussion stichwortartig notierte, ist es zu verdanken, daß der Verlauf dieser bedeutsamen Sitzung einigermaßen zu rekonstruieren ist. Nach Pfeiffers Notizen eröffnete Scharnagl die Diskussion mit einem Bericht über seinen Rundbrief, die Mitteilung der Militärregierung und auch Schäffers Reaktionen:²² "gestern eine entscheidende Sitzung, in der man sich entschlossen hat, Parteien und Gewerkschaften bald zuzulassen. Sch[äffer] meint, daß zwei Jahre nötig wären."

Trotz der damit angesprochenen Bedenken des Ministerpräsidenten gegen die frühzeitige Parteienbildung versäumte Pfeiffer offenbar nicht, bereits in dieser ersten Besprechung vorsorglich den Führungsanspruch Schäffers geltend zu machen: "Er verwies auf die einstige Größe und Bedeutung der BVP und vertrat die Meinung, Fritz Schäffer als ihr einstiger Vorsitzender habe ein primäres Recht, auch an die Spitze einer Neugründung zu treten."²³

Obwohl Vorbehalte gegen die Wiedenzulassung von Parteien so kurz nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur auch in diesem Kreise laut wurden, war doch nicht zu verkennen, daß man entschlossen war, die in Aussicht gestellte Chance parteipolitischer Betätigung energisch zu ergreifen. Max Grasmann, ein Mann der Wirtschaft mit Verbandserfahrung, warnte davor, zögerlich vorzugehen. Seines Erachtens war es "höchste Zeit, die Organisation hinzustellen".

Und daß sich diesbezügliche Aktivitäten nicht allein auf München beschränken sollten, auch darüber waren sich die Besprechungsteilnehmer einig: "Führung mit außerhalb nehmen und *gleichzeitig außerhalb* solche Stellen aufbauen. Sie machen in jeder Stadt etwas anderes. Dachorganisation aufbauen für das Land." Schon am 14. August 1945 war somit klar, daß der Münchner Gründerkreis sich als Keimzelle der künftigen Landespartei verstand und die Führungsrolle in ganz Bayern für sich beanspruchte. Diese gedachte er vor allem durch organisatorische Maßnahmen durchzusetzen und zu festigen: "Entscheidend wird die praktische Arbeit sein, die abhängt 1. von den Organen, 2. von den Möglichkeiten, die zwischen den Organen gegeben sind, [...] nebensächlich sind Namensgebung und *Programme*."

Trotzdem blieben aber programmatische Überlegungen an diesem Tag nicht gänzlich ausgespart. Josef Müller, der zwar auch die Meinung vertrat, daß der Gedanke der Parteiengründung "heute verfrüht" aufgekommen sei, entwarf sein schon recht konkretes Konzept über das Wesen der neuzubildenden Partei, das in Gesprächen mit Karl Scharnagl und im Kreise anderer politischer Freunde in den vergangenen Wochen Gestalt angenommen hatte. Seine bereits während des Krieges entwickelte Grundidee, "dem in unserem Zeitalter zu erwartenden Trend zur Vermassung und zum politischen Kollektiv die Dynamik dessen entgegenwirken" zu lassen, "was man unter christlicher Kultur verstand",²⁴ hatte zweifellos Auftrieb und wichtige Anstöße

²² Die folgenden Ausführungen und Zitate folgen, soweit nicht anders vermerkt, den stenographischen Notizen Pfeiffers (wie Anm. 15).

²³ Müller, Konsequenz, S. 310. Müller berichtete in seinen Memoiren ausführlich über diese Sitzung am 14. August, verwechselte diese jedoch mit einer weiteren am 12. September, deren Entscheidungen er z.T. auf den 14. August vordatierte. Da er Pfeiffer als Vertreter Schäffers bezeichnete, muß sich seine Wiedergabe der zitierten Äußerung Pfeiffers auf die Sitzung am 14. August beziehen, denn Schäffer war am 12. September selbst anwesend.

²⁴ Müller, Konsequenz, S. 307.

durch einen Mann erhalten, dem er Anfang Juli 1945 eher zufällig begegnet war: Adam Stegerwald. Der christliche Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsminister im Kabinett Brüning, der in seiner berühmten, von Brüning mitverfaßten Essener Rede schon 1920 für die Schaffung einer interkonfessionellen, antisozialistischen Volkspartei eingetreten war, hatte 1945 diese Gedanken wieder aufgenommen und war bei Müller, dem ähnliches vorschwebte, auf offene Ohren gestoßen. Insbesondere die von Müller bereits am 14. August entworfenen Pläne, eine solche Partei in Abkehr von früheren bayerischen Traditionen von vornherein in den gesamtdeutschen Rahmen des politischen Neubeginns zu stellen, dürften von Stegerwald bekräftigt worden sein, der als Reichspolitiker eine gesamtdeutsche Partei nicht nur ins Auge faßte, sondern diese Vorstellung mit dem Versuch eines ersten "Reichstreffens" auch schon sehr bald, im November 1945, praktisch umzusetzen versuchte.²⁵

Müllers Parteikonzept, das er dem Münchner Gründerkreis am 14. August schmackhaft zu machen versuchte, liest sich nach Pfeiffers Notizen folgendermaßen: "Für uns: Gruppierung, die auf Reichsgruppierung hinausläuft, Reichstreue und R[eichs]-Verfassung. Hauptfrage: die christlichen Bekenntnisse. Nicht in alte Parteigliederungen und nicht alte Personen. [...] Schwierig, wenn der Personenkreis angelehnt wird an die Kreise der alten BV[P] oder der alten DNV[P]. *Zuerst Programm aufstellen* und dann die Personen feststellen."

Aufschlußreich dürften auch seine Ausführungen zum Verhältnis von Partei und Staatsregierung gewesen sein, die sich wenig mit den Vorstellungen Fritz Schäffers deckten. Pfeiffer hielt fest: "1. Was erwartet die Partei von der Staatsführung? 2. Wie weit kann sie sich selbst in die positive Staatsarbeit eingliedern? Wie kann man mit den anderen Parteien zusammenarbeiten? Man kommt nicht weiter mit den alten Methoden des Denkens und der Parteien durch." Trotz ihrer Dürre verraten diese Notizen doch bereits eine gewisse Distanz gegenüber der bestehenden Regierung Schäffer und dem vom Ministerpräsidenten verfolgten Regierungskonzept, die an anderer Stelle sehr viel augenscheinlicher an die Oberfläche treten sollte.

Doch folgen wir der Chronologie: Der Münchner Kreis stimmte mit Müller am 14. August darin überein, daß "die Tore" der zu gründenden christlichen Partei "weit geöffnet werden" sollten. Schlagworte, die in diesem Zusammenhang fielen, lauteten: "sozialer Gedanke an die Spitze", "bayer[ischer] Anhang", "Front der Anständigen". Und auch andere Aspekte der Ausführungen Müllers, wie das von ihm geforderte Bekenntnis zur Reichstreue und die klare Distanzierung von den alten Weimarer Parteien und möglichst auch ihren herausragenden Repräsentanten, scheinen mehrheitlich gut angekommen zu sein. Jedenfalls findet sich der Name des politischen Neulings, der sich schon in dieser ersten Zusammenkunft als Hauptredner und künftiger Meinungsführer zu profilieren begann, unter den Mitgliedern einer kleinen Kommission, die mit der Vorbereitung der Parteigründung betraut wurde. Diesem sogenannten "Redaktionsausschuß" gehörten neben Müller unter dem Vorsitz von Max Grasmann außerdem Heinrich Krehle, Anton Pfeiffer und Alois Schlögl an.²⁶

²⁵ Zu Stegerwald und seinem Wirken als Würzburger CSU-Gründer: Peter Herde, Die Unionsparteien zwischen Tradition und Neubeginn: Adam Stegerwald, in: Winfried Becker (Hrsg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland (Symposion an der Universität Passau, 30.-31. Oktober 1985), Köln, Wien 1987, S. 245-286/295, hier S. 277f.

²⁶ Die Notizen Pfeiffers sind hier sehr unklar, er vermerkte lediglich: "Dr. Grasmann, Krehle, Dr. Müller, Dr. Schlögl, Pfeiffer. Vorsitz. Kommission: Nicht viel von Details sprechen." Die gleichen

Die personelle Zusammensetzung des Ausschusses spiegelt bereits deutlich das verfolgte Konzept der Sammlung: Mit Grasmann als Wirtschaftsfachmann, Krehle als Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Pfeiffer als Repräsentanten der alten BVP und der bayerischen Gouvernentalen, Schlögl als Bauernführer und schließlich Müller als jüngstem, weder partei- noch verbandspolitisch bisher hervorgetretenen Vertreter des "Neuen" war das Bevölkerungsspektrum schon recht weitflächig abgedeckt.

Die Aktivitäten des Redaktionsausschusses, der wenig später, am 12. September, wieder aufgelöst wurde, spiegeln sich nur vereinzelt in den Akten. Seine Hauptaufgabe war es offensichtlich, erste programmatische Richtlinien zu entwerfen. Pfeiffer, "mit der einleitenden Federführung für den Redaktionsausschuß beauftragt",²⁷ unterbreitete seinen Ausschußkollegen bereits mit Schreiben vom 5. September einen Programmentwurf, den er gemeinsam mit Karl Schwend, einem Mitbegründer der BVP und dem Leiter der parteieigenen "Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz", erarbeitet hatte. Der Titel des von Pfeiffer ausdrücklich als "durchaus nicht vollständig und lückenlos" bezeichneten Entwurfs lautete: "Grundsatz-Programm einer Christlich-Demokratischen Volkspartei in Bayern".²⁸

Es scheint, als sei die ehrenvolle Aufgabe der "einleitenden Federführung" in der Programmgestaltung nicht ohne taktische Erwägungen ausgerechnet Pfeiffer übertragen worden. Pfeiffer, der in der Besprechung am 14. August in einer Art Stellvertreterfunktion für den persönlich verhinderten Ministerpräsidenten aufgetreten war, galt zweifellos als Repräsentant der Schäffer-Richtung. Der Ministerpräsident setzte sich aber für ein Parteikonzept ein, das der Münchner Gründungszirkel mehrheitlich ablehnte und das im Großen und Ganzen auf eine Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei hinauslief.

Sollte es sich also bei der kurzzeitigen Ernennung Pfeiffers zum "Chefprogrammatischen" tatsächlich um ein geschicktes Ablenkungsmanöver gehandelt haben, so ging dieses Kalkül jedenfalls auf: Die Illusion, damit an maßgeblicher Stelle die Linie der entstehenden Partei im Sinne Schäffers mitzubestimmen, erzeugte ein trügerisches Gefühl der Sicherheit. Vollauf beschäftigt mit seinen Aufgaben in der Staatskanzlei und den programmatischen Vorbereitungen, entgingen Pfeiffer nämlich manche Aktivitäten der übrigen Ausschußmitglieder, die den gewonnenen Freiraum nutzten, um ihren Vorstellungen über die zu gründende Partei zum Durchbruch zu verhelfen.

Für den 30. August war ein weiteres Treffen zur Vorbereitung der Parteigründung geplant. Ob diese Besprechung in größerem Kreise zustandekam, läßt sich angesichts der lückenhaften Quellenlage nicht sagen. Überliefert ist ein auf den 30. August datierter Resolutionsentwurf, der von den Teilnehmern der Sitzung unterzeichnet wer-

Namen tauchen aber als Adressaten eines Briefes von Pfeiffer vom 5. September auf, in dem er die baldige Einberufung einer Redaktionssitzung durch den Vorsitzenden Grasmann anregt (BayHStA, NL Pfeiffer 41). Vgl. auch Schreiben Pfeiffers an Scharnagl vom 13. September 1945 (NL Pfeiffer 533), in dem der Name "Redaktionsausschuß" fällt.

²⁷ Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945 (wie Anm. 26).

²⁸ Schreiben vom 5. September 1945 nebst Grundsatzprogramm, BayHStA, NL Pfeiffer 41. Der Programmentwurf ist von Konrad Reppen publiziert worden: Über die Anfänge des CSU-Programms von 1945, in: Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, im Auftrag der Kommission für bayerische Landesgeschichte hrsg. von Andreas Kraus, München 1984, S. 467ff. Ein Abdruck auch im Anhang der Pfeiffer-Biographie von Reuter, Graue Eminenz, S. 317ff.

den sollte, in der überlieferten Fassung jedoch keine Unterschriften enthält.²⁹ Als sicher kann aber erstens gelten, daß eine Verständigung über den Inhalt dieses Resolutionsentwurfes stattgefunden haben muß. Seine Aussagen waren nämlich, wie der später zu schildernde Verlauf der nächsten entscheidenden Besprechung am 12. September zeigt, einer Reihe von Personen bekannt und fanden ihre volle Unterstützung. Zweitens vollzogen sich diese Unterredungen unter Ausschluß derjenigen Personen, die hinter Schäffer standen.

Im ersten Teil der "Resolution" vom 30. August waren programmatische Leitlinien festgehalten, die den Stand der bisherigen Diskussionen bilanzierten und sich weitgehend mit den Grundgedanken des Scharnagl-Rundbriefes deckten: Um "jede Zersplitterung der politischen Kräfte zu vermeiden", sollten bei der bevorstehenden Parteigründung die "verschiedenen [nicht-sozialistischen] Richtungen nicht in selbständigen Parteien, sondern innerhalb einer einzigen Sammlungspartei zur Geltung gebracht werden". Auf der Grundlage eines kompromißlosen Kampfes gegen den "Nazismus" standen als wesentliche Ziele die "Realisierung einer wahrhaften Demokratie" und eine "soziale Einstellung zu allen Problemen des öffentlichen und privaten Lebens" im Mittelpunkt. Eine "dauerhafte Gesundung" des öffentlichen Lebens sei aber nur dann zu erwarten, "wenn der künftige Staat durchdrungen ist vom Geist einer christlichen Weltanschauung."

Diese einleitenden, konsensfähigen programmatischen Sätze bildeten aber nur den Auftakt für die eigentliche Kernaussage, die in ihrer Schärfe alle bisherigen Argumentationen übertraf und in den künftigen Diskussionen innerhalb der CSU eine bedeutende Rolle spielen sollte: "Die Unterzeichneten sind sich darüber hinaus einig, daß die neue Sammlungspartei nicht eine Fortsetzung einer der früheren Parteien, wemöglich mit denselben Führern, sein darf. Die Politik der Parteien von [19]32 hat weitgehend den Größenwahnsinn Hitlers gefördert und nicht zuletzt seine Machtergreifung mit zu verantworten. Ihr Mangel an Ideen, Tatkraft, Format und der Fähigkeit, die Zeichen einer Zeit zu verstehen, verursachten somit die sich seinerzeit vorbereitende deutsche Katastrophe."

Der damit gegen die Weimarer Parteien und ihre Führungen erhobene Vorwurf der Steigbügelhalterschaft für Hitler richtete sich fraglos nicht zuletzt gegen Fritz Schäffer und seinen zunächst durch Pfeiffer am 14. August geltend gemachten Führungsanspruch in der entstehenden Partei. Er findet sich bis zur vorläufigen Ausschaltung des ehemaligen BVP-Vorsitzenden aus dem politischen Leben durch die Militärregierung im April 1946 in zahlreichen Passagen der dokumentierten Parteiprotokolle der CSU wieder. Vor allem auf der dramatisch verlaufenden Bamberger Tagung der CSU am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12), als erstmals ein satzungsmäßig bereits einigermaßen legitimates Gremium über die Parteiführung entschied, wurden die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit als schlagendes Argument gegen Schäffers Führungsambitionen ins Feld geführt.

Sollten die ausdrückliche Abgrenzung von der BVP oder der in der "Resolution" vorgeschlagene Name der zu gründenden "politischen Bewegung" noch Zweifel daran lassen, welcher Personenkreis sich mit ihr zu Wort gemeldet hatte, so werden diese endgültig ausgeräumt durch die Charakterisierung der "Männer", die zur Führung der neuen Gruppierung berufen waren: An die Spitze der "*Christlich-Sozialen Union*" soll-

²⁹ "Resolution", "übereingekommen zu München den 30. August 1945", nicht gezeichnet, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

ten vor allem jene *neuen* politischen Kräfte treten, "die sich in den letzten Jahren an der aktiven Bekämpfung des Nazismus unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens beteiligt haben."

Für die Kenner der Szenerie war damit der künftige Spitzenkandidat gleichsam beim Namen genannt: Josef Müller. Die Eignungskriterien waren auf ihn geradezu zugeschnitten. Er war erstens "neu" in der Politik. Zwar hatte er seit Mitte der zwanziger Jahre der BVP angehört, war aber als damals noch junger Mann in dieser Partei einfaches Mitglied geblieben. Vor allem jedoch war er zweitens, wie sein Biograph Friedrich Hermann Hettler im Untertitel seines Buches hervorhebt, ein "Mann des Widerstandes".³⁰ Als Offizier der Abwehr hatte er seinen kämpferischen Geist im aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten unter Beweis gestellt. Im Auftrag der Militäropposition gegen das Hitlerregime führte er unter anderem Friedensverhandlungen mit der englischen Regierung; er war wegen solcher Aktivitäten 1943 in Haft geraten und trotz seines Freispruchs in einem gegen ihn durchgeführten Hochverratsprozeß in Haft geblieben, bis ihn die Amerikaner Anfang Mai 1945 befreiten.

Auf Müller ging auch die Idee zurück, die neue Bewegung als "Union" zu bezeichnen - in Anspielung auf die "Union" der protestantischen Fürsten im 30jährigen Krieg sollte dies gegenüber den protestantischen Kräften den Beweis "paritätischer Gesinnung" erbringen.³¹ Die "Resolution", in der zum ersten Mal der künftige Name der Partei festgehalten war, stammte also zweifelsfrei aus dem Umfeld Müllers und die Formulierungen sprechen dafür, daß Müller selbst an ihrer Abfassung zumindest beteiligt war. Seine Handschrift zeigte sich auch im zweiten Teil des Textes, der der Gründung eines siebenköpfigen Aktionsausschusses gewidmet war. Dieser sollte programmatische und organisatorische Vorbereitungen treffen, die ihn in die Funktion einer Partei-gründungszentrale erhoben hätten. Außer der Ausarbeitung eines Programmwurfes "nach den Richtlinien dieser Resolution" und der Abfassung und Verbreitung einer "Proklamation an die Öffentlichkeit" war ihm auch zgedacht, die Partei bei der Militärregierung anzumelden und zu vertreten, ihr eine Organisationsgrundlage zu schaffen und Verbindungen zu "verwandten Gruppen" aufzunehmen.

Die Namen derjenigen, die ursprünglich am 30. August als Mitglieder in diesen Aktionsausschuß berufen werden sollten, fehlen im Resolutionsentwurf, in dem einige Freizeilen zur Eintragung der "sieben Herren" unbeschrieben blieben. Doch wurde der Plan zur Bildung eines Siebener-Ausschusses, wie auch der Umriß der ihm zgedachten Aufgaben, etwa zwei Wochen später wieder aufgenommen.

Die Müller-Freunde waren also in diesen Tagen alles andere als untätig. Ihr Hauptaugenmerk galt neben den organisatorischen Problemen offensichtlich vor allem der Abwehr Fritz Schäffers und seiner Pläne der Reaktivierung der ehemaligen Bayerischen Volkspartei. Die Früchte der gedanklichen Arbeit und anderer Aktivitäten der Müller-Gruppe reiften in einer ursprünglich von Max Grasmann, als Vorsitzendem des Redaktionsausschusses, für den 12. September einberufenen Redaktionssitzung, zu der Grasmann auch einen Programmvorschlag vorlegte: den Entwurf eines "Grundsatz-Programms der Christlich-Demokratischen Union".³² Überraschenderweise fan-

³⁰ Friedrich Hermann Hettler, Josef Müller ("Ochsensepp"). Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender, München 1991.

³¹ Müller, Konsequenz, S. 308f.

³² Schreiben Grasmanns an Pfeiffer, Krehle, Müller und Schögl vom 12. September 1945 nebst anliegendem "Vorschlag Dr. Grasmann", BayHStA, NL Pfeiffer 41.

den sich am 12. September allerdings über den kleinen Zirkel des Redaktionsausschusses hinaus sehr viel mehr Personen ein, als von einigen erwartet.³³ Initiator der Erweiterung des Kreises um eine Reihe weiterer Teilnehmer - dabei war z.B. auch die Sekretärin Adam Stegerwalds als "Beobachterin"³⁴ - war Josef Müller, der Scharnagl um die organisatorische Vorbereitung und Leitung dieser Sitzung gebeten hatte. Müller plante Großes für diesen Tag, an dem - so erklärte er später zu Recht, aber unter Angabe eines falschen Datums (14. August!) - "die Union aus der Taufe gehoben" wurde.³⁵ Dabei war diesmal auch Fritz Schäffer, der, vermutlich alarmiert durch die am 14. August sich abzeichnenden Tendenzen zur Ausschaltung früherer BVP-Eliten, seine Entscheidung zur Distanz gegenüber parteipolitischen Aktivitäten schnell wieder umgeworfen hatte.

In dieser Sitzung am 12. September, zu der sich im Münchner Rathaus etwa 20 Personen versammelt hatten, standen zwei Themen im Mittelpunkt: der Name für die Partei und die Wahl eines "arbeitsfähigen" Ausschusses, dem die weiteren Gründungsvorbereitungen anzuvertrauen waren.³⁶ Damit war in dieser Sitzung hinreichender Konfliktstoff zur Diskussion gestellt.

Wieder machte sich Pfeiffer Notizen über den Verlauf dieser Besprechung,³⁷ die als eigentliche Gründungssitzung der CSU gelten kann. Pfeiffers Mitschrift beginnt mit den knappen Vermerken: "Entscheidend die Personenauswahl. Darf keine Fortsetzung der alten Bayerischen Volkspartei sein: 1. In erster Linie Personen wählen, die politisch Neuland sind, für die Masse, die politisch Neuland ist. 2. Nach den Gesichtspunkten, wie sie sich in den letzten zwölf Jahren kämpferisch bewährt haben." Damit war - ganz auf der Linie der "Resolution" des 30. August - gleich zu Beginn der Sitzung der Fehdehandschuh gegen Schäffer geworfen und zugleich Müller als sein Kontrahent namhaft gemacht.

Pfeiffers stichwortartige Notizen, in denen sporadisch das Geschehen auch in ausformulierten Sätzen festgehalten ist, lassen trotz ihres fragmentarischen Charakters uns schwer erkennen, wie scharf die Fronten inzwischen schon verliefen. Die bereits am 14. August begonnene Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer zwar um neue Ideen bereicherten, aber doch eher als Neuauflage der alten Bayerischen Volkspartei konzipierten Partei mit Fritz Schäffer und Anton Pfeiffer als ihren Wortführern und den um Müller gruppierten Verfechtern einer von Grund auf neuen, modernen Massenpartei mit "Bewegungscharakter", die sich in ihrer Organisation, ihrer Programmatik und nicht zuletzt auch in ihrer Führung grundlegend vom Typ der bürgerlichen Honoratiorenpartei Weimarer Prägung unterscheiden sollte, erfuhr in dieser Sitzung ihren ersten Höhepunkt.

³³ Brief Pfeiffers an Scharnagl vom 13. September 1945 und Antwortschreiben Scharnagls vom 16. September 1945, beide BayHStA, NL Pfeiffer 533.

³⁴ Herde, Unionsparteien, S. 268f.

³⁵ Müller, Konsequenz, S. 310. Das - wie die folgenden Ausführungen zeigen werden - von Müller irrtümlich angegebene Datum des 14. August (dazu auch Anm. 23) wurde von der CSU-Forschung im allgemeinen übernommen. Es findet sich bei Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln 1982, S. 27, bei Herde, Unionsparteien, S. 268, oder auch Winfried Becker, CDU und CSU 1945-1950, Mainz 1987, S. 78.

³⁶ Stenographische Notizen Pfeiffers: "Aktionsausschuß", undat. [12. September 1945] und Übertrag (vgl. Anm. 15), BayHStA, NL Pfeiffer 41.

³⁷ Die folgenden Zitate und Ausführungen zu dieser Sitzung folgen, soweit nicht anders vermerkt, Pfeiffers Notizen (wie Anm. 36).

Ministerpräsident Schäffer, der wiederholt die Autorität seines Staatsamtes zur Geltung zu bringen versuchte, kämpfte an diesem Tag von vornherein auf verlorenem Posten. Die Anhänger der Müllerschen Linie, schon zahlenmäßig in der Mehrheit, waren auf die Diskussion bestens vorbereitet und konnten mit Argumenten aufwarten, denen Schäffer und seine politischen Freunde wenig entgegenzusetzen hatten. Aus der Defensive heraus fand der Ministerpräsident gegenüber den begeisterten Anhängern des Neuen, die die "einmalige Gelegenheit" feierten, "eine nichtmarxistische Massenpartei zu bilden", zweifellos auch nicht den richtigen Ton. Ihrer Aufbruchstimmung begegnete er gleich zu Beginn seines Diskussionsbeitrages mit dem zwar zutreffenden, in dieser Situation aber eher ungeschickten Hinweis, die Entscheidung über den Beginn des demokratischen Parteilebens falle "nicht aus eigenem Entschluß, sondern nach Anordnung der MR". Schäffer machte auch vor diesem Forum kaum einen Hehl daraus, daß ihm die begonnene Reaktivierung der politischen Kräfte nach wie vor wenig behagte: Die von ihm inzwischen erkannte Notwendigkeit einer Partei-gründung leitete er allein aus der Tatsache ab, daß "die eine Partei [SPD und KPD] schon lange arbeitet". Seine schwunglose, von Anti-Motiven bestimmte Argumentation gipfelte in der Frage: "Wollen Sie wirklich eine Einigung aller Kreise, die nicht soz[ialistisch] sind?" Nach Pfeiffers Notizen unterließ Schäffer es zwar, seine eigene Einstellung zu diesem Thema explizit herauszustreichen, doch empfahl er, die Parole an das Land herauszugeben, sich dort unter einem Namen zu formieren, der deutlich genug Gegensätzliches implizierte: "Bayerische Volkspartei".³⁸

Damit war das erwartete Stichwort für die Müller-Gruppe gefallen. Sie begann nun ein Scherbengericht gegen die alte Bayerische Volkspartei - und damit auch gegen ihren ehemaligen Vorsitzenden - abzuhalten, das Schäffer auch persönlich verletzen und eine Annäherung der Positionen eher erschweren mußte. Die Verfechter eines konsequenten politischen Neubeginns folgten dabei der in der "Resolution" des 30. August vorgegebenen Argumentation und beschworen die Schatten der Vergangenheit: In ihren Augen - und auch aus der Sicht der Bevölkerung - hatte sich die Bayerische Volkspartei durch ihre Haltung gegenüber den Nationalsozialisten, ihr Versagen in der Weimarer Republik und ihre Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933 gründlich kompromittiert: "Wenn die Parteien nicht so gefehlt hätten, wäre der Naz[ismus] nicht gekommen", betonte Max Grasmann. Ein anderer Besprechungsteilnehmer forderte: "Es muß das politische Leben auf einer neuen, sauberen Grundlage aufgebaut sein". Besonders schmerzhaft für Schäffer waren zweifellos die Ausführungen des Domkapitulars von München und Freising, Erwin von Kienitz, der der hoffnungslos unterlegenen BVP-Riege schließlich auch noch die schützende Hand der katholischen Kirche entzog: "Unmöglich in der Form und mit dem Namen der alten Bayerischen Volkspartei. Von kirchlicher Seite will man die nicht mehr. [...] Die Kirche wird sich nicht mehr hergeben, einer früheren Bayerischen Volkspartei den Segen der Kirche zu geben." Und auch Karl Scharnagl bekräftigte - vermutlich in begütigender Absicht, wenn auch mit gegenteiliger Wirkung -, was er in seinem Rundbrief noch mit weniger scharfen Worten vertreten hatte: "Niemand denkt ernsthaft

³⁸ In den Notizen heißt es: "Parole an das Land: Wenn keine [?] kommt, dann wird wieder der alte Name angemeldet: Bayerische Volkspartei". Aus dem Kontext wird nicht klar, worauf sich "keine" bezieht, möglicherweise auf die einige Zeilen vorher notierten Bemerkungen Schäffers über die Richtlinien der Amerikaner, die noch offengehalten hatten, ob sie bereits eine Landespartei oder nur eine Partei auf Kreisebene zulassen würden.

daran, die Bayerische Volkspartei wieder zum Leben entstehen zu lassen. Weder im Namen, noch im Programm, noch im Umriß der zu benennenden Personen."

Angesichts der Wucht der vorgetragenen Verdikte sah sich sogar mancher Gegner der Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei schließlich veranlaßt, vermittelnd in die Diskussion einzugreifen: "Es ist nicht so auf dem Land und nicht in der Stadt, daß man die früheren Parteien so ablehnt. Aus propagandistischem Grund eine Reihe von diesen Persönlichkeiten aufnehmen, weil wir ihre Arbeit und ihre Namen brauchen." Diese pragmatische Position vertrat auch Josef Müller, der Hauptprotagonist der neuen Linie, als er erklärte: "Wir brauchen auch Massen. - Auch alte Namen."

Am Ende des harten Schlagabtausches standen die beiden Entscheidungen zur Abstimmung, deren Vorbereitung die Diskussion gedient hatte: Der Name des neuen Parteigebildes und die personelle Besetzung des "arbeitsfähigen" Ausschusses zur weiteren Vorbereitung der Parteigründung. Was die Namensgebung betraf, so wurden nach den Notizen Pfeiffers folgende Alternativen in die Diskussion eingebracht: "Bayerische Union", und zwar mit der Begründung, das Wort bayerisch sei "gerade jetzt von besonderer Zugfähigkeit". Franz Xaver Fackler schlug vor: "Bayerische Bauern- und Arbeiterpartei". Daß auch die von Pfeiffer und Grasmann in ihren Programmmentwürfen gewählten Bezeichnungen "Christlich-Demokratische Volkspartei in Bayern" bzw. "Christlich-Demokratische Union" diskutiert wurden, ist anzunehmen, wenn auch Pfeiffers Mitschriften keinerlei Hinweis darauf enthalten. Schließlich wurde der Vorschlag in die Debatte geworfen, der bereits in der "Resolution" vom 30. August festgehalten war und sich an diesem Tag durchsetzen sollte: "Bayerische Christlich-Soziale Union". Während Müller in seinen Memoiren berichtete, daß er diesen Namen beantragt habe,³⁹ war es nach den Notizen Pfeiffers von Kienitz, der (vermutlich nach Absprache mit Müller) zuerst dafür eintrat und damit auch gleich die Zustimmung der katholischen Kirche signalisierte.

Das Schlußvotum, bei dem auf Antrag Pfeiffers⁴⁰ über jeden Namensbestandteil getrennt abgestimmt wurde, erbrachte folgendes Ergebnis: Während das Prädikat "Christlich", das für manche eine zu enge Bindung an die Kirche ausdrückte, eine nur äußerst knappe Mehrheit fand - neun dafür, acht dagegen, eine Enthaltung -, ergab sich eine klare Majorität für die Aufnahme des Begriffes "Sozial": Zwölf waren dafür, vier dagegen, eine Enthaltung. Für "Union" plädierte eine noch beachtlichere Mehrheit. Dagegen stimmte nur einer, ein anderer enthielt sich der Stimme. Fast einmütig war das Ergebnis in der Frage der Aufnahme des bayerischen Elementes in den künftigen Parteinamen. Bei einer Enthaltung stimmten alle übrigen dafür. Die schließlich noch vorgenommene Abstimmung über den vollen Namen erbrachte dann ein scheinbar völlig einvernehmliches Bild. Pfeiffer vermerkte: "Mit allen Stimmen: Bayerische christlich soziale Union".⁴¹

Zum Schluß der Sitzung erfolgte die Wahl des Ausschusses zur weiteren Vorbereitung der Parteigründung, dem folgende Aufgaben mit auf den Weg gegeben wurden: "a) Satzung der neuen Partei, b) Vorläufiger Vorstand, c) Landesausschuß, d) Verbin-

³⁹ Müller, Konsequenz, S. 310.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Das von Pfeiffer notierte Ergebnis widerspricht allerdings seiner an anderer Stelle festgehaltenen Aussage, wonach er sich an diesem Tag "aus grundsätzlichen Erwägungen" bei sämtlichen Abstimmungen der Stimme enthalten hatte. Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

dung mit gleichgesinnten Gruppen, e) Parteiprogramm fertigzustellen." Nachdem zunächst offenbar mit neun gegen sechs Stimmen einem neun- statt siebenköpfigen Gremium der Vorzug gegeben worden war, wurden schließlich zehn Herren gewählt,⁴² und zwar: "1. Müller, 2. Semler, 3. Schlögl, 4. Krehle, 5. Baumeister, 6. Dr. Schnurr, 7. Dr. Straimer, 8. Dr. von Eicken, 9. Dr. von Kienitz, 10. Fackler".⁴³

Ähnlich wie beim Redaktionsausschuß folgte man auch in der Wahl der Mitglieder des Aktionsausschusses dem Grundprinzip der Sammlung aller Schichten und Stände: Schlögl vertrat die Bauernschaft, die Namen Fackler und Krehle standen für die christliche Gewerkschaftsbewegung und damit für die Arbeiterschaft, Versicherungsdirektor Hans Hermann von Eicken repräsentierte mit dem einflußreichen Industriebereiter Johannes Semler die Wirtschaft. Beide waren evangelisch und sollten vermutlich in "Personalunion" zusammen mit Domkapitular von Kienitz die christlichen Konfessionen vertreten. Der 34jährige ehemalige Diözesansekretär des Katholischen Jungmännerverbandes München, Max Schnurr, wurde wohl als Vertreter der Jugend in den Ausschuß gewählt.

Alles in allem hatten Schäffer und seine politischen Freunde am 12. September eine empfindliche Niederlage erlitten. Diese offenbarte sich nicht nur in der Namensfrage - die gleichzeitig schon für ein Programm stand -, sondern vor allem auch in der personellen Besetzung des neu gewählten "Aktionsausschusses". Diese war zwar in gewisser Hinsicht ausgewogen, doch war anders als im Redaktionsausschuß keiner der erklärten Mitstreiter Schäffers mehr vertreten. Das war um so auffälliger, als mit Krehle, Müller und Schlögl drei Mitglieder des Redaktionsausschusses durch ihre Wahl in das Nachfolgegremium bestätigt wurden, ausgerechnet der Name Pfeiffer in der neuen Liste hingegen fehlte. Dabei hatte Pfeiffer die programmatischen Vorbereitungen mit großem Engagement betrieben. Er hatte nicht nur einen Programmentwurf erarbeitet, sondern darüber hinaus Kontakte zu den verwandten Bestrebungen im ganzen Land angeknüpft. Seiner Rührigkeit und seinem stets präsenten historischen Bewußtsein ist es zu verdanken, daß frühe Programmentwürfe aus den verschiedensten bayerischen Orten, die er in diesen Wochen gesammelt hatte, überliefert sind, u.a. ein früher Entwurf des Verfassers des späteren Grundsatzprogrammes der CSU vom Oktober 1946, Eugen Rindt, der im Anhang dieser Dokumentation nachzulesen ist. Der Augsburger CSU-Mitbegründer hatte Pfeiffer seinen Programmentwurf für eine "christlich-politische Partei in Bayern" vom 31. August 1945 übrigens mit der Bemerkung zugesandt, die Augsburger Gruppierung werde sich der Münchner Partei eingliedern⁴⁴ - eine frühe Bestätigung des Münchner Führungsanspruches.

Für Pfeiffer bedeutete es vor dem Hintergrund seiner intensiven Aktivitäten als federführender Programmatiker mehr als nur eine politische Niederlage, daß er am 12. September bei der Wahl des Aktionsausschusses übergangen worden war. Er empfand dies auch menschlich als Affront. In einem als "Persönliche Angelegenheit" gekennzeichneten Schreiben machte der einstige BVP-Generalsekretär am Tag darauf Scharnagl als dem Vorsitzenden und "Regisseur" der Sitzung bittere Vorwürfe, die klar

⁴² Die an dieser Stelle interpretationsfähigen Notizen werden in diesem Sinne bestätigt durch ein Schreiben Scharnagls an Pfeiffer vom 16. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

⁴³ Sämtliche Ausführungen zu dieser Sitzung folgten, soweit nicht anders vermerkt, den Notizen Pfeiffers (wie Anm. 36).

⁴⁴ Eugen Rindt an Pfeiffer, 31. August 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41; "Gedanken zu dem Programm einer christlich-politischen Partei in Bayern", Dok. Nr. II, S. 1705ff.

zeigen, wie sehr sich Pfeiffer und die gesamte Schäffer-Gruppe von den Vorgängen überrumpelt fühlten: Der personellen Zusammensetzung dieser Besprechung am 12. September, in der "sehr bedeutende Kreise" nicht vertreten gewesen seien, hätten - so Pfeiffer - ebenso taktische Motive zugrundegelegen, wie der gesamten Verhandlungsführung, in der "sofort die Absprache sichtbar" geworden sei, die Scharnagl "mit verschiedenen Gruppen" getroffen habe. Pfeiffer empfand es "als nicht angemessen" und auch menschlich enttäuschend, daß Scharnagl es versäumt hatte, ihm selbst oder dem Ministerpräsidenten - "hier will ich lieber sagen, unserem alten Freund Schäffer" - von diesen Plänen vorher Mitteilung zu machen.

"Mit großem Erstaunen" habe er ferner zur Kenntnis nehmen müssen, daß Scharnagl als Vorsitzender nicht nur nicht den Äußerungen von Kienitz' energisch entgegengetreten sei, sondern sich als ehemals herausragender BVP-Repräsentant ebenfalls so entschieden von dieser Partei distanziert habe: "Diese Toterklärung entspricht doch nicht den Tatsachen. Eine solche Preisgabe einer politischen Formation, die einzig und allein die Grundlage Ihres eigenen politischen Wirkens und Aufstiegs war, verblüffte mich sehr." Pfeiffer selbst fühlte sich, ohne Rücksicht auf die ihm daraus "zugeschriebene Belastung verpflichtet, Ehre und Ansehen der Bayerischen Volkspartei nach Kräften zu wahren. Die von Ihnen totgesagte Bayerische Volkspartei hat bestimmt mehr Lebenskraft und Lebenswillen als manches Gebilde, an dem zur Zeit herumgezimmert wird."⁴⁵ Auch von Kienitz wurde mit einem empörten Brief bedacht, der in der Bemerkung gipfelte, daß "die Bayerische Volkspartei bestimmt nicht auf den Krücken kirchlichen Segens so einherzuhumpeln hatte, wie es aus Ihren Worten geschlossen werden mußte."⁴⁶

3. Bayerische Christlich-Soziale Union versus Bayerische Christliche Einigungspartei

Am 17. September 1945 traf sich der neu gewählte Aktionsausschuß, der sich nun "Ausschuß zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union" nannte, zu seiner ersten Sitzung (Dokument Nr. 1). Dem auch aus eigener Sicht nun offiziellen Charakter der Zusammenkünfte trugen die Beteiligten insofern Rechnung, als sie nun begannen, dafür Sorge zu tragen, daß die getroffenen Verabredungen schriftlich festgehalten wurden. Mit dem Ergebnisprotokoll dieser ersten Besprechung eines gewählten Gremiums der CSU beginnt die vorliegende Dokumentation. Die Protokolle des Jahres 1945 sind allerdings sehr wortkarg und vermitteln - anders als die späteren Sitzungsmitschriften und vor allem die Ende März 1946 einsetzenden Wortprotokolle - nur unzureichende Einblicke in die Vorgänge bis zur Gründungsversammlung der Landespartei am 8. Januar 1946 (Dokument Nr. 6). Gerade in diesen drei Monaten wurden aber wichtige Weichen für die weitere Entwicklung der Union gestellt, die angesichts der für 1945 insgesamt sehr spärlichen und lückenhaften Überlieferung zum Teil nur schwer zu rekonstruieren sind. Diese entscheidende Phase der Gründungsmonate so genau wie möglich auszuleuchten, ist zum Verständnis der weiteren Diskussionen daher unumgänglich.

In der ersten Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses am 17. September wurden vor allem programmatische Fragen besprochen, die vergleichsweise wenig Zündstoff boten. Die noch relativ vagen programmatischen Vorstellungen der gegnerischen Grup-

⁴⁵ Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

⁴⁶ Pfeiffer an von Kienitz, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

pen strebten nämlich gar nicht so weit auseinander, wie die heftigen Streitigkeiten vermuten lassen. Um so umstrittener waren die Themen der wenig später, am 21. September, einberufenen Sitzung (Dokument Nr. 2), die schon eher angetan waren, die Fronten weiter zu verhärten. Denn der Ausschuß besprach an diesem Tag die Vorbereitung der Gründungsversammlung der Münchner Organisation der CSU, und in diesem Zusammenhang fiel - für manche fraglos äußerst überraschend - eine weitere wichtige personelle Vorentscheidung. Der Vorbereitende Ausschuß nahm nämlich eine "probeweise Abstimmung über die Meinung der Anwesenden über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München" vor. Wer diesen Vorschlag einer Probewahl einbrachte, ist angesichts des dünnen Protokolltextes nur zu vermuten. Wahrscheinlich war es der inzwischen zum Münchner Gründungskreis gestoßene Bauernführer und parlamentarische Routinier Michael Horlacher, der später wiederholt mit ähnlichen Raffinessen aufwartete. Wer immer aber diesen Coup am 21. September gelandet hatte, er war erfolgreich: Fünf der acht stimmberechtigten Teilnehmer sprachen sich für Josef Müller aus. Nur Baumeister stimmte dagegen, Müller selbst und Rudolf Schwarzer enthielten sich der Stimme.⁴⁷

Wie brisant der Ausschuß selbst dieses weit über seine Aufgabenstellung der Gründungsvorbereitung hinausgehende Vorgehen empfand, zeigte sich nicht nur darin, daß sich die anwesenden Herren nach erfolgter Abstimmung einmütig zu versichern beeilten, "daß dieser Beschluß nur die Meinung des Ausschusses feststellen und der Abstimmung in der Gründungsversammlung nicht vorgreifen soll". Daß zumindest die Initiatoren der Probeabstimmung sich der Wirkung dieses Schachzuges sehr bewußt waren, ist auch daraus zu ersehen, daß man sich an diesem Nachmittag genau überlegte, wie die vorgeblich wenig bedeutende Meinungsfeststellung dem gegnerischen Lager am wirkungsvollsten zu hintertragen sei. Gleich drei Parlamentäre, unter ihnen Horlacher, wurden entsandt, um für die ebenso behutsame wie nachdrückliche Weitergabe der Nachricht zu sorgen. Sie wurden beauftragt, am folgenden Tag zunächst Scharnagl zu unterrichten und seine Unterstützung zu gewinnen. Anschließend waren sie angehalten, "möglichst unter Teilnahme von Dr. Scharnagl" auch Schäffer über das Ergebnis der Probeabstimmung zu informieren "und ihn zu bitten, sich den in der Ausschußsitzung zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten nicht zu verschließen."⁴⁸

Die spektakuläre Nachricht, die noch am Abend des 21. September durchsickerte, brachte das Faß zum Überlaufen. Der Vorbereitende Ausschuß hatte seine Sitzung um 20 Uhr beendet. Noch am gleichen Abend fand eine weitere Besprechung über eine Parteigründung statt. Pfeiffer unterrichtete Bürgermeister Scharnagl im Auftrag des Ministerpräsidenten am 22. September brieflich über diese "Aussprache zwischen Angehörigen jenes politischen Kreises", dessen "ungenügende Beteiligungsmöglichkeit an der Sitzung von vor zehn Tagen ich so stark beanstandet habe".⁴⁹ Fritz Schäffer, der schon vorher begonnen hatte, diejenigen hinter sich zu sammeln, "die zurückkommen wollte[n] auf die bayerische Volkspartei",⁵⁰ hatte zum Gegenangriff geblasen. Seinen treuesten Mitstreiter fand er nach wie vor in Anton Pfeiffer, der am 12. September

⁴⁷ Vorbereitender Ausschuß am 21. September 1945, Dok. Nr. 2, S. 5.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Pfeiffer an Scharnagl, 22. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

⁵⁰ Ausführungen Müllers in einer Sitzung mit sozialdemokratischen und kommunistischen Vertretern am 20. September 1945. "Niederschrift über die Sitzung am 20.9.45, 17.30", ACSP, NL Müller 8.

empört erklärt hatte, daß er sich an die Beschlüsse dieses Tages für sein "weiteres politisches Handeln" nicht gebunden fühle, und sich gleichzeitig sehr zuversichtlich darüber geäußert hatte, "daß nach Bekanntgabe dieser Parteigründung sich herausstellen werde, welches Gewicht jedem einzelnen Namen in weiteren Kreisen zukommt".⁵¹

Die "von einmütigem Verständigungswillen" getragene Aussprache der Müller-Opponenten am 21. September gipfelte nach "hinreichender Erörterung aller Gesichtspunkte" in dem Beschluß, für Montag, den 24. September, eine "Schlußsitzung" zur Frage der Parteibildung einzuberufen. Als Aufgaben dieser Besprechung waren vorgesehen: "eine Namensform festzulegen; die Liste der Unterzeichner [des Lizenzierungsantrages] wenigstens grundsätzlich zu vereinbaren; den Entwurf eines Programms zu billigen."

Unter Vorsitz von Ministerpräsident Schäffer war für das vorbereitende "Gremium" einer "Bayerischen Christlichen Einigungspartei" folgende personelle Zusammensetzung geplant: "1. Oberbürgermeister Dr. Scharnagl, 2.-11. der Ausschuß der neulich ins Leben trat, ergänzt durch 12. Herrn Michael Helmerich, 13. Dr. Grasmann, 14. Dr. Pfeiffer." Der Teilnehmerkreis sollte außerdem durch sechs weitere Personen "abgerundet" werden, unter ihnen der gerade aus der Gefangenschaft zurückgekehrte, ehemalige (1927 bis 1933) stellvertretende Generalsekretär der bayerischen christlichen Bauernvereine und spätere Statthalter Schäffers in der CSU, Alois Hundhammer, ferner auch Joseph Baumgartner und Ludwig Sporer. Obwohl die komplette Einbeziehung des Aktionsausschusses auf eine gewisse Kompromißbereitschaft gegenüber der Müller-Gruppe deutete, war doch die Ignorierung der Beschlüsse des 12. September und die Initiative zur Gründung einer "Bayerischen Christlichen Einigungspartei"⁵² eine offene Kampfansage.

Einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Probeabstimmung des Vorbereitenden Ausschusses und dieser Aktion Schäffers liegt nahe. Tatsächlich wird aber die Abstimmung, wie auch die Sitzung, in Pfeiffers Brief an keiner Stelle erwähnt. Ministerpräsident Schäffer habe sich vielmehr zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, so heißt es dort, weil sich "verschiedene Kreise von beachtlichen Personen, die uns früher politisch fremd gegenüberstanden", mit dem "dringenden Ersuchen" an ihn gewandt hatten, "sich um eine Zusammenfassung und Fortführung der bisherigen Arbeiten für Schaffung einer bürgerlichen Sammelpartei zu bemühen, um ein baldiges befriedigendes Ergebnis herbeizuführen."⁵³

Über die Sitzung am 24. September ist wenig überliefert.⁵⁴ Anscheinend wurde erneut das Versagen der BVP in der Endphase von Weimar, insbesondere ihre Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz", angeprangert, doch scheint zum Schluß eine Einigung erzielt worden zu sein.⁵⁵ Die drohende Spaltung des konservativen Lagers konnte jeden-

⁵¹ Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

⁵² Zur Gründung einer Bayerischen Christlichen Einigungspartei, mit der Schäffer liebäugelte, vgl. auch Rundschreiben zur Parteienbildung vom 21. September 1945, ACSP, NL Elsen 3.1.1.

⁵³ Wie Anm. 49.

⁵⁴ Im BayHStA, NL Pfeiffer 41, findet sich nur eine Liste der "Teilnehmer an der Besprechung über Parteienbildung am Montag, 24.9.45" auf der 25 Namen aufgeführt sind, außer denen Schnurrs und von Kienitz' auch die Namen sämtlicher Mitglieder des Vorbereitenden Ausschusses einschließlich Josef Müller.

⁵⁵ Auf der Teilnehmerliste (wie Anm. 54) ist der Vermerk notiert: "Wer von den aufgeführten Reichstagsabgeordneten für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, ist bei Aufstellung der Liste nicht bekannt"; außerdem findet sich dort eine Notiz, daß Eichhorn und Semler Namen protestantischer Damen beibringen sollten.

falls abgewendet werden. Vier Tage später, am 28. September berichtete Müller Vertretern der Sozialdemokratie und der Kommunisten: "Die bayerische christlich soziale Union ist gegründet worden, und zwar jetzt als einheitliches Gebilde. Es hat keine Splitterungen ergeben, auch die Dissonanzen, die vorhanden waren, sind behoben."⁵⁶ Diesem Lagebericht an die Adresse der Linksparteien mag zu diesem Zeitpunkt - am 28. September gegen 18 Uhr - mehr als nur ein gewisser Zweckoptimismus zugrundegelegt haben. Auch Schäffer berichtete später von dem Versuch eines "Friedensschlusses", der aber bedauerlicherweise dadurch nicht zum Tragen gekommen sei, daß in diesen Tagen sein "Vertrauen in die Loyalität von Dr. Müller nicht gewachsen war".⁵⁷ Diese Mißtrauenskundgebung zielte im Kern auf ein Ereignis, das noch am Abend des 28. Septembers alle Einigungsbemühungen vorläufig wieder hinfällig machte. Etwa zwei Stunden nach Müllers zuversichtlicher Verkündung des innerparteilichen Burgfriedens erfuhr Fritz Schäffer nämlich, daß er mit sofortiger Wirkung seines Amtes als Ministerpräsident enthoben war.⁵⁸

4. Der "Fall Schäffer" - Teil I

Die Absetzung Fritz Schäffers als bayerischer Ministerpräsident war ein Schlüsselergebnis in der Frühgeschichte der CSU, das die Entwicklung der Partei noch lange belasten sollte. Fritz Schäffer schrieb seine Entlassung nämlich den Intrigen seines innerparteilichen Kontrahenten Josef Müller zu, was zwar nicht den Realitäten entsprach, aber den gerade beigelegten Streitigkeiten um die Führung und die politische Linie der entstehenden CSU neuen Auftrieb und eine andere Qualität verlieh. Die seither unüberbrückbaren persönlichen Gegensätze zwischen Müller und Schäffer und der nach Schäffers vorübergehender Ausschaltung aus dem politischen Leben in der Hundhammer-Müller-Gegnerschaft fortgesetzte "persönliche Stunk"⁵⁹ sollten die Union vor immer neue Zerreißproben stellen. Die Protokolle vor allem der Bamberger Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12) und der Regensburger Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32), aber auch viele andere dokumentierte Wortwechsel belegen die starke persönliche Komponente der parteiinternen Flügelkämpfe, die vermutlich ohne die Ereignisse des 28. September nie so virulent geworden wären.

Dabei hatte Müller keinerlei Einfluß auf die Absetzung Schäffers, wenn diese ihm auch fraglos gelegen kam. Tatsächlich war - um es überspitzt auszudrücken - der "Sturz" Schäffers das Ergebnis eines Umschwungs in der amerikanischen Besatzungspolitik und unqualifizierter Bemerkungen eines prominenten amerikanischen Generals (George S. Patton) über die Entnazifizierung, die zufällig zeitlich zusammentrafen. Schäffer selbst hatte sich durch seine Haltung in der Entnazifizierungsfrage angreifbar gemacht und damit seinerseits nicht unerheblich zu seinem "Fall" beigetra-

⁵⁶ "Niederschrift über die am 28. September 1945 [...] stattgefundene Besprechung", ACSP, NL Müller 8.

⁵⁷ Schäffer vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 112.

⁵⁸ Eine plastische Beschreibung des Vorganges findet sich in den Memoiren von Wilhelm Hoegner, *Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten*, München 1959, S. 200.

⁵⁹ Haußleiter vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 106.

gen. Die Vorgeschichte und Begleitumstände der sogenannten Schäffer-Patton-Affaire sind kein historisches Neuland mehr.⁶⁰ Wegen der Bedeutung dieser Vorgänge in den parteiinternen Auseinandersetzungen und der Legenden, die sich in den hier abgedruckten Protokollen und noch über Jahre und Jahrzehnte hinaus in Kreisen der CSU um dieses Ereignis rankten, sollen sie aber in Kürze in Erinnerung gerufen werden:

Die Lösung der drängenden Aufgaben, denen sich Schäffers bayerische Notstandsverwaltung gegenüber sah, wurde zweifellos nicht gerade erleichtert durch eine Verpflichtung, die ihm die Militärregierung gleich bei seiner Ernennung besonders nahegelegt hatte: die Entnazifizierung der Verwaltung. Die am 28. Mai noch recht vage ergangene Anordnung wurde präzisiert durch eine USFET-Direktive vom 7. Juli 1945, die den Kreis der aus dem öffentlichen Dienst Entlassungspflichtigen genauer umriß. Betroffen waren danach nicht nur Mitglieder und Amtsträger der NSDAP und ihrer Gliederungen, sondern darüber hinaus, und zwar unabhängig von einer etwaigen Mitgliedschaft, auch die führenden Träger der Verwaltung; im Falle der Landesverwaltung Ministerialdirektoren, Regierungspräsidenten und Landräte.⁶¹ Die schematische Entnazifizierungsdirektive bedeutete die Entlassung von etwa 30 Prozent aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten, darunter eine große Anzahl hochspezialisierter Beamter aus den Reihen des höheren und gehobenen Dienstes, unter denen besonders viele Parteimitglieder waren.⁶²

Unter solchen Umständen eine arbeitsfähige Verwaltung aufzubauen, schien unmöglich. Schäffer, der die Funktionstüchtigkeit der bayerischen Staatsverwaltung zur Linderung der allgemeinen Not anstreben mußte, diese aber auch zur Unterstreichung der Vorzüge föderalistischer Pläne unter Beweis stellen wollte, begann schon vor Erlass der USFET-Direktive vom 7. Juli, der Militärregierung die Probleme, die sich aus der politischen Säuberung für seine Regierungstätigkeit ergaben, vor Augen zu führen. Am 6. Juli 1945 erzog das Kabinett sogar seine Demission - als Protest gegen die Massenentlassungen, die die Bemühungen um den Verwaltungsaufbau paralyisierten, den eigenen Entnazifizierungswillen lähmten und die Regierung Schäffer bald zu Defensivmaßnahmen provozierten. Ab August richtete der vorläufige Ministerpräsident, dessen Bestürzung über die katastrophalen Auswirkungen der Säuberung vom gesamten Kabinett, einschließlich der Sozialdemokraten, geteilt wurde, mehrere Denkschriften über das Entnazifizierungsproblem an die Militärregierung, in denen er die schematische Entnazifizierungspraxis scharf kritisierte. Schäffer ging davon aus, daß eine Konzentration der Entnazifizierung auf die "wirklichen innerlichen Nazi" den betroffenen Personenkreis drastisch reduzieren und damit auch das Personalproblem entschärfen würde.⁶³ Das Kabinett Schäffer fand beim RMG durchaus Verständnis für die Probleme, die sich durch die Entnazifizierung ergaben, und "wahrscheinlich wur-

⁶⁰ Hierzu ausführlich Niethammer, Bayern 1945, S. 195ff., und ders., Mitläuferfabrik, v.a. S. 229ff.

⁶¹ Einen informativen Überblick zur Entnazifizierung bietet die Einleitung von Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, hier S. 11. Als Standardwerk über den komplizierten Prozeß der politischen Säuberung in Bayern und der US-Zone gilt nach wie vor die umfangreiche Studie von Niethammer, Mitläuferfabrik.

⁶² Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 254, Zahlen über die Entlassungen im öffentlichen Dienst: ebenda, S. 252.

⁶³ Ebenda, S. 174ff.

den [...] die zwischen RMG und der Landesregierung geführten Gespräche über Verzögerung und Änderung der Entnazifizierung vom Militärgouverneur gedeckt".⁶⁴

George Smith Patton jun., der exzentrische General und Gouverneur des östlichen Militärdistrikts, war in erster Linie Antikommunist und nicht gerade ein Freund der Entnazifizierung. Mit seiner Einstellung befand er sich allerdings im krassen Widerspruch zu den Zielen amerikanischer Besatzungspolitik, wie sie in der für die US-Besatzungspolitik maßgeblichen Direktive JCS 1067 vom 26. April 1945⁶⁵ und der US-FET-Direktive vom 7. Juli 1945 niedergelegt waren.

Gerüchte über die unter Pattons Kommando verhältnismäßig lasche Durchführung der Entnazifizierung waren rasch über die Landesgrenzen hinausgedrungen. Der Verdacht, daß in Bayern die Dinge nicht zum besten stehen könnten, bewog USFET schon im Juni 1945, einen Stabsoffizier nach München zu schicken, der sich in der dortigen Special Branch umsehen sollte. Ernst Anspach, ein sozialdemokratischer deutscher Emigrant, gewann sehr bald nach seinem Eintreffen den Eindruck, daß die bayerische Landesregierung, die ihm auch wegen ihrer konservativen Zusammensetzung wenig behagte, die Entnazifizierung unterlaufe und darin vom RMG unterstützt werde. Da er bei seinen Vorgesetzten mit seinen Lageberichten auf wenig Resonanz stieß, lancierte er entsprechende Meldungen in die US-Presse, die diese in skandalträchtigen Schlagzeilen verwertete. Der "Bavarian Scandal" verursachte in den USA einiges Aufsehen, zeitigte jedoch vorerst keine ernsteren Konsequenzen. Dies auch deshalb, weil vor der Potsdamer Konferenz, in der sich die Alliierten im Juli/August 1945 auf gemeinsame Richtlinien der Besatzungspolitik verständigten, und im Zuge der erst allmählichen Konsolidierung der Militärregierung eher Improvisation als klare Linien die Maßnahmen der Amerikaner leiteten. Dies zeigte sich gerade auch in der Frage der Entnazifizierung, die die Besatzungsmacht durch immer wieder neue, zum Teil überstürzt erlassene Direktiven zu lösen versuchte.

Patton kam deshalb zunächst mit einer Verwarnung davon. Er wurde vom amerikanischen Militärgouverneur Dwight D. Eisenhower und seinem Stellvertreter Lucius D. Clay im August 1945 lediglich zu einem klärenden Gespräch geladen, in dem er eindringlich zur Raison gerufen wurde. Die Warnung zeigte jedoch nicht die gewünschte Wirkung. Am 21. September kritisierte Patton in einem Interview die Entnazifizierung als aufbauhemmend und stellte - was viel schlimmer war - zur Bekräftigung seines Standpunktes dann auch noch Parallelen zu amerikanischen Verhältnissen her. Über das, was er genau gesagt hatte, kursierten verschiedene Versionen, entscheidend aber war, daß seine Äußerung in den USA "so aufgefaßt wurde, als habe er sagen wollen, ein Anhänger Hitlers sei ungefähr dasselbe wie ein Anhänger Roosevelts."⁶⁶ Das Interview löste in den USA einen Sturm der Entrüstung aus und brachte Bayern erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Clay schickte unverzüglich seinen politischen Berater, Robert D. Murphy, nach München, der sich vor Ort ein Bild über den Stand der Entnazifizierung verschaffen, die für ihren vermuteten Boykott Verantwortlichen namhaft machen und gegebenenfalls sofort handeln sollte. Murphy hielt sich drei Tage in München auf und spürte durch Befragungen von Militärregierungsbeamten, der Schäffer-Regierung und Repräsen-

⁶⁴ Ebenda, S. 231. Eine ausführliche Charakterisierung Pattons in: Ders., Bayern 1945, S. 184f.

⁶⁵ Text der Direktive z.B. in: Documents on Germany under Occupation, S. 13ff.

⁶⁶ Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 234.

tanten der bayerischen Parteien sowie Aktenprüfungen den bayerischen Mißständen nach. Tatsächlich erwies sich, so kablete er am 3. Oktober in einem geheimen Telegramm nach Washington, daß die Zeitungsberichte weit übertrieben und der Regierung Schäffer keine allzu großen Vorwürfe zu machen waren.⁶⁷

Murphy war offensichtlich angenehm überrascht und hatte auch den Eindruck gewonnen, daß mit Schäffer kein Freund der Nationalsozialisten an die Spitze der ersten bayerischen Nachkriegsregierung gelangt war. Angesichts seiner günstigen Beurteilung der Lage in München scheinen die Konsequenzen, die er veranlaßte, um so befremdlicher und auch widersprüchlich: Er empfahl nämlich - so berichtete er dem amerikanischen Außenminister Byrnes -, Schäffer als Ministerpräsidenten abzusetzen, gleichzeitig plädierte er aber dafür, die bayerische Regierung zu stärken und ihr mehr Verantwortlichkeit und größere Autorität zuzumessen.⁶⁸

Gründe für seine Empfehlung, Schäffer trotz seines positiven Eindrucks des Amtes zu entheben, nannte Murphy dem Außenminister nicht. Es spricht einiges dafür, daß Schäffer von vornherein geopfert werden sollte, um durch diese personelle Konsequenz den Angriffen gegen Patton die Schärfe zu nehmen.⁶⁹ Für die Umbildung der bayerischen Regierung sprachen aber vor allem andere Gründe, die in Murphys Empfehlung, die Stellung der bayerischen Regierung zu stärken, auch anklingen und die mit der Entnazifizierungsfrage gar nichts zu tun hatten. Im September 1945 war deutlich geworden, daß sich die gemeinsame alliierte Herrschaft in Deutschland sehr viel schwieriger gestaltete als erwartet und sich insbesondere die im Potsdamer Abkommen vereinbarte Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit nicht realisieren ließ. Die Amerikaner widmeten ihre Aufmerksamkeit daher verstärkt dem politischen Aufbau ihrer Zone, gemäß ihren föderalistischen Vorstellungen insbesondere auch im Sinne einer Stärkung der Länder, deren demokratische Konsolidierung, beginnend mit der Bildung der Länder Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden am 19. September 1945, forciert wurde.⁷⁰ Vor diesem Hintergrund ist Murphys Empfehlung der Kompetenzerweiterung der bayerischen Regierung zu verstehen, und diese Planungen sprachen entschieden für die Ablösung Schäffers. Dessen gouvernementales Regierungskonzept einer apolitischen Notstandsverwaltung unter langfristiger Ausschaltung parteipolitischer und anderer demokratischer Einflüsse stand den amerikanischen Plänen diametral entgegen.

War schon angesichts solcher übergeordneter Überlegungen, von denen man in Bayern allerdings nichts erfuhr, das Schicksal der Schäffer-Regierung besiegelt, so kam noch hinzu, daß zur gleichen Zeit wie Murphy noch ein anderer Mann nach München gekommen war, um im Auftrag der Armeeführung die politische Lage zu erkunden. Walter L. Dorn, politischer Berater General Eisenhowers, erstattete dem amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt am 28. September Bericht. Bei ihm hatte der Besuch in München ganz andere Eindrücke hinterlassen als bei Murphy. Vermutlich sah er veraltete Bilanzen der Entnazifizierung, die in den letzten Wochen intensiviert worden war. Sein Bericht machte den Militärgouverneur so wütend, daß dieser mit dem Gedanken spielte, Schäffer zu verhaften. Schließlich befahl er aber dann doch nur,

⁶⁷ Murphy an den Secretary of State, 5. Oktober 1945, NA RG 165, Box 175, Sec II.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Niethammer, Bayern, S. 201, geht davon aus.

⁷⁰ Ausführlicher hierzu: Barbara Fait, "In einer Atmosphäre von Freiheit". Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: VfZ 33 (1985), S. 427ff.

den Ministerpräsidenten und die Minister, die seine Politik unterstützt hätten, unverzüglich zu entlassen. Gefragt, wer als Nachfolger in Frage käme, nannte Dorn den Namen Wilhelm Hoegner, und damit war die Entscheidung auch schon gefallen. Noch am Spätnachmittag des 28. September mußte Patton, der wenige Tage später strafversetzt wurde, als eine seiner letzten Amtshandlungen in Bayern entsprechende Anweisungen nach München telefonieren, und gegen 20 Uhr desselben Tages wurde Schäffer durch den Sozialdemokraten Hoegner abgelöst.⁷¹

Für den von den Ereignissen total überrumpelten Schäffer bedeutete es nur wenig Trost, daß Robert Murphy seine Entlassung am folgenden Tag zu einem freiwilligen Rücktritt umdekorierte. Tief verletzt und in Unkenntnis der realen Hintergründe sah er in seinem innerparteilichen Hauptkontrahenten Josef Müller den für seine Degradierung maßgeblich Verantwortlichen.⁷² Daß der künftige CSU-Landesvorsitzende, der sich gern seiner guten Beziehungen zur Besatzungsmacht rühmte, angesichts der skizzierten Zusammenhänge keinerlei Einfluß auf das Schicksal der ersten bayerischen Nachkriegsregierung nehmen konnte, steht außer Frage. Doch entbehrte Schäffers wiederholt geäußerter Verdacht, Müller habe seinen Sturz herbeigeführt, insofern nicht jeder Grundlage, als Müller seit Anfang September tatsächlich rege Aktivitäten mit dem Ziel der Ablösung der Schäffer-Regierung entfaltet hatte.

Die gouvernementale, antiparteiliche Ausrichtung der Regierung Schäffers mußte in dem Maße, in dem das politische Leben in Bayern sich allmählich reaktivierte, zu immer größerem Widerspruch reizen. Noch bevor die amerikanische Militärregierung im August 1945 die Wiedenzulassung politischer Parteien ankündigte, hatten die Gründungszirkel der Kommunistischen Partei um Bruno Goldhammer und der Sozialdemokratischen Partei um Albert Roßhaupter und Wilhelm Hoegner sich zu einer lockeren Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die sich schon seit Juni um eine baldige Legalisierung der Parteien bemühte und die "diktatorische Politik" der Schäffer-Regierung immer schärfer kritisierte. Schon am 8. August 1945 setzte die Arbeitsgemeinschaft dem gouvernementalen Konzept Schäffers ein Gegenkonzept in Form eines gemeinsamen Aktionsprogramms entgegen. Die darin geforderten durchgreifenden sozialen und politischen Reformen sollten im solidarischen Zusammenwirken aller "antifaschistischen Bevölkerungskreise" realisiert werden.⁷³ Frühe Versuche, im Einklang mit diesen Bündnisvorstellungen auch Repräsentanten der ehemaligen BVP für die gemeinsame Sache zu gewinnen, waren über winzige Ansätze nicht hinausgekommen, da noch völlig offen war, in welcher Gestalt eine künftige bayerische bürgerliche Partei hervortreten würde. Nachdem die Militärregierung aber den Startschuß zur Parteienbildung abgegeben und damit auch eine in Kürze zu erwartende Politisierung der Regierung signalisiert hatte, gaben jene Kreise innerhalb des bürgerlichen Lagers ihre Zurückhaltung auf, die Neues wollten und ein Wiederaufleben der alten Bayerischen Volkspartei zu verhindern gedachten.

Mit Schäffer als Ministerpräsident stand ausgerechnet der ehemalige Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei und Hauptexponent ihrer Wiederbelebung an der Spitze der

⁷¹ Hierzu auch Hoegner, Außenseiter, S. 200f.

⁷² Die Vorgänge kamen ausführlich am zweiten Tag der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 31. März 1946 zur Sprache (Dok. Nr. 12, S. 110ff., 137ff.). Das Protokoll belegt deutlich die persönliche Verletzttheit Schäffers.

⁷³ Ausführlicher hierzu Niethammer, Bayern 1945, S. 191f., der auch die Inhalte des Aktionsprogramms schildert.

bayerischen Regierung, was diesen Bestrebungen vermutlich einen erheblichen innerparteilichen Bonus verschaffen würde. Schäffer selbst leitete seinen Führungsanspruch in der entstehenden Partei nicht zuletzt aus seinem Staatsamt ab. Wie Müller später dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß berichtete, hatte Schäffer im Zuge der Auseinandersetzungen um die Führung der Union klipp und klar erklärt, die Amerikaner hätten ihn als früheren Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei zum Ministerpräsidenten ernannt, "infolgedessen könnte er jetzt von seinen Freunden, von den Leuten erwarten, daß [...] er hier die Gründung vollziehe und die Führung übernehme."⁷⁴

Die innerparteilichen Machtkämpfe, deren Ausgang im August/September 1945 noch offen war, ließen aus der Sicht der Müller-Freunde einen Regierungswechsel also geboten erscheinen, und seit August 1945 trafen sich die Hauptexponenten der neuen Linie, Adam Stegerwald und Josef Müller, mit Vertretern der KPD und SPD, um sich auf den Fall der Politisierung oder Entlassung der Schäffer-Regierung vorzubereiten. Insbesondere Stegerwalds Interesse, Schäffers Nachfolge anzutreten, war in München ein offenes Geheimnis, aber auch Müller zeigte sich nicht abgeneigt. Am 14. September stand als Ergebnis der überparteilichen Beratungen eine Ministerliste fest, an deren Spitze Müller als Ministerpräsident stand.⁷⁵ Der designierte Regierungschef nahm in der Folgezeit die Dinge recht entschlossen in die Hand. Waren die "interfraktionellen" Besprechungen über die Regierungsumbildung im August noch von den Linksparteien initiiert worden, so war es im September Müller, der dazu lud und seine vermeintlich künftige Rolle als Regierungschef schon vorab ganz ausfüllte.⁷⁶ Als Schäffers Stuhl durch die Patton-Affaire ins Wanken geriet, präsentierte er dem interfraktionellen Kreis am 28. September flugs ein von ihm entworfenes Programm für eine "Regierung auf demokratischer Grundlage",⁷⁷ zu dessen Realisierung er jedoch keine Gelegenheit bekam. Denn während die Herren noch bis etwa 20 Uhr die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung berieten, befand sich der neue Ministerpräsident Hoegner bereits auf dem Weg zur Militärregierung, um dort wenig später "aus allen Wolken" zu fallen.⁷⁸

Schäffer hatte also recht, wenn er argwöhnte, Müller habe zu jenen Kreisen gezählt, "die die Stellung [...] der damaligen Landesregierung in gar keiner Weise unterstützt, sondern bewußt untergraben haben".⁷⁹ Er irrte jedoch in der Annahme, Müller habe auf die amerikanische Entscheidung auch nur den geringsten Einfluß ausüben können.

5. Der Höhenflug des "Ochsensepp". Müllers Weg zum Parteivorsitz

Sollten die Verhandlungen um die entstehende CSU zwischen dem 24. und 28. September tatsächlich in ein ruhigeres Fahrwasser geraten sein, so standen die Zeichen ab dem 28. September wieder auf Sturm. Eigentlich hätten die Gründungsvorbereitungen schon am 2. Oktober zu einem ersten Abschluß kommen sollen. Der Entwurf eines Rundschreibens, mit dem Scharnagl am 1. Oktober zu einer konstituierenden

⁷⁴ Vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 130f.

⁷⁵ Aktennotiz vom 14. September 1945, ungezeichnet, Kopie im Besitz d.V.

⁷⁶ Niederschriften der interfraktionellen Besprechungen am 20. und 28. September 1945, ACSP, NL Müller 8.

⁷⁷ Undatierter, ungezeichneter Entwurf des Regierungsprogramms, ACSP, NL Müller 227.

⁷⁸ Hoegner, Außenseiter, S. 200.

⁷⁹ Schäffer vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.

Sitzung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union am 2. Oktober einladen wollte, war schon vorbereitet. Verschiedene Besprechungen über "die Möglichkeit der Erfassung aller Kreise unseres Volkes, die den Aufbau einer Staats- und Gesellschaftsordnung auf positiver Grundlage erstreben, zu einer einheitlichen politischen Organisation" hatten, so hieß es darin, "erfolgreich zu einem Ergebnis geführt". Eine erste Voranmeldung bei der Militärregierung unter dem Namen "Bayerische Christliche Soziale Union" sei bereits erfolgt.⁸⁰

Letzteres traf zwar zu, doch war die Gruppe um Scharnagl und Müller nicht die einzige, die mit der Voranmeldung bei der Militärregierung ein Präjudiz zu schaffen versucht hatte. Bei der Militärregierung waren bis zum 8. Oktober nicht weniger als "zehn bis zwölf" Voranmeldungen für Parteien in München eingelaufen, "eine Erscheinung", die den zuständigen politischen Offizier veranlaßte, "einen ersten Appell an die Vertrauensmänner der verschiedenen Gruppen zu richten".⁸¹ Daß unter diesen Gruppen auch eine um Schäffer und Pfeiffer vertreten war, ist sehr wahrscheinlich. Sicher ist, daß Schäffer in verschiedenen Orten außerhalb Münchens erfolgreich für die Gründung einer Partei unter dem Namen "Bayerischer Volksbund" initiativ wurde und daraus auch kein Geheimnis machte.⁸²

Fest steht ferner, daß die zwischenzeitlich verfolgten Pläne der Schäffer-Gruppe zur Gründung einer Konkurrenzpartei in München bis zum 11. Oktober wieder begraben wurden. Inzwischen hatten weitere Besprechungen zur Vorbereitung der Parteigründung stattgefunden, in denen offensichtlich eine neuerliche Einigung erzielt worden war.⁸³ Am 11. Oktober konnten sich schließlich im Münchner Rathaus etwa 100 Personen zur feierlichen Gründungsversammlung der CSU "in München" versammeln (Dokument Nr. 3). Mit auffälliger Betonung teilte Scharnagl diesem Forum in seiner langen Eröffnungsrede mit, daß der Appell der Militärregierung erfreulicherweise dazu geführt habe, daß *eine* der ursprünglichen Voranmeldungen zugunsten der Union zurückgezogen worden sei. Tatsächlich dürfte aber nicht nur die Mahnung der Militärregierung dazu beigetragen haben, daß eine Abspaltung der Schäffer-Gruppe verhindert werden konnte. Das Protokoll der Münchener Gründungsversammlung läßt darüber hinaus rege parteiinterne Aktivitäten erahnen, die mit dem Ziel entfaltet worden waren, eine Verständigung schließlich doch noch zu ermöglichen.

Diese konstituierende Sitzung der Christlich-Sozialen Union in München war nämlich - und zwar nicht nur mit Blick auf die Militärregierung - ausdrücklich und ausschließlich als Münchener Angelegenheit zu betrachten. Scharnagl erklärte am 11. Oktober, es sei "noch nicht an der Zeit, über irgendwelche Gedanken, Pläne, Notwendigkeiten, die über den Stadtkreis hinausgehen, Erörterungen anzustellen oder gar Festlegungen zu treffen. Das soll und muß unter allen Umständen verhindert werden und muß unterbleiben, einmal, weil die Militärregierung es noch nicht gestattet, dann aber auch, weil tatsächlich die Verhältnisse zu verschieden liegen". Damit waren die Motive der "unter allen Umständen" zu wahrenen lokalen Beschränkung auf den Kreis München

⁸⁰ Scharnagl an "Verehrter Herr!", 1. Oktober 1945, ACSP, NL Müller 1.

⁸¹ Gründungsversammlung der CSU-München, 11. Oktober 1946, Dok. Nr. 3, S. 9.

⁸² Schäffer an Baumgartner, 17. Oktober 1945, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

⁸³ Über die Inhalte dieser Besprechungen ist wenig bekannt; nachweislich fand eine Sitzung am 5. Oktober statt, auf der u.a. der Beschluß gefaßt wurde, Unionsmitgliedern ihre Mitarbeit an der Regierung Hoegner freizustellen (Dok. Nr. 5, S. 24). Im Entwurf des Einladungsgrundschreibens von Scharnagl wird Bezug auf mehrere Besprechungen genommen, über deren Inhalte und Termine nichts ausgesagt wird.

für die Kenner der Szenerie offen genug aufgedeckt.⁸⁴ Mit dem Hinweis auf die heterogenen Verhältnisse im Lande, mit dem Scharnagl die in der Tat sehr verschiedenen Voraussetzungen für eine Parteiarbeit in den drei großen bayerischen Traditionszonen im fränkischen, schwäbischen und altbayerischen Raum andeutete, war nämlich zugleich das Kardinalproblem der Union schlechthin angesprochen, das keineswegs allein zeitbedingt war: Die "verschiedenen Verhältnisse" waren gewissermassen ein Synonym für die beiden großen gegnerischen Kräfte in der Union, deren Rivalität die Partei in den kommenden Jahren vor immer neue Zerreißproben stellte. Weil der Kampf zwischen Schäffer und Müller am 11. Oktober noch längst nicht ausgestanden war, es auf der anderen Seite aber dringend erforderlich erschien, wenigstens auf lokaler Ebene zu einer arbeitsfähigen Lösung zu gelangen, wurde der Münchner Bereich ausdrücklich von der Landespartei isoliert, deren Gestaltung damit zunächst offengehalten wurde. Mit diesem Kompromiß war aber die Sprengkraft des eigentlichen Kerns der Auseinandersetzungen, in denen es um die organisatorische und programmatische Ausrichtung, vor allem aber um die Führung der Landespartei ging, keineswegs entschärft.

Die Tendenz zur zeitlichen Verschiebung des Konfliktes hatte sich schon vorher angekündigt. Scharnagl hatte Schäffer bereits am 22. September mit dem Argument zu beruhigen versucht, daß die "für die örtliche politische Tätigkeit erstrebte Regelung", nämlich die Bildung der Christlich-Sozialen Union in München auf der Grundlage der am 12. September gefaßten Beschlüsse, einer von Schäffer "gewünschten Regelung für Bayern" nicht vorgreifen wolle.⁸⁵ Das entsprach zwar ganz und gar nicht den Intentionen des Münchner Gründerzirkels, der von Anfang an die führende Rolle in ganz Bayern angestrebt hatte, doch offensichtlich glaubten die Verfechter des Unionsgedankens, daß die Zeit für sie arbeiten werde - ein Kalkül, das schließlich aufging.

Am Ende der Münchner Gründungsversammlung, deren spannungsgeladene Atmosphäre eher zwischen den Zeilen des Protokolls zum Ausdruck kommt, stand wiederum die Wahl eines Ausschusses. Dieser sollte für München die "notwendigen Vorarbeiten der endgültigen Formulierung des Programms unter Festlegung der Satzung" durchführen. Seine personelle Zusammensetzung war schon im Vorfeld der Gründungsversammlung abgesprochen worden. Vorgesehen war nur, wie Scharnagl erläuterte, die Ergänzung eines vor "etwa 14 Tagen" gebildeten sechsköpfigen Ausschusses durch die Person Walther von Millers.⁸⁶ Als Scharnagl jedoch pflichtgemäß die Versammlung aufforderte, zu seinen Vorschlägen Stellung zu nehmen, kam es zu einem unerwarteten Zwischenfall. Michael Horlacher, der in den folgenden Wochen wiederholt als "Geburtshelfer" Müllers in Erscheinung trat, stellte überraschend den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung, "damit eine gegenseitige Verständigung stattfinden kann. Denn ich möchte bemerken, daß es bezüglich des Vorschlags der sechs bzw. sieben Ausschußmitglieder Schwierigkeiten geben wird, und es könnte dadurch die Einmütigkeit gestört werden."⁸⁷

⁸⁴ Dok. Nr. 3, S. 9.

⁸⁵ Scharnagl an Schäffer, 22. September 1945 (wie Anm. 19).

⁸⁶ Dok. Nr. 3, S. 9f. Weitere Anhaltspunkte zu diesem Ausschuß über die Hinweise in Dok. Nr. 3 hinaus waren nicht zu finden. Die Formulierung "vor etwa 14 Tagen" könnte sich auf die Sitzung am 24. September (vgl. S. XXIIIf.) beziehen.

⁸⁷ Ebenda, S. 10.

Nach einer nur viertelstündigen Unterbrechung der Versammlung stand plötzlich ein völlig neues Gremium zur Abstimmung, hatten sich doch in letzter Minute "Differenzen ergeben bei zwei Herren, die dem Ausschuß angehören". Um eine volle Einigkeit herbeizuführen und "die Differenz, die zwischen Müller und Schäffer besteht, zu klären", schlug Scharnagl vor, da "nun diese beiden Herren ausfallen würden", einen Vorstand für München zu bestellen, in dem weder Müller noch Schäffer vertreten waren.⁸⁸ Der von der Versammlung schließlich mit großer Mehrheit (63:27 Stimmen) bestätigte Vorstand für München-Stadt war eindeutig eine Not- und Kompromißlösung. In seiner Zusammensetzung wohlhabend, waren mit Walther von Miller und Wilhelm Eichhorn als gleichberechtigten Vorsitzenden zwei "Verlegenheitskandidaten"⁸⁹ an die Münchner Parteispitze gelangt. Diese waren zwar jeweils einer der rivalisierenden Kerngruppen zuzurechnen,⁹⁰ doch sie zählten politisch nicht gerade zu den Profilierteren und hatten sich aus den Scharmützeln der vergangenen Wochen herausgehalten.

Damit war das offene Duell Schäffer-Müller endgültig vertagt. Schäffer und vor allem Alois Hundhammer, der inzwischen Pfeiffer als dessen engsten Mitstreiter abgelöst hatte, zeigten sich über diese Wendung zwar überrascht und wenig erfreut, und Hundhammer protestierte gegen die gefundene Lösung mit dem Hinweis, trotz aller Differenzen, "die bestanden haben, haben die beiden Herren Schäffer und Dr. Müller in dem Ausschuß zunächst zusammengearbeitet, und zwar ersprießlich".⁹¹ Zu ernsthafteren Auseinandersetzungen kam es in dieser "Angelegenheit", die in "verhältnismäßiger Ruhe und Ordnung [...] erledigt" wurde, aber laut Protokoll nicht.⁹²

Daß der personalpolitische Schachzug, Müller und Schäffer aus der Münchner Parteiführung herauszulösen, nicht nur mit Wissen sondern sogar als taktisches Manöver der Müller-Riege erfolgte, ist schon deswegen zu vermuten, weil die Initiative von Horlacher ausging, der in den folgenden Wochen den Zielen des "Ochsensepp" wiederholt mit raffinierten Kunstgriffen zum Durchbruch verhalf. Auf eine wohlüberlegte Aktion deuten aber auch andere Indizien. Pragmatische Überlegungen, auch in personeller Hinsicht die "rein lokale Gründung in München" im Interesse einer Einigung ausdrücklich isoliert von der Frage der "Parteiführung für das Land" zu betrachten,⁹³ hatte es im Umfeld Müllers nämlich gegeben. Nach Schäffers Absetzung als Ministerpräsident standen die Chancen recht gut, daß sein Name über kurz oder lang an Zugkraft verlieren würde, besonders dann, wenn außerdem gewährleistet war, daß er auch parteipolitisch nicht an vorderster Front in Erscheinung trat.

Die Müller-Gruppe hatte noch einen weiteren Grund, mit dem Verlauf der Gründungsversammlung vollauf zufrieden zu sein. Die Namensfrage, die neben der Wahl des Ausschusses ebenfalls zur Abstimmung stehen sollte, war in der Aufregung über die Personaldiskussion völlig untergegangen. Und als sich am 8. Januar 1946 erstmals Vertreter aus allen Teilen Bayerns zur konstituierenden Sitzung auf Landesebene tra-

⁸⁸ Ebenda, S. 10f.

⁸⁹ So bezeichnete Eichhorn selbst seine Funktion in einem Schreiben an Schäffer vom 2. Februar 1946, Kopie im Besitz d.V.

⁹⁰ Eichhorn war der Gruppe Müller, von Miller der Schäffer-Gruppe zuzurechnen: Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 59.

⁹¹ Dok. Nr. 3, S. 11.

⁹² Scharnagl am 3. Oktober 1945, Dok. Nr. 3, S. 12.

⁹³ Semler an Müller, 22. September 1945, ACSP, NL Müller 5.

fen (Dokument Nr. 6), stand der zwar nach wie vor "doch zum Teil umstrittene Name"⁹⁴ längst nicht mehr ernsthaft zur Diskussion.

Mit der Entscheidung vom 11. Oktober hatte der Vorbereitende Ausschuß formal seine Legitimation verloren. Dessen ungeachtet setzten einige seiner Mitglieder ihre Aktivitäten zur Vorbereitung der Landespartei Gründung unverdrossen fort. Während sich der Münchner Vorstand fortan vor allem örtlichen Fragen widmen wollte, sollte, so hatten von Miller und Scharnagl vereinbart, Scharnagl "im Auftrag der Münchner Union vorläufig Landesfragen" bearbeiten.⁹⁵ Scharnagl, der seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber einer Neuauflage der Bayerischen Volkspartei zwar wiederholt in aller Deutlichkeit ausgesprochen hatte, aber gleichzeitig Schäffer mehrfach seine persönliche Loyalität zugesichert und seine mangelnde Bereitschaft, selbst "als Führer für die neue Organisation benannt zu sein", zuletzt am 22. September bekräftigt hatte,⁹⁶ schlüpfte wohl aus eben diesem Grund und eher unfreiwillig immer stärker in die Rolle eines von beiden Seiten beanspruchten Vermittlers, dessen Sympathien freilich immer deutlicher Müller zuneigten.

Ob Scharnagl die praktische Ausführung des ihm erteilten Auftrages, Landesfragen zu bearbeiten, formell Müller oder anderen Teilnehmern einer Besprechung über "Organisations- und Pressefragen" übertragen hatte, die sich am 25. Oktober in der Kanzlei Dr. Müllers in der Münchner Gedonstraße trafen (Dokument Nr. 4), ist nicht zu belegen. Angesichts der zupackenden Energie, mit der sich der kleine Kreis dieser Fragen annahm, ist dies aber zu vermuten. So beschloß die Runde an diesem Tag etwa die Errichtung eines Münchner Sekretariats als Koordinierungsstelle für das Land, schuf also bereits den Vorläufer der künftigen CSU-Landesgeschäftsstelle. Ferner einigte sie sich darauf, künftig "möglichst in jeder Woche zur gleichen Zeit am gleichen Ort" in der Kanzlei Dr. Müller zusammenzukommen. "Im Hinblick auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen", so waren sich die Anwesenden immerhin einig, war "die Zuziehung weiterer interessierter Teilnehmer freigestellt". Welch seltsamer Widerspruch! Die Beschlüsse vom 25. Oktober über organisatorische und Pressefragen, nicht zuletzt der Beschluß über die Errichtung eines vorläufigen Generalsekretariats, lassen sich mit der nüchternen Feststellung des inoffiziellen Charakters der zukünftigen Besprechungen und damit auch des am 25. Oktober tagenden Gremiums selbst nur schwer in Einklang bringen.

Da die Überlieferung für das Jahr 1945 ziemlich lückenhaft ist und sich für die nachfolgenden Wochen zwar Hinweise darauf finden lassen, daß weitere vorbereitende Besprechungen stattfanden, jedoch weder Sitzungsprotokolle noch Notizen über deren Verlauf, sind die Entwicklungen bis zur nächsten entscheidenden Sitzung am 17. Dezember (Dokument Nr. 5) kaum zu erhellen. Auch ist angesichts der Quellenlage nicht zweifelsfrei festzustellen, um was für einen Kreis es sich handelte, der künftig wöchentlich zur gleichen Zeit und am gleichen Ort Fragen des Parteaufbaus, erklärtermaßen mindestens der Parteipresse, zu erörtern plante. Es spricht aber einiges dafür - Ort und Termin der nächsten, für Mittwoch, den 31. Oktober, 16 Uhr, in Aussicht genommenen Sitzung und der Hinweis auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen, zu denen andere interessierte Kreise hinzugezogen werden sollten -, daß die am 25. Oktober angekündigten regelmäßigen Besprechungen nichts anderes waren als

⁹⁴ Erweiterter Vorläufiger Landesausschuß am 8. Januar 1946, Dok. Nr. 6, S. 23.

⁹⁵ Besprechung über Organisations- und Pressefragen am 25. Oktober 1945, Dok. Nr. 4, S. 13.

⁹⁶ Scharnagl an Schäffer (wie Anm. 19).

die Zusammenkünfte des sogenannten "Mittwoch-Nachmittag-Aussprache-Kreises", der nach dem Spitznamen seines Initiators, des "Ochsensepp", auch "Ochsen-Club" genannt wurde.⁹⁷ Die Treffen des Ochsen-Clubs, zu denen vor allem Anhänger Müllers erschienen, fanden seit Juli 1945 ziemlich regelmäßig in der Kanzlei in der Gedonstraße statt. Obwohl der Mittwoch-Nachmittag-Aussprache Kreis sich 1945/46 zur festen Institution der Union entwickelte, war dieser lockere Gesprächszirkel alles andere als ein parteioffizielles Gremium. Und ganz sicher handelte es sich bei seinen (zum Teil wechselnden) Gästen auch nicht um einen Personenkreis, dem die Initiative zur Vorbereitung der Gründung der Landespartei übertragen worden wäre. Trotzdem wurden in der Gedonstraße weiterhin entscheidende Weichen für die künftige Entwicklung gestellt.

Am 25. November 1945 fanden die Gründungsvorbereitungen für München mit der Einreichung des Antrags auf Lizenzierung der Christlich-Sozialen Union München bei der Militärregierung einen vorläufigen Abschluß.⁹⁸ Zu den 31 alphabetisch aufgeführten Sponsoren (Bürgen) der Münchner Partei zählten auch Müller und Schäffer. Am gleichen Tag wandten sich die beiden Vorsitzenden des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, Wilhelm Eichhorn und Walther von Miller, mit einem Aufruf an "die gleichgesinnten Freunde im ganzen Bayernland",⁹⁹ um sie davon in Kenntnis zu setzen, daß nun von der Militärregierung auch die Bildung einer Landesorganisation zugelassen werden würde. Folgende Herren, "die besonders enge Verbindungen mit den Kreisen außerhalb Münchens haben", waren vom Vorbereitenden Ausschuß München ersucht worden, "die nötigen Vorarbeiten zu leiten": Wilhelm Eichhorn, Michael Horlacher, Alois Hundhammer, Heinrich Krehle, Carl Lacherbauer, Walther von Miller, Josef Müller, Fritz Schäffer und August Schwingenstein.¹⁰⁰ Die auch hier eingehaltene alphabetische Ordnung der Namen war kein Zufall, denn die politische Führung der Landespartei war nach wie vor heftig umstritten. Eingeweihten konnte aber nicht entgehen, daß Schäffer mehr und mehr an Boden verlor.

Das Protokoll der ersten überlieferten Sitzung¹⁰¹ dieses vorbereitenden Landes Ausschusses am 17. Dezember 1945 (Dokument Nr. 5) zeigt die inzwischen bereits sehr starke Dominanz Josef Müllers. Dessen Position war auch durch die Absetzung Schäffers als Ministerpräsident gestärkt worden. Schäffer selbst war allerdings an seiner politischen Talfahrt nicht ganz unschuldig. Menschlich enttäuscht und tief gekränkt hatte er die aus seiner Sicht "unlauteren Mittel", mit denen gegen seine Person unter Anwendung "jede[r] mögliche[n] Form der Kränkung" gearbeitet worden sei,¹⁰²

⁹⁷ Müller, Konsequenz, S. 307; Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller, Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die Militärregierung, Stuttgart 1984, S. 21f. Die Dokumentation enthält Berichte über die Zusammenkünfte des Ochsen-Clubs für den Zeitraum zwischen April 1946 und Januar 1948.

⁹⁸ Application for the Organization of a Democratic Political Party, 25. November 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41.

⁹⁹ Vorbereitender Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945, an den Verehrten Freund, Dok. Nr. XI, S. 1751f.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ In einer parteiintern erstellten kleinen Chronik beginnt die Geschichte der Landespartei mit der Sitzung des Vorläufigen Ausschusses am 17. Dezember 1945, doch hat der Vorbereitende Landes Ausschuß nachweislich bereits am 30. November getagt: Schäffer an Eichhorn, 1. Dezember 1945 (Kopie im Besitz d.V.).

¹⁰² Schäffer an Eichhorn, 26. Januar 1946, Kopie im Besitz d.V.

seinerseits mit politisch unklugen Rundumschlägen beantwortet und damit seine eigene Position immer weiter verschlechtert. Zerstritten hatte er sich unter anderem auch mit so einflußreicher Prominenz wie Schlögl und Horlacher,¹⁰³ die als Bauernführer ein sehr gewichtiges Wort in der Union mitzusprechen hatten.

Ausschlaggebend für Müllers immer deutlicher zu Tage tretende Führungsposition innerhalb der Landespartei dürfte jedoch neben seiner überzeugenderen Parteikonzeption seine allgegenwärtige Rührigkeit gewesen sein, die überall ihre Spuren hinterließ und ihm nicht nur Feinde, sondern vor allem auch einflußreiche Freunde verschafft hatte. Zu diesen zählte in diesen Wochen speziell Michael Horlacher, der seit dem 11. Oktober zur Schlüsselfigur im Kampf um die Parteiführung avancierte. Auf Horlachers Initiative fielen am 17. Dezember 1945 zwei für die weitere Entwicklung äußerst wichtige Vorentscheidungen. Er stellte nämlich scheinbar beiläufig "den Antrag, daß wir aus der Mitte dieses Ausschusses einen vorläufigen Vorsitzenden dieses vorläufigen Landesausschusses wählen." Der Ausschuß erklärte sich einverstanden, und "auf Vorschlag von Dr. Horlacher wurde Dr. Müller einstimmig als vorläufiger Vorsitzender des vorbereitenden Landesausschusses gewählt".¹⁰⁴

Der auf den ersten Blick harmlos anmutende Beschluß hatte es in zweierlei Hinsicht in sich: Zum einen hatte sich der Vorbereitende Ausschuß selbst zum Vorläufigen Landesausschuß erhoben. Dem Landesausschuß aber oblag es gemäß den (Vorläufigen) Satzungen (Dokument Nr. XIII), die am 8. Januar 1946 vom "Vorläufigen Erweiterten Landesausschuß", bestätigt wurden (Dokument Nr. 6), die "Richtlinien für die politische Arbeit der Partei" zu bestimmen. Faktisch übernahm der Vorläufige Landesausschuß, der sich seit der Bamberger Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 Landesarbeitsausschuß nannte und seither um Vertreter aus allen bayerischen Bezirken erweitert worden war, die Funktion eines Landesvorstandes. Dessen Wahl erfolgte erst am 6. Dezember 1946 nach vorheriger Verabschiedung der eigentlichen Parteisatzung am 4. Oktober und ihrer Genehmigung durch die Militärregierung am 29. Oktober 1946.¹⁰⁵

Zum anderen war Müller damit in ein Amt gewählt worden, das es dem ebenso schlaun wie entschlossenen politischen Aufsteiger leicht machte, übergangslos in die Rolle eines vorläufigen Landesvorsitzenden zu schlüpfen. Mit einem Rundschreiben vom 31. Dezember 1945, das zusammen mit anderen Materialien als Broschüre in einer Auflage von 30.000 Exemplaren verteilt wurde, informierte der Vorläufige Landesausschuß die Parteifreunde im ganzen Lande: "Zum vorläufigen Landesvorsitzenden der Union wurde am 17. Dezember 1945 Herr Rechtsanwalt Dr. Josef Müller gewählt." Gezeichnet war der Rundbrief mit größter Selbstverständlichkeit von Müller - als vorläufigem Landesvorsitzenden natürlich.¹⁰⁶

Vermutlich rief dieser unverfrorene Versuch der Schaffung eines fait accompli einigen Protest hervor, denn zu Beginn der ersten landesweiten Sitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der Gründungsversammlung auf Landesebene, die der Vorbereitende Ausschuß als Tagung eines "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses"

¹⁰³ Dazu Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 116ff., 124f., 160f.

¹⁰⁴ Dok. Nr. 5, S. 19.

¹⁰⁵ Satzung (Dok. Nr. XVII) und Genehmigungsschreiben der Militärregierung (Dok. Nr. XVIII), S. 1783ff., 1804.

¹⁰⁶ Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses an den "Lieben Parteifreund", vom 31. Dezember 1946, Dok. Nr. XII, S. 1753f.

für den 8. Januar 1946 nach München einberufen hatte, war Müllers Würde als "Landesvorsitzender" wieder mit dem Zusatz versehen: "des vorläufigen Landesausschusses". Dafür war allerdings das Attribut "vorläufig" weggefallen.¹⁰⁷ Am Ende dieser Zusammenkunft wurde aber auch der einschränkende Zusatz hinfällig, denn Michael Horlacher stellte einmal mehr seine Geschicklichkeit als "Geburtshelfer" unter Beweis. Das Protokoll vermerkt in aller Schlichtheit: "Der zum Schluß von Herrn Dr. Horlacher gestellte Antrag: 'Im Vertrauen auf die bisherige Arbeit des Landesvorsitzenden bittet die heutige Tagung den Landesvorsitzenden, die vorläufige Organisation der Kreisverbände sobald es möglich ist durchzuführen', wurde einstimmig angenommen".¹⁰⁸

Mit der geschickt eingefädelten Pseudowahl Müllers zum Landesvorsitzenden und seiner Betrauung mit der Organisation der Landespartei nach eigenem Ermessen endeten die chaotischen Wildwucherscheinungen, von denen die erste Gründungsphase gekennzeichnet war. Mit der Einsetzung von Landesarbeits- und Parteausschüssen und anderen Grundsatzentscheidungen markiert diese erste kleine Landesversammlung der CSU eine deutliche Zäsur in ihrer bewegten Entstehungsgeschichte. Unter der gekonnten "Regie" des Landesvorsitzenden, dessen Ziel der Schaffung einer straffen, effektiven Organisation unter einer starken Zentrale als Voraussetzung erfolgreicher Parteiarbeit immer deutlicher zu Tage treten sollte, begann eine Phase der Konsolidierung. Die erste Etappe des Aufstiegs der CSU zu einer "Massen- und Apparat-Partei modernen Typs" (Mintzel) war allerdings nach wie vor begleitet von ständigen Zwistigkeiten. Die dokumentierten Protokolle belegen in vielen Passagen die starke Labilität der "Union", die nicht zuletzt aus den harten Kämpfen abzuleiten ist, die sich Müller und Schäffer in diesen ersten Gründungsmonaten lieferten. Durch die von Anfang an im Mittelpunkt stehenden Führungsstreitigkeiten mit der Folge einer sehr frühen Verhärtung auch der inhaltlichen Positionen blieb die 1945 durchaus bestehende Chance eines Ausgleiches zwischen den alten und neuen Kräften, zwischen den um Schäffer/Hundhammer gruppierten, überwiegend aus altbayerischen Gebieten stammenden Verfechtern einer katholisch-konservativ ausgerichteten (Honoratioren-) Partei dezidiert bayerischen Charakters und den hinter Müller stehenden Anhängern des Gedankens einer modernen interkonfessionellen Massen- und Volkspartei ungenutzt.

6. Die Bamberger "Entscheidungsschlacht"

Die gegnerischen Lager, die sich schon in den ersten Gründungswochen in Gestalt des Schäffer-Müller-Antagonismus als prägnantes Kennzeichen der jungen Partei herausgebildet hatten, gewannen seit Januar 1946 immer deutlichere Konturen. Dem um Schäffer und Hundhammer gruppierten bayerisch-katholisch-etatistischen Flügel, dessen Anhängerschaft sich vor allem aus den Bezirksverbänden Ober- und Niederbayern sowie München rekrutierte, stand der Müller-Flügel gegenüber, der mit seiner liberal-konservativen, christlich-interkonfessionellen Orientierung vor allem im fränkischen und schwäbischen Raum Unterstützung fand. Daneben und dazwischen tummelte sich der sogenannte Bauernflügel um Horlacher, Baumgartner und Schlögl, der aber weniger einheitlich in Erscheinung trat und dessen Repräsentanten - je nachdem,

¹⁰⁷ Dok. Nr. 6, S. 21.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 26.

welche der beiden gegnerischen Kerngruppen ihren Interessen näher kam - wechselnde Koalitionen eingingen. Die Wendigkeit des sogenannten Bauernflügels manifestierte sich am deutlichsten in der Person Michael Horlachers, der maßgeblich den Aufstieg des "Ochsensepp" vorantrieb, sich aber seit Mitte 1946 zu einem der entschiedensten Gegner des Parteivorsitzenden wandelte, um diesen Anfang 1948 dann wieder mit aller Kraft zu unterstützen.

Als in den ersten Monaten des Jahres 1946 weitere Weichen für die künftige Entwicklung der CSU gestellt wurden, agierten Horlacher und Müller noch in engem Schulterschuß. Zu den bedeutsamsten Streitfragen, in denen sie Seite an Seite standen, zählte die Regelung des zeitlichen Rahmens, in dem sich die Konstituierung der Partei vollziehen sollte. Horlacher war es zu verdanken, daß am 8. Januar Schäffers Versuch mißlang, diesen Rahmen auf ein Maß zu beschränken, der Müllers Position entschieden verschlechtert hätte. Hundhammer hatte im Namen der Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz den Antrag eingebracht, schnellstens die Bildung der in der vorläufigen Satzung (Dokument Nr. XIII) vorgesehenen Bezirksverbände zu vollziehen, deren Vorstandschaften am 10. Februar "aus sich heraus" die Landesvorstandschaft konstituieren sollten.¹⁰⁹ Hinter diesem Vorschlag stand die Überlegung, daß eine so kurz bemessene Frist die altbayerischen Verbände begünstigen mußte, da man dort auf die überkommenen BVP-Strukturen zurückgreifen konnte, während im Fränkischen quasi bei Null begonnen werden mußte. Wäre dieser Antrag von der Gründungsversammlung gebilligt worden, hätten angesichts des altbayerischen Vorsprungs Schäffers Parteikonzept und sein Führungsanspruch die besten Aussichten auf Erfolg gehabt. Wie geschildert, gelang es Horlacher und Müller - unterstützt vor allem durch fränkische Sprecher -, die Terminierung abzuwehren und die Durchführung des Organisationsaufbaues in das freie Ermessen des vorläufigen Landesvorsitzenden zu stellen. Auf Müller war damit zugleich das Recht übergegangen, zu bestimmen, wann der Aufbau der Partei weit genug gediehen war, um weitere Grundsatzentscheidungen - etwa über die Parteisatzungen oder die Person des Landesvorsitzenden - treffen zu können.

Im März 1946 - die Konstituierung auch der fränkischen Bezirksverbände stand unmittelbar vor dem Abschluß - sah Müller die notwendigen Voraussetzungen erfüllt. Am 14. März ergriff er die Initiative, um im Vorläufigen Landesausschuß eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Vorentscheidung zur innerparteilichen Machtverteilung herbeizuführen (Dokument Nr. 10). Müller plädierte für die Einberufung eines Erweiterten Landesausschusses am 31. März 1946. Da, so die Argumentation der Müller-Gruppe, den Vorläufigen Satzungen vom 8. Januar lediglich der Rang einer reinen "Formsache" zukam - "Sie waren nie ernstlich gemeint" und "galten nur der Anerkennung der Partei durch die Militärregierung" -, sollte im Vorfeld der geplanten Tagung der "Schlüssel für die Abstimmungsberechtigung" festgelegt werden.

Nach der Vorläufigen Satzung entsandte jeder der für die sieben bayerischen Regierungsbezirke zu bildenden "Kreisverbände" der CSU drei Delegierte in den Landesausschuß, in dem neben diesen 21 Bezirksvertretern eine vierzehnköpfige "Gesamtvorstandschaft" Sitz und Stimme haben sollte. Es gelang Müller mit tatkräftiger Unterstützung Horlachers, die Zusammensetzung - und damit auch den Charakter - des Landesausschusses am 14. März entscheidend zu verändern. Neben dem schon am 8.

¹⁰⁹ Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946, Dok. Nr. 6, S. 26.

Januar stillschweigend als Bezirksverband anerkannten München erhielten auch Nürnberg-Fürth und Augsburg den Status von Bezirksverbänden, außerdem wurde die Zahl der Bezirksvertreter erhöht. Dies geschah gegen den erbitterten Widerstand Schäffers und Hundhammers, die auf der Gültigkeit der Vorläufigen Satzung vom 8. Januar bestanden und für die Einberufung einer ordentlichen Landesversammlung plädierten. Schäffer wandte sich ferner gegen eine schematische Vergabe der Stimm-berechtigung, nach der allen Bezirksverbänden unabhängig von ihrer Größe die gleiche Delegiertenzahl zugestanden werden sollte: "Gleiches Stimmrecht sei ungerecht, da Niederbayern 300.000 Stimmen, Augsburg aber nur 100.000 Einwohner habe." Schäffer konnte nach der heftigen Diskussion lediglich in diesem Punkt die Pläne Müllers durchkreuzen: Augsburg wurden als kleinstem Bezirksverband nur drei Delegierte eingeräumt, alle übrigen Bezirksverbände einschließlich der großstädtischen Verbände Nürnberg-Fürth und München waren künftig mit fünf Delegierten vertreten.¹¹⁰ Damit hatte sich Müller, der davon ausgehen konnte, daß außer den vier fränkischen Bezirksverbänden vermutlich auch die beiden schwäbischen hinter ihm stehen würden, für die für den 31. März geplante Sitzung eine tragfähige Basis verschafft. Nachdem dieser Vorstoß von Erfolg gekrönt war, konnte der nächste folgen: Horlacher holte die Zustimmung des Vorläufigen Landesausschusses ein, in der Sitzung am 31. März die Wahl des Vorläufigen Landesvorsitzenden bestätigen zu lassen - dies war zweifellos ein wichtiges Motiv des überraschenden Antrags auf Änderung des Delegiertenschlüssels. Außerdem bedeutete der positive Beschluß ein weiteres statuarisches Präjudiz, das ebenso wie die Stimmrechtsregelung von Bestand bleiben sollte: In der Januar-Satzung war neben dem ersten nämlich ein zweiter Vorsitzender vorgesehen, von einer konsequenterweise parallel durchzuführenden Entscheidung über die Person eines vorläufigen zweiten Vorsitzenden war jedoch nicht die Rede. Gegen diesen Antrag stimmte wiederum Schäffer, der stattdessen "satzungsgemäß Neuwahl" forderte, was nach den vorläufigen Statuten auf die Einberufung einer Landesversammlung hinauslief.

Der von Schäffer und Hundhammer an diesem Tag wiederholt vorgebrachte Vorschlag der baldigen Einberufung einer Landesversammlung hatte gute Gründe: Beide waren überzeugt, daß Schäffers Bekanntheitsvorsprung ihm in diesem basisbetonten Gremium gute Chancen bieten würde, den im Lande noch weitgehend unbekanntem vorläufigen Landesvorsitzenden im Kampf um die Parteiführung zu schlagen. Schäffer war, wie er selbst erklärte, "eitel genug anzunehmen, daß weite Bevölkerungskreise in Bayern" ihn "schätzen".¹¹¹ Dessen war sich natürlich auch die Gegenseite bewußt, die deshalb Schäffers und Hundhammers Begehren am 14. März entschlossen abwehrte. Gleiches geschah in der nächsten Zusammenkunft am 29. März (Dokument Nr. 11), in der Schäffer auf seine Forderung zurückkam und sie zeitlich präzisierete: Nach seiner Vorstellung sollte die Wahl der "endgültigen Landesvorstandschafft" durch eine Landesversammlung am 5. Mai 1946 durchgeführt werden.¹¹²

Während Schäffers Pläne im Vorläufigen Landesausschuß keine Chance hatten, konnte Müller, der sich für seine Stimmrechtsinitiative zusätzlich der Rückendeckung der Militärregierung versichert hatte,¹¹³ am 29. März einen weiteren Erfolg verbuchen. Er

¹¹⁰ Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 14. März 1946, Dok. Nr. 10, S. 37ff.

¹¹¹ Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 109.

¹¹² Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 29. März 1946, Dok. Nr. 11, S. 44.

¹¹³ Dok. Nr. XV, S. 1761f.

erreichte gegen den heftigen Protest Schäffers eine neuerliche Modifikation der Stimmrechtsregelung, die auf eine weitere Stärkung seiner Position in der inzwischen für den nächsten Tag einberufenen Landestagung hinauslief: Stimmberechtigt waren dort nach dem Willen des Vorläufigen Landesausschusses jetzt auch die der Union angehörenden Kabinettsmitglieder sowie die bisherigen Mitglieder des Ausschusses selbst, die Müller bislang in allen wichtigen Fragen mehrheitlich unterstützt hatten.¹¹⁴ In der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12), zu der das Landessekretariat wohl nicht zufällig in Müllers oberfränkische Heimat, nach Bamberg, geladen hatte,¹¹⁵ erreichten die seit September 1945 anhaltenden Streitigkeiten um die Parteiführung ihren Höhepunkt. Den Auftakt zu dem erbitterten Kampf zwischen Müller und Schäffer, der im Bamberger Heinrichsaal vor den Augen zahlreicher Zuhörer offen ausgetragen wurde, bildete ein taktischer Winkelzug Müllers. Da die Militärregierung die Anerkennung der im Vorläufigen Landesausschuß verabschiedeten Änderung des Delegiertenschlüssels von der Zustimmung des Erweiterten Landesausschusses abhängig gemacht hatte, hatten Müller und seine politischen Freunde eine Überrumpelungsstrategie verabredet, die das Risiko einer Ablehnung weitgehend ausschloß: In eigenmächtiger Abänderung der angekündigten Tagesordnung führte der vorläufige Landesvorsitzende unmittelbar im Anschluß an seine lange Eröffnungsrede eine Abstimmung über die Stimmrechtsregelung herbei. Gegen heftigste Proteste Schäffers sorgte er mit Unterstützung einiger Mitstreiter dafür, daß diese Grundsatzentscheidung ohne inhaltliche Diskussion über die Bühne ging und in ihrer machtpolitischen Dimension vermutlich von vielen Delegierten gar nicht wahrgenommen wurde.¹¹⁶

Die Abstimmung, die mit 39 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen die Stimmberechtigung der CSU-Regierungsmitglieder erbrachte und mit 38 gegen 18 Stimmen den neu gebildeten großstädtischen Bezirksverbänden Nürnberg-Fürth und Augsburg sowie den bisherigen Mitgliedern des Vorläufigen Landesausschusses Sitz und Stimme im Landesausschuß verschaffte, endete mit einem überragenden Sieg Müllers. Da in Bamberg außerdem die Entscheidung fiel, daß der Erweiterte Vorläufige Landesausschuß "bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union" tagen konnte, hatte sich der vorläufige Landesvorsitzende eine Zweidrittelmehrheit in einem Gremium gesichert, das alle weiteren Grundsatzentscheidungen fällen und dafür sorgen würde, daß das in Bamberg erzielte Kräfteverhältnis für die folgenden Jahre konstant blieb.¹¹⁷

Mit so klaren Mehrheitsverhältnissen scheinen Müller und seine Anhänger indes nicht gerechnet zu haben. Die Abstimmung über das Stimmrecht war in vollem Gange, als ein enger Vertrauter des "Ochsensepp", Friedrich von Prittwitz-Gaffron, die laufende Stimmabgabe mit der erregten Mitteilung unterbrach, im Saal kursiere ein anonymes Schreiben. Nach Beendigung der Abstimmung wurde das mehrseitige Papier, das für den Rest des Sitzungstages alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollte, in ganzer Länge verlesen.¹¹⁸ Das stellenweise wirr formulierte Schriftstück trug die Überschrift: "Die

¹¹⁴ Wie Anm. 112.

¹¹⁵ Rundschreiben des Landessekretariats vom 18. März 1946, ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946.

¹¹⁶ Vgl. Ausführungen Speichers, Dok. Nr. 12, S. 62f.

¹¹⁷ Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 86f., S. 152.

¹¹⁸ Ebenda, S. 86ff.

Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union" und stammte von Josef Eduard Messmer, einem den meisten Delegierten unbekanntem ehemaligen Mitglied des bayerischen monarchistischen Widerstandes, der schon seit August 1945 wiederholt gegen Müller initiativ geworden war.¹¹⁹

Messmers "Stellungnahme" ist in Dokument Nr. 12 nachzulesen, daher, aber auch weil weniger der Inhalt als vielmehr die Behandlung dieses Schriftstückes von Relevanz ist, genügt an dieser Stelle der Hinweis, daß es sich um polemische Angriffe gegen den "Kommunisten" Müller handelte, die mit so abstrusen Behauptungen gespickt waren, daß der Landesausschuß mit "Gelächter", "Heiterkeit", aber auch der Feststellung reagierte, das sei "ja Irrsinn!"¹²⁰ Um so verwunderlicher mag es auf den ersten Blick anmuten, daß ausgerechnet ein so kluger Kopf wie Johannes Semler die Verlesung des Papiers anregte, und zwar nachdem er es "in Ruhe" gelesen hatte.¹²¹

Bei genauerer Betrachtung der Vorgänge in Bamberg wird jedoch deutlich, daß es sich bei jener ausführlichen Würdigung des "Zwischenfalles Messmer" um nichts anderes gehandelt haben muß, als einen raffinierten Schachzug der Müller-Riege mit dem Ziel, Schäffer vor dem versammelten Forum, das am nächsten Tag über die Person des Parteivorsitzenden entscheiden sollte, nachhaltig zu diskreditieren: Das "überraschend" zu Tage geförderte Pamphlet war nämlich erstens einer Reihe von Personen vor Beginn der Sitzung bekannt. Auch Müller hatte nach eigenem Bekunden von seiner Existenz gewußt¹²² und kannte mit größter Wahrscheinlichkeit auch dessen Inhalt. Hatten zweitens Parteigänger Müllers noch kurz zuvor die Diskussion über die für die künftige Verfassung der CSU so bedeutsame Stimmrechtsregelung mit Anträgen auf Schluß der Debatte verhindert, und zwar mit dem Argument, die Zeit sei zu knapp bemessen,¹²³ so waren es mit von Prittwitz-Gaffron und Semler ausgerechnet engste Mitstreiter Müllers, die das sachlich völlig belanglose Papier eines politischen Hinterbänklers in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückten und dafür sorgten, daß seiner Behandlung viel Zeit geopfert wurde. Dies geschah vorgeblich wegen der Anonymität des Schriftstückes - um der politischen Kultur willen, zu deren Pflege sie sich aufgerufen fühlten. Faktisch war die Aufregung über den fragwürdigen politischen Stil allerdings eher künstlich aufgebauscht, da Messmer sich unverzüglich als Verantwortlicher zu erkennen gab. Und es war drittens sicher kein Zufall, daß Müller nach Verlesung des Pamphlets in naiver Unschuld beklagte: "Der gleiche Herr, der vorhin erklärt hat, daß er dieses Schriftstück verfaßt hat, saß gemeinsam mit Staatsrat Schäffer in Regensburg mir gegenüber. Er hat es nicht der Mühe wert gefunden, nach der Diskussion, auf die er hier Bezug nimmt, mir irgendein Wort zu sagen."¹²⁴

Damit hatte er Messmer mit einer geschickten Wendung in die Nähe Schäffers gerückt, dessen Rolle als möglicher Drahtzieher der Pamphlet-Aktion auch dadurch an Wahrscheinlichkeit gewann, daß Messmer die politischen Überzeugungen des Staatsrates tendenziell teilte und diese in sein Pamphlet eingeflossen waren - wenn auch in Ausprägungen, die Messmer eigen waren. Insbesondere seine Behauptung, Müller sei ein Handlanger der Kommunisten, wies eine unverkennbare Verwandtschaft zu - al-

¹¹⁹ Messmer an den Vorsitzenden des Aktions-Ausschusses der sich konstituierenden CSU, 17. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41.

¹²⁰ Wortlaut der Stellungnahme und Zwischenrufe Dok. Nr. 12, S. 87ff.

¹²¹ Ebenda, S. 87.

¹²² Ebenda, S. 95.

¹²³ Z.B. Nerreter, ebenda, S. 81f.

¹²⁴ Ebenda, S. 91.

lerdings schwächer formulierten - Vorwürfen auf, die auch Schäffer wiederholt öffentlich gegen Müller vorgebracht hatte. Da Messmers Pamphlet außerdem in der Feststellung gipfelte, allein Schäffer oder Hundhammer seien zur Führung der CSU berufen, mußte sich den Delegierten alles in allem der Verdacht geradezu aufdrängen, die Initiative Messmers sei mit Wissen und Billigung Schäffers und Hundhammers erfolgt.

Es war schließlich der Bezirksverband Oberfranken, der die im Raum stehende Frage offen aussprach: "Haben Staatsrat Schäffer und Herr Hundhammer das Pamphlet gebilligt? Haben sie es gekannt? Sind sie mit der Verbreitung einverstanden?" Beide Verdächtigten dürften wahrheitsgemäß geantwortet haben, als sie letzteres übereinstimmend weit von sich wiesen.¹²⁵ Schließlich konnten die wirren Ausführungen Messmers kaum geeignet sein, ihre Position in der Partei zu stärken - im Gegenteil.

Doch sachliche Überlegungen wurden in der aufgeheizten Atmosphäre im Bamberger Heinrichsaal nicht gerade begünstigt. Schäffer, der sich schon vorher unter den Gästen und der Mehrheit der Delegierten eher Antipathien zugezogen hatte, weil er angesichts der Bedeutung der Frage der Stimmberechtigung für ihre Beratung unter Ausschluß der Öffentlichkeit plädiert hatte,¹²⁶ geriet durch den "Zwischenfall Messmer" noch weiter in die Defensive. Josef Müller hingegen, der sich nach den "Gemeinheiten", dem "Schmutzkübel, der in den letzten Wochen konzentriert und bewußt" über ihn ausgegossen worden sei, tapfer und durch "nichts mehr" zu überraschen zeigte, strömten die Sympathien zu.¹²⁷

Damit war der Boden für die Niederlage, die Schäffer am zweiten Sitzungstag erfuhr, endgültig bereitet. Auf seinen Wunsch tagten die Delegierten am Morgen tatsächlich zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit - ein neuerlicher taktischer Fehler des autoritären Politikers, der einen weiteren Eklat heraufbeschwor, als die Gäste nach gut eineinhalbstündigem Warten vor der verschlossenen Türe des Sitzungssaales fast handgreiflich Einlaß begehrten.¹²⁸

Schäffer hatte gute Gründe für seinen Wunsch, ein Publikum fernzuhalten, dessen zuweilen lautstark geltend gemachte Vorstellungen Müller einseitig begünstigten. Die Kraft der Massensuggestion als Instrument der Politik war nach den Erfahrungen der NS-Zeit nur allzu präsent, und der Eindruck Carl Lacherbauers, daß am Vortag weniger die Delegierten, als vielmehr die Öffentlichkeit entschieden hatte, war nicht gänzlich aus der Luft gegriffen. Ernst Falkner kommentierte den Verlauf des ersten Sitzungstages aber doch überspitzt, als er am nächsten Morgen bemerkte, "daß bei der gestrigen Sitzung Herr Goebbels hätte teilnehmen können, er hätte helle Freude gehabt."¹²⁹

Im Zentrum der internen Diskussion stand am 31. März zunächst der von Schäffer gestellte und von Nieder- und Oberbayern (Falkner/Hundhammer) unterstützte Antrag auf Einberufung einer Landesversammlung am 5. Mai. Während Schäffer seinen Antrag nur vage mit dem Hinweis begründete, ein entsprechender positiver Beschluß würde zur Erleichterung der Diskussion beitragen, brachte Falkner das Motiv dieses Begehrens auf den Punkt, als er erklärte, nur die Landesversammlung könne ord-

¹²⁵ Ebenda, S. 96.

¹²⁶ Ebenda, S. 57.

¹²⁷ Ebenda, S. 91.

¹²⁸ Ebenda, S. 114f.

¹²⁹ Ebenda, S. 98.

nungsgemäß die Wahl des Hauptes der Union vornehmen.¹³⁰ Tatsächlich war die in Bamberg fortgesetzte Debatte über die Einberufung der Landesversammlung nichts anderes als ein verdeckter Kampf um die Parteiführung und entsprechend verliefen die Fronten. Kroll und Barth als Sprecher der fränkischen Bezirke stellten im Gegenzug den Antrag, die Wahl des Landesvorsitzenden sofort, also durch den versammelten Bamberger Erweiterten Landesausschuß vorzunehmen.¹³¹ Zunächst wurde die Diskussion aber unterbrochen, denn Müller regte an, die Abwesenheit der Öffentlichkeit zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten zu nutzen, die zwischen ihm und Schäffer bestanden. Taktisch klug überließ er Schäffer den Vortritt, der sich tatsächlich bereit fand, die Vorbehalte, die er gegen Müller vorzubringen hatte, als erster zu artikulieren.

In seinen Ausführungen entlud sich die aufgestaute Enttäuschung und Wut der letzten Monate: Schäffers Rede war eine einzige Anklage, in der er alle "Ungerechtigkeiten" aneinanderreichte, die er seit Ende September 1945 zu erleiden hatte und die aus seiner Sicht maßgeblich auf Müller zurückzuführen waren. Er prangerte dessen Rolle als für seine Absetzung als Ministerpräsident Verantwortlicher an und warf ihm, anknüpfend an die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Parteigründung, vor, die aus der ehemaligen BVP stammende Anhängerschaft als "Unionsanhänger zweiter Klasse" zu diffamieren. Auch auf die "öffentlichen Angriffe, die gegen mich erhoben werden", kam Schäffer zu sprechen. Seit einigen Wochen waren ihm in verschiedenen Zeitungsartikeln NS-Belastungen vorgeworfen worden, und Schäffer machte kein Geheimnis daraus, daß für ihn der Verantwortliche fest stand: "Diese Situation ist veranlaßt worden, lieber Herr Dr. Müller, durch Sie, selbstverständlich auch durch andere. Aber das geistige Haupt eines Kampfes, der seit 1. Oktober in vollkommenem Mißverständnis der Situation geführt worden ist, Herr Dr. Müller, das sind Sie."¹³²

Auch Horlacher und Schlögl, die sich in Parteiveranstaltungen an den öffentlichen Angriffen beteiligt hatten, überschüttete er mit Vorwürfen. Ebenso erging es dem Chefredakteur der Landshuter "Isar-Post" und Parteifreund Georg Pix, der "einen gehässigen Artikel nach dem anderen" gegen ihn schreibe und mit dazu beigetragen habe, daß sich inzwischen die "ganze bayerische Presse" gegen ihn verschworen habe. In dieser Situation - so Schäffer - habe ihn die Partei schmählich im Stich gelassen. Sie habe ihm "überhaupt keine Möglichkeit" gegeben, seine "Ehre zu verteidigen".

Schäffers emotionsgeladene Anklage gegen das Komplott, zu dem sich seine politischen Gegner unter dem "geistigen Haupt" Müllers verschworen hatten, gipfelte in der Versicherung: "Wenn jemand behauptet, daß ich je einen Führungsanspruch erhoben habe, dann soll er mir das beweisen. Ich habe immer [...] das eine erklärt: Über die Führung entscheiden in demokratischen Parteien letzten Endes die Wähler. Ob ich [...] eine Wahl annehmen würde oder nicht, da habe ich mich geweigert, eine Erklärung abzugeben. Ich habe meinen guten Grund dazu gehabt."¹³³

Schäffers Ausführungen, die er mit dem Plädoyer beendete, bis zur Landesversammlung "irgendeinen tüchtigen Kreisvorsitzenden" mit der Führung der Unionsgeschäfte zu betrauen - "Schäffer braucht er nicht zu heißen und Hundhammer braucht er auch nicht zu heißen", Müller sollte er gewiß nicht heißen -, beanspruchten eine gute

¹³⁰ Ebenda, S. 98f.

¹³¹ Ebenda, S. 102f.

¹³² Ebenda, S. 110. Ausführlicher zu den Angriffen vgl. S. XLV.

¹³³ Ebenda, S. 122.

Stunde der Sitzungszeit. Etwa doppelt so lang dürfte die gekonnte Gegenrede Müllers die Aufmerksamkeit der Delegierten und Gäste, die inzwischen wieder eingelassen worden waren, beansprucht haben.

In meisterhafter Selbstdarstellung, in der er wiederholt seine Tätigkeit im deutschen Widerstand zur Unterstreichung seiner moralischen Integrität ins Spiel brachte, wies Müller Schäffers Vorwürfe weit von sich und distanzierte sich von den kleinlichen Streitereien, deren Ursache einzig im persönlichen Ehrgeiz zu suchen sei. "Es ging hier klar um das, was erklärt wurde mit dem sogenannten Führungsanspruch in der Union." Wie Schäffer behauptete auch Müller, einen solchen nicht zu erheben: "Ich kann ruhig sagen, ich habe eine gewisse Vitalität und eine gewisse Dynamik in mir, das gebe ich zu [...], aber ich bin nicht ehrgeizig." Unter dem Galgen der Nationalsozialisten stehend habe er den Beschluß gefaßt, sein Leben für "die christliche Idee" einzusetzen: "Da geht es mir nicht um lächerliche Posten, das ist mir völlig schnuppe".¹³⁴ Nachdem er dieses eindrucksvolle Bild gezeichnet hatte, mußte es Wirkungen zeigen, wenn Müller - auf die Streitigkeiten der Gründungswochen eingehend - hinzusetzte: "Auch von Herrn Schäffer hätte man erwarten müssen, daß er rein persönliche Verstimmungen überwindet."

Müller skizzierte und begründete außerdem noch einmal seine Politik in pointierter Abgrenzung zu Schäffer: "Herr Schäffer geht eben von Anfang an von der Bayerischen Volkspartei aus. Auch ich war dort, ich kenne die Entwicklung; aber ich möchte mehr Dynamik in der ganzen Entwicklung haben, mehr Vitalität."¹³⁵ Vor diesem Hintergrund war auch seine Haltung gegenüber dem von Schäffer wiederholt geforderten forcierten Aufbau der Parteiorganisation zu verstehen. Dessen Begehren nach baldiger Einberufung der Landesversammlung stellte er sein Bemühen gegenüber, diese im Interesse der Union möglichst zu verzögern: zum einen, "weil wir noch nicht soweit sind", zum anderen, da er innerparteiliche Kraftproben im Vorfeld der anstehenden Wahlkämpfe tunlichst vermeiden wollte.

Im Interesse einer wirklichen Union habe er - so legte er psychologisch geschickt nun die Motive seiner Stimmrechtsinitiative bloß - Franken bewußt "stark gestellt", weil "ich den Eindruck gehabt habe, daß die Union sich angesichts des Zusammengehens der beiden Konfessionen, der beiden Kräfte, am ehesten festigt und keine Einseitigkeit herauskommt".¹³⁶ In Replik auf die von Schäffer beschworene drohende Gefahr eines Linksrutsches, des von Müller so bezeichneten "Nihilismus", schloß er seine Ausführungen mit der griffigen Parole: "Wir müssen durch Evolution die Revolution verhindern. [...] Deswegen muß das Ganze organisch bis ins letzte durchentwickelt werden."¹³⁷

Müllers wortgewaltige Rede war kaum verklungen, als Paul Nerreter, Gründungsmitglied der CSU in Nürnberg und Mittelfranken und erklärter Anhänger Müllers, seine begeisterte Würdigung der Reden beider führenden Persönlichkeiten, "um deren Namen sozusagen die Bamberger Tagung schwingt", mit dem Antrag auf sofortige Wahl des Parteivorsitzenden und Schluß der Debatte verband.¹³⁸ Kein Zweifel, die Müller-Gruppe war entschlossen, jedes Risiko zu vermeiden.

¹³⁴ Ebenda, S. 129.

¹³⁵ Ebenda, S. 136.

¹³⁶ Ebenda, S. 143.

¹³⁷ Ebenda, S. 145.

¹³⁸ Ebenda, S. 145f.

Mit einigem Recht, aber vergeblich, verwahrte sich Hundhammer gegen diese neuerliche Unterdrückung jeglicher Diskussion, die seitens des Müller-Flügels durch den vorzeitigen Antrag auf Schluß der Debatte erzwungen wurde. Müller leitete - wie schon am Vortag in eigenmächtiger Abänderung der Tagesordnung - unverzüglich die Abstimmung über den Antrag auf sofortige Wahl des Landesvorsitzenden ein. Dabei blieb ungeklärt, ob es sich um eine Wahl oder eine Bestätigung des Parteivorsitzenden oder aber nur um eine Vertrauenserklärung für Müller handeln sollte. Dies führte dazu, daß der Vorgang später - je nach Interessenlage - als Wahl, Bestätigung oder aber Vertrauensvotum bezeichnet wurde. Von 59 Delegierten sprachen sich am 31. März 41 mit einem Ja für Müller aus, 17 Delegierte bekundeten mit Nein ihre Ablehnung, einer enthielt sich.¹³⁹

Schäffers nach dieser klaren Niederlage nolens volens abgegebene Erklärung, "daß meine Liebe der Christlich-Sozialen Union gehört und daß ich deshalb loyal meine Kräfte zur Verfügung stelle",¹⁴⁰ erhielt stürmischen Beifall und stellte die Grundlage jener irreführenden Mär von der "Bamberger Linie" dar, die fortan als Synonym der Einigkeit in das Parteivokabular aufgenommen wurde. Josef Müller trug das seinige dazu bei, dem Märchen von der nun einigen Union und anderen Fehlinterpretationen der Bamberger Vorgänge Vorschub zu leisten. Mit einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung: "Christlich-Soziale Union einig und geschlossen", ließ er die Leserschaft wissen, "daß unter dem Eindruck der Erklärungen Dr. Müllers und seiner Wiederwahl sämtliche anwesenden Vertreter geschlossen ihren Willen bekundeten, unter der vom Landesausschuß gewählten Führung mit allen Kräften am Aufbau der Union und der Verbreitung ihrer Ideen weiterhin mitzuarbeiten".¹⁴¹

Das dieser Formulierung immanente Eigenlob wie auch der Eindruck der Endgültigkeit der Entscheidung vom 31. März, den Müller zu vermitteln suchte, war geradezu eine Provokation. Die Niederlage in Bamberg mußte Schäffer und seine Anhänger nicht nur als solche bitter enttäuschen und verärgern. Der Ablauf dieser Tagung mußte sie wegen des - höchstwahrscheinlich gänzlich überflüssigen - Taktierens seitens der Müller-Riege auch zutiefst erzürnen und ihnen das Gefühl vermitteln, überspielt worden zu sein. Für Schäffer war - wie er noch knapp zwei Jahre später erklärte - die Bamberger Sitzung "eine der beschämendsten und häßlichsten Erinnerungen, die ich habe."¹⁴² Tatsächlich erwiesen sich die vorschnell gefeierten Loyalitätsbekundungen des Verlierers auch bald als bloße Lippenbekenntnisse.

Schäffer wandte sich unmittelbar nach der Bamberger Tagung, schon am 1. April 1946, an die Militärregierung, um die Beschlüsse des Vortages revidieren zu lassen und die baldige Einberufung einer Landesversammlung, die allein zur Wahl des Parteivorsitzenden befugt war, mit Hilfe der Amerikaner durchzusetzen.¹⁴³ Drei Tage später, am 4. April, verwahrte er sich gegen eine Meldung der DANA, die in der Tat eine schiefe Darlegung der "Bamberger Linie" geliefert hatte: Fritz Schäffer, "um dessen Ansprüche heftige Kämpfe entbrannt waren, verzichtete", so die DANA, "in der Bamberger Sitzung formell auf seine bisherigen Ansprüche und nahm seine kürzlichen Angriffe gegen Dr. Michael Horlacher, München, und Dr. Pix, Landshut, zurück."

¹³⁹ Ebenda, S. 152.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 153.

¹⁴¹ SZ, 2. April 1946: Christlich Soziale Union einig und geschlossen.

¹⁴² Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1577.

¹⁴³ Dazu S. XLVI.

Diese Kurzmeldung provozierte Schäffer zu einer Richtigstellung, die keinen Zweifel daran ließ, daß er ganz und gar nicht bereit war, Müller die Parteiführung kampflos zu überlassen: "Staatsrat Schäffer", so seine aufschlußreiche Darstellung der Vorgänge, "hat in dieser Sitzung eine Erklärung nicht abgegeben, wonach er Angriffe gegen Dr. Michael Horlacher, München, und Dr. Pix, Landshut, zurücknehme oder zurückzunehmen habe. Er hat auch keine Erklärung abgegeben, daß er 'formell' auf seine bisherigen Ansprüche verzichte. Er hat die Erklärung abgegeben, daß er nach wie vor loyal zur Mitarbeit in der Union bereit sei".¹⁴⁴

Drei Wochen später, am 24. April, wurden Schäffers auch nach Bamberg ungebrochenen Führungsambitionen durch eine amerikanische Intervention jäh zunichte gemacht - paradoxerweise am gleichen Tag, an dem sein Wunsch nach baldiger Einberufung einer Landesversammlung mit einer entsprechenden Anordnung der Militärregierung in Erfüllung ging.¹⁴⁵

7. Der "Fall Schäffer" - Teil II

Am 24. April 1946 setzte die Militärregierung den Landesvorsitzenden der CSU, Josef Müller, davon in Kenntnis, daß Fritz Schäffer mit sofortiger Wirkung jegliche politische Betätigung (einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts) untersagt sei. Sie forderte Müller auf, dafür Sorge zu tragen, daß Schäffer aus seinen Parteifunktionen als Vorsitzender des Bezirksverbandes München (seit 21. März 1946) und als Bürge der CSU München und der Landespartei auszuschneiden habe. Die Begründung für diesen Schritt, der Fritz Schäffer für fast zwei Jahre aus dem politischen Leben ausschalten sollte, lautete, Schäffer sei als nationalsozialistischer Sympathisant und Kollaborateur sowie als Exponent einer ultra-nationalistischen und militaristischen Ideologie zu betrachten. Ferner wurde der schon im September 1945 anlässlich Schäffers Entlassung als Ministerpräsident erhobene Vorwurf erneuert, Schäffer habe versucht, während seiner Amtszeit die amerikanischen Entnazifizierungsdirektiven zu unterlaufen.¹⁴⁶

Das politische Betätigungsverbot war nicht nur deswegen von großer Brisanz, weil es mit Schäffer eine der prominentesten Persönlichkeiten Bayerns traf. Zum politischen Sprengstoff, der die Geschichte der CSU nachhaltig prägen sollte, wurde dieser Akt vor allem deshalb, weil vor dem Hintergrund der parteiinternen Querelen und des fortdauernden Kampfes zwischen Schäffer und Müller um die Führung der Union schnell der Verdacht laut wurde, daß die Ausschaltung Schäffers maßgeblich auf Intrigen Müllers zurückzuführen sei, der seine guten Beziehungen zu den Amerikanern genutzt habe, sich seines schärfsten Rivalen zu entledigen. Tatsächlich sprachen verschiedene Indizien für diese "Intrigentheorie":

¹⁴⁴ Schreiben Schäffers an den Redakteur der DANA, Reschke, 4. April 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

¹⁴⁵ OMGBY, Peter Vacca, an Josef Müller, 24. April 1946, ACSP, NL Müller 200.

¹⁴⁶ Abschrift des in vielen Exemplaren verbreiteten Schreibens der Militärregierung (OMGBY) an Müller vom 24. April 1946, ACSP, NL Arnold 4; Das Schreiben ist gedruckt in: 100 Jahre Fritz Schäffer, S. 125. Abschrift und Übersetzung des Schreibens der Militärregierung an Schäffer selbst (24. April 1946) z.B. ACSP, NL Zwicknagl 1 und 6.

Das politische Betätigungsverbot kam für Schäffer und seine politischen Freunde zwar "völlig überraschend",¹⁴⁷ doch gab es Vorboten, mit denen sich dies bereits ankündigte. Seit Anfang März 1946 waren in verschiedenen Zeitungsberichten schwerwiegende Vorwürfe gegen Schäffer erhoben worden, die er in Bamberg auch aufgegriffen hatte. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen insbesondere zwei Vorkommnisse, die den ehemaligen BVP-Vorsitzenden als mutmaßlichen NS-Sympathisanten auswiesen: Schäffers sogenannte "Coburger Rede" und ein Auszug aus einem Zeitungsartikel, den Schäffer am 8. April 1933 im Regensburger Anzeiger veröffentlicht hatte. Bei der Coburger Rede handelte es sich um seine 1922 abgegebene Stellungnahme vor dem Bayerischen Landtag (11. November) zu den von Hitler mit Hilfe der SA provozierten Straßenkämpfen anlässlich des sogenannten "Deutschen Tags" in Coburg im Oktober 1922. Schäffer hatte sich damals gegen die von der SPD erhobene Forderung ausgesprochen, die nationalsozialistischen Gruppierungen zu zerschlagen. Im Zeitungsartikel vom 8. April 1933 hatte Schäffer - im Einklang mit der damaligen "Zähmungskonzeption" der BVP und wohl auch, um seine Partei zu retten - die Loyalität der BVP zur Reichsregierung bekundet und einen Zusammenbruch des Kabinetts Hitler als Unglück und Gefahr für das Deutsche Reich bezeichnet.

In diesem Kontext ist eine ausführlichere Darstellung dieser Vorgänge nicht angezeigt - festzuhalten ist, daß das von Schäffer gegen sich selbst beantragte Entnazifizierungsverfahren schließlich seine Rehabilitierung erbrachte.¹⁴⁸ Bedeutsam für die Entwicklung der CSU war in diesem Zusammenhang hingegen die Tatsache, daß es nicht nur die Presse oder Redner der gegnerischen Parteien waren, die dafür sorgten, daß die kompromittierenden Äußerungen publik wurden, sondern daß sich auch Parteifreunde Schäffers an den öffentlichen Angriffen beteiligten. Als lautstarke Ankläger waren aus den Reihen der CSU vor allem der Chefredakteur der "Isar-Post", Georg Pix, weniger vehement auch Schlögl und Horlacher hervorgetreten. Ihre Rolle in der "Anti-Schäffer-Kampagne" war während der Bamberger Tagung zur Sprache gekommen, als beide Seiten die Gelegenheit nutzten, ihre Sicht der Dinge darzulegen. Die im Protokoll dieser Tagung festgehaltenen Darstellungen der Vorgänge durch alle Beteiligten sprechen für sich selbst und stellen die ausführlichsten Aussagen dar, die zu dem Thema überhaupt überliefert sind - allerdings widersprechen sie sich. In der Zusammenschau mit den spärlichen Hinweisen, die anderen zugänglichen Materialien zu der heiklen Frage zu entnehmen sind, ob die Zeitungskampagne durch Müller "als geistigem Haupte" in Gang gebracht wurde, entkräften sie aber eher die entsprechenden Vorwürfe Schäffers. Einem erregten Briefwechsel zwischen Schäffer und Pix ist zu entnehmen, daß Pix bereits am 18. Februar 1946 den Artikel vom 8. April 1933 kannte, also noch bevor die Presse ab Anfang März Auszüge daraus veröffentlichte. Ferner läßt die Korrespondenz erkennen, daß das Verhältnis der beiden Männer durch Ressentiments belastet war, die auf Weimarer Zeiten zurückgingen.¹⁴⁹ Während Pix als möglicher Trommler in der Wüste also in Betracht kommt, gibt es

¹⁴⁷ So der Schäffer-Biograph Christoph Henzler (Fritz Schäffer (1945-1967). Eine biographische Studie zum ersten Bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, Diss., München o.J.), der freundlicherweise die Einsichtnahme in das Manuskript seiner Studie gestattete, deren Veröffentlichung in Vorbereitung ist.

¹⁴⁸ Dazu ausführlich Henzler, Schäffer, Manuskript S. 275-292.

¹⁴⁹ Kopie der Briefwechsel vom Februar/März 1946 im Besitz d.V.

für eine Beteiligung Müllers keinerlei Beweise.¹⁵⁰ Schäffer selbst war - wie sein Biograph feststellt - von Müllers Unschuld an der Kampagne Zeit seines Lebens nicht zu überzeugen und sah sich in seiner Einschätzung des Landesvorsitzenden als gemeinem Intriganten noch bestätigt, als die Militärregierung seine politische Karriere jäh unterbrach.

Es sprach auch einiges für die mögliche Verstrickung Müllers in diese Affäre: Der Pressefeldzug gegen Schäffer begann Anfang März 1946, also zu einem Zeitpunkt, zu dem vorauszusehen war, daß die Entscheidung im Kampf um die Parteiführung nun sehr bald fallen würde. Nachdem Müller in Bamberg einen klaren Sieg davongetragen hatte, zeigte sich rasch, daß Schäffer nicht daran dachte aufzugeben, sondern vielmehr darauf setzte, mit Unterstützung der Militärregierung baldmöglichst die Einberufung einer Landesversammlung durchzusetzen, in der er sich sehr viel bessere Chancen auf den Vorsitz in der Union ausrechnen konnte. Tatsächlich wies die Militärregierung Müller am 24. April 1946 formell an, noch vor der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung, die im Juni bevorstand, eine Landesversammlung einzuberufen, die über den Parteivorsitz zu entscheiden hatte,¹⁵¹ was Müller, der in stetigem Kontakt zur Militärregierung stand, vermutlich schon vorher absehen konnte. Am gleichen Tag erfolgte die politische Kaltstellung Schäffers, und in der am 17. Mai schließlich abgehaltenen ersten Landesversammlung der CSU konnte Müller seine Position als Parteivorsitzender überragend behaupten und darüber hinaus die Zustimmung der Versammlung zu einem Satzungsentwurf erlangen, der ganz und gar nicht den Vorstellungen seiner Kontrahenten entsprach, die mit Schäffer überraschend ihren führenden Kopf verloren hatten. Diese Zusammenhänge sind es, die das zeitgenössische Mißtrauen gegen Müller nährten und die auch in jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen dazu beigetragen haben, daß die Wahrscheinlichkeit seiner "Mittäterschaft" im Vordergrund steht, auch wenn angesichts der Quellenlage konzediert wird, daß es sich damals wie heute um pure Spekulation handelt.¹⁵²

Tatsächlich war Müller - wie die Entstehungsgeschichte der CSU zeigt - ein ausgefuchster Politiker, der sich nicht scheute, seinen Zielen mit vielfältigen Raffinessen zum Durchbruch zu verhelfen. Die dokumentierten Protokolle zeigen bei zusammenhängender Lektüre immer wieder die geschickte Regie, die er walten ließ, um seine politischen Gegner zu überspielen. Sie zeigen aber auch, daß Müller kein Mann der heimlichen Intrige war. Des Einsatzes derartiger Mittel bedurfte er dank seiner taktischen Gewandtheit nicht.

Aber nicht nur sein in den Protokollen zu Tage tretendes Profil spricht gegen den Vorwurf Schäffers, Müller habe ihn bei der Militärregierung denunziert und seinen Einfluß geltend gemacht, sich durch ein politisches Betätigungsverbot seines gefährlichsten Gegners zu entledigen. Darüber hinaus gibt es gewichtige Indizien, die diesen Verdacht widerlegen. So kritisierte etwa einer der engsten Vertrauten des CSU-Vorsitzenden, Friedrich von Prittwitz-Gaffron, in einem Gespräch mit der Militärregie-

¹⁵⁰ Georg Pix, der zu dieser Zeit bereits zu den schärfsten Gegnern Müllers zählte und somit selbst "Partei" war, behauptete allerdings im Mai 1946 in einer "Aussprache" mit Müller, der Landesvorsitzende habe seinerzeit von den geplanten Artikeln der Isar-Post über Schäffers politische Belastungen vor ihrer Veröffentlichung gewußt und diese gutgeheißen, was Müller heftig von sich wies. Die Aussprache endete handgreiflich; Aktenvermerk "Betr. Unterredung Dr. Pix, Landshut und Dr. Müller, München", 12. Juni 1946, ACSP, NL Müller 6.

¹⁵¹ OMBGY, Peter Vacca, an Müller, 24. April 1946, ACSP, NL Müller 200.

¹⁵² Henzler, Schäffer, Manuskript S. 246 und S. 256.

rung das Verbot als politisch sehr unklug: "Turning to Bavarian Politics, he [von Pritt-witz-Gaffron] thought, that the action of Military Government in politically disqualifying Schaeffer was a mistake."¹⁵³ Tatsächlich war gerade vor dem Hintergrund der manchen noch schmerzhaft erinnerlichen taktischen Winkelzüge in Bamberg und der von Schäffer dort gegen Müller erhobenen Vorwürfe zu erwarten, daß die politischen Gegner Müllers ihm die Ausschaltung Schäffers anlasten würden, während diese dem Betroffenen selbst eine Aura des Märtyrertums verleihen würde. Das mußte Schäffers Anhängerschaft eher stärken und die Gräben innerhalb der CSU mit größter Wahrscheinlichkeit noch vertiefen - was faktisch Realität wurde.¹⁵⁴ Die innerparteiliche Kluft zu überbrücken war aber - wie die Protokolle belegen - mindestens bis zur Jahresmitte 1946 ein konstant verfolgtes, primäres Ziel der Politik Müllers.

Gegen seine schuldhafte Verstrickung in die Schäffer-Affäre sprechen aber vor allem Vorgänge, die sich in den Reihen der amerikanischen Militärregierung abspielten, und zwar vor allem in Abteilungen, die für die Entnazifizierung zuständig waren. Aus amerikanischen Überlieferungen geht nämlich hervor, daß eine Gruppe von "linken" Offizieren des OMBY, teilweise deutsche Emigranten, ihr möglichstes taten, um die als reaktionär betrachteten bayerischen Kräfte einzudämmen. Einer dieser Offiziere war Ernst Anspach, der aus eigenem Antrieb schon den Sturz Schäffers als Ministerpräsident systematisch vorzubereiten half. In einem amerikanischen Memorandum vom 13. Mai 1946 heißt es, daß bei OMBY eine allgemeine Feindseligkeit gegen die "reaktionäre" CSU vorherrsche ("general hostility of MG in Bavaria against CSU"), die bei einer beträchtlichen Zahl von Offizieren so weit ging, daß sie die Partei mit allen Mitteln sprengen wollten: "They openly avow their intend to break up CSU." Und die Aversion dieser Gruppe richtete sich keineswegs allein gegen Schäffer und seine Anhängerschaft. Vielmehr hatten die Gegner der CSU innerhalb der Militärregierung zur gleichen Zeit ihr Augenmerk auch auf Müller gerichtet.¹⁵⁵ Da Müller sich weniger angreifbar gemacht hatte als Schäffer, dauerte es allerdings noch einige Monate, bis dessen Fall im Herbst 1946 die Gemüter erhitzte. Beteiligt an dem fehlgeschlagenen Versuch, auch Müller wegen angeblicher NS-Belastungen aus dem politischen Leben auszuschalten, war die gleiche Gruppe von Offizieren um Ernst Anspach, die auch in die Schäffer-Affäre verstrickt waren. Ihre führende Köpfe wurden um die Jahreswende 1946/47 schließlich wegen dieser Aktionen strafversetzt.¹⁵⁶

Den bayerischen Zeitgenossen blieben diese Vorgänge allerdings verborgen. Schäffers politisches Betätigungsverbot erschütterte die noch junge CSU und vertiefte die

¹⁵³ Memorandum, Donald R. Heath an Robert Murphy, 20. June 1946, NA RG 84, Office of POLAD, CGC Box 70.

¹⁵⁴ Müller selbst sprach im Kreis des Landesarbeitsausschusses von "gefährlichen Zusammenhängen" und "Rückwirkungen der amerikanischen Maßnahmen auf die Anhänger Schäffers", Landesarbeitsausschuß am 1. Mai 1946, Dok. Nr. 15, S. 194f.

¹⁵⁵ OMBY, Office of the Director of Political Affairs, Memorandum von Pierre M. Purves an Ambassador Heath, 13. Mai 1946: Subject: CSU in Bavaria. Case of Joseph Müller, NA RG 84, POLAD, CGC Box 2 of 12. Heath hielt das Memorandum für so wichtig, daß er empfahl, es in einem persönlichen Brief an James Riddleberger, den Leiter der Abteilung für Central European Affairs des Washingtoner State Departments, weiterzuleiten.

¹⁵⁶ James R. Wilcinson, American General Consul, an Robert Murphy, 27. September 1946: Attitude towards Dr. Mueller, NA RG 84, POLAD, CGC Box 70; Robert W. Beghtol, American Vice Consul, an Wilcinson, 11. December 1946, NA RG 84, POLAD, Box 73; Charles W. Thomas, American Vice Consul Munich, an Wilcinson, 11. December 1946, NA RG 84, POLAD, Box 73; Teilaspekte auch bei Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 434f.

Zwistigkeiten, die nun zuweilen geradezu haßerfüllt ausgetragen wurden; die Intrigen-theorie stieß bei vielen auf fruchtbaren Boden und nahm sicher manchen gegen Müller ein, der vorher noch unentschieden war. Nach außen war die CSU freilich bemüht, die inneren Erschütterungen herunterzuspielen. Die offizielle Reaktion der Union war distanziert-neutral: "Im Falle Schäffer hat die Militärregierung von sich aus ein Urteil gesprochen, über das zu kritisieren und nach dieser oder jener Seite hin zu diskutieren uns nicht zukommt", so lautete die parteioffizielle Linie, die an die Redner ausgegeben wurde. Sie wurden ferner angehalten, sich nur dann zum Fall Schäffer zu äußern, wenn sie durch Nachfragen hierzu angeregt würden.¹⁵⁷ Nach einiger Zeit beruhigten sich dann die Gemüter, und es sah fast so aus, als sei der Fall Schäffer auch parteiintern allmählich in Vergessenheit geraten. Der Name Schäffer wurde in den folgenden Monaten immer seltener laut, und die seit April 1946 von Alois Hundhammer weitergeführte altbayerische "Opposition" schien sich nach manch hartem Gefecht im Januar 1948 schließlich mit der Parteiführung zu arrangieren. Doch als sich Schäffer aus seiner unfreiwilligen politischen Quarantäne zurückmeldete, war das Beben, das seine Rückkehr begleitete, gewaltig.

8. Satzungsdebatten

Mit der in Bamberg am 30. und 31. März 1946 verabschiedeten Änderung des Stimmrechts und der Bestätigung Müllers als alleinigem Landesvorsitzenden waren statuari-sche Präjudizien geschaffen, die trotz erheblicher Anstrengungen seitens des Schäffer/Hundhammer-Flügels vorläufig nicht mehr rückgängig zu machen waren und die Müller in die Lage versetzten, sein Parteikonzept gegen ihren teilweise erbitterten Widerstand durchzusetzen. Die Bamberger Entscheidungen bildeten das Fundament, um die improvisierte organisatorische Verfassung der CSU durch ein gut durchdachtes Regelwerk abzulösen, das mit entsprechenden Vorkehrungen auf die Realisierung jener modernen interkonfessionellen Sammlungspartei zielte, die Müller vorschwebte, die aber freilich über lange Jahre nur auf dem Papier bestand. Organisation und Apparat der CSU wurden von Alf Mintzel in seiner "Anatomie" dieser Partei ausführlich dargestellt. Zum Verständnis der dokumentierten Protokolle ist es trotz nicht immer vermeidbarer Wiederholungen bekannter Zusammenhänge dennoch unerlässlich, zwei Teilaspekte der organisatorischen Verfassung zu beleuchten, die als umstrittene Dauerbrenner die parteiinternen Diskussionen wie ein roter Faden durchziehen: die Gestaltung der Parteispitze und die Regelung des Stimmrechts in den Basisvertretungen der CSU, der Landesversammlung und dem Landesausschuß. Beide betrafen unmittelbar die innerparteiliche Machtverteilung, und die sich daran entzündenden Streitereien waren zugleich "organisationspolitisch verdeckte Grundsatzdebatten über den großen Kurs der Partei",¹⁵⁸ in der die bekannten Lager aufeinanderprallten.

a) Die Diskussionen um die Delegiertenschlüssel

Einen wesentlichen Bestandteil seines Organisationskonzeptes bildete Müllers Bestreben, den fränkisch-protestantischen Kreisen und Verbänden innerhalb der Partei ein Mitspracherecht zu sichern, das ihrer objektiven Stärke nicht entsprach. Die CSU

¹⁵⁷ Redner-Dienst der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Nr. 4, München, Mitte Mai 1946.

¹⁵⁸ Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Opladen 1975, S. 87.

war hinsichtlich ihrer Mitglieder- und Wählerschaft eine katholische Partei (91,3% der Mitglieder), deren Hochburgen in den altbayerischen Bezirksverbänden Ober- und Niederbayern und Oberpfalz sowie im "neubayerischen" katholischen Schwaben lagen. In diesen vier von insgesamt zehn Bezirksverbänden konzentrierten sich im Dezember 1946 rund 68% ihrer damals ca. 70.000 Mitglieder und rund 57% aller bayerischen Unionswähler; in Ober- und Niederbayern und der Oberpfalz war außerdem die Organisationsdichte weit höher als in den übrigen Bezirksverbänden.¹⁵⁹ Zwar wurden vergleichende statistische Berechnungen erstmals Ende 1946 durchgeführt, doch hatten schon die bayerischen Kommunalwahlen (in Gemeinden bis 20.000 Einwohner am 27. Januar 1946, in Land- und Stadtkreisen am 28. April bzw. 26. Mai) entsprechende Tendenzen erkennen lassen. Die CSU war vor allem dort erfolgreich, wo schon die BVP besonders stark gewesen war.

Müllers Zielsetzung des Aufbaus einer nicht nur von ihrem Anspruch sondern auch in der Realität ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft christlich-interkonfessionellen Sammlungspartei, die alle Schichten und Regionen erfassen sollte, implizierte, daß er bestrebt sein mußte, die überkommenen politischen Strukturen in Bayern zu überwinden. Dies sollte unter anderem durch Stimmrechtsregelungen erreicht werden, die den Diasporagebieten ein objektiv zunächst unangemessenes Gewicht in der Partei verschafften. Auf lange Sicht, so die Kalkulation, würde der überproportionale Einfluß insbesondere der fränkischen Kreise ihre Wirkung auf die dortige Bevölkerung nicht verfehlen, die in steigendem Maße ihre Interessen durch die Union vertreten sehen würde.

Die praktische Umsetzung konnte nur über eine Stimmrechtsregelung geschehen, die allen Parteiverbänden unabhängig vom Ausmaß ihrer Gefolgschaft die gleichen Einflußmöglichkeiten in den Parteigremien zugestand. Diese Lösung scheint zunächst auch nicht umstritten gewesen zu sein, zumal sie den BVP-Traditionen entsprach. Die vorläufige Satzung vom 8. Januar (Dokument Nr. XIII) räumte allen Bezirksverbänden die Entsendung der gleichen Anzahl von Delegierten in den Landesauschuß ein; in der Landesversammlung waren die Regionen proportional zu ihrer Einwohnerschaft vertreten: Jeder Land- und Stadtkreis entsandte mindestens je einen Vertreter, überstieg die Einwohnerschaft die Grenze von 50.000, kam für "je angefangene 50.000" ein weiterer hinzu.¹⁶⁰

Daß anlässlich der Stimmrechtsinitiative Müllers im März erste Proteste Schäffers gegen die schematische Gleichbehandlung der Bezirksverbände laut wurden, war darauf zurückzuführen, daß sich der Führungsstreit inzwischen weiter zugespitzt hatte und Schäffer - möglicherweise erst durch die Zielstrebigkeit, mit der Müller und seine Mitstreiter die Stimmrechtsänderung durchsetzten - bewußt geworden war, daß die schematische Regelung des Delegiertenschlüssels nicht nur dem Sammlungsgedanken diene, sondern - vor allem in Verbindung mit der Aufwertung der großstädtischen Organisationen und der Erhöhung der Delegiertenzahl - auch Müller und seine Anhängerschaft begünstigte. Auf die nach Schäffers Ausschaltung mit Hundhammer als Oppositionsführer fortgesetzten Führungs- und Flügelstreitigkeiten war es auch zurückzuführen, daß sich die Querelen um die Stimmrechtsregelungen seit Dezember 1946 zum Dauerstreit entwickelten, nachdem die Wahlen des Jahres und die allmähliche Konturierung der Organisationsdichte die fortdauernde Kluft bestätigten, die zwi-

¹⁵⁹ Ebenda, S. 86ff, Tabellen S. 130, 134, 188.

¹⁶⁰ § 4 a) und c) der Vorläufigen Satzung, Dok. Nr. XIII, S. 1755f.

schen der tatsächlichen Mitglieder- und Wählerstärke und ihrer Repräsentation innerhalb der Parteigremien lag.

Im Mai 1946 hatte Müller der ersten ordentlichen Landesversammlung der CSU (Dokument Nr. 18) einen umfangreichen Satzungsentwurf vorgelegt (Dokument Nr. XVI), der wie die Januar-Satzung eine schematische Verteilung des Stimmrechts vorsah. Während eine harte Auseinandersetzung über das Stimmrecht in Bamberg nur durch ausgeklügelte taktische Manöver abgewendet werden konnte, stießen die entsprechenden Paragraphen der neuen Satzung weder im Landesarbeitsausschuß, der seit der Bamberger Tagung den Vorläufigen Landesausschuß als provisorisches Führungsgremium der Union abgelöst hatte, noch in der ersten ordentlichen Landesversammlung der CSU am 17. Mai 1946 auf nennenswerte Widerstände. Laut Paragraph 45 der neuen Statuten, die Müller der Landesversammlung zur Genehmigung präsentierte, waren die Bezirksverbände unterschiedslos mit je fünf Delegierten im Landesausschuß vertreten. Den Status eines Bezirksverbandes konnten nach Paragraph 31 alle Städte mit mehr als 150.000 Einwohnern erlangen. Mit August Haußleiter war es ausgerechnet ein Franke und künftiger Wortführer der Müller-Gruppe, der auf mögliche Konsequenzen dieser Regelung aufmerksam machte, die eigentlich geeignet waren, die Gegenseite hellhörig zu machen. Als Müller einen Regensburger Redner unterstützte, der anregte, die in Paragraph 31 vorgesehene Mindesteinwohnerzahl von 150.000 auf 100.000 zu reduzieren, wandte sich Haußleiter energisch gegen das "Übergewicht der Großstädte über das flache Land", das in Kopplung mit der gleichberechtigten Entsendung von fünf Delegierten aus jedem Bezirksverband in der Tat noch verstärkt worden wäre.¹⁶¹

Erstaunlicherweise nahm die innerparteiliche Opposition diese Kritik ebensowenig auf wie den Regensburger Vorschlag, den großstädtischen Einfluß durch eine nach der Einwohnerzahl gestaffelte Vertretung zu reduzieren. Unbestritten blieb zunächst auch die Regelung über die Zusammensetzung der Landesversammlung, in die laut Paragraph 42 des Mai-Entwurfs jeder Kreisverband unabhängig von der Einwohnerzahl je zwei Vertreter entsenden konnte. Die Landesversammlung entschied sich am 17. Mai 1946 einstimmig, "eine Probeehe [...] mit diesen Statuten" einzugehen, und "weitere Überlegungen erst dann an[zustellen], wenn sich Änderungen aus der Praxis ergeben".¹⁶²

Aus oberbayerischer Sicht erwies sich die "Probeehe" im Laufe des Jahres 1946 als wenig glücklich. Inzwischen hatte die Mai-Satzung einige Veränderungen erfahren,¹⁶³ war jedoch in den Stimmrechtsabschnitten unverändert geblieben, als sie nach der Genehmigung durch die Militärregierung und ihrer Annahme durch den Landesausschuß erneut der Landesversammlung vorgelegt wurde. Die Landesversammlung trat am 14. und 15. Dezember zum zweiten Mal zusammen (Dokument Nr. 26), und am ersten Tag dieser Zusammenkunft legte Karl Warmuth im Namen des oberbayerischen Kreisverbandes Freising einen umfassenden Abänderungsantrag zur Satzung vor. Deren Mängel hatten es ermöglicht, so Warmuth, "daß in der Union, besonders im Landesausschuß und in der Landesvorstandtschaft, sich allmählich eine einseitige Führung gegen den Willen der Unionswähler und Unionsmitglieder herauszubilden

¹⁶¹ Landesversammlung am 17. Mai 1946, Dok. Nr. 18, S. 292.

¹⁶² Ebenda, S. 307, 298, 290.

¹⁶³ Satzung vom 4. Oktober, Dok. Nr. XVII, S. 1783ff. Die gegenüber der Mai-Fassung (Dok. Nr. XVI, S. 1763ff.) vorgenommenen Änderungen sind dort durch Kursivsatz hervorgehoben.

scheint". Der Kreisverband Freising sah das "demokratische Prinzip" unter anderem durch die Stimmrechtsregelungen gefährdet, deren schematische Gestaltung dazu geführt habe, "daß die offizielle Unionspolitik einen Kurs steuern kann, der dem Willen der Mehrzahl der Unionswähler bzw. der Unionsmitglieder nicht mehr gerecht wird". Nach Auffassung der Freisinger würde es "wahrer Demokratie" entsprechen, wenn "den stärkeren Unions-Kreis- und Bezirksverbänden auch mehr Stimmen in den Parteiorganen zuerkannt werden als den schwachen". Warmuth schlug deshalb eine Neuregelung vor, nach der jeder Kreisverband "pro 8000 angefangene Unionswählerstimmen" einen Delegierten in die Landesversammlung entsenden konnte. Analog zu diesem "Leistungsprinzip" sollte sich auch die Besetzung des Landesausschusses an den Wahlerfolgen der Partei orientieren: Je 50.000 Wählerstimmen in den jeweils vorhergegangenen Landtagswahlen waren nach den Freisinger Vorstellungen eine angemessene Basis für die Entsendung eines Delegierten in den Landesauschuß.¹⁶⁴

Bei diesem Freisinger Antrag handelte es sich tatsächlich um einen verdeckten Antrag des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU,¹⁶⁵ und die Tragweite der Veränderungen, die seine Annahme eingeläutet hätte, wird deutlich, wenn man die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 betrachtet: Die CSU-Stimmen massierten sich nämlich vor allem in Oberbayern, wo einschließlich des Bezirksverbandes München 24,6% aller Unionswähler beheimatet waren. Der Bezirksverband Oberbayern hätte mit allein 18,4% aller CSU-Wähler an erster Stelle von der vorgeschlagenen Neuregelung profitiert.

Horlacher wandte sich mit "aller Schärfe", "und zwar aus demokratischem Prinzip" dagegen, durch das von Freising vorgeschlagene "Machtprinzip" die "Dynamik der Union in unseren Diaspora-Gebieten" zu schwächen: "Glauben Sie mir, in der Union kommt es auf den Zusammenhang zwischen den fränkischen und altbayerischen Gebieten an; sonst geht die Union zum Teufel."¹⁶⁶ Sein energischer Einsatz in dieser Angelegenheit war allerdings an diesem Tag unnötig. Da Freising/Oberbayern den Antrag auf eine prinzipielle Veränderung des Delegiertenschlüssels mit Vorschlägen für die Umgestaltung der Parteispitze gekoppelt hatte, die die Gemüter noch heftiger bewegten, ging die oberbayerische Stimmrechtsinitiative am 14. Dezember vorläufig sang- und klanglos unter, ohne aber in Vergessenheit zu geraten.

b) "Parteidirektorium" oder "Führersystem"?

Die Vorläufige Satzung der CSU vom 8. Januar (Dokument Nr. XIII) sah einen ersten und zweiten Landesvorsitzenden vor, die zusammen mit zwölf weiteren Personen die Landesvorstandtschaft bilden sollten. Die Leitung der CSU lag jedoch in Händen des von der Landesversammlung zu wählenden ersten Vorsitzenden, dessen Machtposition durch den zweiten Vorsitzenden nicht geschwächt war. In der Vorläufigen Satzung waren die Aufgaben des zweiten Vorsitzenden nicht geregelt, ihm war offensichtlich eine reine Stellvertreterfunktion zugeordnet.

Schon Anfang März 1946 war jedoch angesichts der andauernden Führungsstreitigkeiten zwischen Schäffer und Müller erstmals der Gedanke aufgekommen, den Parteivorsitz einem gleichberechtigten Direktorium zu übertragen. Franz August Schmitt und Alois Schlögl hatten überlegt, daß das drohende Auseinanderfallen der CSU

¹⁶⁴ Landesversammlung der CSU am 14. und 15. Dezember 1946, Dok. Nr. 26, S. 842ff.

¹⁶⁵ Hundhammer, ebenda, S. 849f.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 853.

durch eine Kollegiatlösung am besten verhindert werden könnte. Sie hatten daher am 7. März 1946 die "Idee entwickelt, an Stelle *eines* Parteivorsitzenden ein sogenanntes Parteidirektorium treten zu lassen". Dieses sollte "aus mehreren gleichberechtigten Persönlichkeiten" bestehen, die sich aus "den verschiedenen 'Quellen', aus denen die Union gespeist wird", rekrutieren sollten. Nach ihren Plänen war dem Direktorium lediglich die laufende politische Vertretung und die organisatorische Leitung, nicht aber die politische Führung der Partei zu übertragen: "Die eigentliche politische Führung liegt bei der Landesvorstandschafft, die etwa einen Kreis von 25 Personen umfaßt." Damit sahen Schmitt und Schlögl das "Führersystem", das niemand wünsche, als "von vornherein im Keim erledigt" an.¹⁶⁷

Schmitt übersandte einen als Ergebnis der gemeinsamen Überlegungen von ihm gefertigten Satzungsentwurf an Müller, Schäffer und andere prominente Mitglieder der Partei mit der Bitte, über diesen eventuell im Vorläufigen Landesauschuß zu verhandeln.¹⁶⁸ Nach dem Entwurf Schmitts bestand das Direktorium aus fünf Mitgliedern: nämlich vier vom Landesauschuß zu wählenden Personen, die Repräsentanten erstens der ehemaligen BVP, zweitens des Bauernbundes, drittens der ehemaligen Demokraten und viertens der bäuerlichen oder gewerblichen Kreise Frankens sein sollten. Fünfter im Bunde war nach diesen Vorschlägen ein Generalsekretär.¹⁶⁹

Die Kollegiatidee stieß vor allem in Oberbayern auf positive Resonanz. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Alois Hundhammer, informierte das Landessekretariat der CSU am 25. März über einen von Oberbayern für die Bamberger Tagung geplanten Antrag, der - so Hundhammer - von der Überzeugung geleitet war, "daß den derzeit in der Landesleitung der Union bestehenden untragbaren Verhältnissen ein Ende bereitet werden muß. Der Kampf um die Führung hat durch die öffentlich erfolgten Angriffe Formen angenommen, die von den Mitgliedern der Union allgemein aufs tiefste bedauert werden und die eine Hemmung und Lähmung sowohl der Werbemöglichkeiten der Union wie ihrer sachlichen Arbeit bedeuten." Da die Bezirksverbände inzwischen ihre Vorstandschafften gewählt hatten, betrachtete Oberbayern die vorläufige Legitimierung der bisherigen Landesleitung als hinfällig. Deshalb wünschte der Bezirksverband, den bisherigen Vorläufigen Landesauschuß nun durch einen aus den Vorsitzenden der zehn Bezirksverbände zu bildenden Arbeitsauschuß zu ersetzen und ihm die Leitung der Partei zu übertragen: "Nach gut demokratischem Grundsatz ist es am Platze, daß aus den Bezirksvorstandschafften heraus die vorläufige Landesleitung jetzt gebildet wird. Auf diesem Wege kann auch das Problem Schäffer - Dr. Müller bereinigt werden, da Herr Dr. Müller ohne weiteres von einem Bezirksverbandsvorsitzenden als dessen Vertreter in die Landesleitung delegiert werden kann. Mit dem Vorschlag Oberbayerns ist auch der von anderer Seite vertretene Plan der Schaffung eines Direktoriums als Parteilitung aufgegriffen und verwirklicht."¹⁷⁰ Inhaltlich entsprach der oberbayerische Antrag weitgehend der bereits am 8. Januar von Schäffer/Hundhammer vertretenen Position, die möglicherweise schon damals auf die dauerhafte Etablierung einer Kollegiatsspitze zielte, jetzt aber erstmals in diesem Sinne präzisiert wurde.

¹⁶⁷ Franz August Schmitt an Schäffer, Pfeiffer, Müller, Schwingenstein und Hanfstaengl, 13. März 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 41.

¹⁶⁸ Franz August Schmitt an Schlögl, 13. März 1946, ACSP, NL Müller 2; Text des Entwurfes in der Anlage zum Schreiben an Schäffer u.a. (wie Anm. 167).

¹⁶⁹ Satzungsentwurf (wie Anm. 167f.).

¹⁷⁰ CSU-Kreisverband Oberbayern an das Landessekretariat, 25. März 1946, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

Diese frühen oberbayerischen Bestrebungen zur Schaffung einer kollegialen Parteiführung scheiterten auf der Bamberger Tagung. Müller wurde als Parteivorsitzender bestätigt, und statt der von Hundhammer vorgeschlagenen Regelung einer zehnköpfigen Bezirksrepräsentanz trat der Landesarbeitsausschuß "zur Unterstützung des Landesvorsitzenden" ins Leben. Der Landesarbeitsausschuß stellte im wesentlichen die um je einen Bezirksvertreter ergänzte Fortsetzung des Vorläufigen Landesausschusses dar und konnte mit nun 26 Mitgliedern schon aufgrund seiner personellen Stärke kaum als kollektive Parteispitze agieren.

Die in Bamberg nur vorläufig abgewehrten Bemühungen zur Eindämmung der Macht des umstrittenen Parteivorsitzenden setzten sich fort, als im Mai 1946 die Satzungsberatungen begannen. Im Entwurf der umfangreichen neuen Satzung (Dokument Nr. XVI) war die Position des Landesvorsitzenden gegenüber der Januar-Fassung noch erheblich gestärkt. Der neue Satzungsentwurf sah nur noch einen einzigen Landesvorsitzenden vor, der "vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben" einen Vertreter nach eigenem Ermessen bestellen konnte.¹⁷¹ Eine gewisse Einschränkung seiner Machtstellung war allerdings dadurch gegeben, daß laut Paragraph 51 die siebenköpfige Geschäftsführende Vorstandschaft, die zusammen mit dem Landesvorsitzenden die Parteileitung darstellte, von der Landesvorstandschaft gewählt wurde. Neben dem Landesvorsitzenden gehörten der Landesvorstandschaft nach Paragraph 47 des Mai-Entwurfs zehn vom Landesausschuß zu wählende Mitglieder, je ein Vertreter der zehn Bezirksverbände, die Regierungsmitglieder der CSU und die Vorstandschaft der Landtagsfraktion, schließlich die Vorstandschaft des berufsständischen Rates der CSU sowie Vertreter der Frauen und der Jugend an. Mit ihren rund 40 Mitgliedern stellte die so konzipierte Landesvorstandschaft einen durchaus repräsentativen Querschnitt der Gesamtpartei dar, deren mittelbarer Einfluß auf die Parteileitung - und ihre Politik - mit den Bestimmungen des Paragraphen 51 abgesichert war.

Die dennoch sehr starke Stellung des Parteivorsitzenden traf schon bei der Beratung des Satzungsentwurfes durch den Landesarbeitsausschuß auf Widerstände. Der von Pfeiffer am 9. Mai (Dokument Nr. 16) erneuerte Vorschlag einer Kollegiatsspitze, "die am besten das demokratische, territoriale, konfessionelle und ständische Prinzip" gewährleiste, wurde zwar von Hundhammer "wärmstens" begrüßt,¹⁷² stieß aber im übrigen auf Ablehnung. Angesichts der überwiegend Müller-freundlichen Ausrichtung des Ausschusses war dies zu erwarten. Der Schäffer/Hundhammer-Flügel setzte daher seine Hoffnungen auf die bevorstehende Landesversammlung, von der sich seine führenden Köpfe eine stärkere Unterstützung ihrer Positionen versprachen. Als sich die Delegierten am 17. Mai 1946 zur ersten ordentlichen Landesversammlung in München trafen (Dokument Nr. 18), um unter anderem eine Entscheidung über die Statuten der Partei zu fällen, startete Hundhammer einen neuerlichen Vorstoß gegen das "Führerprinzip", das er in der starken Stellung des Landesvorsitzenden verankert sah. Sein Antrag, statt eines Vorsitzenden einen ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden zu wählen, "um das demokratische Prinzip auch in dieser Beziehung deutlich zu machen", scheiterte jedoch an der schnellen Reaktion Horlachers, der in direkter Replik beantragte, die Satzung ohne Änderung so anzunehmen, wie sie vorlag.¹⁷³

¹⁷¹ § 47 und 52.

¹⁷² Dok. Nr. 17, S. 218.

¹⁷³ Landesversammlung am 17. Mai 1946, Dok. Nr. 18, S. 288ff.

Die Müller-Gruppe war offensichtlich bemüht, eine Debatte über diesen Punkt, wie überhaupt eine ausführlichere Diskussion des Satzungsentwurfs, zu verhindern. Als sich dann doch eine Auseinandersetzung über die Parteispitze zu entzünden drohte, war es Baumgartner, der Schluß der Debatte und en bloc Abstimmung über die Satzung beantragte. Mit der prominenten Rückendeckung beider Bauernführer konnte Müller getrost über den diesmal von Anton von Aretin vorgebrachten Abänderungsantrag (Wahl dreier Vorsitzender) abstimmen lassen, der nur 27 Stimmen (von rund 400) erhielt. Nachdem Müller ausdrücklich versichert hatte, daß die Satzung jederzeit, "schon in der nächsten Landesversammlung", die noch im gleichen Jahr einberufen werden würde, wieder abgeändert werden könne, nahm die Versammlung die Satzung einstimmig an.¹⁷⁴

Damit war die erste Hürde genommen. Es galt nun, das Urteil der Militärregierung einzuholen, von deren Zustimmung es abhing, ob die Statuten in der vorliegenden Form in Kraft treten konnten. Die Amerikaner waren im Großen und Ganzen mit dem Satzungsentwurf einverstanden, erhoben jedoch Einwände gegen einzelne Bestimmungen. Sie machten ihren Einfluß einerseits im Sinne einer Stärkung der demokratischen Prinzipien geltend, die sie in der eher zentralistischen Ausrichtung und den weitreichenden Rechten des Landesvorsitzenden nicht durchwegs gewährleistet sahen, trugen aber andererseits auch dazu bei, dessen Position noch zu verstärken.

Die Militärregierung hatte schon im April 1946 Auflagen für die Satzung genannt, die aber eher allgemeiner Natur und auch selbstverständlich waren: Nach ihren Vorgaben mußten alle Parteifunktionäre einmal jährlich durch geheime Abstimmung gewählt werden; für eine Wahl bezeichneten die Amerikaner die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für ausreichend. Wahlvorschläge sollten von den Delegierten eingereicht werden können, denen eine ausreichende Frist einzuräumen war, sich über die vorgeschlagenen Kandidaten zu informieren. Außerdem erwartete die Militärregierung ein geordnetes Finanzgebahren durch regelmäßige Finanzberichte und Kassenprüfungen.¹⁷⁵ Als Müller der Militärregierung die von der Landesversammlung verabschiedete Satzung vorlegte, wurden die Bedingungen etwas konkreter. Den Amerikanern war der Satzungsentwurf hinsichtlich der Organisation des Landesverbandes zu "autokratisch geregelt", insbesondere sahen sie die Rechte der Parteibasis nicht ausreichend gewahrt. In Beantwortung der amerikanischen Kritik versuchte Müller am 22. Juli 1946 die Bedenken der Militärregierung zu zerstreuen: "Die Satzung bezweckt in keiner Weise eine autokratische Führung der Partei. Sie versucht jedoch, die infolge der Größe der Partei sehr schwerfällige Landesversammlung dadurch zu entlasten, daß sie minderwichtige Entscheidungen kleineren und deshalb für einen häufigeren Zusammentritt geeigneteren Organen überträgt. Diese Organe leiten ihre Ermächtigung jedoch von der Landesversammlung ab, auf deren Wahl sie zurückgehen." Im übrigen stellte Müller fest, zu diesem Punkt "nur in mündlicher Aussprache aufgrund genauerer Einzelangaben" Stellung nehmen zu können.¹⁷⁶

Die "genauereren Einzelangaben" ließen zunächst auf sich warten. Am 20. August informierte die Militärregierung den für die Satzungsverhandlungen zuständigen Verbindungsman der CSU-Landesgeschäftsstelle, Hanswolf Haunhorst, daß Müllers Er-

¹⁷⁴ Ebenda, S. 306f.

¹⁷⁵ Schreiben von Müllers und Schäffers an die Vorsitzenden der Bezirksverbände, 19. April 1946, ACSP, NL Müller 65.

¹⁷⁶ Müller an die Militärregierung, 22. Juli 1946, ACSP, NL Müller 2.

klärungen ihre Einwände nicht entkräftet hatten: Die Satzungen sollten "den Willen möglichst aller Parteimitglieder und Wähler zum Ausdruck bringen", und das war in den Augen des Chefs der Political Activities Branch, Oberstleutnant Paul Burns, in der vorliegenden Fassung "keineswegs" der Fall: "Der Grund sei, daß die Ortsverbände nicht in der Lage seien, ihre Ansichten und Wünsche bei der Landesleitung mit entsprechendem Nachdruck [...] zum Ausdruck zu bringen. Die Möglichkeit dafür müsse geschaffen werden."¹⁷⁷ Zwei Tage später, am 22. August, teilte Burns schließlich der Parteileitung mündlich mit, auf welche Bestimmungen die amerikanische Kritik im einzelnen zielte.

Zu Paragraph 51 der Mai-Fassung (Paragraph 53 der Oktober-Fassung), der die Wahl der Geschäftsführenden Vorstandschaft durch die Landesvorstandschaft vorsah, erklärte Burns laut Besprechungsprotokoll: "Die sieben Mitglieder der Geschäftsführenden Landesvorstandschaft sollen durch den Landesvorsitzenden aus den 41 Mitgliedern der Landesvorstandschaft ernannt werden. Nur auf diese Weise sei es gewährleistet, daß der Landesvorsitzende während seines Amtsjahres wirklich führen und arbeiten könne."¹⁷⁸ Während diese Intervention auf eine erhebliche Stärkung der Position des Landesvorsitzenden hinauslief und zweifellos von Müller begrüßt wurde, bezweckte die amerikanische Kritik zu Paragraph 59 der Mai-Satzung (Paragraph 62 der Oktober-Fassung), der die Geschäftsführer bis hinab zur Kreisebene der direkten Kontrolle der Landesleitung unterstellte, eher das Gegenteil. Burns stellte ausdrücklich fest: "Die Geschäftsführer, die von der Landesvorstandschaft für die unteren Organisationen angestellt werden, dürfen keinesfalls sich in die inneren politischen Angelegenheiten der Kreis- usw. -verbände einmischen. Es muß klar zum Ausdruck kommen, daß ihre Aufgabe rein verwaltungsmäßig und organisatorisch ist."¹⁷⁹

Die Kritik an der "zentralistischen" Regelung der Geschäftsführerfrage - die auch vom Schaffer/Hundhammer-Flügel bekämpft wurde - tangierte freilich in höchstem Maße Müllers politisch-organisatorisches Parteikonzept, sah er doch in der Schaffung eines zentral gesteuerten, effektiven Parteiapparates, der insbesondere auch für die Gewährleistung eines kontinuierlichen Kommunikationsflusses unabdingbar war, eine wesentliche Voraussetzung für die angestrebte Entwicklung der CSU zu einer modernen Volkspartei. Den Geschäftsstellen kam als "Instrument gesellschaftlich-politischer Integration" in diesem Konzept eine Schlüsselfunktion zu.¹⁸⁰ Die Parteileitung unterbreitete den Amerikanern am 3. September eine Neufassung des Paragraphen, der aber noch immer auf "größte Bedenken" stieß. Die Militärregierung stellte neuerlich klar: "Es ist nichts gegen Geschäftsstellen der Landespartei in den Bezirken usw. einzuwenden, jedoch dürfen diese Geschäftsstellen keinerlei Berechtigung haben, sich in die inneren Angelegenheiten lokaler Art einzumischen."¹⁸¹

Auch die amerikanische Intervention gegenüber den Bestrebungen, die Kandidatenaufstellung zu den Landtagswahlen von der Bestätigung durch den Landesausschuß

¹⁷⁷ Aktenvermerk HH [Haunhorst], Dienstag, den 20. August 1946, Betrifft: Parteisatzungen, ACSP, NL Müller 2.

¹⁷⁸ Bedingungen der Militärregierung für die Parteisatzungen. Besprechung der Parteisatzungen der Christlich-Sozialen Union mit Oberstleutnant Paul Burns, OMGB, am 22. August 1946, f.d.R. des Protokolls: Haunhorst, ACSP, NL Müller 2.

¹⁷⁹ Ebenda.

¹⁸⁰ Mintzel, CSU, S. 139f.

¹⁸¹ Übersetzung: Memorandum für Herrn Haunhorst, 5. September 1946, gez. Paul Burns, ACSP, NL Müller 2; die Fassung des Paragraphen vom 3. September konnte nicht ermittelt werden.

abhängig zu machen, zielte auf eine Stärkung des föderalen Prinzips. Der durch Paragraph 46 c) ermöglichte Eingriff in die Unabhängigkeit der Bezirksverbände sei "undemokratisch". Und beinahe ironisch bedachte die Militärregierung den zweiten Absatz des Paragraphen 52, der dem Landesvorsitzenden das Recht einräumte, zu allen Versammlungen der Unterverbände geladen zu werden und dort sprechen zu dürfen. "Besteht etwa Zweifel, daß der Landesvorsitzende zu Versammlungen der Unterverbände, deren Mitglied er nicht ist, eingeladen wird und dort sprechen darf? Sollte er nicht eingeladen sein, könnte das seinen guten Grund haben, und er sollte nicht eintreten dürfen und die Mitglieder zu irgend etwas zwingen."¹⁸²

Burns hatte seinen Standpunkt deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Wie wichtig Müller gerade diese Bestimmung war, läßt sich daran ermesen, daß er nun unter bewußter Umgehung von Burns versuchte, wenigstens sein Präsenzrecht in der Satzung festzuschreiben. Haunhorst wandte sich "in Abwesenheit von Obstlt. Burns" an einen anderen Offizier der Political Activities Branch, Pierre Purves, und trug ihm "unseren Wunsch betreffend Abänderung des jetzigen Satzungsentwurfes dahingehend" vor, "daß der Landesvorsitzende an allen Versammlungen der Organe ohne Stimmberechtigung teilnehmen kann". Ferner legte er ihm "unsere Gründe, die zu diesem Wunsch führten", dar. Die nicht schriftlich festgehaltene Begründung muß überzeugend gewesen sein. Vermutlich fürchtete Müller, daß seine innerparteilichen Gegner, die sich in den altbayerischen Verbänden konzentrierten, versuchen würden, seine Position über die Bezirksverbände zu unterhöhlen - was Anfang 1948 tatsächlich geschah. Jedenfalls zeigte Purves durchaus Verständnis für Müllers Begehren, war allerdings nicht bereit, der klaren Weisung seines Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern. Purves bedauerte, "nicht ohne weiteres eine bindende Antwort geben" zu können, "da er hierüber zunächst mit Obstlt. Burns sprechen müsse. Er erklärte sich jedoch bereit, unseren Standpunkt ohne Rückhalt zu vertreten."¹⁸³

Es gelang nicht, Burns umzustimmen. In Paragraph 54 der Satzung vom 4. Oktober 1946 (Dokument Nr. XVII) war der entsprechende Passus gestrichen. Gleiches war einer Bestimmung des alten Paragraphen 69 beschieden, die der Landesvorstandschaft ein Aufsichtsrecht auch über die "Politik sämtlicher Unterverbände" einräumen und einem aus ihrer Mitte zu bestimmenden Repräsentanten ein Teilnahme- und Stimmrecht in allen Zusammenkünften sichern wollte. In der Fassung vom Oktober (Paragraph 72) erstreckte sich das Aufsichtsrecht allein auf den Geschäftsbetrieb und die finanzielle Gebarung, das Zugangsrecht der Landesleitung zu den Sitzungen sämtlicher Unterverbände war entfallen.

Auch alle übrigen Wünsche der Militärregierung waren in der Neufassung der Satzung berücksichtigt, die dem Landesauschuß der CSU am 4. Oktober (Dokument Nr. 22) zur neuerlichen Beratung vorgelegt wurde. Der neue Entwurf wies gegenüber der Mai-Satzung eine Reihe von Veränderungen auf, die nur zum Teil auf Interventionen der Besatzungsmacht zurückzuführen waren. Den schärfsten Protest des Landesauschusses rief jedoch ausgerechnet die von der Militärregierung gewünschte Änderung

¹⁸² Ebenda. Laut Protokoll (wie Anm. 178) bezog sich diese Kritik auf § 69, die Rechte des Landesvorsitzenden sind jedoch in § 52 geregelt, der in der Fassung vom 17. Mai die Teilnahme- und Stimmrechtigung des Vorsitzenden in allen Verbänden vorsah, jedoch keine Einladungspflicht vorschrieb. Die von der Militärregierung mehrfach ausdrücklich erwähnte Einladungspflicht deutet darauf, daß § 52 der Fassung vom 17. Mai 1946 vor Übersendung des Entwurfs an die Militärregierung erweitert wurde.

¹⁸³ Aktenvermerk von Haunhorst für Müller und Liedig, 18. September 1946, ACSP, NL Müller 2.

des Paragraphen 51 (nun 53) hervor, der die Auswahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes dem Landesvorsitzenden überließ. Das konnte allerdings auch nicht überraschen, betraf dies doch den sensibelsten Punkt der Satzungsstreitigkeiten. Hundhammer verwies zu Recht auf die damit vollzogene Stärkung der Position des Landesvorsitzenden und erkannte in der neuen Formulierung "etwas von dem sogenannten Führerprinzip, gegen das ich mich bei den früheren Beratungen der Satzung gewendet habe. Wenn dieser Passus bliebe, könnte ich für meine Person - abgesehen von einem zweiten dann noch - die Satzungen nicht annehmen." Er schlug stattdessen die Bildung eines "Sondergremiums" vor, das sich aus den Vorsitzenden der Bezirksverbände zusammensetzen sollte.¹⁸⁴

Damit hatte Hundhammer seine alte Forderung wiederaufgenommen, der einerseits der "später verwirklichte Gedanke zu Grunde" lag, "mit diesem Sondergremium ein Stabilisierungsinstrument zur Balancierung der regionalen organisatorisch-politischen Disparitäten zu schaffen".¹⁸⁵ Andererseits stand dahinter aber vor allem auch der Wunsch, eine wirksame Kontrolle des Landesvorsitzenden zu gewährleisten bzw. dieses Amt in der bisherigen Ausprägung möglichst abzuschaffen und durch eine Kollegiallösung zu ersetzen. Der zweite Passus, den Hundhammer nicht zu akzeptieren bereit war, betraf nämlich den Landesvorsitzenden selbst. Hundhammer beantragte, "daß nicht *ein* Landesvorsitzender gewählt wird, sondern eine Landesvorstandschafft, bestehend mindestens aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden, jedenfalls bestehend aus mehreren Mitgliedern."¹⁸⁶

Müller reagierte auf diesen neuerlichen Versuch, seine Machtposition zu beschneiden, gewohnt geschmeidig. Er verlas Aktennotizen, aus denen hervorging, daß Hundhammer bei der Militärregierung vorstellig geworden war, um dort gegen den "diktatorischen" Charakter der Satzungen Front zu machen, jedoch seinen Protest zurücknahm, nachdem er einsehen mußte, daß die Militärregierung die Satzung befürwortete. Hundhammer bestritt Müllers Version energisch,¹⁸⁷ konnte jedoch nicht verhindern, daß mit dem Hinweis auf die Haltung der Amerikaner eine ausführlichere Diskussion über die Gestaltung der Parteispitze wieder nicht zustandekam. Das Abstimmungsergebnis über beide Anträge Hundhammers zeigte aber, daß inzwischen eine beachtliche Anzahl der Delegierten sein Mißtrauen gegenüber Müller teilten: Von 71 Stimmberechtigten votierten nur 39 gegen und 32 für Hundhammers Vorschlag des Dreierdirektoriums; die Idee des "Sondergremiums" erbrachte dasselbe Resultat.¹⁸⁸ Während Hundhammer daraufhin erklärte, "unter diesem Gesichtspunkt die Satzungen als Ganzes" ablehnen zu müssen, war ein erheblicher Teil der Befürworter seiner Anträge nicht bereit, ihm in dieser Konsequenz zu folgen. Die Satzung wurde mit 49 gegen 18 Stimmen angenommen.¹⁸⁹

Allerdings war nicht der Landesausschuß, sondern auch nach den Buchstaben der neuen Satzung allein die Landesversammlung der CSU befugt, über die Statuten zu beschließen. Als diese am 14. und 15. Dezember 1946 zusammentrat (Dokument Nr. 26), entflamten die Streitigkeiten um die Parteispitze in aller Schärfe. Wie auch in

¹⁸⁴ Landesausschußsitzung am 4. Oktober 1946, Dok. Nr. 23, S. 617.

¹⁸⁵ Mintzel, CSU, S. 114.

¹⁸⁶ Landesausschußsitzung am 4. Oktober 1946, Dok. Nr. 23, S. 617.

¹⁸⁷ Ebenda, S. 618f.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 627, 631.

¹⁸⁹ Ebenda, S. 632.

der Frage des Delegiertenschlüssels war es der oberbayerische Kreisverband Freising, der die Forderungen Hundhammers aufnahm und die Einrichtung eines Dreierdirektoriums beantragte.¹⁹⁰ Als Müller erneut versuchte, diese Initiative abzuwehren, indem er die Militärregierung ins Spiel brachte, zeigten seine Gegner, die diese Reaktion offenbar erwartet hatten, Flagge. Richard Pflaum schloß sich der Freisinger Forderung im Namen des Bezirksverbandes München an, flankiert von Hundhammer, der Müllers Einschüchterungsversuch mit der Bemerkung parierte, daß seitens der Militärregierung keinerlei Stellungnahme über die Gestaltung der Parteispitze vorliege: "Ich lege Wert darauf; ich glaube, es ist am Platze ausdrücklich festzustellen, daß seitens der Militärregierung bezüglich der Fassung des Artikel 54 kein Einfluß genommen wird."¹⁹¹

Die Versammlung drohte in den nachfolgenden Wortgefechten außer Kontrolle zu geraten und in Tumult überzugehen, doch gelang es in letzter Minute einem schwäbischen Vertreter, die Situation zu entschärfen. Hugo Fink, Vorstandsmitglied der Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, stellte kurzentschlossen Antrag auf Schluß der Debatte und erinnerte an die schon vor der Eskalation laut gewordene Anregung, die Bearbeitung der Änderungsanträge einer Satzungskommission zu übertragen.

Der spätere bayerische Innenminister Willi Anker Müller (Unterfranken) schloß sich diesem Vorschlag an, den er allerdings in einem wichtigen Punkt modifizierte. Er beantragte, die Änderungsanträge der Landesversammlung und etwaige weitere Vorschläge der antragsberechtigten Parteiorgane zur weiteren Bearbeitung an den Landesausschuß zu überweisen.¹⁹² Die Rücküberweisung an den Landesausschuß zielte darauf, Zeit zu gewinnen, was die Opposition zwar durchschaute, jedoch nicht verhindern konnte. Schlögl's Versuch, die Satzungsarbeiten an eine Frist zu binden, mißlang. Gegen 59 gezählte Nein-Stimmen sprach sich durch Erheben die überwältigende Mehrheit der 495 stimmberechtigten Delegierten für Anker Müllers Antrag aus. In der unmittelbar darauf durchgeführten schriftlichen Abstimmung über das gesamte Satzungswerk lauteten 311 von 389 abgegebenen Stimmzetteln auf Ja, 69 Delegierte lehnten die Statuten ab, neun Stimmzettel waren leer bzw. ungültig.¹⁹³

Die hitzigen Auseinandersetzungen im Dezember 1946 deuteten schon darauf hin, daß das Problem die Partei noch einige Zeit beschäftigen würde. Tatsächlich flammte der Streit immer wieder auf, doch gelang es Müller bis 1948, eine Satzungsänderung zu verhindern. Der schließlich vom Landesausschuß der CSU am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32) gefaßte Beschluß, die Satzung durch einen Paragraphen 54 a) dahingehend zu ergänzen, daß dem Landesvorsitzenden zwei durch den Landesausschuß zu wählende Stellvertreter zur Seite gestellt wurden, konnte den Schäfer/Hundhammer-Flügel allerdings kaum zufriedenstellen. Die Satzungsänderung erfolgte darüber hinaus zu einem Zeitpunkt, zu dem Hundhammer und der oberbayerische Kern seiner Anhängerschaft bereits die Hoffnung aufgegeben hatten, auf ordnungsgemäßen Bahnen ihren Vorstellungen einer demokratischen Parteispitze zum Durchbruch verhelfen zu können, und statt dessen ihr Glück auf dem Wege der offenen Rebellion versuchten.

¹⁹⁰ Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946, Dok. Nr. 26, S. 843, 845.

¹⁹¹ Ebenda, S. 849.

¹⁹² Anregung Rindts ebenda, S. 846f.; Anträge Finks und Anker Müllers S. 856f.

¹⁹³ Ergebnisse der Abstimmungen ebenda, S. 859, 864.

c) Revisionsbemühungen

Müller hatte im Mai und neuerlich im Dezember 1946 die Ratifizierung der Statuten auch durch manche oppositionelle oder mißtrauische Kräfte mit der Versicherung erkaufte, daß diese nicht "für alle Ewigkeit" gelten sollten, vielmehr ihre Änderung jederzeit möglich sei. Tatsächlich mußten die Vertreter der innerparteilichen Opposition jedoch bald erkennen, daß Müller nach Verabschiedung der Satzungen alle Bestrebungen zu ihrer Änderung unterließ. Nachdem die Landesausschußsitzung im Januar 1947 (Dokument Nr. 27) ganz im Zeichen der umstrittenen Regierungsbildung in Bayern gestanden hatte, kamen bei der nächsten Gelegenheit, in der außerordentlichen Landesversammlung am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt (Dokument Nr. 28), die Streitigkeiten um die Parteispitze neuerlich auf. Dies vollzog sich vor dem Hintergrund der Direktorenwahlen für die bizonalen Behörden in Frankfurt, bei denen Müller gegen den erklärten Willen der bayerischen Landesregierung aktiv geworden war und seine "diktatorischen Gelüste" erneut unter Beweis gestellt hatte. "Arm in Arm" mit Konrad Adenauer hatte er die Wahl eines sozialdemokratischen Wirtschaftsdirektors verhindert und so dazu beigetragen, daß die von der Landesregierung erstrebte Große Koalition in Frankfurt platzte und außerdem der bayerische Wunschkandidat für das Amt des Landwirtschaftsdirektors (Joseph Baumgartner) nicht zum Zuge kam. Angesichts dieser Brüksierung auch der CSU-Parlamentarier, die die Regierungspolitik unterstützten, hatten die Verfechter des Direktoriums erfolgreich die Landtagsfraktion der CSU für ihre Pläne mobilisiert, die der Landesversammlung die Empfehlung mit auf den Weg gab, den bisherigen Landesvorsitzenden durch ein "Dreierdirektorium" abzulösen.¹⁹⁴

Trotz dieser und anderer Aktivitäten im Vorfeld der Eichstätter Tagung gelang es Müller, eine ausführlichere Satzungsdebatte zu verhindern. Zwar wurde in verschiedenen Diskussionsbeiträgen die Forderung nach dem Direktorium laut, doch Horlacher - jetzt Sprecher der Opposition - bekam erst kurz vor Schluß der Sitzung Gelegenheit, dieses Begehren zu begründen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit entschied die Landesversammlung ein weiteres Mal, die Bearbeitung der Satzungsänderungsbegehren dem Landesausschuß zu übertragen. Wie schon im Dezember 1946 scheiterte auch im August 1947 der Versuch, den Landesausschuß zeitlich zu binden,¹⁹⁵ und Müller zögerte seine Einberufung bis zur letzten Minute hinaus.

Da der Landesausschuß nur zweimal jährlich zusammentreten mußte, lud Müller erst am 6. Dezember 1947 zur zweiten Jahrestagung, die am 13. und 14. Dezember stattfinden sollte. Die Sitzung kam jedoch nicht zustande, da der Bezirksverband Oberbayern Einspruch erhob. Müller hatte die satzungsgemäß festgeschriebene Einladungsfrist von zehn Tagen nicht eingehalten, und Oberbayern erklärte sich außerstande, die für die anstehende Satzungsdiskussion notwendigen Vorbereitungen rechtzeitig abzuschließen.¹⁹⁶

Nachdem für den 3. und 4. Januar 1948 ein neuer Termin festgelegt worden war, übersandte der Bezirksverband den Mitgliedern des Landesausschusses am 23. Dezember einen umfangreichen Satzungsänderungsentwurf (Dokument Nr. XXI). Er zielte auf eine stärkere "Berücksichtigung der demokratischen Grundsätze in der Par-

¹⁹⁴ Münchner Mittag, 22. August 1947: Auf dem Weg zur Bayerischen Volkspartei?

¹⁹⁵ Landesversammlung am 30. und 31. August 1947, Dok. Nr. 28: Rede Horlachers S. 1202ff., Beschluß S. 1222.

¹⁹⁶ Schreiben des Bezirksvorsitzenden Hundhammer vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 109.

teisierung und damit im Parteileben" und wiederholte in seinen Kernpunkten die alten oberbayerischen Forderungen: Sie betrafen die Ablösung des Landesvorsitzenden durch einen mehrköpfigen "Vorstand" (eine kollegiale Parteiführung mit drei Landesvorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren), die Stärkung des Einflusses der Landesvorstandschafft bei gleichzeitiger Beseitigung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und schließlich die Berücksichtigung der Mitgliederstärke der einzelnen Unterverbände der Partei in den Delegiertenschlüsseln zu den Kreis-, Bezirks- und Landesversammlungen.

Auch am 3. und 4. Januar 1948 blieb die Satzung aber unverändert. Nach zunächst harten Debatten, in denen die bekannten Positionen zur Gestaltung der Parteispitze und der Stimmrechtsregelungen aufeinanderprallten,¹⁹⁷ kam es im Erlanger Logensaal jedoch zu einem Kompromiß, der endlich ein Ende der Satzungsquerelen einzuleiten schien. Einmal mehr war es Horlacher, der in einer verfahrenen Situation die Geschicke der Partei lenkte und mit einem Vorschlag aufwartete, dem beide Seiten folgen konnten: Er beantragte, einen Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Satzungsänderungen einzusetzen und ihm folgende Richtlinien mit auf den Weg zu geben: "1. An einem von der gesamten Landesversammlung gewählten Vorsitzenden wird festgehalten. 2. Es werden durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Landesvorsitzende gewählt - damit der Streit einmal aus dem Weg geräumt ist. 3. Die Landesvorstandschafft ist [...] zu ergänzen aufgrund der vorliegenden Vorschläge, die zu den Satzungsänderungen gemacht sind."¹⁹⁸

Damit hatte ausgerechnet Horlacher, im August 1947 als Sprecher der Opposition einer der energischsten Verfechter des Direktoriums, diese Forderung zugunsten des Parteivorsitzenden fallengelassen. Die bayerische Presse bewertete die allseits mit großer Überraschung aufgenommene "Einigung zwischen Dr. Josef Müller und Dr. Michael Horlacher, zwischen denen bisher ernste Gegensätze bestanden hatten", als den "bemerkenswerteste[n] innerparteiliche[n] Vorgang auf der Erlanger Tagung. Er dürfte von größerem Gewicht für die innerpolitische Situation Bayerns sein, indem er die Position Dr. Josef Müllers innerhalb der CSU stärkte."¹⁹⁹ Auch die Militärregierung zeigte sich verblüfft, hatte aber für Horlachers Kehrtwendung eine plausible Erklärung. Sie vermutete zu Recht, daß sein Umschwung auf die von ihm befürchteten politischen Schwierigkeiten zurückzuführen war, die sich aus der bevorstehenden Rehabilitierung Fritz Schäffers ergeben könnten; ferner sei er angesichts der in Gestalt der Bayernpartei heraufziehenden Gefahren unbedingt an einer Einigung der Union interessiert.²⁰⁰

Um tatsächlich ein Ende des Satzungsstreites herbeizuführen, bedurfte es jedoch auch eines deutlichen Zugeständnisses an die andere Seite. Horlachers Empfehlung zur Neugestaltung der Parteispitze war daher gekoppelt mit einem Vorschlag zur Neuregelung der Delegiertenschlüssel, der Oberbayerns Vorstellungen entgegenkam: "1. An der Vertretung der Kreise in der Landesversammlung wird aus grundsätzlichen Erwägungen festgehalten. 2. Der Arbeitsausschuß soll aber einen Ausgleich herbeiführen durch die unterschiedliche Zahl der Bezirksvertreter, entsprechend der unterschiedli-

¹⁹⁷ Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1284ff.

¹⁹⁸ Ebenda, S. 1314.

¹⁹⁹ Münchner Merkur, 5. Januar 1948: Dr. Semler kritisiert die Besatzungsmächte.

²⁰⁰ Bericht über den Landesausschuß in Erlangen, OMBY, 6. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/8. Zu Schäffers Rückkehr und zur Bayernpartei vgl. S. LXVIII.

chen Größe der Bezirke, den unterschiedlichen Stimmverhältnissen und dem Stand der Parteimitglieder.²⁰¹

Horlachers zweiteiliger Vorschlag besaß eigentlich nur als untrennbarer Block tatsächlichen Kompromißcharakter, denn trotz der Wahl zweier Stellvertreter blieb die Machtposition des Parteivorsitzenden grundsätzlich unangetastet. Vermutlich handelten die oberbayerischen Delegierten in gutem Glauben an die allgemeine Konzessionsbereitschaft, als sie in der auf Haußleiters Anregung "Punkt für Punkt" vorgenommenen Abstimmung ihren Willen zur Einigung unter Beweis stellten. Die vorgeschlagene Neugestaltung der Parteispitze wurde nämlich einstimmig angenommen. Ein ganz anderes Ergebnis zeitigte jedoch die Abstimmung über die Änderung des Delegiertenschlüssels: Gegen drei Stimmen entschied der Landesausschuß zwar für die Annahme der Richtlinie Nr. 1 (nach deren Wortlaut alles beim alten bleiben konnte); der Vorschlag zur Neuregelung des Stimmrechts für den Landesausschuß wurde jedoch mit 53 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Mit einigem Recht bezeichnete sich die oberbayerische Opposition später als "Opfer einer überlegenen Regieführung".²⁰²

In Erlangen überwog freilich noch der Eindruck endlich erreichter innerparteilicher Harmonie, die auch in der personellen Besetzung der Satzungskommission zum Ausdruck kam: Als Vertreter der bayerischen Regierungsbezirke - ausdrücklich in Abkehr vom Organisationsprinzip der CSU ohne Berücksichtigung von Repräsentanten der großstädtischen Bezirksverbände - wurden Georg Barth (Oberfranken), Heinrich Emmert (Mittelfranken), Gerhard Kroll (Unterfranken), Konrad Kübler (Niederbayern), Anton Pfeiffer (Oberbayern), Eugen Rindt (Schwaben) und Otto Schedl (Oberpfalz) in den Ausschuß bestellt. Ferner sollten ihm Thusnelda Lang-Brumann für die Frauen und je ein noch von diesen Gruppen zu bestimmender Vertreter der Jugend, der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen sowie der Landtagsfraktion angehören.²⁰³

Am 20. und 21. Januar 1948 trat kurz vor den Tagungen des für den 23. Januar geladenen Landesausschusses und der für den 24. und 25. Januar einberufenen Landesversammlung die Satzungskommission zusammen. Allerdings unterschied sich der Teilnehmerkreis von dem, der in Erlangen vereinbart worden war. Wer tatsächlich zu den Sitzungen erschien, läßt sich nicht vollständig rekonstruieren. Sicher nahmen Dittrich als Jugendvertreter, Hanswolf Haunhorst (Landesgeschäftsstelle), Karl August Kroth (Unterfranken), Otto Schedl (Oberpfalz), Karl Schmid (Handwerk) sowie für die Frauen Thusnelda Lang-Brumann teil, ferner im Wechsel Heinrich Emmert und Alfred Euerl (Mittelfranken). Nur zeitweise anwesend waren zwei besonders wichtige Persönlichkeiten: Michael Horlacher und Anton Pfeiffer, mit letzterem ausgerechnet der Sitzungsexperte und Vertreter der oberbayerischen Opposition.²⁰⁴

In Bayern bahnte sich ein Generalstreik an. Da sowohl Ministerpräsident Ehard als auch sein Stellvertreter, Josef Müller, nicht im Freistaate weilten, war Pfeiffer als Leiter der Staatskanzlei mit dieser innerbayerischen Krise an vorderster Front konfrontiert und konnte nur stundenweise an den Beratungen teilnehmen.²⁰⁵ Müllers Anhän-

²⁰¹ Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1314f.

²⁰² Ebenda, S. 1319f.; Bewertung der Vorgänge durch Geiselberger vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1421.

²⁰³ Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1321ff.

²⁰⁴ Dazu Schreiben Pfeiffers an Müller, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535.

²⁰⁵ Ebenda.

ger nutzten die Gunst der Stunde. Pfeiffer beklagte am 22. Januar 1948 in einem fünfseitigen Schreiben an Müller die mißliche Verhandlungsführung der Kommission, die die angebahnte Einigung neuerlich zunichte gemacht habe: Ungeachtet seiner immensen Belastungen durch die aktuelle Krise war es ihm gelungen, am 20. Januar für acht Stunden an den Satzungsberatungen teilzunehmen. Diese dauerten bis spät-abends, konnten jedoch nicht abgeschlossen werden. Angesichts der sich zuspitzenden innenpolitischen Situation war am Abend des 20. Januar schon absehbar, daß er am nächsten Tag nur zeitweise den Beratungen beiwohnen konnte. Pfeiffer schlug deshalb der Kommission vor, die vier Kardinalprobleme, die man aus seiner Sicht in etwa zwei Stunden bewältigen könnte, mit ihm gemeinsam zu lösen, für alle weiteren (vor allem endredaktionellen) Arbeiten aber auf ihn zu verzichten. Diese vier Punkte betrafen die Zusammensetzung der Parteispitze und die Stimmrechtsregelung, und Pfeiffer hatte schon am 20. Januar seinen Standpunkt hierzu dargelegt. Er ging davon aus, daß jedes Kommissionsmitglied sehen konnte, "daß mir ein Ausgleich der Spannungen und die Sicherung der Einigkeit in der Partei im Sinne des Unionsgedankens als höchstes Ziel vorschwebt", und war bereit, "im Rahmen einer grundsätzlichen Auffassung [...] jeden fairen Verständigungsweg zu gehen".

Verabredet war, die vier Punkte am Vormittag des 21. Januar zu verhandeln, doch war es Pfeiffer nicht möglich, den Termin einzuhalten. Als er am Nachmittag schließlich herbeieilte, mußte er erfahren, daß zwei zentrale Fragen bereits in seiner Abwesenheit beraten und beschlossen worden waren: "Mit allen gegen zwei Stimmen" war "die Zuerkennung von Zusatzstimmen an die hochleistenden Kreisverbände abgelehnt" worden, mit dem gleichen Stimmenverhältnis war der Beschluß bezüglich der Parteispitze bereits gefaßt. Beide Entscheidungen fielen "aufgrund der Darlegungen des Herrn Horlacher", der sich damit endgültig und unmißverständlich wieder auf Müllers Seite gestellt hatte.

Pfeiffer fühlte sich überrumpelt. Auf seine ungläubige Nachfrage, ob die Beschlüsse endgültig seien, erhielt er zur Antwort "eigentlich ja!" Der Ausschuß fand sich nicht bereit, seinem Vorschlag nach neuerlicher Beratung zu folgen, da "man ja gestern und heute hinreichend über diese Punkte gesprochen habe, und daß man höchstens noch einmal die Debatte eröffnen könne, wenn wirklich nur tatsächlich neue Gesichtspunkte vorgetragen würden." Dabei blieb es, und nach einigem Hin und Her kündigte Pfeiffer seine weitere Mitarbeit auf: "Unter diesen Umständen hat meine weitere Teilnahme an den Beratungen keinen Sinn mehr, nachdem zwei so wichtige Entscheidungen wie die über die Gestaltung der Parteispitze und über die Zusatzstimmen für hochleistende Kreisverbände trotz meiner starken Beteiligung an der Behandlung der Materie in meiner Abwesenheit getroffen worden" sind.

Müller gegenüber bezeichnete Pfeiffer das Verhalten der Kommission als illoyal und "politisch gefährlich" und wies ihn darauf hin, daß er sich angesichts dieses faits accomplis gezwungen sehe, im Landesausschuß bzw. vor der Landesversammlung "mit einer Minderheitenstellungnahme" hervortreten.²⁰⁶ Hundhammer gegenüber, dem er sein Protestschreiben am gleichen Tag in Kopie übersandte, fand er schärfere Worte. Pfeiffer betrachtete "die ganze Angelegenheit als einen wirklichen Affront". Er sah allerdings noch einen "kurzen Bewegungsraum, um einigen wesentlichen Personen den Ernst der Situation klarzumachen". Angesichts des Generalstreiks konnte die für

²⁰⁶ Pfeiffer an Müller, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535. Ähnlich seine Ausführungen vor dem Landesausschuß am 24. Januar 1948.

den 23. Januar, also den folgenden Tag, einberufene Sitzung des Landesausschusses unmöglich pünktlich stattfinden. Die Tagung würde - so vermutete Pfeiffer - frühestens am Nachmittag des 24. Januar zu realisieren sein. Dann aber sollte längst die Landesversammlung begonnen haben. Aus Pfeiffers Sicht bot das durch den Streik verursachte Chaos einen guten Vorwand, die Absetzung der Landesversammlung zu betreiben und die damit für den Landesausschuß gewonnene Zeit zu nutzen, um in eine "große grundsätzliche Erörterung" der Satzungsfragen einzutreten. Pfeiffer plädierte also dafür, die Entscheidungen der Satzungskommission nicht anzuerkennen und schlug Hundhammer vor, vielleicht mit Unterstützung anderer "rasch erreichbarer" Bezirksverbände - er dachte dabei explizit an München -, eine Vertagung der Landesversammlung auf Ende Februar zu beantragen.²⁰⁷

Trotz des Streiks fand die Landesversammlung jedoch - wenn auch mit erheblicher Verspätung - am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz statt (Dokument Nr. 31). Die Verzögerung ging aber vor allem zu Lasten des Landesausschusses, der am 24. Januar um 14 Uhr unter improvisierten Bedingungen (Protokoll erst ab 15.19 Uhr) seine Verhandlungen begann (Dokument Nr. 30). Ihm blieb nur wenig Gelegenheit, sich mit den Satzungsänderungen zu befassen. Die eingeplante Sitzungsdauer von zweieinhalb Stunden reichte bei weitem nicht aus, die Beratungen noch einmal aufzunehmen oder gar einen Konsens herbeizuführen, der von der Landesversammlung nur noch bestätigt werden mußte. Der Landesausschuß hatte gerade Zeit genug, die Berichte der Satzungskommission entgegenzunehmen: einen Bericht Kroths und die angekündigte Minderheitenstellungnahme Pfeiffers. Kroth hob als "Mehrheitsberichterstatte" vor allem den Willen zur Einigung hervor, der die Beratungen am 20. und 21. Januar bestimmt habe. Die Kommission habe sich sehr bemüht, "eine Lösung zu finden, die allen annehmbar ist. Es ist uns leider nicht ganz gelungen". Als strittig bezeichnete Kroth vor allem die Neuregelung des Delegiertenschlüssels. Die Kommission habe sich jedoch bemüht, den oberbayerischen Wünschen nach einem gerechteren Delegiertenschlüssel indirekt entgegenzukommen, indem auch künftig die Landtagsabgeordneten in der Landesversammlung sitz- und stimmberechtigt sein sollten. Nach den vorliegenden Statistiken hatten nämlich "die mitgliederstarken Verbände ihre Abgeordneten durchgebracht", während dies den mitgliederarmen nicht gelungen sei. Die Kommission habe in dieser Lösung, mit der faktisch alles beim alten blieb, "einen naheliegenden und natürlichen Ausgleich" erkannt.²⁰⁸

Zu Wort kam dann Pfeiffer, der zwar kritisierte, daß "in der vorgesehenen Zeit von ein- oder eineinhalb Stunden eine Frage" entschieden werden sollte, "welche für einen bedeutenden Teil der Parteiangehörigen eine sehr weittragende Bedeutung hat", sich aber viel Mühe ließ, um ausführlich die unfaire Verhandlungsführung der Satzungskommission zu beklagen, bevor er die oberbayerischen Vorstellungen über einen zu schaffenden Ausgleich in einem halbstündigen Vortrag entwarf.²⁰⁹

Diese Überbeanspruchung seines eingeforderten Rechts auf Abgabe einer "Minderheitenstellungnahme" weckte einigen Unmut, zumal Pfeiffers komplizierten Erklärungen schwer zu folgen war. Otto Thomas (Oberpfalz) gab die allgemeine Stimmung wohl treffend wieder, als er seinen Überdruß über die "endlosen Debatten um organisatorische Fragen" zu erkennen gab und die angesichts der Notlage der hungernden

²⁰⁷ Pfeiffer an Hundhammer, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535.

²⁰⁸ Landesausschuß am 24. Januar 1948, Dok. Nr. 30, S. 1379f. Diese Regelung war bereits in der Satzung vom 4. Oktober 1946 verankert.

²⁰⁹ Ebenda, S. 1380ff.

Bevölkerung durchaus berechtigte Frage stellte: "Haben wir nichts anderes zu tun?" Sein Antrag, die Satzungsänderungen "überhaupt" von der Tagesordnung der Landesversammlung zu streichen, erfolgte vermutlich im Alleingang, denn Müller und Horlacher waren sichtlich daran interessiert, zu einer Entscheidung zu gelangen.

Der Antrag kam ihnen aber insofern gelegen, als sie nun darauf drängen konnten, die Frage möglichst schnell abzuhandeln. In der Landesversammlung, in die die weitere Beratung verlegt wurde, sollten eigentlich nur noch Horlacher und Pfeiffer ausführlicher zur Satzungsänderung sprechen, um im Anschluß daran unverzüglich zur Abstimmung zu schreiten - Punkt für Punkt, wie schon am 3. und 4. Januar in Erlangen.

Horlacher trat dafür ein, daß die "Periode der Geschichtchen der Union aufhört und die Union sich als geschichtlicher Faktor in unser bayerisches und deutsches Geschehen einschaltet". Obwohl er zu Beginn seiner Rede die Bedeutung von Satzungsänderungen unterstrich - diese "sehen nach außen oft sehr harmlos aus [...], aber es können sich hinter den Satzungsänderungsanträgen Dinge verbergen, die doch etwas anderes sind wie bloße Satzungsänderungen"²¹⁰ -, gab er doch sein Bestes, um die Bedeutung der umstrittenen Fragen herunterzuspielen. Die Delegierten dankten ihm seine beruhigenden Worte mit lebhaften Beifallskundgebungen, die sich zu stürmischem Applaus steigerten, als er seine Rede mit dem Appell schloß: "Ich würde wünschen, daß dieser Parteitag der Union den Namen tragen würde: Parteitag der Einigung der Union - die niemand mehr angreifen und niemand zerstören kann."

Pfeiffer, der sich bewußt war, daß ihm "eine sehr undankbare Aufgabe" zufiel, weil er nach Horlachers eingängiger und kurzweiliger Rede gezwungen war, die Delegierten "in die Welt der Realität innerhalb der Partei" zurückzuführen, schien die Landesversammlung mit einer langen, trockenen Begründung seines "Vermittlungsvorschlages" zur Stimmrechtsregelung tatsächlich eher zu langweilen.²¹¹ Daß seine Ausführungen aber bei einem beträchtlichen Teil der Delegierten auf offene Ohren gestoßen waren, zeigte sich erst im späteren Verlauf der Versammlung.

Nachdem Pfeiffer seine Rede beendet hatte, lag die Initiative zunächst wieder bei Müller, der vorschlug, die Abänderungsanträge Punkt für Punkt zu debattieren und zu entscheiden. Ohne Debatte stimmte daraufhin die Versammlung mit 194 gegen 63 Stimmen dafür, an "einem von der Landesversammlung gewählten Vorsitzenden" festzuhalten. Einstimmigkeit fand die Schaffung zweier Stellvertreter, deren Wahl durch den Landesausschuß (und nicht durch die Landesversammlung) nach kurzer Debatte von 196 gegen 86 Delegierte unterstützt wurde.²¹²

Während dieser Aspekt der Satzungsänderung also glatt über die Bühne ging, entwickelte sich über die Stimmrechtsregelung ein heftiger Streit, der bis spät in die Nacht andauerte. Über die Vertretung der Kreisverbände in der Landesversammlung wurde am 24. Januar wie "unter Viehhändlern gefeilscht".²¹³ Eine hitzige Debatte entzündete sich schon an der Frage des Abstimmungsmodus. Die oberbayerischen Vertreter, die aufgrund der Erlanger Erfahrungen befürchteten, wieder ein Opfer taktischer Winkelzüge zu werden, bestanden darauf, zunächst über den von Pfeiffer eingebrachten

²¹⁰ Ausführungen Horlachers vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1407ff.

²¹¹ Ebenda, S. 1412ff., Zitat S. 1412.

²¹² Ebenda, S. 1424f.

²¹³ OMBY-Bericht über die Sitzung am 24. und 25. Januar 1948 vom 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/14.

"Vermittlungsvorschlag" abzustimmen. Danach sollten jedem Kreisverband weiterhin zwei Stimmen in der Landesversammlung zugebilligt, das Leistungsprinzip aber dadurch realisiert werden, daß Kreisverbände mit mehr als 500 Mitgliedern für je "weitere 250 nachgewiesene Mitglieder einen zusätzlichen", insgesamt jedoch nicht mehr als zwei Zusatzvertreter, entsenden konnten. Ein "Rest von 126 Mitgliedern" sollte dabei "für voll" gelten.²¹⁴

Das Ergebnis der daraufhin zuerst über diesen Antrag durchgeführten Abstimmung war (bei 210 Stimmen gegen und 197 Stimmen für den Antrag) so knapp, daß Müller sie unter dem Vorwand ihres anfechtbaren Verlaufs annullierte.²¹⁵ In dieser Situation ergriff Hans Ehard das Wort, der in einer kurzen aber wirkungsvollen Rede vor einer Kampf Abstimmung über diesen "wundesten Punkt" warnte: "Hier steht die Einheit der Partei auf dem Spiel."²¹⁶ Er plädierte dafür, statt der von Pfeiffer vorgeschlagenen zwei nur eine Zusatzstimme zu gewähren. Müller reagierte mit dem Vorschlag einer Essenspause, die genutzt werden sollte, um "zu überlegen, ob ein Ausweg möglich ist". Die mehr als einstündige Unterbrechung erwies sich jedoch als zu kurz. Als die Versammlung um 21.46 Uhr wieder zusammentrat, regte Horlacher die Vertagung der Debatte und die Einsetzung einer Kommission an, die sich über Nacht um eine gerechte Lösung bemühen sollte. Der neuerliche Versuch, Zeit zu gewinnen, scheiterte an Ehard, der im Gegenzug nun seinen Kompromißvorschlag zugunsten Oberbayerns abänderte und damit den Streit erst richtig entfachte.

Ehard empfahl, von Hundhammer unterstützt, die für die Zusatzvertreter notwendige Mitgliederzahl auf 300 zu erhöhen und unter dieser Voraussetzung zwei Zusatzvertreter zuzulassen. Die Diskussionsbeiträge, die wie kaum eine andere Quelle die Motive offenbaren, die hinter den Kämpfen um die Stimmrechtsregelung standen, mündeten zuletzt in einen von Haußleiter vorgeschlagenen Kompromiß: Jeder Kreisverband bis zu 500 Mitgliedern erhielt zwei Stimmen, für je weitere 500 Mitglieder wurde eine zusätzliche Stimme gewährt; die Zahl der Zusatzstimmen durfte zwei nicht überschreiten. Der entsprechende Antrag wurde gegen 59 Stimmen von der "überwiegenden Majorität" der Versammlung angenommen, die die "texttechnische" Formulierung einem spätestens im Februar einzuberufenden Landesausschuß überwies, der die Änderungen im Namen der Landesversammlung auch in Kraft setzen sollte.²¹⁷

Damit schienen am 24. Januar 1948 gegen 23 Uhr die seit März 1946 andauernden Satzungskämpfe endgültig beendet. Horlachers Vision des Parteitages der Einigung sollte sich allerdings sehr bald als illusionär erweisen. Gut informierte Kreise ließen sich durch den Marktredwitzer Schein der Einigkeit auch wenig täuschen. Ein Beobachter der Militärregierung, der der Versammlung beigewohnt hatte, war überzeugt, daß der Kompromiß nicht von Bestand sein würde: "Beide Gruppen werden versuchen, erneut eine Änderung zu erreichen."²¹⁸ Als geradezu hellseherisch sollte sich der Kommentar des sozialdemokratischen Chefredakteurs des Südost-Kurier, Josef Felder, erweisen. Seine Vorhersagen gründeten auf Beobachtungen, die er während der Landesversammlung machen konnte, die freilich dem Protokoll nicht zu entnehmen

²¹⁴ Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1430.

²¹⁵ Ebenda, S. 1432.

²¹⁶ Ebenda, S. 1433.

²¹⁷ Ebenda, S. 1450ff.

²¹⁸ OMBY-Bericht über die Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948 vom 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/14.

sind: Als Michael Horlacher am 24. Januar "zur Unterstützung seines vor sehr kurzer Frist noch von ihm heftig bekämpften Parteifreundes Dr. Josef Müller in der Turnhalle von Marktredwitz das Wort ergriff" und das Treffen als einen "Parteitag der Einigung" apostrophierte, klatschte - wie auch das Protokoll vermerkt - zwar eine "nicht unbeachtliche Mehrheit" kräftig Beifall. Hingegen - und dies ist dem Protokoll nicht zu entnehmen - "zeigten die Mienen der oberbayerischen Delegation", die im "hinteren Teil des Saales" plaziert war, "keine Zustimmung". Josef Felder wagte deshalb stark zu bezweifeln, daß dieser Parteitag "wirklich mit dem Prädikat in die Parteigeschichte eingehen" würde, "das ihm Dr. Horlacher etwas voreilig verlieh". Müller müsse sich bewußt sein, so Felder, daß die Kreise der "kgl. oberbayerische[n] Opposition" trotz der Zugeständnisse des 24. Januar "von heute auf morgen zumindest den linken Flügel der Bayernpartei bilden können. [...] Die beiden Parteikapitäne Josef Müller und Michael Horlacher müssen nun ihr Parteischiß auf Gedeih und Verderb steuern und dabei sorgsam auf die Rebellenführer achten, die mit finsterner Miene an der Reiling stehen."²¹⁹

9. Die "Oberbayerische Revolte"

Am 18. November 1947 endete das von Fritz Schäffer gegen sich selbst beantragte Spruchkammerverfahren: Er wurde als vom Befreiungsgesetz "nicht betroffen" erklärt und das Verfahren gegen ihn eingestellt. Die Militärregierung zeigte sich zwar von seiner politischen Zuverlässigkeit noch nicht überzeugt; doch zwei Monate später, am 26. Januar 1948, gab auch sie Schäffer offiziell grünes Licht für die Wiederaufnahme seiner Parteikarriere, schränkte seinen Aktionsradius jedoch nach wie vor durch das Verbot der Übernahme eines Regierungsamtes ein.²²⁰

Schäffers Wiedereintritt in die Politik warf aber schon Anfang Dezember 1947 erste Schatten voraus. Wie geschildert erhob Hundhammer am 9. Dezember Einspruch gegen die nicht fristgerecht erfolgte Ladung zur zweiten Landesausschußsitzung des Jahres 1947, da "diese zu kurzfristige und damit satzungswidrige Einberufung [...] nicht mehr die notwendigen vorbereitenden Arbeiten und Fühlungenahmen [ermöglicht], die bei der Wichtigkeit der auf die Tagesordnung gesetzten Punkte unumgänglich notwendig sind."²²¹ Der Protest war um so bemerkenswerter, als sich der Bezirksverband Oberbayern etwa einen Monat vorher, am 6. November 1947, noch nachdrücklich um die "baldige Einberufung des Landesausschusses" bemüht hatte, in Vollzug des in der Landesversammlung vom August 1947 (Dokument Nr. 28) gefaßten Beschlusses nämlich, den mit der Bearbeitung der Satzungsänderungen betrauten Landesausschuß so schnell wie möglich einzuberufen.²²² Angesichts dieser Widersprüchlichkeiten ging der Parteivorsitzende Müller zu Recht davon aus, daß sich hinter dem unter einem formalen Vorwand erhobenen Einspruch mit der unvermeidlichen Folge einer Verzögerung der Landesausschußsitzung bis in den Januar 1948 hinein mehr verbarg, als die Begründung erkennen ließ: "They hope to have Fritz Schaeffer rehabilitated in time for the Land Assembly".²²³

²¹⁹ Südost-Kurier, 28. Januar 1948: Der Schatten über der CSU.

²²⁰ Dazu Henzler, Schäffer, Manuskript S. 247f., S. 292ff. Zur Oberbayerischen Revolte vgl. auch Mintzel, CSU, S. 225-234.

²²¹ Schreiben Hundhammers vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 109.

²²² Schreiben Krehles, Bayerischer Arbeitsminister, an Müller, 6. November 1947, ACSP, NL Müller 10/3.

²²³ OMBY, Paul Burns, 15. Dezember 1947, Conversation with Dr. Mueller, IfZ-Archiv, MA 1479/8.

Müller blieb nichts anderes übrig, als dem Einspruch Oberbayerns zu folgen und die Landesausschußsitzung zu verschieben. Der Geschäftsführende Landesvorstand beschloß noch am 9. Dezember, also unmittelbar nach Eingang des oberbayerischen Widerspruchs, die Sitzung unter Einhaltung der satzungsgemäßen Frist von zehn Tagen zum nächstmöglichen Termin, angesichts der bevorstehenden Feiertage für die erste Januarhälfte, anzuberäumen.²²⁴

Müllers Position in der Partei war in diesen Wochen auch nach seiner eigenen Einschätzung eher labil, und die Verzögerung der Landesausschußsitzung kam ihm nicht nur wegen der voraussichtlich nun noch rechtzeitigen Rehabilitierung Schäffers äußerst ungelegen. Der Parteivorsitzende fürchtete, daß Hans Ehard, der nach der dramatisch verlaufenden Landesversammlung im August 1947 von der bayerischen Presse, aber auch in den Reihen der Partei als heimlicher CSU-Vorsitzender gefeiert wurde, zu seinem Sturz ansetzen könne.²²⁵ Da Ehards Ansehen durch die vergeblichen Kämpfe gegen die "zentralistischen" Bestrebungen der bizonalen Behörden seit dem Herbst 1947 nach Müllers Einschätzung gelitten hatte,²²⁶ mußte er bestrebt sein, die anstehenden Parteizusammenkünfte, insbesondere die Landesversammlung, die über den Parteivorsitzenden zu entscheiden hatte, möglichst schnell über die Bühne zu bringen.

Der Münchner Merkur zeigte sich erstaunlich gut über die innerparteilichen Vorgänge informiert, als er im Anschluß an die Landesversammlung der CSU am 24. und 25. Januar 1948 zu berichten wußte:²²⁷ "Bei der Wahl des Landesvorsitzenden war kein Gegenkandidat für Dr. Müller aufgestellt worden. Die ursprüngliche Absicht, Dr. Hans Ehard zum Landesvorsitzenden vorzuschlagen, wurde von Dr. Alois Hundhammer wieder aufgegeben." Der Merkur irrte jedoch - wie sich in den nächsten Wochen zeigen sollte - gründlich in der Erklärung der Motive, die Hundhammers Meinungsumschwung zugrunde lagen. Diesen führte er nämlich darauf zurück, daß "sich in den Vorabstimmungen über die Satzungsänderungen eine eindeutige Mehrheit für die Auffassung Dr. Müllers ergeben hatte". Es war aber nicht die befürchtete Niederlage in der Satzungsdiskussion, die Hundhammer von seinem Vorhaben abbrachte, Ehard als Gegenkandidaten zu nominieren, sondern die am Tag vor der Landesversammlung bekannt gewordene Entscheidung der Militärregierung, Schäffer aus der politischen Verbannung zu erlösen: Gleich zu Beginn der Landesversammlung hatte Hundhammer den versammelten Delegierten die "wichtige Mitteilung" zu machen: "Gestern [am 23. Januar 1948] hat Herr Staatsrat Fritz Schäffer von der Militärregierung die Mitteilung bekommen, daß er wieder volle politische Betätigungsfreiheit hat." Unterbrochen von lebhaftem Beifall setzte er hinzu: "Er kann wieder wählen und gewählt werden."²²⁸

Obwohl Müller von der Landesversammlung am 25. Januar 1948 mit einer guten Dreiviertelmehrheit als Landesvorsitzender bestätigt wurde - mit 348 von 447 Stimmen bei 45 Nein-Stimmen, 33 Enthaltungen und 19 Splitterstimmen für Pfeiffer (zwölf), Ehard (fünf), Baumgartner (eine) und Schäffer (eine)²²⁹ -, fühlte er sich kei-

²²⁴ Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 10/4.

²²⁵ OMGBY, Burns, 15. Dezember 1947, Conversation with Dr. Mueller, IfZ-Archiv, MA 1479/8.

²²⁶ Ebenda. Zu Ehard vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946-1954, Düsseldorf 1992.

²²⁷ Münchner Merkur, 26. Januar 1948: Dr. Müller bleibt CSU-Landesvorsitzender.

²²⁸ Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1946, Dok. Nr. 31, S. 1402.

²²⁹ Ebenda, S. 1498.

neswegs sicher. Seine im Dezember 1947 noch vorsichtig formulierte Angst vor einem möglichen "Umsturzversuch" Ehards steigerte sich vielmehr noch, als mit der von Schäffer angeführten oberbayerischen Revolte die Führungskämpfe der Gründungsmonate eine Neuauflage erfuhren. Am 27. Februar, dem Tag vor der Regensburger Landesausschußsitzung der CSU (Dokument Nr. 32), sprach Müller gegenüber Paul Burns, dem Chef der Political Activities Branch, seine für den kommenden Tag gehegten Befürchtungen offen aus: "Dr. Mueller stated that it was quite possible, that Dr. Ehard would try to gain control of the party at the meeting [...] He would do this by trying to manouvre himself into the position of settling the differences between Mueller and Schaeffer and by doing so get rid of both of them."²³⁰

Bemerkenswert ist an dieser Erklärung vor allem, daß Müller mit Ehard den Konkurrenten nannte, der ihm tatsächlich gefährlich werden konnte und der im Mai 1949 auch den Parteivorsitz übernahm, bezeichnenderweise aber nicht den von ihm offensichtlich nicht ernst genommenen Rivalen, der zu dieser Zeit zu seinem Sturz ansetzte und von Teilen der Partei als überragender Favorit gehandelt wurde: Fritz Schäffer. Daß sich Müller Anfang 1948 noch für ein weiteres Jahr behaupten konnte, dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß seine Gegner in diesen Wochen alles auf eine Karte setzten und als Müllers Antipoden Fritz Schäffer auf ihren Schild hoben. Hans Ehard wäre als "Mann des Ausgleichs" zweifellos der aussichtsreichere Kandidat gewesen.

Fritz Schäffer war schon im Januar 1947 davon ausgegangen, daß die von Müller geführte Union "mit Wahrscheinlichkeit" zerfällt. "Wenn die Dinge besser werden sollen, muß man den Mut zu offener Aussprache haben. Ich habe diesen Mut behalten, wenn ich auch, wie ich annehme, endgültig aus dem politischen Leben deshalb ausgeschieden bin."²³¹ Trotz dieser pessimistischen Prognose hatte er aber im Sommer 1947 begonnen, sein politisches Comeback vorzubereiten. Seine Planungen, so lauteten jedenfalls Gerüchte, die Mitte 1947 kursierten, liefen damals auf die Bildung einer neuen Partei, eines "Katholischen Volksblocks Bayern" hinaus.²³² Von solchen Plänen war im November 1947 jedoch zunächst nicht die Rede. Stattdessen lavierte Schäffer jetzt zwischen dem Gedanken und Versuch der "inneren Reform"²³³ der CSU mit dem Ziel ihrer Umformung nach dem Konzept eines katholisch-altbayerischen Blocks unter seiner Führung und der Alternative seines Beitritts zur Bayernpartei, die - unter seiner Führung - entsprechend auszugestalten wäre. Beide Alternativen verfolgte er parallel und geriet dadurch letztlich in beiden Parteien in Mißkredit.

Die faktisch schon seit 1945 zunächst unter anderen Namen in München und anderen bayerischen Orten existierende Bayernpartei²³⁴ begann sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 zu einem ernstzunehmenden Faktor in der bayerischen Politik zu entwickeln. Die bis 1947 radikal-separatistische, extrem preußenfeindliche Gruppierung, die zunächst auch durch heftige innere Streitigkeiten in ihrer Aktionsfähigkeit eingeschränkt war, war in ihren Bemühungen um eine Zulassung als Landespartei bisher

²³⁰ OMGBY, 5. März 1948, Subj.: Notes on the CSU Land Committee Meeting, Paul Burns, Chief Political Activities Branch, IfZ Archiv, MA 1479/14.

²³¹ Schäffer an W. Arnold, 8. Januar 1947, ACSP, NL Arnold 4.

²³² Ilse Unger, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957, Stuttgart 1979, S. 23.

²³³ Aus dem Titel einer in 20.500 Exemplaren verteilten Broschüre des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU vom 26. Juli 1948 (z.B. in: ACSP, NL Arnold 2): Verlauf der Bemühungen des Bezirksverbandes Oberbayern um eine innere Reform der CSU.

²³⁴ Zur Entstehungsgeschichte der Bayernpartei ausführlich Unger, Bayernpartei, S. 18ff.

am Veto der Militärregierung gescheitert, die kein Interesse haben konnte, die in Bayern ohnehin starken partikularistischen Strömungen durch die Lizenzierung einer radikal-bayerisch-separatistischen Partei noch zu fördern. Im Zuge der deutschlandpolitischen Entscheidungen des Jahres 1947, insbesondere seit der Stärkung der bizonalen Zuständigkeiten im Sommer 1947, hatte die Bayernpartei jedoch starken Zulauf zu verzeichnen, den die Besatzungsmacht nicht dauerhaft ignorieren konnte. Nicht wenige der Neuzugänge stammten aus den Reihen des Schäffer/Hundhammer-Flügels der CSU, der - wie die dokumentierten Parteiprotokolle in vielen Passagen zeigen - die Interessen des Freistaates durch die Politik der Union nicht ausreichend gewahrt sah. Unter dem Einfluß der ehemaligen Unionsmitglieder milderte sich die radikale Programmatik der Bayernpartei, in der - in Anknüpfung an die Traditionen der Bayerischen Volkspartei - die betont föderalistischen, christlich-konservativen und monarchistischen Strömungen immer stärker wurden.²³⁵ Insbesondere in Altbayern stieß die sich so wandelnde Partei mehr und mehr auf Zustimmung in der Bevölkerung, in deren Augen sich die "außenseiterische Oppositionspartei" allmählich zu einer "wählbaren Alternative" entwickelte.²³⁶

Obwohl auch der organisatorische Aufbau der Bayernpartei Fortschritte machte, fehlte in ihren Reihen jedoch ein Kopf, eine zugkräftige, landesweit bekannte Persönlichkeit, ein Politiker mit ausgleichenden Fähigkeiten und ausreichender Prominenz, der die nach wie vor sehr heterogene Gruppierung einigen und ihr das Prestige einer Volkspartei verschaffen konnte. Innerhalb der Bayernpartei gab es für den Parteivorsitz zwei Wunschkandidaten, Joseph Baumgartner, der von den eher liberalen Kreisen der Partei favorisiert wurde, und Fritz Schäffer, den die christlich-konservativen Kreise an die Parteispitze wünschten.

Als Schäffers Rehabilitierung bevorstand, bemühten sich insbesondere Anton von Aretin und Anton Donhauser, beide bis 1947 Mitglieder der CSU, Schäffer für die Bayernpartei zu gewinnen.²³⁷ Dieser zeigte sich solchen Überlegungen durchaus aufgeschlossen. Am 11. Januar 1948 ließ er Joseph Baumgartner wissen, daß er dessen Auffassung teile, "daß es besser ist, mit der anderen Seite", gemeint war die CSU, "gar keinen Versuch mehr zu machen". Noch am 9. Februar 1948 rang er heftig mit sich, welcher Partei er den Vorzug geben sollte. An diesem Tag teilte er Baumgartner aber auch mit, daß er "noch in dieser Woche entscheidende Entschlüsse fassen muß und wohl nicht mehr länger warten kann".²³⁸ Seine Entscheidung war offensichtlich nicht zuletzt davon abhängig, was die Bayernpartei ihm zu bieten gewillt war, und es scheint - die Aussagen hierzu widersprechen sich -, daß er von seinen Plänen, sich der Bayernpartei zur Verfügung zu stellen, erst wieder abrückte, nachdem klar geworden war, daß Baumgartner, der am 26. Januar aus der CSU austrat²³⁹ und wenig später den Vorsitz der Bayernpartei übernahm, die bei weitem größere Chance hatte.²⁴⁰ Stattdes-

²³⁵ Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln 1982, S. 40.

²³⁶ Ebenda, S. 50.

²³⁷ Unger, Bayernpartei, S. 29f.

²³⁸ Schreiben Schäffers vom 11. Januar 1948, zitiert nach Henzler, Schäffer, Manuskript S. 307, sowie Ausführungen Schäffers auf der Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, hier S. 1580.

²³⁹ Schreiben Baumgartners an Müller, 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 4.

²⁴⁰ Hierzu Ausführungen Müllers, der Baumgartner als seine Quelle angab, und Schäffers auf der Landesausschußsitzung der CSU am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1546ff., S. 1579ff.

sen widmete Schäffer seine Aufmerksamkeit jetzt einer "inneren Reform" der CSU, ohne dabei aber die Alternative der Bayernpartei gänzlich aus den Augen zu verlieren.

Innerhalb der CSU war es vor allem Hundhammer, der Schäffers Anstrengungen zur Umgestaltung der Union unterstützte. Den entscheidenden Schritt in diese Richtung markierte die Übergabe seines Vorsitzes im Bezirksverband Oberbayern an Schäffer, zwei Wochen nachdem die Militärregierung die über Schäffer verhängten Sanktionen offiziell aufgehoben hatte.²⁴¹ Am 14. Februar 1948 wählte der Bezirksverband Oberbayern Schäffer mit überwältigender Mehrheit (71 gegen 7 Stimmen) zum neuen Vorsitzenden.²⁴² Offiziell war Hundhammer, der Schäffer als seinen Nachfolger empfahl, "wegen Arbeitsüberlastung"²⁴³ zurückgetreten, doch ein Kommentar der Süddeutschen Zeitung kam der Wahrheit näher:²⁴⁴ "Schäffer soll und will innerhalb der CSU den Kampf gegen den Landesvorsitzenden Dr. Müller ausfechten, für den Dr. Hundhammer nicht entschlossen und taktisch gewandt genug gewesen ist."

Es waren allerdings aus oberbayerischer Sicht weniger die mangelnde Entschlossenheit oder taktische Gewandtheit, als vielmehr seine im Vergleich zu Schäffer sehr viel geringere Popularität, die Hundhammer in seinen wiederholten Bemühungen, Müller die Parteiführung streitig zu machen, in den zurückliegenden zwei Jahren scheitern ließen. Im Vergleich zu Schäffer war der erheblich jüngere Hundhammer vor 1933 ein relativ unbeschriebenes Blatt, dessen politische Ambitionen sich 1946/47 stark auf die parlamentarisch-gouvernementale Ebene konzentrierten, wo er auch erfolgreich agierte. Als Parteipolitiker haftete ihm eher das Stigma der Niederlage an. Schäffers 1946 von manchem ersehnter und von vielen sicher auch erwarteter Siegeszug in der CSU war in den Augen seiner Anhänger hingegen an einer "höheren Gewalt", der Militärregierung, gescheitert. Insofern war es nur konsequent, daß sie zuversichtlich davon ausgingen, daß er seinen damals kurz vor dem Ziel abrupt gestoppten Triumphzug 1948 endlich vollenden könnte.

Schäffer startete seine spektakuläre Aktion zur inneren Parteireform mit einem geradezu "religiösen Sendungsbewußtsein".²⁴⁵ Er zeigte sich fest entschlossen, die aus seiner Sicht letzte Gelegenheit zu nutzen, die wegen ihrer schlechten Führung abgewirtschaftete Union vor ihrem drohenden Untergang zu retten. Seine Wahl zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern am 14. Februar war, so erklärte er in einem Interview gegenüber der Süddeutschen Zeitung, "der Beginn eines Kampfes auf Biegen und Brechen".²⁴⁶

In einer Broschüre, die der CSU-Bezirksverband Oberbayern am 26. Juli 1948 in hoher Auflage (20.500 Exemplare) an seine "Mitglieder und Freunde" verteilte, waren die Ziele seines Kampfes, die Schäffer am 14. Februar der oberbayerischen und am 20. Februar auch der Münchner Bezirksversammlung verkündet hatte, in komprimierter Form zusammengefaßt: Die "Wählerschaft der CSU, die auseinanderzufallen" drohte, gedachte er dadurch "zusammenzuhalten" und von ihrer Abwanderung zur Bayernpartei abzubringen, "daß die CSU wieder auf die Grundgedanken zurückge-

²⁴¹ Neue Zeitung, 15. Februar 1948: Neue Krise der bayerischen CSU.

²⁴² Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 51.

²⁴³ Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S.1.

²⁴⁴ SZ-Streiflicht vom 17. Februar 1948.

²⁴⁵ Mintzel, CSU, S. 225.

²⁴⁶ SZ, 17. Februar 1948: Vor einer Wende der bayerischen Politik.

führt" wird, die für ihre Schaffung ausschlaggebend gewesen waren, nämlich: "die Wählerschaft der bayerischen Bevölkerung in allen Konfessionen und Ständen zu einigen und die Anhänger aller früheren bodenständigen Parteien in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Freundschaft zusammenzufassen. Dadurch sollte ein politischer Block entstehen, der Bayern in schwerer Zeit vertreten und der für die christliche Gedankenwelt und den bayerischen Staatsgedanken werben sollte."

Die so zusammengefaßten grundsätzlichen Ziele entsprachen durchaus der von Müller und der CSU verfolgten Politik. Erst bei Aufzählung der Motive, die der Abwanderung weiter Wählerkreise in Schäffers Augen zugrundelagen, bekannte er Farbe: "Die Wählerschaft habe das Gefühl, daß gerade *Anhänger großer alter bayerischer Parteien* innerhalb der CSU *mißachtet und zurückgesetzt* würden; daß die Liebe der bodenständigen Bevölkerung zum *bayerischen Heimatgedanken* als 'Separatismus' und 'partikularistischer Chauvinismus' abgetan werden; daß die Parteiführung gegenüber dem *Anwachsen der Zentralgewalt* in der Frankfurter bizonalen Verwaltung eine unklare Stellung zeige; daß der *bodenständige Teil der Bevölkerung* sich in vielen wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht mit Unrecht als *vergessen* und übersehen vorkomme; daß eine bewußte *Abneigung gegen das sogenannte 'ultrakonservative' Bayern* genährt statt bekämpft würde und daß vor allem in der großen Frage unserer Zeit, dem Geisteskampf zwischen Ost und West, zwischen *Kommunismus und Christentum*, die Parteileitung der CSU bis heute noch keine klare Parole ausgegeben und keine klare Scheidungs- und Trennungslinie gezogen hat."

Es waren aber nicht allein solche Fehlentwicklungen, die Schäffer leiteten. Es war bezeichnend, daß dem angeprangerten Versagen der Parteileitung in der von Schäffer so apostrophierten wichtigsten Frage der Zeit unmittelbar ein weiteres folgte, das sich in dieser Nachbarschaft geradezu absurd ausnimmt: Die Wählerschaft sei "auch verstimmt über die *ständigen Spannungen*, die seit den Jahren 1946/47 innerhalb der CSU bestünden; es spielen dabei auch die Verleumdungen gegen Staatsrat Schäffer eine Rolle: seine Diffamierung gegenüber der Besatzungsmacht, von der er feststellen müsse, daß sie auch aus eigenen Kreisen heraus genährt worden sei."²⁴⁷ Kein Zweifel, Schäffers Mission enthielt auch ein Moment der Rache.

Die inhaltlichen Kernpunkte der Schäfferschen Kritik, die darin zum Ausdruck kommenden Ziele, die vom oberbayerischen Bezirksverband mitgetragen wurden, konnten trotz der Bekräftigung des interkonfessionellen Gedankens mit ihrer Betonung des (alt-)bayerischen Primats in der fränkisch-protestantischen Anhänger- und Mitgliederschaft der CSU kaum auf Zustimmung treffen. Schon die programmatische Seite der angestrebten "inneren Reform" der CSU implizierte die bewußte Ausrichtung auf eine altbayerische Klientel und damit faktisch die Aufgabe des fränkisch-protestantischen Faktors in der Union.

Schäffer zielte freilich nicht allein auf einen programmatischen Kurswechsel der CSU, war dieser doch im Rahmen der bestehenden Mehrheitsverhältnisse auch schwerlich zu erreichen. Die Bezirksversammlung Oberbayern zeigte sich - aus ihrer Sicht mit einiger Berechtigung - überzeugt, daß die Mißstände politischer Art "damit zusammenhängen, daß der *organisatorische Aufbau der CSU grundsätzlich falsch*" ist. "Wenn sich der Wille der Mehrheit der Wähler und Mitglieder innerhalb der Parteiorganisation zur Geltung bringen könnte, wäre ein Widerspruch zwischen dem Willen der Wähler

²⁴⁷ Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S. 2f., Hervorhebungen im Original.

und dem Tun der Parteiführung nicht möglich."²⁴⁸ Deshalb mußte der Weg zu einer Änderung der politischen Linie der Union über eine Reform ihrer Organisation laufen. Da man sich im Bezirksverband Oberbayern aus leidvoller Erfahrung bewußt war, daß es unmöglich sein würde, "diese Reformvorschläge in den Organen der Partei zur Annahme zu bringen", gegen deren "einseitige Zusammensetzung" man sich gerade wandte, "mußte der Bezirksverband Oberbayern das ganze Gewicht seiner Mitglieder und Wähler einsetzen",²⁴⁹ um den gewünschten Kurswechsel der Partei zu erzwingen.

Praktisch gestaltete sich der folgenschwere Einsatz des geballten Gewichts des mitgliederstärksten Bezirksverbandes der CSU als ein wahrhaft "revolutionärer Vorgang",²⁵⁰ der sich allerdings in wenig revolutionären Formen vollzog. Die zwischen dem neuen Bezirksvorsitzenden Oberbayerns und dem Landesvorsitzenden der CSU bzw. dem Geschäftsführenden Landesvorstand in dieser Angelegenheit gewechselte Korrespondenz war von ausgesuchter Höflichkeit. Der Briefwechsel ist in Dokument Nr. 32 in voller Länge nachzulesen.²⁵¹ Es genügt daher, in diesem Kontext die Kernpunkte zusammenzufassen:

Noch am Tag seiner Wahl unterrichtete Schäffer Josef Müller über sein neues Amt und teilte ihm die seitens der oberbayerischen Bezirksversammlung am 14. Februar gefaßten Beschlüsse mit, die ihn ermächtigten, "sofort in Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landesleitung einzutreten". Für diese Verhandlungen hatte sich Schäffer mit "Mindestforderungen" rüsten lassen, die auf eine Änderung der Satzung "gegen ein persönliches Regiment innerhalb der Partei" zielten, das "sofort [...] abzustellen" sei, sowie auf eine Neuregelung des Delegiertenschlüssels, in dem "die Mitglieder und Wähler der Partei nach Zahl und Stärke zur Geltung kommen" sollten. Außer diesen altbekannten Forderungen verlangte Oberbayern eine weitgehend autonome Stellung innerhalb der Landespartei. Solange die in diesem Sinne zu führenden Verhandlungen nicht ein von Oberbayern gebilligtes Ergebnis zeitigen würden, erklärte sich der Bezirksverband durch Beschlüsse der Landesleitung, des Landesausschusses und der Landesversammlungen und "insbesondere Weisungen des ersten Landesvorsitzenden" nicht gebunden.

Um den "Mindestforderungen" entsprechenden Nachdruck zu verleihen, waren sie mit der Drohung verbunden, "daß eine innere Reform der CSU Voraussetzung für das Verbleiben der Wählerschaft und der Organisation des Bezirksverbandes Oberbayern innerhalb der CSU ist". Das hieß mit anderen Worten: Sollte dem oberbayerischen Begehren nicht stattgegeben werden, so hatte die Parteiführung damit zu rechnen, daß der mitgliederstärkste Bezirksverband der CSU unter Schäffers Führung geschlossen zur Bayernpartei übertreten würde. Schäffer hütete sich zwar, die Drohung in dieser Klarheit laut werden zu lassen, doch waren Äußerungen wie die gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der er - konkret auf diese Möglichkeit angesprochen - mit einer Bauernregel antwortete, deutlich genug: "Eine gute Henne gackert erst dann, wenn das Ei gelegt ist."²⁵²

²⁴⁸ Ebenda, S. 3, Hervorhebungen im Original.

²⁴⁹ Ebenda, S. 3f.

²⁵⁰ Müller in der Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 25. Februar 1948, S. 12, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.

²⁵¹ Dok. Nr. 32, S. 1562ff.

²⁵² SZ, 17. Februar 1948: Interview mit Fritz Schäffer.

Der Geschäftsführende Landesvorstand der CSU, dem Müller unverzüglich die Angelegenheit übertragen hatte, reagierte am 17. Februar höflich, aber mit einer deutlichen Absage auf den oberbayerischen Erpressungsversuch. Verhandlungen seien "dauerlicherweise" angesichts der oberbayerischen Entscheidung, Weisungen und Erklärungen des Landesvorsitzenden vorläufig nicht anzuerkennen, unmöglich. Der Landesvorstand erklärte sich jedoch bereit, Schäffer trotz des satzungswidrigen Charakters der oberbayerischen Beschlüsse zu empfangen, um ihm Gelegenheit zu geben, diese "vorzutragen und zu begründen".

Der oberbayerische Bezirksvorsitzende, der diese Reaktion zutreffend dahingehend gedeutet hatte, "daß der Herr Landesvorsitzende es ablehnt, die gewünschte Besprechung mit mir zu halten", erbat in voluntaristischer Fehlinterpretation der ebenso eindeutigen Verhandlungsabsage des Landesvorstandes eine Bestätigung, daß dessen Einladung die "Verhandlungen im Sinne dieses [oberbayerischen] Beschlusses beginnen und einleiten soll".

Daraufhin erklärte sich der Geschäftsführende Landesvorstand, der am 24. Februar in Abwesenheit Müllers über die Reaktion auf Schäffers Rückfrage beraten hatte,²⁵³ unzuständig für eine Entscheidung zur Sache, die allein der Landesversammlung gebühre, erklärte sich aber kompetent und bereit, "über das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern Beschluß [zu] fassen". Schäffer wurde eingeladen, am Mittwoch, den 25. Februar um 20 Uhr zu einer Aussprache mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand zu erscheinen. Der Landesvorstand schloß sein Schreiben mit der etwas zu optimistischen Formel: "Wir glauben, in der Aussprache zwischen Ihnen und dem Landesvorstand eine Möglichkeit zu finden, in demokratischer Weise Anregungen, Anträge und Wünsche des Bezirksverbandes Oberbayern vor den zuständigen Gremien der Partei vorzutragen und zu vertreten." Schäffer erklärte sich zu dieser Zusammenkunft bereit, "trotzdem ich über diese Verhandlungsführung enttäuscht bin, und trotzdem ich die personelle Zusammensetzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes in Rechnung ziehen muß". Obwohl er sich also keine Illusionen über die Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes machte, dem mit Max Grasmann, August Haußleiter, Michael Horlacher, Elisabeth Meyer-Spreckels, Emil Muhler, Lorenz Sedlmayr und Franz Josef Strauß ausnahmslos Personen angehörten, die zu diesem Zeitpunkt hinter Müller standen, konnte Schäffer auch schwerlich umhin, auf den Vorschlag einzugehen. Schließlich wollte er beweisen, "daß ich den guten Willen zu einer Beilegung der Angelegenheit habe, soweit dies mit meinem Gewissen verantwortet werden kann". Voraussetzung seines Erscheinens und Verbleibens sei, daß die Aussprache "in ruhigen und würdigen Formen" verlaufe und "den Rahmen nicht übersteigt, der in Ihrem Schreiben vom 24. Februar [...] selbst gezogen ist".

Das Treffen kam als Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft mit dem alleinigen Tagesordnungspunkt: "Angelegenheit Landesverband - Bezirksverband Oberbayern" am 25. Februar auch zustande, trug jedoch wenig dazu bei, einer Lösung näher zu kommen.²⁵⁴ Müller demonstrierte von Anfang an unerschütterliche Stärke, und zwar noch bevor die Aussprache überhaupt begonnen hatte. Während Schäffer pünktlich

²⁵³ Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 25. Februar 1948, S. 3, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.

²⁵⁴ Ebenda.

eintraf, geruhte der Landesvorsitzende, der sich zunächst betont desinteressiert gab, nämlich mit fast einstündiger Verspätung, um 20.53 Uhr, zu erscheinen. Nachdem er sich in provokanter Manier auch erst jetzt über den neuesten Stand der Dinge informiert hatte, schlug Müller vor, daß Schäffer zunächst seinen Standpunkt darlegen solle, um hernach in die Diskussion einzutreten. Schäffer hielt es - im Einklang mit der vorher getroffenen Verabredung - hingegen für geraten, "daß wir uns heute über den modus procedendi unterhalten". Sein Vorschlag lautete, aus der Landesvorstandschafft heraus eine Kommission zur Beilegung des Konfliktes zu bilden: "Mit ihr bin ich dann zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit, mich zu unterhalten."²⁵⁵

Da Müller seinen "persönlichen Standpunkt jetzt etwas zurückhalten" wollte, parierte Haußleiter den selbstbewußt vorgetragenen Vorschlag Schäffers: Die Bezirksversammlung Oberbayerns habe Beschlüsse gefaßt, mit denen sie sich "de facto außerhalb des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union gestellt hat". Rein "persönlich - das ist kein Beschluß des Landesvorstandes" - interessierte ihn die Frage, ob die Vertretung des oberbayerischen Standpunktes "vor den satzungsmäßigen Gremien der Partei" unter den gegebenen Voraussetzungen überhaupt möglich sei. Er "persönlich" verneinte dies: "Wir müssen also meiner Ansicht nach zuerst einmal die Frage klären, ob der Bezirksverband Oberbayern überhaupt bereit ist, sich wieder auf den Boden der demokratischen Satzungen der Union zu stellen und dann in deren Rahmen die Änderungen vorzuschlagen, wozu er ja jederzeit das Recht hat."

Der rhetorischen ersten schloß er eine zweite "Vorfrage" zur Klärung des modus procedendi an: Haußleiter wünschte zu erfahren, ob angesichts der Bezeichnung der oberbayerischen Forderungen als "Mindestforderungen", die faktisch aber weit über jeden bisherigen Antrag Oberbayerns hinausgingen, eine Diskussion überhaupt begonnen werden könne: "Ich möchte doch sagen, daß doch die Union erst einmal klären muß, ob sie unter diesen Verhältnissen überhaupt in die Diskussion von Mindestforderungen eintreten kann, die ja ohne Zweifel doch weitgehend auf ihre Auflösung hin gerichtet sind oder auf ihre Auflösung zielen."

Nach diesen harschen "persönlichen" Worten, die tatsächlich die Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes umrissen, kam Haußleiter endlich auf das Prozedere zu sprechen. Angesichts der weitreichenden Fragen, die sich aus den "Mindestforderungen" ergaben, hielt er es für ausgeschlossen, den 56-köpfigen Landesvorstand mit ihrer Behandlung zu betrauen. Dies könne nur in der Landesversammlung bzw. "zur Vorklärung" im Landesausschuß geschehen. Die wichtigste Frage, die Haußleiter abschließend sich selbst - mit Blick auf Schäffer - stellte, lautete jedoch, "daß wir, um überhaupt Partei bleiben zu können, klären müssen, ob sich ein Bezirksverband außerhalb der Satzungen stellen und gleichzeitig alle Rechte beibehalten kann, die ihm die Satzung zubilligt, also z.B. das Stimmrecht in den Gremien der Partei, während er gleichzeitig erklärt, Beschlüsse der Partei nicht als bindend anzuerkennen".

Diese Stellungnahme war sicher nicht angetan, den Konflikt zu entschärfen. Müller präsentierte sich in dieser Situation als neutraler Vermittler und schlug Schäffer vor, zu konkretisieren, welche Funktion die von ihm vorgeschlagene Kommission überhaupt wahrnehmen solle. Schäffer, der in der Diskussion trotz seiner hoffnungslosen Minderheitsposition sehr ruhig blieb, erläuterte seinen Vorschlag, der darauf zielte, im kleinen Kreis "zuerst den Versuch zu machen, ob man sich einigen kann und dann

²⁵⁵ Ebenda, S. 5.

diese Einigungsformel der Landesversammlung vorzuschlagen. Dann ist die Sache wieder in Ordnung."

Schäffers Kommissionsidee stieß auf geschlossene Ablehnung, obwohl der Staatsrat a.D. die in der vorhergehenden Korrespondenz seitens des Geschäftsführenden Landesvorstandes betonte Zuständigkeit der Landesversammlung damit formal anerkannt hatte. Der Gegenvorschlag des Vorstandes lautete, statt dieser Kommission dem Landesausschuß, als dem von der letzten Landesversammlung formell mit der Überarbeitung der Satzung beauftragten Gremium, die Behandlung der Frage zu übertragen. Dieser Lösung war wiederum Schäffer aus gutem Grunde abgeneigt. Er mußte davon ausgehen, daß der Landesausschuß dem oberbayerischen Vorstoß sehr kritisch begegnen würde und "nie den Reformvorschlägen zustimmen würde, die sich unter anderem ja gerade gegen die personelle Zusammensetzung des Landesausschusses richteten".²⁵⁶ Außerdem konnte Müller vor diesem relativ öffentlichen Forum den "Mindestforderungen" schon deswegen nicht entgegenkommen, weil dies einen peinlichen Gesichtverlust zur Folge gehabt hätte. Allenfalls im kleinsten Kreise, der die erhoffte Kapitulation des Parteivorsitzenden durch entsprechende öffentliche Erklärungen kaschieren könnte und dessen personelle Zusammensetzung eine möglichst paritätische sein müßte, hätten die Mindestforderungen überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben können. Deshalb beharrte Schäffer auf der Vorentscheidung des Konfliktes durch eine Kommission, deren Haltung anschließend - und darin glaubte er dem Landesvorstand getrost entgegenkommen zu können - durch "das höchste demokratische Organ" der Partei, also durch die Landesversammlung, zu bestätigen wäre.

Schäffer hatte im Verlauf der Diskussion wiederholt verraten, wie gering er die Landesversammlung einschätzte, deren unmittelbare (nicht durch den Landesausschuß gefilterte) Zuständigkeit er heuchlerisch mit demokratischen Argumenten begründete. Am deutlichsten wurde diese Einstellung, als er Sedlmayrs Frage: "Können wir denn im voraus wissen, wie sich ein Landesausschuß verhalten wird?" mit der Feststellung quittierte: "Man kann ungefähr im voraus wissen, wie sich eine Landesversammlung verhält."²⁵⁷ Das höchste Parteigremium als reines Akklamationsorgan herabzusetzen, entsprach zwar seiner faktischen Rolle, die auch allen Anwesenden bewußt war, doch hatte Schäffer mit dieser und anderen Bemerkungen seinen Kontrahenten unfreiwillig Munition geliefert, die nun flugs sein "demokratisches" Argument gegen ihn einsetzten und - nicht weniger heuchlerisch - die Autorität der Landesversammlung herausstrichen, um ihrem Standpunkt Nachdruck zu verleihen.

Müller erinnerte Schäffer daran, daß die Landesversammlung erst vier Wochen zuvor ihren Willen deutlich zu erkennen gegeben hatte: "Sie müssen nach meinem Empfinden, Herr Staatsrat, nur davon ausgehen, daß die Landesversammlung klare Beschlüsse gefaßt hat. Bitte setzen Sie zum Vergleich, irgendein Bezirksverband draußen würde das gleiche unternehmen, was Oberbayern unternommen hat. Dann kämen Sie nie zur Arbeit der Partei, weil Sie von heute auf morgen fortwährend nur sehen müßten, wie Sie mit der Nichtanerkennung von Beschlüssen der Landesversammlung fertig werden. Die Landesversammlung hat doch die größte und höchste Autorität der Partei. Ihre Beschlüsse sind von jedem anzuerkennen. Wenn sich ein Bezirksverband außerhalb der Union stellt dadurch, daß er die Beschlüsse nicht anerkennt, dann ist das eine sehr weittragende politische Angelegenheit für die Landesversammlung.

²⁵⁶ Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S. 4.

²⁵⁷ Vorstandsprotokoll (wie Anm. 254), S. 21.

Aber dadurch kann die Partei als solche unter keinen Umständen durch irgendwelche Verhandlungen die Autorität der Beschlüsse der Landesversammlung aufgeben. Denn das würde Konsequenzen auslösen, die eine Partei in ihrer Arbeit und in ihrer Schlagkraft nach außen dauernd hemmen müßte".²⁵⁸

Müllers Argumentation war zwar in sich überzeugend, doch ignorierte sie völlig das Dilemma, in dem sich der zwar größte und mitgliederstärkste, durch die geltenden Delegiertenschlüssel in den Parteigremien jedoch unterrepräsentierte und hoffnungslos unterlegene Bezirksverband befand. Diese Zwickmühle war angesichts der verhärteten Fronten tatsächlich - wie Schäffer wiederholt erklärte - nur auf außergewöhnlichem Wege aufzulösen: "Der Sinn des Beschlusses von Oberbayern ist der, daß Oberbayern sagt: So, wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann ich die berechtigten Wünsche nicht durchsetzen, wenn ich mich an den normalen Weg halte, ich will das Band mit der CSU nicht lösen, aber ich will eine innere Neuorganisation der CSU, die auch mir das natürliche Recht gibt, das ich beanspruche. Das ist der Sinn."²⁵⁹

Alles in allem drehte sich die Aussprache am 25. Februar im Kreise. In immer neuen Varianten wiederholten und begründeten die Kontrahenten ihre im Kern unveränderte Haltung. Lediglich ein neuer Aspekt kristallisierte sich im Verlauf der einstündigen Diskussion heraus. Es war Haußleiter, der darauf aufmerksam machte, daß es "Kollektivmitgliedschaften" in der CSU nicht gebe, daß also nicht ein Bezirks- oder Kreisverband den Austritt aus der Union beschließen könne, sondern ein solcher Schritt laut Satzung den Einzelmitgliedern vorbehalten sei.²⁶⁰ Diese Reaktion auf die oberbayerische Austrittsdrohung war jedoch angesichts der Stimmung in den oberbayerischen Kreisen nicht sehr überzeugend und dürfte Schäffer auch wenig beeindruckt haben.

Als übereinstimmende Meinung des Landesvorstandes, die wahrscheinlich aus taktischen Gründen - um die Minderheitsposition Schäffers herauszustreichen - in Form von einander ergänzenden und anfeuernden Einzelstatements der Vorstandsmitglieder artikuliert wurde, schälte sich schließlich die Auffassung heraus, die schon zu Beginn der Aussprache feststand: Die einzige Lösung des Konfliktes bestand darin, daß Oberbayern sich wieder in den Rahmen der Satzungen begab, um von hier aus sein Bestreben zur Satzungsänderung weiterzuverfolgen. Schäffer, der diese Lösung zu Recht mit der Bemerkung kommentierte, daß "dann [...] der Bezirksverband Oberbayern schlechthin den alten Majoritätsverhältnissen ausgeliefert"²⁶¹ sei, erklärte die Verhandlung schließlich für gescheitert, erbat sich eine schriftliche Fixierung der Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und gab zu Protokoll: "Der Bezirksverband Oberbayern wollte erreichen, daß er im Rahmen der CSU bleiben kann (Haußleiter: zurückkehren, mußten Sie sagen!), also gut, daß er bleiben kann -: zurückkehren kann, und hält es für notwendig, daß vorher mit einem Gremium der Partei Verhandlungen geführt werden, ob er mit der Erfüllung seiner Forderungen rechnen kann."²⁶²

Der Landesvorstand formulierte noch am gleichen Abend die von Schäffer erwünschte schriftliche Stellungnahme: Er legte zwar "den größten Wert auf den sachli-

²⁵⁸ Ebenda, S. 6f.

²⁵⁹ Ebenda.

²⁶⁰ Ebenda, S. 10.

²⁶¹ Ebenda, S. 17.

²⁶² Ebenda, S. 19.

chen Ausgleich" der Auseinandersetzung unter Ausklammerung "aller persönlichen Differenzen", blieb aber hart in der Sache: So sehr dem gesamten Landesvorstand, "uns allen ohne Unterschied", an einer Beilegung der Auseinandersetzungen gelegen war, bedauerte er doch "feststellen zu müssen: Solange der Bezirksverband Oberbayern sich selbst außerhalb der Statuten der Christlich-Sozialen Union gestellt hat, ist eine Verhandlung mit ihm über die Sache selbst innerhalb der Gremien der Union nicht möglich."²⁶³

Schäffer berichtete seinem Bezirksverband am Tag darauf, am 26. Februar, über den negativen Ausgang der Besprechung. Nachdem er einsehen mußte, daß Oberbayerns Gewicht allein offensichtlich nicht ausreichte, die Parteileitung zum Nachgeben zu bewegen, war Schäffer entschlossen, die Flucht nach vorn anzutreten und den Kampf auszuweiten. Zwar hatte er am 17. Februar übertrieben, als er sich in einem Interview überzeugt gab, "daß die übrigen Bezirksverbände die berechtigten Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern anerkennen werden",²⁶⁴ doch rechnete er fest damit, wenigstens die Parteifreunde aus München und Niederbayern auf seine Seite ziehen zu können. Am 26. Februar informierte er seine oberbayerischen Mitstreiter, daß er nun plane, Niederbayern als Bündnispartner in die Revolte einzubinden. Folgenden Beschluß erhoffte er der für den 27. Februar nach Plattling anberaumten niederbayerischen Bezirksversammlung schmackhaft zu machen: "1. Die Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU vom 14.2.[19]48 werden vom Bezirksverband Niederbayern als eigene übernommen. 2. Der Bezirksverband Niederbayern beauftragt seine Vertreter im Landesausschuß vom 28./29.2.[19]48 dafür einzutreten, daß a) der Punkt 3 der Tagesordnung 'Politische Aussprache' als erster Punkt genommen wird und daß b) der Antrag gestellt wird, die Landesvorstandschafft, deren Mitglieder in Regensburg anwesend sind, sofort zu einer geschlossenen Sitzung einzuberufen". In dieser Vorstandssitzung sollte "der Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern die Forderungen seines Bezirksverbandes vertreten" und versuchen, mit der Landesvorstandschafft "einen Antrag an die nächste Landesversammlung gemeinsam auszuarbeiten, der die Einigung und den Zusammenhalt der CSU ermöglicht".²⁶⁵

Während der Münchner Bezirksverband schon am 20. Februar versichert hatte, Schäffer und Oberbayern in jeder Hinsicht zu unterstützen, ausdrücklich aber davon absehen wollte, sich in "den sachlichen Kampf" einzumischen,²⁶⁶ fand sich Niederbayern nicht zur erwünschten Rückendeckung bereit. Im Gegenteil: Die Bezirksversammlung begegnete Schäffers Bemühungen am 27. Februar mit einer "Willenskundgebung", die wenig Zweifel daran ließ, daß der Bezirksverband Schäffers Aktion ausgesprochen mißbilligte.²⁶⁷ Mit der unerwarteten Distanzierung ausgerechnet des niederbayerischen Nachbarverbandes war eigentlich schon am 27. Februar 1948 klar, daß die Oberbayerische Revolte zum Scheitern verurteilt war.

Dies bestätigte sich in der Landesausschußsitzung in Regensburg am 28. und 29. Februar (Dokument Nr. 32), die in vieler Hinsicht ein zweites "Bamberg" darstellte.

²⁶³ Auch dieser Brief vom 25. Februar 1948 wurde vor dem Landesausschuß in voller Länge verlesen, Dok. Nr. 32, S. 156ff.

²⁶⁴ SZ, 17. Februar 1948: Interview mit Fritz Schäffer.

²⁶⁵ Aktenvermerk, gez. Röhl, 26. Februar 1948, Kopie im Besitz d.V.

²⁶⁶ Ausführliche Zitate aus dem Protokoll der Münchner Bezirksversammlung vom 20. Februar 1946 in: Mintzel, CSU, S. 226ff., 592ff.; hier S. 594.

²⁶⁷ Text der Willenskundgebung im Protokoll des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1668.

Müller machte von seinem Recht als Vorsitzender exzessiven Gebrauch, als er bereits in seiner langen Eröffnungsrede in aller Ausführlichkeit auf den bestehenden Konflikt einging, dessen Erörterung als sachlicher Bestandteil des dritten Punktes der geplanten Tagesordnung "Politische Aussprache" an dieser Stelle eigentlich deplaziert war. Geschickt stellte er schon hier - und immer wieder auch in seinen folgenden Diskussionsbeiträgen - einen, nämlich den persönlichen Aspekt der Schäffer-Revoltte besonders heraus: "Lesen Sie das Protokoll des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union vom Frühjahr 1946 in Bamberg und Sie finden die gleichen Angriffe. [...] Jetzt, nach zwei Jahren, werden die gleichen Angriffe mit der gleichen Massivität aufgenommen, als ob innerhalb der zwei Jahre die Zeit stehengeblieben wäre."²⁶⁸ Tatsächlich mußten die von Schäffer in diesen Wochen erneut gegen Müller vorgebrachten öffentlichen Beschuldigungen, dieser sei sowohl Betreiber seines Sturzes als Ministerpräsident als auch der Anstifter der Kampagne, die mit seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben geendet hatte, eher ihren Zweck verfehlen. Damit schadete Schäffer weniger dem Landesvorsitzenden als sich selbst, verlor doch so der erklärt uneigennützig Charakter seiner reformerischen Ziele zwangsläufig an Glaubwürdigkeit. Deshalb rollte Müller, der das Protokoll der Bamberger Sitzung vorher genau studiert haben muß, die damaligen Vorgänge geradezu genüßlich noch einmal in aller Ausführlichkeit auf.

Der zweite Schwerpunkt seiner Rede zielte auf die gleiche Kerbe: er galt Schäffers undurchsichtigem Spiel mit der Bayernpartei. Müller berichtete den Delegierten unter Berufung auf Baumgartner, daß Schäffer sich am 7. Januar "für die Bayernpartei entschieden", von seiner Beitrittsneigung aber abgesehen habe, nachdem sich herausgestellt hatte, daß er dort "nicht die notwendige Gegenliebe" fand, weil er "dort erster Vorsitzender werden wollte".²⁶⁹

Mit solchen Sticheleien gelang es Müller, tatkräftig unterstützt von Horlacher, der sich wiederholt mit deftigen Zwischenrufen einschaltete, den Angreifer Schäffer gleich zu Beginn der Sitzung in die Defensive zu drängen - auch das eine Wiederholung der für Schäffer traumatischen Bamberger Erfahrung. Schäffer lief wunschgemäß in die vorbereitete Falle, als er sich in seiner späteren Gegenrede unklugerweise "genötigt" sah, "zuerst auf persönliche Momente einzugehen", bis er endlich auf sein aktuelles Anliegen der inneren Reform der CSU zu sprechen kam.²⁷⁰

Bevor Schäffer zu Wort kam, entspann sich jedoch im Anschluß an Müllers "Begrüßungsrede" eine überaus wichtige "Geschäftsordnungsdebatte". Die ursprünglich Niederbayern zugedachte Rolle als Fürsprecher der oberbayerischen Belange übernahm München, dessen Bezirksvorsitzender Krehle den Delegierten vor Eintritt in die Tagesordnung vorschlug, die Sitzung zu unterbrechen und zunächst die Landesvorstandschafft zusammentreten und zu dem aktuellen Konflikt Stellung beziehen zu lassen, damit "wir mit anderen Worten unsere dreckige Wäsche hier nicht vor aller Öffentlichkeit waschen, sondern daß sich die Landesvorstandschafft mit der Frage befaßt und dann dem Landesausschuß die entsprechenden Vorschläge unterbreitet."²⁷¹ Selbstverständlich waren Schäffers Versuche vom Vortag, Niederbayern für das Plädoyer auf Verlagerung der Auseinandersetzung in die Landesvorstandschafft einzuspannen, der

²⁶⁸ Ebenda, S. 1541.

²⁶⁹ Ebenda, S. 1548, Gegendarstellung Schäffers, S. 1580f.

²⁷⁰ Ebenda, S. 1575ff.

²⁷¹ Ebenda, S. 1556.

Gegenseite nicht entgangen; sie zeigte sich vorbereitet. Horlacher, der Krehles Vorschlag als "Hohn auf die Demokratie" bezeichnete, nutzte die ihm für eine Stellungnahme zu diesem "Geschäftsordnungsantrag" eingeräumte Redezeit, um, von lebhaftem Beifall unterstützt, die oberbayerische "Diktatur" anzuprangern, die sich im Beschluß des Bezirksverbandes manifestiert habe. In Fortsetzung der von Müller begonnenen psychologischen Kriegsführung stellte er an Schäffers Adresse gerichtet fest: "Wir sind nicht mehr die Fortsetzung irgendeiner alten Partei! [...] Wer das nicht einsehen, ist entweder arterienverkalkt oder hat die zwölf Jahre des Nationalsozialismus verschlafen."²⁷²

Die Aktionen folgten nun Schlag auf Schlag: Schäffers Gefolgschaft reagierte mit einem von Karl Lang für den Bezirksverband München eingebrachten Antrag, eine Siebenerkommission unter Vorsitz von Ministerpräsident Ehard zur Konfliktbewältigung zu bilden; dieser wurde pariert von Barth und Kroll (beide Oberfranken), die erneut den Vorstoß Oberbayerns scharf verurteilten.

Diese Scharmützel füllten den ganzen Vormittag und als sich die Delegierten nach der Mittagspause wieder versammelt hatten, wurde ihnen auf Müllers Geheiß die zwischen Schäffer und dem Landesvorstand gewechselte Korrespondenz in voller Länge verlesen, eine Aktion, die - noch immer vor Eintritt in die Tagesordnung - einiges an Zeit beanspruchte. Das Wort zur "Geschäftsordnung" erhielt nun Haußleiter, der dieses in erster Linie nutzte, um die Angriffe gegen Schäffer und Oberbayern fortzusetzen. Endlich kamen die Anträge Krehle und Lang wieder zur Sprache, die mit dem Einverständnis der Antragsteller jedoch zurückgestellt wurden, um zuvor Schäffer Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.²⁷³

Damit hatte die Müller-Riege das Ziel ihrer Provokationen fast erreicht. Nachdem Schäffer lange gesprochen, Müller unmittelbar geantwortet und Horlacher als nachfolgender Redner bereits ausgeholt hatte, unterbrach Hundhammer die gelungene Inszenierung erstaunlich spät mit der Frage, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, die Anträge Krehle und Lang zur Abstimmung zu stellen. Müllers Antwort zeigt, daß er sich seines Etappensieges inzwischen sicher war: "Zunächst ist gesprochen worden, und jeder hat Gelegenheit zur Stellungnahme. Denn ich habe dafür gesorgt, daß ein demokratischer Ausgleich durchgeführt wird."²⁷⁴ Damit hatte er umschrieben, was inzwischen nicht mehr zu übersehen war: Die vom Geschäftsführenden Landesvorstand gewünschte Behandlung der Oberbayerischen Revolte durch den Landesausschuß der CSU war in vollem Gange und ein Abbruch der Diskussion und die Übertragung dieser Angelegenheit an die Landesvorstandschafft oder eine Kommission wäre allenfalls noch begründbar gewesen, wenn sich die Kontrahenten handgreifliche Szenen geliefert hätten. Dazu kam es selbstverständlich nicht.

Schäffers vor dem Landesausschuß abgegebene Stellungnahme war in weiten Teilen der Vergangenheitsbewältigung gewidmet, bis er endlich auf die Beweggründe zu sprechen kam, die ihn zur Revolte veranlaßt hatten.²⁷⁵ Er wiederholte im wesentlichen die geschilderten Argumente, deren betont (alt-)bayerische Komponente er mit Rücksicht auf die fränkische Gruppe jedoch stark zurücknahm. Stattdessen malte er das Gespenst der Bayernpartei an die Wand, deren zu erwartende landesweite Lizenzie-

²⁷² Ebenda, S. 1557.

²⁷³ Ebenda, S. 1575.

²⁷⁴ Ebenda, S. 1600.

²⁷⁵ Stellungnahme ebenda, S. 1575ff., Motive der Revolte S. 1588ff.

rung der CSU dort, "wo die große Masse der Wähler ist", das heißt in Altbayern, Verluste in Höhe von 30 bis 40% ihrer Wähler bescheren werde. Noch sei es Zeit, "einen Damm aufzurichten und das zusammenzuhalten und zu retten, was wir retten wollen".²⁷⁶ Dies konnte aber aus seiner Sicht nur dadurch geschehen, daß der Wille der Wählerschaft in der Partei angemessen zur Geltung gebracht wurde.

Schäffer verneinte wiederholt, mit seiner Aktion Führungsambitionen zu verfolgen. Nicht politischer Ehrgeiz sei es, der ihn treibe, vielmehr gehorche er dem, was ihm sein Gewissen gebiete. "Jeder von Euch, der es will, bekommt von mir notariell mit Brief und Siegel bestätigt, daß ich gar keine Führerstellung bei Euch annehmen werde. Darum geht es mir nicht. Es geht mir darum, daß ich die Wählerschaft der CSU auch der CSU erhalten kann, und wenn außerordentliche Zeiten sind, muß ich das auch auf außerordentlichem Weg erreichen."²⁷⁷ Tatsächlich hatte er aber, wie Müller dem Landesausschuß wahrheitsgemäß berichtete, den oberbayerischen Freunden gegenüber am 14. Februar zumindest klargestellt, daß er nicht gewillt war, der Partei "unter dem Kommando und unter dem persönlichen Regiment des Herrn Dr. Josef Müller" zu dienen. Das deutete Müller zu Recht als Indiz eines sehr wohl vorhandenen Führungswillens.²⁷⁸

In einer stark von Müller selbst und seinen Parteigängern, speziell Horlacher und Haußleiter, dominierten Aussprache, in der Kroll die aktuellen Vorgänge unter das Leitmotiv: "Der Arzt als Mörder" stellte und Schäffer als "einen" verurteilte, der kommt und "sagt, er wolle die Union retten und gibt ihr praktisch den Dolchstoß",²⁷⁹ traten vor allem Pfeiffer und Hundhammer als Anwälte für Schäffer und Oberbayern ein. Provoziert von der offensichtlichen "Regie" und den harten Worten, die gefallen waren, trugen sie jedoch eher dazu bei, die Position der "Rebellen" noch weiter zu verschlechtern. Pfeiffer erneuerte und bekräftigte seinen schon früher erhobenen Vorwurf, die Union sei eine Mischung aus "Politbüro" und "Führer, wir folgen Dir"-Bewegung, eine von den Delegierten mit Empörung aufgenommene Polemik, für die er sich am nächsten Morgen entschuldigte.²⁸⁰ Auch Hundhammer zeigte sich der Situation wenig gewachsen. Er kanzelte die Parteijugend ab, deren Wortführer, "die in ihrer politischen und Lebenserfahrung ein gutes Stück [...] unter dem Mann stehen, um den hier die Debatte geht", sich dennoch "berufen" fühlten, Schäffer "die Leviten zu lesen". Außerdem gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die "Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie stehen", - CSU und Bayernpartei - "letzten Endes doch noch in einer näheren Gemeinschaft fühlen [müssen], als CSU und SPD".²⁸¹ Besonnen war das alles nicht, und als sich die Delegierten spät in der Nacht - um 23.26 Uhr - bis zum nächsten Morgen vertagten, war die Entscheidung faktisch schon gefallen.

Auf Müllers Vorschlag wurde am 29. Februar die Rednerliste des Vortages gestrichen. Zu Wort kamen stattdessen auf seine Anregung zunächst Wilhelm Eichhorn, als einer "unserer Senioren", aber zweifellos vor allem als ein geachteter Fürsprecher Müllers, je ein Sprecher der verschiedenen Gruppen in der Union, wobei den Frauen

²⁷⁶ Ebenda, S. 1588f.

²⁷⁷ Ebenda, S. 1595.

²⁷⁸ Ebenda, S. 1645.

²⁷⁹ Ebenda, S. 1625.

²⁸⁰ Ebenda, S. 1630, S. 1648f.

²⁸¹ Ebenda, S. 1638, S. 1642.

- "wir sind Kavaliers" - zwei Wortbeiträge eingeräumt wurden, sowie schließlich je ein Bezirksvertreter. Die meisten Sprecher distanzieren sich mehr oder weniger massiv von Schäffer und dem von ihm betriebenen oberbayerischen Beschluß zur Revolte. Für ein Entgegenkommen plädierten nur der als Vertreter der Arbeitnehmerschaft auftretende Münchner Bezirksvorsitzende Krehle, der aber die Form des oberbayerischen Vorstoßes deutlich genug verurteilte, Karl Schmid, ein Mitglied des Münchner Bezirksvorstandes, der für die Handwerker sprach, Hans Hagn als Sprecher des Münchner Bezirksverbandes, der noch einmal die Idee der Siebenerkommission aufnahm, und - zum Entsetzen der Augsburger Delegierten - Josef Fischer, der für Schwaben und Augsburg sprach und sich wegen seiner überraschenden Unterstützung Schäffers ihre scharfe Kritik zuzog.²⁸² Damit hatten sich nur vier Sprecher, davon drei aus dem Bezirksverband München, hinter Schäffer gestellt. Zwei Plädoyers, von Zita Zehner (München) und Karl Sigmund Mayr (Mittelfranken), vermieden eine deutliche Stellungnahme, die übrigen acht Sprecher, nämlich Elisabeth Meyer-Spreckels als Frauenvertreterin, Walter Rinke (Flüchtlinge), Franz Xaver Butterhof (Junge Union), Karl Donderer (Niederbayern), Georg Gamperl (Oberpfalz), Alfred Euerl (Nürnberg-Fürth), Hubert Pieterek (Unterfranken) und Georg Barth (Oberfranken), erteilten Schäffer und seinem Bezirksverband eine unmißverständliche Absage.

Nachdem abschließend noch einmal Schäffer und Müller das Wort ergriffen hatten, ließ Müller über einen vorformulierten "Antrag des Landesausschusses" abstimmen, der bei 108 abgegebenen Stimmen von 68 Delegierten unterstützt und von 18 Delegierten abgelehnt wurde; 23 (darunter Müller und Ehard) hatten sich enthalten: Der Landesausschuß stellte fest, daß Oberbayern "gegen die Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt" und verurteilte das oberbayerische Vorgehen als "parteischädigend". Wer den oberbayerischen Beschlüssen folge, habe "sich damit von selber außerhalb der Christlich-Sozialen Union in Bayern gestellt". Der Landesvorstand wurde beauftragt, das Verhältnis der oberbayerischen Kreisverbände zu klären "und gegebenenfalls den Bezirksverband neu zu organisieren".²⁸³

Damit hatte der Landesausschuß Schäffer eine Abfuhr erteilt, die kaum schärfer ausfallen konnte. Das Abstimmungsergebnis - nur 65% der Delegierten hatten dem Antrag zugestimmt - konnte allerdings auch Müller kaum zufriedenstellen. Tatsächlich war in verschiedenen Stellungnahmen der Gruppen- bzw. Bezirksvertreter zum Ausdruck gekommen, daß weite Kreise in der Partei der ständigen Querelen mehr als überdrüssig waren. Ausgerechnet Karl Sigmund Mayr, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Mittelfranken der CSU, deutete schon an diesem Tag die Konsequenz an, die die Partei ein Jahr später ziehen sollte, um sich endlich von den Streitigkeiten zu befreien, die sie von den ersten Gründungswochen an belastet hatten. Er richtete an den Herrn Ministerpräsidenten als den Mann, der sich in Franken "ein derartiges Ansehen geschaffen" habe, "wie vielleicht seit vielen, vielen Jahren kein Politiker mehr", eine Frage, die Hans Ehard als künftigen Hoffnungsträger der Partei hell aufleuchten ließ: "Warum haben Sie das soweit kommen lassen?"²⁸⁴

August Haußleiter, seit 29. Februar stellvertretender Vorsitzender der CSU, wertete am 8. März 1948 in einem Rundfunkkommentar die Regensburger Entscheidung als Endpunkt der innerparteilichen Machtkämpfe: "Die Spannungen innerhalb der Union

²⁸² Ausführungen der einzelnen Sprecher ebenda, S. 1650ff., Kritik an Fischer S. 1667.

²⁸³ Text des Antrages ebenda, S. 1680; Abstimmungsergebnis S. 1684.

²⁸⁴ Ebenda, S. 1670f.

sind erledigt und überwunden", die Partei habe keine Zeit mehr "zu persönlichen Machtkämpfen".²⁸⁵ Letzteres war angesichts der im April bevorstehenden Kommunalwahlen nur allzu wahr, doch gab sich Schäffer mit der Entscheidung von Regensburg nicht geschlagen, und so zogen sich die Ausläufer der Auseinandersetzung, die dem Prestige der CSU sehr abträglich war, bis Herbst des Jahres hin.

Der Bezirksverband Oberbayern der CSU blieb Schäffer zunächst treu, modifizierte aber die Beschlüsse des 14. Februar in einem entscheidenden Punkt: Die Bezirksversammlung beschloß am 10. März, die oberbayerischen Reformvorschläge zwar aufrechtzuerhalten, doch sollten sie nun auf satzungsmäßigen Wege durchgesetzt werden.²⁸⁶ Die Oberbayerische Revolte fand mit dieser Entscheidung ihr Ende, nicht jedoch Schäffers persönlicher Kampf, den er bis zu seinem Parteiaustritt im September 1948 fortsetzte: Er bemühte sich jetzt intensiv um die Unterstützung weiterer Bezirksverbände zur baldigen Einberufung einer Landesversammlung, von der er sich nicht nur Verständnis für die oberbayerischen Reformvorschläge, sondern vor allem auch die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden erhoffte.²⁸⁷ Deshalb flankierte er seine Bemühungen durch fortgesetzte Angriffe gegen Müller. Öffentliche Äußerungen im Hinblick auf die CSU-Parteiführung wie: "der Dreck schwimmt oben", die den gegnerischen Parteien im aktuellen Wahlkampf sehr willkommen waren,²⁸⁸ mögen dazu beigetragen haben, daß die CSU-Führung sich nun entschlossen zeigte, Nägel mit Köpfen zu machen und Schäffer aus der Partei auszuschließen. In der Landesausschußsitzung in Ingolstadt am 1. und 2. April 1948 ließ Müller einen entsprechenden Antrag Oberfrankens verlesen und provozierte damit den geschlossenen Auszug der oberbayerischen Delegierten. Der oberbayerische Bezirksverband, der noch immer zu Schäffer hielt, bemühte sich nun, dem drohenden Landesschiedsverfahren durch die Konstituierung eines Bezirksschiedsgerichtes zuvorzukommen, scheiterte mit diesem Rettungsversuch jedoch am Veto der Landesvorstandschafft, die am 17. Juli 1948 mit 26 gegen 13 Stimmen die Zuständigkeit des Landesschiedsgerichtes feststellte.²⁸⁹ Der erste Schiedsgerichtstermin war für den 25. August 1948 vorgesehen, kam aber nicht zustande, da Schäffer formale Verstöße geltend machte. Am 14. September, zwei Tage vor der nun auf den 16. September verschobenen Verhandlung, trat Schäffer, dem inzwischen auch Oberbayern seine Gefolgschaft mehr oder weniger deutlich aufgekündigt hatte,²⁹⁰ aus der CSU aus.

Auch seine Verhandlungen mit der Bayernpartei, die er unmittelbar nach der Regensburger Niederlage wiederaufgenommen hatte, scheiterten in diesen Septembertagen.²⁹¹ Seine Verhandlungsposition schien im März ungleich stärker als noch im Januar 1948, konnte er doch nun auf eine umfangreiche Mitgift hinweisen, die er in Gestalt eines Großteils der oberbayerischen CSU in die Allianz einbringen würde. Doch die Bayernpartei reagierte zurückhaltend; erst nachdem der Landesausschuß der CSU

²⁸⁵ Rundbrief 6/48 der CSU-Landesgeschäftsstelle, 8. März 1948, Kopie im Besitz d.V.

²⁸⁶ Verlaufsbericht der Bemühungen (wie Anm. 233).

²⁸⁷ Ebenda, S. 6.

²⁸⁸ Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes, 29. April 1948 (ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle), sowie Anlage zum Protokoll: Wahlplakat der SPD: Ereignisse der Woche: Dreck ist Trumpf! "Führer, wir folgen Dir!".

²⁸⁹ Protokoll der Sitzung der Landesvorstandschafft der CSU am 17. Juli 1948 in Augsburg, S. 25, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.

²⁹⁰ Dazu Henzler, Schäffer, Manuskript S. 344.

²⁹¹ Unger, Bayernpartei, S. 150.

am 17. und 18. Juli 1948 in Augsburg das Parteiausschlußverfahren gegen Schäffer abgesegnet hatte, sah sie sich veranlaßt, sich mit den Bedingungen und Konsequenzen seines möglichen Parteiwechsels ernsthaft auseinanderzusetzen. Schäffers Stellung war inzwischen jedoch so geschwächt, daß die Verhandlungen mit einer klaren Absage an die von ihm an seinen Beitritt geknüpften Bedingungen - vor allem Neuwahl des Bezirksvorsitzenden in Oberbayern - endeten.²⁹²

Schäffers als Triumpfung geplanter Wiedereintritt in die bayerische Politik mündete also in einer umfassenden Niederlage. Obschon subjektiv verfärbt, kam Haußleiters abschließende Wertung der Vorgänge, seine "Wahrheit über den Fall Schäffer", den Realitäten wohl sehr nahe, als er den "Amoklauf" des künftigen Bundesfinanzministers aus dessen persönlicher Verbitterung erklärte, die ihn blind für die möglichen Folgen seines Vorgehens machte: Schäffer habe, so Haußleiter am 17. September, "offenkundig in keinem Augenblick seit 1946 die Enttäuschung darüber verwunden, daß er damals in Bamberg nicht zum Landesvorsitzenden der CSU in Bayern gewählt worden ist. Seine vorübergehende Ausschaltung als Politiker hat dieses brennende persönliche Ressentiment vertieft. Dadurch hat er sich zu schweren politischen Fehlern und Irrtümern hinreißen lassen" und "Handlungen begangen, die gerade die Wirklichung der von ihm vertretenen politischen Ideale gefährden."

Zu Recht kritisierte Haußleiter insbesondere auch den Zeitpunkt der Initiative, mit der Schäffer der Partei ausgerechnet in dem Moment "in den Rücken [fiel], als diese sich anschickte, in den schweren Gemeindevahlkampf des Frühjahrs 1948 hineinzugehen" und in dem außerdem die Verhandlungen über das künftige Schicksal Deutschlands und Bayerns in ihre heiße Phase eintraten. Ausgerechnet in "dem Augenblick, in dem die Christlich-Soziale Union das Land Bayern in entscheidender Stunde vertritt, versucht Staatsrat Schäffer verbissen und verbittert, getrieben von einem Sendungsbeußtsein, dessen Berechtigung durch eine lange Kette begangener Fehler widerlegt wird, die Union zu zerschlagen".²⁹³

Fraglos trug Schäffers im Februar 1948 unternommene Revolte das ihrige dazu bei, das Ansehen der durch die bevorstehende landesweite Lizenzierung der Bayernpartei bedrängten Union zu mindern und sie in ihrer Schlagkraft entscheidend zu schwächen. Hatten sich mit den Delegierten des Regensburger Landesausschusses schon die aktivsten Parteifreunde der ständigen Reibereien überdrüssig gezeigt, so konnte kaum ausbleiben, daß der von der Presse ausgiebig kommentierte neuerliche Streit auch auf die bayerische Bevölkerung seinen Eindruck nicht verfehlte. Bei den Kommunalwahlen am 25. April und 30. Mai 1948 verlor die CSU, die bei den Land- und Stadtkreiswahlen im April/Mai 1946 noch 60% der Wähler angesprochen hatte, mehr als ein Drittel ihrer Anhängerschaft. Nur noch 37,8% der Land- und Stadtkreiswähler (in den Gemeinden waren es sogar nur 30%) schenkten ihr Vertrauen der "Union". Auf die im wesentlichen in Ober- und Niederbayern konzentrierte Bayernpartei, die landesweit immerhin 8,7% der Wähler erreichte, entfielen in Oberbayern örtlich bis zu 40% und in Niederbayern örtlich bis zu 30% der Stimmen. Bei den Bundestagswahlen im August 1949 stimmten sogar nur noch 29,2% der Wähler für die CSU, die Bayernpartei hatte mit landesweit 20,9% kräftig aufgeholt.²⁹⁴

²⁹² Ebenda, S. 150f.; so auch Henzler, Schäffer, Manuskript S. 341f.

²⁹³ CSU in Bayern, Stellv. d. Landesvorsitzenden [August Haußleiter], München, 17. September 1948: Die Wahrheit über den Fall Schäffer. Persönliche und politische Hintergründe seines Austrittes aus der CSU, in: ACSP, NL Elsen 3.1.1.

²⁹⁴ Wahlergebnisse nach Dietrich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 bis 1953, Düsseldorf 1973, S. 353-355.

Natürlich waren die hohen Wahlverluste der CSU nicht allein auf die Oberbayerische Revolte zurückzuführen, doch absorbierte Schäffers bis in den Herbst weiterverfolgte Initiative die Kräfte der Partei in einer Situation, in der sie durch die Konkurrenz der Bayernpartei und vor allem durch die finanziellen Engpässe, die die Währungsreform im Juni 1948 mit sich brachte, alle Energien für die Bewältigung dieser Herausforderungen gebraucht hätte. Im Februar 1948 setzte ein gewaltiger Auflösungsprozeß ein, der die Union "fast an den Punkt des organisatorisch-politischen Zusammenbruchs" führte. Die von Müller als Massen- und Volkspartei modernen Typs auf den Weg gebrachte Union entwickelte sich zu einer Honoratiorenpartei Weimarer Prägung zurück, "der eine breite innerparteiliche Legitimationsbasis ebenso fehlte, wie ein Parteiapparat von größerer administrativ-technischer Bedeutung".²⁹⁵

Mit der Oberbayerischen Revolte, als dem Höhe- und Endpunkt der Auseinandersetzungen um die Gestaltung und Führung der Union, endet die Gründungsgeschichte der CSU, die durch die 1945/46 wie auch 1948 stark von persönlichen Ressentiments geprägten Machtkämpfe der beiden Haupttrivalen gekennzeichnet war. Daß sich die Partei ab Februar 1948 von diesen Streitigkeiten endgültig zu distanzieren begann, schließlich beiden Konkurrenten den Laufpaß gab und mit Ehard einen Mann des Ausgleichs an ihre Spitze stellte, war auch ein Ausdruck gewachsenen Selbstbewußtseins und politischer Reife, die in den ersten Jahren zunächst erlernt werden mußten. Josef Fischer sprach vielen aus dem Herzen, als er im Februar 1948 sein Unverständnis darüber ausdrückte, "daß sich eventuell fünf Personen, wenn es hoch geht, um die Union streiten". Es werde zu Unrecht "soviel von den Gründern der Christlich-Sozialen Union gesprochen": Nicht einzelne wenige Personen, "ganz kleine Kreise", die er "nicht als Debattierklub" bezeichnen wollte, auch wenn sie "in ihrer Bedeutung [...] nicht viel mehr" waren, hatten der Partei zum Durchbruch verholfen, sondern ein "geradezu unvorstellbarer Vorgang", er mochte ihn "fast die Vorsehung nennen".²⁹⁶

Die Oberbayerische Revolte markiert also in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt in der Geschichte der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der mehr als die Abwahl Josef Müllers eine Zäsur auch in der Dokumentation ihrer bewegten Frühgeschichte rechtfertigt. Mit der Regensburger Landesausschußsitzung als Höhepunkt des Schäffer-Müller-Konfliktes und zugleich Endpunkt der Gründungsgeschichte der CSU endet daher auch diese Dokumentation parteiinterner Protokolle.

10. Erläuterungen zu den Dokumenten

a) Aufbau der Dokumentation

Das Kernstück der vorliegenden Dokumentation zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union bilden 32 parteiinterne Protokolle aus den Jahren 1945 bis Anfang 1948, die hier erstmals publiziert werden können. Im Anhang werden Materialien zur Programmatik und organisatorischen Verfassung der CSU präsentiert, ein umfangreicher biographischer Annex gibt schließlich Auskunft über das Leben und politische Wirken von ca. 550 Personen überwiegend aus den Reihen der CSU, die in den Protokollen erwähnt sind oder als Redner agieren.

Bei den Protokollen handelt es sich um die Mitschriften der Zusammenkünfte der damaligen "zentralen" Führungsgremien der CSU, nämlich der vorläufigen Landesleitung unter zunächst wechselnden Bezeichnungen, des Landesausschusses und seiner

²⁹⁵ Mintzel, CSU, S. 86, S. 88.

²⁹⁶ Landesausschußsitzung vom 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1664.

Vorläufer sowie schließlich der Landesversammlung aus der Zeit vom 17. September 1945 bis 29. Februar 1948. Nicht berücksichtigt werden konnten die Protokolle der im Dezember 1946 gebildeten Geschäftsführenden Vorstandschaft und der Landesvorstandschaft der CSU, deren Publikation in den nächsten Jahren in Aussicht genommen ist.

Die Protokolle sind chronologisch geordnet. Die Entscheidung, die Gremien nicht getrennt zu dokumentieren, sondern der Chronologie zu folgen, trägt dem Faktum Rechnung, daß erst ab Mitte/Ende 1946 von einer gewissen Konsolidierung der Parteiarbeit und -organisation gesprochen werden kann. Bis zur endgültigen Verabschiedung der Satzungen im Dezember 1946 überschneiden sich die Kompetenzen und Arbeiten der Ausschüsse, lediglich Aufgaben und Charakter der Landesversammlungen waren von Anfang an relativ konstant und hätten eine gesonderte Präsentation erlaubt. Als oberstes Organ der CSU hatte die mit Delegierten aus allen Kreisverbänden beschickte Landesversammlung entscheidende Rechte, faktisch dienten diese mit ca. 500 stimmberechtigten Teilnehmern und zahlreichen Gästen quasi öffentlichen Parteitage aber im wesentlichen der Bestätigung der in den Ausschüssen geleisteten Vorarbeit. Die Vorgänge auf den Landesversammlungen stehen also in engem Zusammenhang mit den Aktivitäten in den übrigen dokumentierten Gremien, und die Protokolle ergänzen einander.

Es handelt es sich dabei um verschiedene Varianten protokollarischer Möglichkeiten. Die Sitzungsmitschriften des Jahres 1945 sind wortkarge Ergebnis- oder Kurzprotokolle, die für sich genommen wenig aussagekräftig sind; ihre Bedeutung wird oft erst in der Zusammenschau mit anderen Quellen sichtbar. Deshalb wurden die Gründungsmonate der CSU, über die bislang wenig bekannt war, in der Einleitung ausführlich beleuchtet. Um die Jahreswende 1945/1946 beginnen die Mitschriften länger und genauer zu werden, einzelne Diskussionsbeiträge werden inhaltlich skizziert und auch den jeweiligen Rednern zugeschrieben. Teilweise sind sie in direkter Rede formuliert, doch handelt es sich zunächst nach wie vor um Kurzprotokolle, die die Wortbeiträge im allgemeinen nur zusammenfassen. Häufig sind es Mischformen zwischen Ergebnis- und Verlaufsprotokollen mit der deutlichen Tendenz zu zunehmender Ausführlichkeit. Das erste Wortprotokoll nach einem Stenogramm datiert von Ende März 1946 (Dokument Nr. 12). In den folgenden drei Monaten bis Anfang Juli wechseln Wortprotokolle noch mit Mischformen (nun Verlaufsprotokolle mit Wortprotokollelementen), danach handelt es sich ausschließlich um Wortprotokolle.

Die Auswahl der Materialien zur Frühgeschichte der CSU im Anhang dieser Dokumentation orientierte sich an zwei Schwerpunkten: Aufgenommen wurden grundsätzlich nur Quellen zu den Themenbereichen erstens Programmatik und zweitens Satzungsfragen. Sie wurden auch dann dokumentiert, wenn sie - wie das Grundsatprogramm und das Dreißig-Punkte-Programm vom Oktober 1946 - bereits an anderer Stelle publiziert wurden. Aufnahme fanden auch solche Dokumente, die im Kontext der parteiinternen Diskussionen in Teilen oder zur Gänze verlesen wurden. Obwohl manche der Materialien aus den Protokolltexten zu rekonstruieren wären, schien ihre geschlossene und vollständige Wiedergabe im Anhang dennoch angezeigt. Denn erstens erlaubt die Zusammenschau mit den übrigen Quellen einen besseren Einblick in das jeweilige Themenfeld, zweitens wird dem Benutzer damit ein schneller Zugriff auf diese für die Parteigeschichte zentralen Materialien ermöglicht. Die Dokumente sind, beginnend mit der Programmatik, sachthematisch unterteilt und innerhalb der beiden Themenbereiche chronologisch geordnet.

Die in dieser Dokumentation erstmals in ihrer Gesamtheit präsentierten Programme der Gründerjahre, einschließlich des bisher nahezu unbekanntenen Wirtschafts- und Sozialprogramms der CSU vom August 1947,²⁹⁷ wurden ergänzt um Entwürfe und andere programmatische Verlautbarungen wie Aufrufe und Rundschreiben vor allem aus den Gründungsmonaten, beginnend am 10. August 1945. Es war jedoch nicht möglich und auch nicht ratsam, sämtliche überlieferten Programmentwürfe des Jahres 1945 zu berücksichtigen. Vielmehr beschränkt sich die Dokumentation auf diejenigen Entwürfe, die für die programmatische Entwicklung der Landespartei schließlich relevant wurden.

Die Materialien zum Themenbereich Satzung umfassen die Statuten selbst in ihrer vorläufigen, sehr knappen Formulierung vom 8. Januar und der sehr viel ausführlicheren Version vom 17. Mai 1946, die bis Oktober des Jahres noch erhebliche Veränderungen erfuhr. Die Fassung vom 17. Mai diente als Textgrundlage der bis Februar 1948 unveränderten Satzung vom 4. Oktober 1946, die nach ihrer Bestätigung durch die Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 endgültig in Kraft trat. Die Veränderungen in den Oktoberstatuten gegenüber der Version vom Mai waren zu umfangreich, um sie innerhalb der Mai-Fassung transparent zu machen. Obwohl beide Satzungen über weite Teile identisch sind, wird daher auch die Oktobersatzung vollständig wiedergegeben. Die gegenüber der Maisatzung abweichenden Passagen - sowohl einzelne Worte als auch ganze Absätze oder Paragraphen - sind durch Kursivsatz bzw. Auslassungsvermerke kenntlich gemacht. Die Oktoberstatuten der CSU wurden im Februar 1948 in zwei Paragraphen verändert; ihr neuer Wortlaut ist in Fußnoten festgehalten.

Neben den eigentlichen Parteisatzungen wurden ergänzend auch die Schiedsordnung und das Finanzstatut der CSU aufgenommen, außerdem zwei Rundschreiben vom November bzw. Dezember 1945, mit denen erste organisatorische Festlegungen erfolgten. Berücksichtigt wurden ferner die Entwürfe zur Abänderung der Satzung der Partei aus der Zeit von Dezember 1947 bis Februar 1948. In diesem Zusammenhang wäre auch dem Antrag zur Zulassung der CSU auf Landesebene ein zentraler Stellenwert zugekommen. Über seinen Verbleib lassen sich aber keinerlei Anhaltspunkte finden. Überliefert - und dokumentiert - ist jedoch das offizielle Antwortschreiben der Militärregierung über die (vorläufige) Lizenzierung der CSU auf Landesebene, das den ab 8. Januar 1946 landesweiten Status der Partei begründete.

Abgerundet wird die Dokumentation schließlich mit den Kurzbiographien von ca. 550 Personen überwiegend aus den Reihen der CSU, deren systematische Auswertung interessante und überraschende Ergebnisse über das Profil der Partei zeitigen dürfte. Der biographische Annex wird in einem eigenen Vorspann näher erläutert.

²⁹⁷ In den einschlägigen Arbeiten zur Geschichte der CSU sucht man nach dem Programm vergeblich; berücksichtigt wurde es jedoch in der Studie von Klaus Schreyer, *Bayern - ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem*, München, Wien 1969, S. 97ff. Veröffentlicht wurde das Programm in den Artikeln "Produktionssteigerung, Lastenausgleich und soziale Befriedung - Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union" und "Unsere Sozialpolitik will den Arbeitsfrieden" in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 19 vom 20.9.1947 bzw. Nr. 20 vom 4.10.1947.

b) Die dokumentierten Parteigremien

Die Jahre 1945/46 markieren die Formierungsphase der CSU, in der die Parteiorganisation sich erst allmählich herausbildete. Bis zur Verabschiedung der vorläufigen Satzung am 8. Januar 1946 traten die CSU-Gremien unter wechselnden oder gar keinen Selbstbezeichnungen zusammen: als "Ausschuß zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union" (17. September 1945) und als "Vorläufiger Landesausschuß" (17. Dezember 1945). Die selbstgestellten Aufgaben umfaßten im wesentlichen die Vorbereitung der Parteigründung: Im Mittelpunkt standen organisatorische, programmatische und personelle Überlegungen und Entscheidungen. Diese Vorarbeiten bezogen sich formal zunächst nur auf den Kreis München, faktisch erhoben die Münchner Parteigründer jedoch von Anfang an den Anspruch, Wegbereiter und Gründungszentrale der Landespartei zu sein. Da sie dieses Selbstverständnis auch sehr schnell durchsetzen konnten, wurden die überlieferten frühen Protokolle des Münchner Zirkels, anders als Überlieferungen aus sonstigen bayerischen Gründerkreisen, in dieser der Geschichte der Landespartei geltenden Dokumentation berücksichtigt.

Nach der Gründungsversammlung der CSU für München am 11. Oktober 1945 (Dokument Nr. 3) war zwischen der CSU-München und der von der Militärregierung noch nicht erlaubten Landesorganisation zu unterscheiden. In den folgenden Wochen wurden die - noch illegalen - Vorbereitungen für die Bildung der Landespartei in inoffiziellen Gesprächszirkeln vorangetrieben, über deren Wirken wenig überliefert ist. Vermutlich verzichteten die Protagonisten aus taktischen, vielleicht auch aus rechtlichen Gründen auf die schriftliche Fixierung ihrer Aktivitäten. Eine Ausnahme stellt die Niederschrift über eine "Besprechung über Organisations- und Pressefragen" am 25. Oktober 1945 dar (Dokument Nr. 4), die wegen der Bedeutung der an diesem Tage getroffenen Entscheidungen trotz des inoffiziellen Charakters dieses Gesprächskreises in die Dokumentation übernommen wurde.

Die Gründungsvorbereitungen für die Landespartei begannen offiziell, nachdem mit der USFET-Direktive vom 23. November 1945 die landesweite parteipolitische Betätigung möglich wurde. Am 25. November unterrichtete der Vorbereitende Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München die interessierten politischen Kreise Bayerns über die Pläne zum Aufbau der Landespartei und über die Bestellung eines neunköpfigen Ausschusses, der die nötigen Vorarbeiten leisten sollte. Ihm gehörten ausschließlich Münchner Parteigründer an.²⁹⁸ Dieser sogenannte "Vorläufige Landesausschuß" trat von Ende November bis zum 8. Januar einige Male zusammen und erarbeitete vorläufige Satzungen und das erste Parteiprogramm: "Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union", die als Grundlagen zur Anmeldung der Landespartei dienten.

Die Vorbereitungsphase endete mit der Gründungsversammlung auf Landesebene am 8. Januar 1946, zu der erstmals Teilnehmer aus ganz Bayern - fünf Delegierte aus jedem Regierungsbezirk - angereist waren. Diese Versammlung tagte als "Erweiterter Vorläufiger Landesausschuß" der CSU. Mit der am 8. Januar vorgenommenen Verabschiedung der vorläufigen Satzungen erfuhr die Organisation der CSU zwar eine geordnete Ordnung, diese bestand jedoch vorläufig nur auf dem Papier. Als satzungsmäßige Gremien der CSU auf Landesebene waren die Landesversammlung - mit Dele-

²⁹⁸ Zu den Mitgliedern des Ausschusses s. Dok. Nr. XI, S. 1751f.

gierten aus allen Kreisverbänden (damals häufig noch unter der Bezeichnung: Bezirksverbände) -, der Landesausschuß - mit Delegierten aus allen Bezirksverbänden (damals häufig noch unter der Bezeichnung: Kreisverbände) - und eine Landesvorstandschaft vorgesehen. Diese Gremien konnten jedoch erst nach dem allmählichen Aufbau der Organisationen auf Bezirks- und Kreisebene in Aktion treten.

Bis Ende März 1946 wurden die Funktionen des künftigen Landesvorstandes vom "Vorläufigen Landesausschuß" wahrgenommen. Dieser war die Fortsetzung des am 25. November gebildeten, inzwischen auf elf Personen erweiterten Neuner-Ausschusses, dem nach wie vor ausschließlich Münchner Parteigründer angehörten. Neben bzw. über dem Vorläufigen Landesausschuß stand der "Erweiterte Vorläufige Landesausschuß", der die im Vorläufigen Landesausschuß vorbereiteten Entscheidungen satzungsrechtlicher, organisatorischer oder personeller Art bis zur ersten Zusammenkunft der Landesversammlung "vorläufig" legitimieren sollte. Der "Erweiterte Vorläufige Landesausschuß", der zweimal (am 8. Januar und 30. und 31. März 1946) zusammentrat, war der Vorläufer des späteren Landesausschusses der CSU. Er setzte sich aus den Mitgliedern des Vorläufigen Landesausschusses und je fünf Delegierten aus den Regierungsbezirken Bayerns zusammen.

Einen Konsolidierungsschub erfuhr die Organisation in der Sitzung des "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses" am 30. und 31. März 1946, die erste außerhalb Münchens abgehaltene Tagung, die nach Bamberg einberufen worden war (Dokument Nr. 12). Die Bamberger Tagung besaß wegen der Anwesenheit zahlreicher Gäste aber eher einen Versammlungscharakter und wurde parteiintern auch oft als Landesversammlung bezeichnet. In Bamberg wurde ein neues Gremium zur Unterstützung des am 31. März 1946 bestätigten Landesvorsitzenden geschaffen, der sogenannte "Arbeits-" oder "Landesarbeitsausschuß". Er stellte im wesentlichen eine Fortsetzung des bisherigen Vorläufigen Landesausschusses dar, der aber personell erweitert wurde und nun tatsächlich den Charakter einer Landesvertretung annahm.²⁹⁹ Es handelte sich um eine dem späteren satzungsmäßigen Gremium bereits sehr nahe kommende Vorform der Landesvorstandschaft; er nahm auch entsprechende Kompetenzen wahr. Mit der Schaffung des Landesarbeitsausschusses stellte der Vorläufige Landesausschuß seine Tätigkeit ein.

Am 30. März wurde außerdem die Zusammensetzung des "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses" verändert. Zu den stimmberechtigten Delegierten zählten jetzt auch die Vertreter der neugeschaffenen großstädtischen Bezirksverbände und die Kabinettsmitglieder der Union.³⁰⁰ Diese personelle Erweiterung wurde erst mit dem entsprechenden Beschluß am 30. März offiziell, doch war die Einladung zur Bamberger Tagung bereits nach dem neuen Schlüssel ergangen.³⁰¹ Am 31. März wurde zusätzlich der Beschluß gefaßt, als stimmberechtigte Delegierte des Vorläufigen Erweiterten Landesausschusses acht Vertreterinnen der Frauen sowie eine noch offene Zahl von Jugendvertretern hinzuzuziehen.³⁰² Künftig umfaßte der "Vorläufige Erweiterte Landesausschuß" also nun einen Kreis von rund 70 Personen. Gleichzeitig wurde er am 31. März formell umbenannt in "Landesausschuß",³⁰³ er wurde aber entgegen diesem

²⁹⁹ Zur Zusammensetzung des Landesarbeitsausschusses vgl. Dok. Nr. 12, S. 152.

³⁰⁰ Vgl. dazu S. XXXVIII.

³⁰¹ Einladungsschreiben des Landessekretariats der CSU vom 18. März 1946, ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946.

³⁰² Dok. Nr. 12, S. 172ff.

³⁰³ Ebenda, S. 152.

Beschluß bei seiner übernächsten Zusammenkunft am 6. Juli 1946 als "Erweiterter Landesausschuß" einberufen.

Am 17. Mai 1946 tagte die erste Landesversammlung der CSU, zu der aus jedem Landkreis und jeder kreisunmittelbaren Stadt mindestens je ein stimmberechtigter Vertreter, für Städte über 50.000 Einwohner für je "angefangene 50.000" ein weiterer Vertreter geladen waren.³⁰⁴ Die Landesversammlung bestätigte den Landesvorsitzenden und verabschiedete eine neue Parteisatzung, die aber bis zum 4. Oktober noch erheblich verändert wurde und endgültig erst am 14. und 15. Dezember 1946 in Kraft trat.

Die am 17. Mai 1946 beschlossene Satzung unterschied - wie auch die Oktobersatzung - zwischen der Landesversammlung, dem Landesausschuß, der Landesvorstandschafft, dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschafft und der geschäftsführenden Vorstandschafft.³⁰⁵ Die letztgenannten Organe konnten jedoch erst ab Dezember 1946 gebildet werden, nachdem in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden Neuwahlen nach den Buchstaben der von der Militärregierung genehmigten neuen Satzung durchgeführt worden waren. Obwohl der Landesarbeitsausschuß mit den Satzungsbeschlüssen vom 17. Mai formal zu existieren aufgehört hatte, traf er noch zweimal zusammen und fungierte weiterhin als vorläufige Landesvorstandschafft.

Im September 1946 endete das Wirrwarr wechselnder Selbstbezeichnungen und unklarer Kompetenzen: Für den Erweiterten Landesausschuß hatte sich nun die satzungsgemäß korrekte Bezeichnung Landesausschuß durchgesetzt; der Landesarbeitsausschuß hatte mit seiner letzten Sitzung am 5. Juli seine Tätigkeit eingestellt. Bis zum 6. Dezember 1946 trat ausschließlich der Landesausschuß in Erscheinung, der monatlich mindestens einmal zusammentraf, die Satzung und die neuen Programme erarbeitete und vorläufig verabschiedete und am 6. Dezember Vertreter aus seinen Reihen in die Landesvorstandschafft wählte, die am 10. Dezember 1946 ihre erste Sitzung abhielt.

Damit verlagerte sich das Schwergewicht der Arbeiten in den Landesvorstand und - nach den etwa zeitgleich abgehaltenen ersten Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 - in die Fraktion der CSU. Im gesamten Jahr 1947 fanden nur zwei Zusammenkünfte der dokumentierten Gremien statt: die Landesausschußsitzung am 3. Januar 1947 und die Landesversammlung am 30. und 31. August 1947. Im Jahr 1948 begannen sich die Sitzungen jedoch wieder zu häufen: Hintergrund war die Zuspitzung der Streitigkeiten um eine Satzungsänderung, die in der Oberbayerischen Revolte gipfelte.³⁰⁶ Im Januar/Februar 1948 fanden deshalb innerhalb kürzester Zeit vier Zusammenkünfte statt, drei des Landesausschusses und eine Landesversammlung. Mit dem Protokoll des Landesausschusses am 28./29. Februar 1948 endet die Dokumentation.

c) Quellenlage und Lücken in der Überlieferung

Als die Arbeiten an dieser Dokumentation im Herbst 1989 begannen, schien der Gedanke, einen so weitgehend vollständigen Dokumentenkorpus zusammentragen zu können, wie dies tatsächlich gelungen ist, in hohem Maße illusionär. Vielmehr war davon auszugehen, daß die Überlieferung große Lücken aufweisen würde, über deren tatsächliches Ausmaß angesichts der Unzugänglichkeit wichtiger Aktenbestände Un-

³⁰⁴ Einladungsschreiben vom 2. Mai 1946, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner Bd. 2.

³⁰⁵ Zur personellen Zusammensetzung siehe §§ 43-54 der Satzung s. Dok. Nr. XVII, S. 1783ff.

³⁰⁶ Zur oberbayerischen Revolte und ihren Folgen vgl. S. LXVIIff.

sicherheit herrschte. Die Entscheidung, eine solche Publikation notfalls allein auf die von Alf Mintzel in den 70er Jahren zusammengetragenen umfangreichen, aber nicht vollständigen Unterlagen im sogenannten "CSU-Archiv am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Passau" zu stützen, verband sich allerdings mit der Hoffnung, einer künftigen Öffnung der parteiinternen Archivalien den Weg zu bereiten.

Erste Recherchen in den damals zugänglichen Beständen, insbesondere in den OMGUS-Akten und in verschiedenen Nachlässen von CSU-Politikern, mit dem Ziel, die Sammlung der parteiinternen Protokolle zu vervollständigen, waren entmutigend, weil sich dort zwar Hinweise, gelegentlich auch Einladungen oder Berichte zu den parteiinternen Sitzungen, für die Frühzeit aber keine Sitzungsprotokolle fanden. Tatsächlich - so ist nach Abschluß der Recherchen festzustellen - wurden die Protokolle der Anfangszeit jeweils in nur einfacher Ausführung angefertigt und entweder im Landessekretariat oder aber im sogenannten "Büro Dr. Müller", also in den Handakten des damaligen Parteivorsitzenden, abgelegt. Der zeitbedingte Mangel an Papier, der vor allem in den Jahren 1945/46 ein gravierendes Problem darstellte, dürfte allerdings für die auffallend sparsame Nutzung der vorhandenen kostbaren Papierressourcen nicht ausschlaggebend gewesen sein; entscheidend war wohl vielmehr eine gezielte "Protokollpolitik", eine Tendenz zur Geheimniskrämerei. Diese erklärte sich aus den harten Kämpfen um die Führung der entstehenden Partei, wie sie sich vor allem in den Protokollen der Bamberger Tagung am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12) und der Regensburger Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32), aber auch in vielen anderen Sitzungsprotokollen spiegeln. In einer Situation, in der sich die später recht klar abzugrenzenden Flügel erst herausbildeten, in der sich vermeintliche oder echte Loyalitäten erst erweisen mußten, in der es nur weniger "falscher", gezielt der Besatzungsmacht hintertragener Worte bedurfte, um als Person oder Partei von heute auf morgen diskreditiert zu sein, in einem konfliktgeladenen politischen Klima, in dem es schließlich auch darum ging, die Kontrahenten über eigene Pläne und Absichten möglichst im Unklaren zu lassen, erschien eine breitere Verteilung der Sitzungsprotokolle wohl als ein zu großes Risiko.

Daß sich die Spätfolgen der damaligen Protokollpolitik schließlich doch nicht auf die fast 50 Jahre später publizierte Dokumentation der parteiinternen Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der CSU erstrecken, ist einer grundlegenden Wende in der Archivpolitik der CSU zu verdanken, die der Forschung seit kurzem ganz neue Möglichkeiten eröffnet und ihr Auftrieb geben wird. Um die Jahreswende 1989/90 gelangten nämlich die Altregistraturen der Landesleitung der CSU in das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Diese für die Geschichte der CSU zentralen Materialien, die bis dahin in den Kellern der Partei lagen, konnten Dank des Entgegenkommens der CSU für diese Dokumentation ausgewertet werden.

Wenig später erfolgte eine weitere bedeutende Abgabe an das ACSP, der diese Dokumentation nicht weniger zu verdanken hat: Es handelt sich um den Nachlaß des ersten Parteivorsitzenden, Josef Müller, der mit der freundlichen Genehmigung von Frau Christa Müller ebenfalls diesem Projekt offenstand. Ohne die Unterstützung der CSU und von Frau Müller hätte diese Dokumentation lückenhaft bleiben müssen. Sie kann nun, nachdem im Frühjahr 1992 als letztes Dokument auch das lange gesuchte Protokoll des zweiten Sitzungstages des Bamberger Landesausschusses am 31. März 1946 aufgefunden werden konnte, als weitgehend vollständig gelten.

Alle Lücken ließen sich freilich nicht schließen. Problematisch erweist sich vor allem

die Überlieferungssituation für das Jahr 1945. Die ersten Gehversuche der neuen Partei konnten nur mit insgesamt fünf Kurzprotokollen dokumentiert werden, die, zum Teil nur stichpunktartig abgefaßt, das tatsächliche Geschehen oft im Dunkeln lassen. Wie in der Einleitung gezeigt wurde und wie auch aus den Materialien im Anhang der Dokumentation herauszulesen ist, ist mit diesen fragmentarischen Einblicken die tatsächliche Fülle der im Zuge der Parteigründung unternommenen Besprechungsaktivitäten keineswegs erfaßt. Man traf sich, wie aus Korrespondenzen, Aktennotizen und nicht zuletzt den Arbeitsergebnissen abzulesen ist, seit Mitte August 1945 häufig, zeitweise in Abständen von weniger als einer Woche, an verschiedenen Orten und in wechselnder Zusammensetzung.³⁰⁷ Doch war der Charakter dieser sondierenden Besprechungen wohl noch zu informell, um ihre Ergebnisse in Protokollen festzuhalten. Möglicherweise sind aber auch Materialien im Laufe der Jahre verloren gegangen. Nicht auszuschließen, wenn auch wenig wahrscheinlich ist ferner, daß Einzelstücke noch in einem der Nachlässe verborgen sind, die "verschollen" oder der Forschung unzugänglich sind, etwa im Nachlaß Alois Hundhammers.

Sehr viel günstiger ist die Quellenlage ab Januar 1946. Beginnend mit der Gründungsversammlung auf Landesebene am 8. Januar 1946 können - mit einer Ausnahme³⁰⁸ - sämtliche Sitzungsprotokolle bis zum 29. Februar 1948 dokumentiert werden. Die Protokolle der 27 Zusammenkünfte der Jahre 1946 bis Anfang 1948 sind an sechs Stellen lückenhaft. In drei Fällen fehlen einzelne Seiten, in einem sogar fünf.³⁰⁹ In zwei weiteren Fällen war es nötig, glücklicherweise aber auch möglich, auf Ersatzüberlieferungen zurückzugreifen. Es handelt sich erstens um die Rede Josef Müllers vor der Landesversammlung am 17. Mai 1946 (Dokument Nr. 18). Statt des Redetextes findet sich im Protokoll nur der Vermerk: "Fehlblatt S. 70 mit 92 (Rede Müller) muß noch geschrieben und eingelegt werden". Ersteres scheint erfolgt zu sein, letzteres ist offensichtlich nicht geschehen, vermutlich weil die Rede kurz darauf im Mitteilungsblatt der Partei, im Union-Dienst, als Sonderbeilage nachzulesen war. Der Text der damals publizierte Rede erweckt den Eindruck großer Authentizität, da darin auch Zwischenrufe festgehalten sind. Wahrscheinlich basierte er auf dem stenographischen Protokoll, das aber - wie spätere Reaktionen auf den gedruckten Redetext und auch die ausschließlich positiven Zwischenrufe vermuten lassen - offenbar redigiert wurde. Auf eine Ersatzüberlieferung mußte ferner für die Rede Joseph

³⁰⁷ Folgende Sitzungen lassen sich über die dokumentierten Protokolle heraus für die Zeit vom August bis Dezember 1945 nachweisen: Besprechungen über Parteienbildung am 14. August 1945 und 12. September 1945 (ausführlich hierzu S. VIIIff.); Besprechung über Parteienbildung am 24. September 1945 (hierzu S. XXII); Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses am 5. Oktober 1946 (Aktennotiz vom 18. Dezember 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41, Dokument Nr. 6, S. 24); Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses München zwischen dem 23. und 25. November 1945 (Rundschreiben vom 25. November 1945 im Anhang dieser Dokumentation) zur Vorbereitung der Landesorganisation, in deren Verlauf der Vorläufige Landesausschuß bestellt wurde. Hinweise bzw. Einladungen fanden sich außerdem für Sitzungen des Vorläufigen Landesausschusses am 26. November, 30. November, 10. und 21. Dezember 1945 (Nachweise bei d.V.).

³⁰⁸ Für die Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 8. Mai 1946 fand sich nur eine Anwesenheitsliste (IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, und ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse) sowie ein kurzer Bericht in einem Schreiben des Landessekretariates, gez. A.W. Schmidt, an Rinke, 10. Mai 1946, ACSP, NL Müller 10/2.

³⁰⁹ S. 65 des Protokolls der Landesausschußsitzung am 31. Oktober 1946, S. 92 der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 und S. 5 des Landesausschusses am 24. Januar 1948 sowie S. 54 bis 58 des Protokolls der Landesausschußsitzung am 31. Oktober 1946.

Baumgartners vor der Landesversammlung am 30. August 1947 (Dokument Nr. 28) zurückgegriffen werden, da das Originalprotokoll nach der Ankündigung seines Auftritts 15 Fehlseiten aufweist. Baumgartners ebenfalls 15-seitiges Redemanuskript fand sich in seinem Nachlaß. Trotz der Problematik der in beiden Fällen nur annähernden Authentizität der Ersatzüberlieferungen wurden sie mit entsprechenden Vermerken in die stenographischen Protokolle eingefügt, da sie die ungefähren Stoßrichtungen und Inhalte der tatsächlichen Ausführungen spiegeln dürften.

Die Recherchen für die Dokumentation erstreckten sich auf alle in bayerischen und außerbayerischen Archiven zugänglichen Bestände, deren Durchsicht die geringste Aussicht auf Erfolg versprach. Als wichtigster und ergiebigster Fundort erwies sich das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung. Außer den bereits angesprochenen zentralen Beständen, den Akten der CSU-Landesleitung und dem Nachlaß von Josef Müller, wurden aus dem ACSP zahlreiche weitere Bestände unterschiedlicher Größe und Qualität zu Rate gezogen, die teilweise für die Parteigeschichte von hohem Wert sind, in denen sich jedoch durchwegs keine Protokolle des dokumentierten Zeitraumes fanden.³¹⁰

Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München wird die "Sammlung Mintzel" aufbewahrt, die den Grundstock der Dokumentation lieferte. Im IfZ-Archiv fand sich aber auch ein versprengtes Protokoll, das seinerzeit ausnahmsweise hektographiert wurde, in allen anderen überprüften Beständen jedoch fehlt: das der Gründungsversammlung der CSU in München (11. Oktober 1945) im Nachlaß Joseph Baumgartners. Aus den im IfZ-Archiv aufbewahrten Akten der amerikanischen Militärregierung (OMGUS und OMGBY) lassen sich ebenfalls manche Erkenntnisse zur Frühgeschichte der CSU gewinnen. Darin finden sich etwa zahlreiche, teilweise sehr ausführliche Informantenberichte über die Zusammenkünfte der Parteigremien, Interviews mit einzelnen führenden Politikern und vieles andere mehr, Protokolle selbst allerdings nicht.³¹¹

Auch das Bayerische Hauptstaatsarchiv verwahrt Nachlässe von Unionspolitikern, von denen sich vor allem die Anton Pfeiffers und, allerdings erst für die Zeit etwa ab 1948/49, Hans Ehards als Fundgruben zur CSU-Parteigeschichte erwiesen.³¹² Dem Nachlaß Pfeiffer verdanken die Einleitung sowie der Anhang der Dokumentation Erkenntnisse und Dokumente. Protokolle des dokumentierten Zeitraumes fanden sich darin jedoch nicht, ebensowenig wie im Teilnachlaß von Karl Schwend, der in der Bayerischen Staatsbibliothek in München aufbewahrt wird, oder in den Handakten Karl Scharnagls im Stadtarchiv München.

³¹⁰ Im einzelnen wurden im ACSP folgende Bestände durchgesehen: Ordner CSU 1946-1948; Akten der Landesleitung der CSU: Landesausschüsse, Landesarbeitsausschüsse und Landesversammlungen; außerdem die Nachlässe: Wilhelm Arnold, Franz Elsen, Karl Sigmund Mayr, Josef Müller, Gerhard Schuchart, Hans Schütz, August Schwingenstein, Otto Weinkamm, Max Zwicknagl. Ferner die Teilnachlässe bzw. Nachlaßsplitter: Alois Hundhammer, Gerhard Kroll, Willi Lucke, Fritz Schäffer, Karl Scharnagl, Alois Schlögl sowie die Sammlung Karl Köhler. Weitere Nachlässe erwiesen sich aufgrund der detaillierten Bestandsverzeichnisse als unergiebig.

³¹¹ Im IfZ-Archiv wurden folgende Bestände durchgesehen: Nachlässe Joseph Baumgartner, Wilhelm Hoegner, Dieter Sattler; Sammlung Bayernpartei, Sammlung Mintzel, OMGUS und OMGBY.

³¹² Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA) wurden im einzelnen folgende Nachlässe überprüft: Hans Ehard, Otto Gessler, Hans Hilpert, Anton Pfeiffer, Fritz Schäffer (Nachlaßsplitter), Josef Schwalber, Karl Schwend (Teilnachlaß) und Lorenz Sedlmayr.

Im Bundesarchiv Koblenz schien v.a. der Nachlaß Fritz Schäffers "protokollverdächtig".³¹³ Allerdings wurde im Rahmen dieses Projektes von der Nachlaßverwalterin, Frau Dr. Gerda Bracker, die Einsichtnahme nicht gestattet, doch konnte der Nachlaß mit ihrer freundlichen Genehmigung im Rahmen anderer Forschungen zum gleichen Zeitraum gesichtet und bei diesen Recherchen sichergestellt werden, daß darin keine ergänzenden Protokolltexte zu finden sind.

Schließlich besitzt auch das Archiv der Christlich-Demokratischen Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung einige Nachlässe von CSU-Politikern, unter anderem den Adam Stegerwalds, und natürlich von christdemokratischen Politikern, die teilweise für die Geschichte der CSU aufschlußreich sind, jedoch ebenfalls keine partei-internen Protokolle des dokumentierten Zeitraumes enthalten.³¹⁴

d) Editorische und redaktionelle Bemerkungen

Die Dokumentation von Protokollen und Materialien zur Frühgeschichte der CSU weist keinen aufwendigen Anmerkungsapparat auf. Der Verzicht auf eine akribische Kommentierung ergab sich aus der Alternative, angesichts der damit verbundenen hohen Kosten auf die Publikation der Dokumente zu verzichten oder aber diese wichtigen Quellen der Wissenschaft in der vorliegenden Form zugänglich zu machen. Die Entscheidung, die Protokolle und Materialien gleichsam im "leichteren" wissenschaftlichen Gewand zu präsentieren, ist jedoch gut vertretbar: Die Nachkriegsgeschichte der US- und Bizone und speziell auch Bayerns und der CSU stellen heute kein Neuland mehr dar. Die meisten der in den Protokollen angesprochenen Institutionen und parteiexternen Vorgänge können als bekannt (bzw. problemlos recherchierbar) vorausgesetzt werden. Hinsichtlich der parteiinternen Entwicklungen und der Politik der CSU in Bayern und über die Landesgrenzen hinaus aber sprechen die Dokumente größtenteils für sich und aus sich selbst heraus. Dies gilt weniger für die erste Gründungsphase 1945 und die mit der Oberbayerischen Revolte eingeleitete Zerfallskrise der CSU, deren Beginn im Februar 1948 das Ende dieser Dokumentation markiert. Beide Themenkomplexe wurden deshalb in der Einleitung ausführlich behandelt. Darüber hinaus schließen die im Anhang dieser Dokumentation wiedergegebenen Materialien zur Programmatik und Satzung zusammen mit den teilweise sehr schwer zugänglichen biographischen Informationen die wichtigsten Kommentierungsdesiderate.

Die Protokolle sind grundsätzlich ungekürzt wiedergegeben, editorische Eingriffe beschränkten sich auf folgende Maßnahmen:

1. Die in den Vorlagen stark differierenden Protokollüberschriften wurden standardisiert; da die originalen Titel einen gewissen Informationswert besitzen, sind sie im Dokumentenverzeichnis zusätzlich wiedergegeben. Dieses Verzeichnis beinhaltet jeweils unter fortlaufender Numerierung (arabische Ziffern für die Protokolle, römische Ziffern für die Materialien im Anhang) die Titel der Dokumente und den Nachweis der archivalischen Fundorte.

³¹³ Ferner wurden eine Reihe von Bestandsverzeichnisse weiterer Nachlässe geprüft, u.a. die Verzeichnisse Ritter von Lex und Maria Probst.

³¹⁴ Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) wurden die Nachlässe von Prittwitz-Gaffron, Bruno Dörpinghaus, Karl Greib, Werner Hilpert, Engelbert Kraus, Wilhelm Laforet und Adam Stegerwald durchgesehen; weitere Nachlässe, u.a. der Teilnachlaß Michael Horlachers, erwiesen sich aufgrund der detaillierten Bestandsverzeichnisse im Kontext dieser Dokumentation als unergiebig.

2. Die Protokolle sind jeweils mit "Dokumentenköpfen" versehen, die einem einheitlichen Schema folgen: Festgehalten sind zunächst unter der Rubrik: "Tagesordnung" die Themen der betreffenden Sitzungen. Die Tagesordnungen orientieren sich, soweit solche aufgestellt wurden und überliefert sind, so wortgetreu wie möglich an den parteieigenen Formulierungen, sind aber dem realen Tagungsverlauf angepaßt, um den Benutzern einen schnellen Überblick über die tatsächlichen Themen der Sitzungen zu vermitteln. Dies betraf in manchen Fällen nur eine Umstellung der Ordnung, in anderen Fällen entsprach der Sitzungsverlauf so wenig den ursprünglichen Planungen, daß es notwendig war, eine neue "Tagesordnung" zu rekonstruieren. Da Tagesordnungen auch als Mittel der Politik dienen können (und zuweilen dienten), wurden entsprechende Eingriffe grundsätzlich in Fußnoten angemerkt und dort auch die geplanten/angekündigten Tagesordnungspunkte aufgeführt.

An zweiter Stelle der Dokumentenköpfe sind die Tagungsorte festgehalten, soweit sie zu ermitteln waren. Diese Information erlaubt Aufschlüsse über die "Intimität" mancher Sitzungen, aber auch die Improvisationsbedürftigkeit und -fähigkeit der Organisatoren und der Sitzungsteilnehmer.

Ferner informieren die "Köpfe" über die anwesenden Teilnehmer/Delegierten. Die Teilnehmer der einzelnen Sitzungen gehen teilweise aus Anwesenheitslisten oder Listen der Abstimmungsberechtigten hervor. Diese Listen wurden gegebenenfalls um weitere Personen ergänzt, die aufgrund von Wortmeldungen oder anderen eindeutigen Indizien als anwesend zu ermitteln waren. Für einzelne Sitzungen sind keine Anwesenheitslisten überliefert. In diesen Fällen wurden die Sitzungsteilnehmer anhand der Protokolltexte ermittelt, die freilich nur unvollständige Aufschlüsse über die Anwesenheiten zulassen.

Während die Anwesenheitslisten zu den Sitzungen des Vorläufigen Landesausschusses und seiner Vorläufer sowie des Landesarbeitsausschusses, also den zahlenmäßig kleinen Vorläufergremien der Landesvorstandschafft, zwischen den Personen unterscheiden, die in den parteieigenen Anwesenheitslisten festgehalten sind und denen, die "ferner" laut Protokolltext zweifelsfrei als anwesend nachzuweisen sind, erfolgt diese Unterscheidung nicht bei den Sitzungen des (Erweiterten Vorläufigen) Landesausschusses. Für die erstgenannten Gremien liegen mit einer Ausnahme handschriftliche bzw. von den Teilnehmern unterschriebene Listen vor oder die Anwesenden sind im Protokoll selbst festgehalten. Die darüber hinaus ferner ermittelten Teilnehmer könnten aus verschiedenen denkbaren Gründen in den Listen fehlen (z.B. als Gäste oder wegen nur kurzzeitiger Anwesenheit), so daß die Unterscheidung sinnvoll erschien. Bei den letztgenannten Gremien läßt die Quellenlage diese Trennung hingegen nicht zu: Die Rekonstruktion der Teilnehmer der Landesausschüsse anhand der parteieigenen Listen ist nämlich insofern in einzelnen Fällen methodisch problematisch, als manche Listen bereits vor Beginn der Sitzungen maschinenschriftlich angefertigt und nicht durchgängig unterzeichnet wurden. Sie enthalten teilweise nur Vermerke (Kreuze, Häkchen, Minuszeichen) über An- und Abwesenheiten bzw. geben durch handschriftliche Korrekturen Auskunft über Ersatzdelegierte. Ob diese Aktualisierung in jedem Fall erfolgt ist, ist fraglich. Es ist daher auch nicht auszuschließen, daß bei einzelnen Sitzungen der eine oder andere Delegierte, der sich kurzfristig durch eine andere Person vertreten ließ, zu Unrecht als anwesend geführt ist, sein Vertreter hingegen nur dann aufgeführt wird, wenn er sich zu Worte meldete. Die Quellen, die für die Erstellung der Anwesenheitslisten jeweils hinzugezogen wurden,

und gegebenenfalls ihre besondere methodische Problematik sind in Fußnoten festgehalten.

Grundsätzlich keine Anwesenheitslisten wurden bei Sitzungen mit (Groß-) Versammlungscharakter aufgestellt. Dies gilt für die Gründungsversammlung der CSU in München am 11. Oktober 1945 und generell für alle Landesversammlungen. Die Feststellung der Anwesenden hätte hier nur dann einen Wert, wenn es möglich gewesen wäre, die aufgeführten Personen bei vertretbarem Aufwand biographisch zu annotieren. Die biographischen Recherchen erwiesen sich jedoch bereits bei dem sehr viel engeren Kreis der Delegierten der Landesausschüsse, die schon eher der politischen (Semi-) Prominenz zugehörig waren, als überaus schwierig und nicht immer erfolgreich. Die etwa 500 Delegierten der Landesversammlungen fluktuieren von Versammlung zu Versammlung stark, die meisten von ihnen traten als Diskussionsredner nie in Erscheinung und dürften auch lokalpolitisch von eher geringer und meist kurzzeitiger Bedeutung gewesen sein. Sofern sich diese Delegierten zu Worte meldeten, wurden sie - wie alle in den Protokollen erwähnten Personen - im Personenregister erfaßt und - soweit möglich - im biographischen Annex annotiert.

Die Dokumentenköpfe enden mit der Angabe der Fundorte der einzelnen Protokolle. Sofern sie zu ermitteln waren, sind hier ferner die Protokollanten oder verantwortlichen Schriftführer aufgeführt. Obwohl die Parteisatzungen (§ 68 der Mai- bzw. § 71 der Oktobersatzung) vorschrieben, daß die Niederschriften der Sitzungen und Versammlungen der CSU jeweils durch die Unterschriften des Vorsitzenden und mindestens dreier weiterer Teilnehmer zu autorisieren waren,³¹⁵ wurde diese Bestimmung in der Praxis nicht eingehalten. Müller selbst unterschrieb keine der Mitschriften und auch die Protokollanten unterzeichneten nicht durchgängig. Unterschriften, entsprechende Vermerke über die Protokollführer in den Mitschriften selbst oder in den Anwesenheitslisten finden sich zwar in den meisten frühen Protokollen (Dokumente Nr. 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 16, 19, 20), die stenographischen Mitschriften wurden jedoch von vereidigten Landtagsstenographen angefertigt,³¹⁶ die namentlich nicht benannt wurden und die Mitschriften auch nicht unterschrieben. In drei Fällen (Dokumente Nr. 12, 28, 31) gehen aber die Schriftführer aus den Protokolltexten hervor.

Beginn und Ende der Sitzungen werden überwiegend in den Protokolltexten selbst mitgeteilt. Sofern dies nicht geschah, wurden die in den Einladungen angegebenen Uhrzeiten oder Hinweise aus den Protokollen (z.B. vormittags) in eckigen Klammern vermerkt. Stützen sich die Angaben auf andere Quellen, so ist dies in Fußnoten vermerkt.

Anmerkungen innerhalb der Protokolle selbst finden sich nur in Ausnahmefällen: zur Erläuterung von Lücken bzw. übernommenen Ersatzüberlieferungen, bei Eingriffen in den Text, die über die Korrektur offensichtlicher Tipp- oder Flüchtigkeitsfehler bereits eine gewisse Interpretation bedeuteten, bei groben sachlichen Unstimmigkeiten und bei nicht zweifelsfrei zu klärenden Identitäten von Personen. Sofern Personen mit Funktionen umschrieben wurden, die eine eindeutige Identifizierung zulassen, wurden die Namen im Text in eckigen Klammern (einmal auf jeder Seite) vermerkt. Dies gilt jedoch nicht für die Person des Landesvorsitzenden Müller, dessen Identität als bekannt vorausgesetzt wurde. Eckige Klammern markieren auch kleinere Eingriffe in den Text, die über die routinemäßig erfolgten Korrekturen hinausgingen, etwa bei

³¹⁵ Dok. Nr. XVI, S. 1782, und Dok. Nr. XVII, S. 1803.

³¹⁶ So Müller vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1422.

grammatikalischen Unstimmigkeiten, ohne daß dies gesondert angemerkt wird. Die grundsätzlich äußerst sparsam vorgenommenen Eingriffe erstreckten sich hingegen nicht auf gelegentlich recht eigenwillige sprachliche Besonderheiten einzelner Redner oder Bajuwarismen. Textstellen, die z.B. wegen grob unsinniger Formulierungen Anlaß zu Zweifeln über die Korrektheit der Abschrift bieten könnten, sind mit den üblichen Mitteln ("sic!") als authentisch gekennzeichnet. Fragezeichen oder ähnliche Markierungen ("..."), die von den Protokollanten zur Kennzeichnung von möglichen Hörfehlern etc. eingefügt wurden, wurden in den Texten grundsätzlich ohne Vermerk belassen. Handschriftliche Korrekturen der maschinenschriftlichen Protokolle wurden übernommen; sie erfolgten lediglich zur Berichtigung offensichtlicher Schreib-, Wort- und/oder Hörfehler; Randbemerkungen, handschriftliche Ergänzungen längerer Passagen oder sinnverändernde Korrekturen finden sich in den Vorlagen nicht.

Die stillschweigenden Routinekorrekturen umfaßten die üblichen Eingriffe: Schreibweisen, Monats- und Jahresangaben sowie Uhrzeiten wurden vereinheitlicht und modernisiert, die Zeichensetzung der Vorlagen sowie offensichtliche Schreib- oder Tippfehler wurden korrigiert. Abkürzungen wurden vereinheitlicht und außerdem auf ein Minimum reduziert. Nicht aufgelöst wurden Abkürzungen, die im damaligen mündlichen Sprachgebrauch als Kürzel gängig waren, wie CSU oder CIC. Diese werden im Abkürzungsverzeichnis aufgeschlüsselt. Hervorhebungen im Text wurden nur beibehalten und durch Kursivsatz kenntlich gemacht, wenn es sich nicht um rein dem Ästhetikempfinden dienende Sperrungen, Unterstreichungen oder ähnliches handelt. Grundsätzlich und stillschweigend wurden die sehr häufig falschen Schreibweisen der Eigennamen korrigiert, Anmerkungen erfolgten nur dort, wo Zweifel über die Identität bestanden. Fehlende Namensbestandteile wurden ergänzt, sofern die Namen den Beginn der Diskussionsbeiträge markieren, benutzte Kurz- oder Spitznamen ("Ochsensepp") in den Wortbeiträgen selbst wurden hingegen belassen. Belassen wurden auch fälschlich verliehene Titel, sagt dies doch einiges über das Ansehen und Auftreten der damit geschmückten Personen aus. Eigennamen sind grundsätzlich kursiv gesetzt.

Einleitung, Protokolle und Materialien sind durch ein Personenregister erschlossen, die Protokolle sind zusätzlich in einem integrierten Sach- und Ortsregister erfaßt. Die für die Erstellung der Register maßgeblichen Grundsätze sowie Hinweise zu ihrer Benutzung finden sich zu Beginn der Register im dritten Band der Dokumentation.

Zum Schluß bleibt die angenehme Aufgabe, mich bei allen zu bedanken, die zur Realisierung dieser Dokumentation beigetragen haben oder an ihrer Fertigstellung mitwirkten. Mein herzlicher Dank gilt allen im Vorwort genannten Institutionen und Mitwirkenden, die auf vielfältige Weise zu ihrem Gelingen beitrugen, insbesondere aber Thomas Schlemmer, der den umfangreichen biographischen Annex erstellt und mich auch bei anderen Arbeiten unterstützt hat, und Katharina Knippschild, die mit beträchtlichem Durchhaltevermögen das Sachregister angefertigt hat.

Köln, im Januar 1993

Barbara Fait

Verzeichnis und Nachweis der Protokolle und Materialien

Protokolle

- Nr. 1: Erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union am 17. September 1945 in München [*Niederschrift über die erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer "christlich-sozialen Union" am 17. September 1945, von 17-20 Uhr. ACSP, NL Müller 8*]..... 3
- Nr. 2: Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union am 21. September 1945 in München [*Niederschrift. Sitzung (christlich-soziale Union) vom 21.9.1945 von 17 - 20.30 Uhr. ACSP, NL Müller 8*]..... 5
- Nr. 3: Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union München am 11. Oktober 1945 in München [*Protokoll zur Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union am 11. Oktober 1945 im Sitzungssaal des Rathauses, München, 15 Uhr. IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1*]..... 7
- Nr. 4: Besprechung über Organisations- und Pressefragen (Christlich-Soziale Union) am 25. Oktober 1945 in München [*Niederschrift über die Besprechung am 25. Oktober 1945 in der Kanzlei Dr. Müller, München, Gedonstraße 4, über Organisations- und Pressefragen (Christlich-soziale Union). ACSP, NL Müller 8*] 13
- Nr. 5: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1945 in München [*Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 17. Dezember 1945 in der Kanzlei Rechtsanwalt Schefbeck. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*]..... 17
- Nr. 6: Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 im Rathaussaal Zimmer 208 in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*]..... 21
- Nr. 7: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23. Januar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23.1.46, 13,30 Uhr in der Kanzlei Dr. Josef Müller, München, Gedonstr. 4/I. ACSP, NL Müller 10/1*] 27
- Nr. 8: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Februar 1946 in München [*Landesausschuß-Sitzung der Christlich-Sozialen Union vom 8. Februar 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*]..... 29
- Nr. 9: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 25. Februar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses am 25. Februar 1946 in der Kanzlei des Herrn Rechtsanwalts*

<i>Dr. Müller, München, Gedonstr. 4. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]</i>	31
Nr. 10: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 14. März 1946 in München [<i>Niederschrift der Sitzung des vorläufigen Landesausschusses vom Donnerstag, den 14. März 1946 in der Kanzlei des Herrn Rechtsanwalts Dr. Müller. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]</i>	35
Nr. 11: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 29. März 1946 in München [<i>Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns vom 29. März 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse]</i>	43
Nr. 12: Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. März 1946 in Bamberg [<i>Niederschrift über die Tagung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946. ACSP, NL Müller 10/1]</i>	47
Nr. 13: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. April 1946 in München [<i>Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses am Dienstag, den 16. April 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]</i>	185
Nr. 14: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. April 1946 in München [<i>Niederschrift über die 2. Sitzung des Landesarbeitsausschusses am Mittwoch, den 24. April 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]</i>	189
Nr. 15: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 1. Mai 1946 in München [<i>Niederschrift über die Arbeitsausschuß-Sitzung am 1. Mai 1946 in München. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]</i>	193
Nr. 16: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 9. Mai 1946 in München [<i>Niederschrift über die Landesausschuß-Sitzung am 9. Mai 1946 im Münchner Rathaussaal. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]</i>	211
Nr. 17: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 in München [<i>Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 im Landessekretariat in München, Paul Heyse Straße. ACSP-CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]</i>	221
Nr. 18: Tagung der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München [<i>Niederschrift über die Tagung der ersten ordentlichen satzungsgemäß einberufenen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, auf den S. 308-318 ergänzt durch: "Unser Weg (Rückblick und Ausblick), Rede von Dr. Josef Müller auf der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in München am 17. Mai 1946", Union-Dienst Nr. 7, Sonderbeilage Nr. 2]</i>	255

Nr. 19: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 13. Juni 1946 in München [<i>Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 13. Juni 1946 im Landessekretariat München. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	371
Nr. 20: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 5. Juli 1946 in München [<i>Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am Freitag, den 5. Juli 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	407
Nr. 21: Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 in München [<i>Protokoll der Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 im Rathaus in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	423
Nr. 22: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 in München [<i>Niederschrift der Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 im Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	515
Nr. 23: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 in München [<i>Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	599
Nr. 24: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München [<i>Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	671
Nr. 25: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 in München [<i>Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 im Wirtschaftsministerium. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	771
Nr. 26: Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 14. und 15. Dezember 1946 in Eichstätt [<i>Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Eichstätt am 14. und 15. Dezember 1946. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	835
Nr. 27: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. Januar 1947 in Augsburg [<i>Sitzung des Landesausschusses der Christlich Sozialen Union in Bayern am 3. Januar 1947 in Augsburg, Pfälzer Hof. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	961
Nr. 28: Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt [<i>Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern in Eichstätt am 30./31. August 1947. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, auf den Seiten 1085-1093 ergänzt durch: "Rede von Staatsminister Dr. Joseph Baumgartner am 30. August 1947, anläßlich der Landesversammlung der CSU in Eichstätt", IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 118</i>].....	1061

Nr. 29: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. und 4. Januar 1948 in Erlangen [<i>Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 3./4. Januar 1948 in Erlangen. ACSP, CSU-Landesausschüsse</i>].....	1229
Nr. 30: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. Januar 1948 in Marktredwitz [<i>Landesausschußsitzung der Christlich Sozialen Union in Bayern am 24. Januar 1948 in Marktredwitz. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	1379
Nr. 31: Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz [<i>Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 24./25. Januar 1948 in Marktredwitz. ACSP, CSU-Landesversammlungen</i>].....	1395
Nr. 32: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 28. und 29. Februar 1948 in Regensburg [<i>Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 28./29. Februar 1948 in Regensburg. ACSP, CSU-Landesausschüsse</i>]	1533
 Materialien	
Programmatik	
Nr. I: Rundschreiben Karl Scharnagls, 10. August 1945 [<i>ACSP, NL Müller I</i>]...	1703
Nr. II: Programmatische Überlegungen Eugen Rindts, 31. August 1945 [<i>BayHStA, NL Pfeiffer 41</i>]	1705
Nr. III: Aufruf der Bayerischen Christlich-Sozialen Union München, September/Oktober 1945 [<i>BayHStA, NL Pfeiffer 41</i>]	1708
Nr. IV: Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [<i>ACSP, NL Arnold 4</i>].....	1713
Nr. V: Aufruf der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [<i>ACSP, NL Arnold 4</i>].....	1715
Nr. VI: Programmentwurf Eugen Rindts zur Vorlage vor dem Landesausschuß der CSU am 4. Oktober 1946 [<i>ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946</i>].....	1717
Nr. VII: Grundsatzprogramm der Christlichen-Sozialen Union in Bayern, 31. Oktober 1946 [<i>IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>].....	1723
Nr. VIII: Programmentwurf August Haußleiters zur Vorlage vor dem Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 [<i>ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946</i>]	1729
Nr. IX: Die dreißig Punkte der Union, 31. Oktober 1946 [<i>IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel</i>]	1734
Nr. X: Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 31. August 1947 [<i>ACSP, CSU-Landesversammlungen, Anlage zum Protokoll der Landesversammlung am 30. und 31. August 1947</i>].....	1742

Organisation und Satzung

Nr. XI: Rundschreiben des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945 [ACSP, NL Arnold 4]	1751
Nr. XII: Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [ACSP, NL Arnold 4].....	1753
Nr. XIII: Vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union, 8. Januar 1946 [ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946].....	1755
Nr. XIV: Genehmigungsschreiben der Militärregierung zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern auf Landesebene, 8. Januar 1946 [ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946].....	1757
Nr. XV: Satzungsänderung, 29. März 1946 [ACSP, NL Müller 10/1, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946]	1761
Nr. XVI: Satzungsentwurf mit den von der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 17. Mai 1946 beschlossenen Änderungen [ACSP, CSU-Landesversammlungen].....	1763
Nr. XVII: Satzung der Christlich-Sozialen Union vom 4. Oktober 1946, mit den Abänderungsbeschlüssen vom 28. und 29. Februar 1948 [IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; die vermerkten Änderungen laut Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948; ACSP, CSU-Landesausschüsse].....	1783
Nr. XVIII: Genehmigung der Satzung der Christlich-Sozialen Union durch die Militärregierung, 29. Oktober 1946 [ACSP, NL Müller 2]	1804
Nr. XIX: Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union, 6. Dezember 1946 [IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel]	1805
Nr. XX: Finanzstatut der Christlich-Sozialen Union in Bayern, mit rückwirkender Geltung ab 1. Januar 1947 beschlossen am 3. Januar 1948 [IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel].....	1811
Nr. XXI: Vorschläge des Bezirksverbandes Oberbayern zur Satzungsänderung, 23. Dezember 1947 [BayHStA, NL Pfeiffer 533].....	1816
Nr. XXII: Satzungsänderungsentwurf des Satzungsausschusses der Christlich-Sozialen Union, Februar 1948 [BayHStA, NL Pfeiffer 41].....	1825

Abkürzungsverzeichnis

ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik (der Hanns-Seidel-Stiftung)
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
Antifa	Antifaschismus, antifaschistisch
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBB	Bayerischer Bauernbund
BBMB	Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund
BBV	Bayerischer Bauernverband
BDM	Bund Deutscher Mädel
BGB	Bayerischer Gewerkschaftsbund
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BHKB	Bayerischer Heimat- und Königsbund
BHKP	Bayerische Heimat- und Königspartei
BP	Bayernpartei
BRK	Bayerisches Rotes Kreuz
BVP	Bayerische Volkspartei
CAD (Civ. Adm. Div.)	Civil Administration Division
CDU	Christlich-Demokratische Union
CGC	Classified General Correspondence
CIC	Counter Intelligence Corps
Col.	Colonel
CSA	Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CVD	Christlicher Volksdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DANA/DENA	Deutsche (Allgemeine) Nachrichten-Agentur
DBV	Deutscher Bauernverband
DCSVP	Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei
DDP/StP	Deutsche Demokratische Partei/Staatspartei
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Dir.	Direktor
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DP	Displaced Persons
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVP	Deutsche Volkspartei
EAK	Evangelischer Arbeitskreis
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ERP	European Recovery Program
ev.	evangelisch

FDP	Freie Demokratische Partei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
ICD	Information Control Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
JEIA	Joint Export-Import Agency
JU	Junge Union
KAB	Katholische Arbeiterbewegung
kath.	katholisch
KdF	Kraft durch Freude
KL	Konzentrationslager
KOMINTERN	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberaldemokratische Partei
LKrO	Landkreisordnung
Lt.	Lieutenant
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Bundestags
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rats
MdR	Mitglied des Reichstags
MdS	Mitglied des Senats
MdVLV	Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung
MdVNV	Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrats
Mfr.	Mittelfranken
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MP	Military Police
MR	Militärregierung
NA	National Archives
NATO	North Atlantic Treaty Organization
Ndb.	Niederbayern
NL	Nachlaß
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Obb.	Oberbayern
Ofr.	Oberfranken
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht

OMGB(Y)	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government, United States
Opf.	Oberpfalz
OSS	Office of Strategic Services
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Pg.	Parteigenosse
POLAD	Political Advisor
RG	Record Group
RM	Reichsmark
RMG	Regional Military Governement
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Schw.	Schwaben
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)
SPD (SOPADE)	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SS	Schutzstaffel
SZ	Süddeutsche Zeitung
Ufr.	Unterfranken
UN(O)	United Nations (Organization)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
US(A)	United States (of America)
USFET	United States Forces, European Theater
VDA	Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WD	War Department

Protokolle

Nr. 1

Erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union am 17. September 1945 in München

Tagesordnung:¹

1. Reiseeindrücke aus Franken
2. Mitarbeit von Herrn Fackler im Vorbereitenden Ausschuß
3. Programmgestaltung
4. Aufrufe: Bayerische Christlich-Soziale Union; Bayerische Union
5. Arbeitsplanungen

Anwesend:² Donhauser, von Eicken, Fackler (zeitweise), Helmerich (zeitweise), Käss, Krehle, J. Müller, Schnurr, Semler; abwesend: Baumeister, von Kienitz, Schlögl (wegen einer Reise nach Franken)

ACSP, NL Müller 8

[Beginn: 17 Uhr]

1. [...]³
2. Es berichten von *Eicken*, Dr. *Müller*, Dr. *Semler* über Reiseeindrücke in Franken.
3. Zunächst wird die Frage besprochen, ob die Mitarbeit des Herrn *Fackler* im Ausschuß solange zulässig ist, als der von Herrn *Fackler* eingereichte Antrag auf Genehmigung einer politischen Partei mit abweichendem Namen nicht zurückgezogen ist. Es wird mehrfach die Ansicht vertreten, daß ein derartiges Verhalten nicht korrekt sein würde. Herr *Fackler* steht auf dem Standpunkt, daß ihm jetzt Gelegenheit gegeben werden müsse, die Programmgestaltung der Union kennenzulernen, ehe er seinen alten Antrag, den er vor seiner Wahl in den Ausschuß eingereicht habe, zurückziehen könne. Es wird Einigung auf folgender Grundlage erzielt:
Herr *Fackler* wartet das Ergebnis der heutigen Besprechung ab. Steht er in Übereinstimmung mit der sich ergebenden Programmgestaltung, zieht er seinen Antrag zurück, wenn nicht, scheidet er aus dem Ausschuß aus.
Zu Ende der Besprechung gibt Herr *Donhauser* als Vertreter des inzwischen zur Teilnahme an einer anderen Besprechung weggegangen Herrn *Fackler* die Erklärung ab, daß die Programmgestaltung die Zustimmung des Herrn *Fackler* finde.
4. Anschließend wird zur Feststellung, inwieweit grundsätzliche Übereinstimmung aller Anwesenden besteht, der vorliegende Aufruf "Bayerische Christlich-Soziale Union" durchgesprochen und anschließend noch mit dem Aufruf "Bayerische Union" abgestimmt. Es ergibt sich Übereinstimmung aller Anwesenden mit einer Fassung, die gesondert niedergelegt ist und am folgenden Tag in Reinschrift ausgearbeitet werden soll.⁴

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

³ Punkt 1 stellt die Anwesenden (s.o.) fest.

⁴ Die Endfassung des Aufrufes findet sich im Anhang, Dok. Nr. III, S. 1708ff.

5. Für die weitere Arbeit des Ausschusses wird vorgesehen:
Aussprache Dr. Müller - Major Vacca am folgenden Vormittag zur Klärung grundsätzlicher Vorfragen.
Anschließend Vereinbarung einer weiteren Aussprache durch Telefon oder Boten.
Fühlungnahme mit demokratischen Gruppen (Dr. Müller, MNN; Fuchs).
Herr von Eicken erwähnt, daß er im allgemeinen nur am Montag und Freitag Zeit habe. Er bittet, nach Möglichkeit diese Tage zu berücksichtigen, in anderen Fällen Herrn Pfarrer Bezzel, Kunigundenstr. 62, zuzuziehen.

[Schluß: 20 Uhr]

Nr. 2

Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union
am 21. September 1945 in MünchenTagesordnung:¹

1. Vorbereitung der Gründungsversammlung
2. Probeabstimmung über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München
3. Gründungsaufruf

Anwesend:² Baumeister, Baumgartner, von Eicken, Helmerich, Horlacher, J. Müller, Schnurr, Schwarzer; ferner (ohne Teilnahme an der Abstimmung): Ph. Held (zeitweise), Käss, Lochner, Semler (zeitweise)

ACSP, NL Müller 8

[Beginn: 17 Uhr]

1. [...]³
2. Die Einladung zur Gründungsversammlung soll von folgenden Herren unterzeichnet werden, und zwar in alphabetischer Reihenfolge:
Dr. Muhler, Dekan Langenfaß, Dr. Schäffer, Dr. Scharnagl, Direktor Eichhorn, Dr. Müller, Krehle, Dr. Baumgartner, Dr. Schnurr, Baumeister, Fackler, von Eicken; ferner von drei Herren, die Dr. Müller noch im Benehmen mit Dr. Scharnagl zu bestimmen ermächtigt wird.
3. Zur Gründungsversammlung soll jeder der die Einladung Unterzeichnenden sechs Versammlungsteilnehmer bestimmen.
4. Die probeweise Abstimmung über die Meinung der Anwesenden über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München ergab fünf Stimmen für Dr. Müller, eine Stimme dagegen (Baumeister), zwei Stimmenthaltungen (Schwarzer, Dr. Müller).
Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß dieser Beschluß nur die Meinung des Ausschusses feststellen und der Abstimmung in der Gründungsversammlung nicht vorgehen soll.
5. Es wird einstimmig vorgesehen, daß die Herren Schwarzer, Dr. Horlacher, Dr. Schnurr gebeten werden sollen, gemeinsam morgen zunächst bei Dr. Scharnagl vorzusprechen, um ihn über das Ergebnis zu unterrichten. Sie sollen anschließend, möglichst unter Teilnahme von Dr. Scharnagl, den Ministerpräsidenten Dr. Schäffer aufsuchen, um ihn ebenfalls zu unterrichten und ihn zu bitten, sich den in der Ausschußsitzung zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten nicht zu verschließen.
6. Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß Dr. Scharnagl gebeten werden soll, in der Gründungsversammlung den Vorsitz zu übernehmen.
7. Die wesentlichen Punkte des gemeinsamen Aufrufs sind bereits in der vorausgehenden Sitzung mit Einstimmigkeit festgelegt. Den damals nicht anwesenden Her-

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

³ Punkt 1 stellt die Anwesenden (s.o.) fest.

ren Dr. *Horlacher*, Dr. *Baumgartner*, *Baumeister*, wird die so entstandene Fassung des Aufrufes⁴ in Abschrift übergeben mit der Bitte, eventuelle Änderungswünsche baldigst bekanntzugeben.

[Schluß: 20.30 Uhr]

⁴ Die Endfassung des Aufrufes findet sich im Anhang, Dok. Nr. III, S. 1708ff.

Nr. 3

Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union München
am 11. Oktober 1945 in MünchenTagesordnung:¹

1. Einführungs- und Begrüßungsansprache von Karl Scharnagl
2. Wahl eines Vorbereitenden Ausschusses (Vorstandes) für München

Tagungsort: München, Sitzungssaal des Rathauses

IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1

Beginn: 15.00 Uhr

Einführungsrede von Herrn Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* wurde am Anfang nicht niedergeschrieben.

Ich habe mir erlaubt, eine Anzahl von Parteien anzuschreiben aus allen Kreisen und Schichten unserer Bevölkerung. Und ich kann mit Befriedigung feststellen, daß die Antwort allgemein zufriedenstellend ausgefallen ist. Aufgrund dieser Feststellungen haben dann im Laufe der nächsten Wochen mehrere weitere Besprechungen stattgefunden und es hat sich die Möglichkeit ergeben, diese ersten Gedanken weiter auszubauen und tatsächlich zu einer allgemeinen Grundlage werden zu lassen. Es ist mir eine große Befriedigung, feststellen zu können, daß insbesondere die Angehörigen der beiden Bekenntnisse der christlichen Religion sich absolut zustimmend zu dieser gemeinsamen Arbeit ausgesprochen haben, und daß die Möglichkeit gegeben ist, somit auch für die politische Arbeit im weitesten Kreise die Angehörigen des katholischen und evangelischen Bekenntnisses zusammenzubringen und zur gemeinsamen Arbeit zu führen. Darüber hinaus sollen, wie ich bereits betont habe und wie ich oftmals betonen möchte, alle diejenigen mit eingeladen werden zur gemeinsamen Arbeit, die sich für den Grundgedanken, daß wir unser Volk in dieser positiven Einstellung vorwärts führen müssen, mit uns zusammenfinden wollen und glauben, zusammenfinden zu können. Ich habe immer klar ausgesprochen, daß die neue Partei auch in der Namensbildung schon eine äußere Bekundung erfahren muß und daß jede Anlehnung an den Namen einer früheren Organisation unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Damit soll in keiner Weise eine Beurteilung oder gar eine Verurteilung einer politischen Tätigkeit früherer Zeiten ausgesprochen werden. Sie waren in ihrer Zeit durchaus gerechtfertigt und haben für das Wohl des Volkes das Beste geleistet, was unter den damaligen Verhältnissen möglich war. Aber wir haben heute andere Verhältnisse, wir haben heute andere Aufgaben und Ziele, die eine große Umfassung, einen weiteren Rahmen notwendig machen und deshalb soll abgesehen werden von früheren Namensbildungen und von früheren Programmen und es soll eine neue Grundlage, ein neuer Rahmen gegeben werden. Das schließt meines Erachtens auch in sich, daß

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Eine Anwesenheitsliste liegt nicht vor. Da die Teilnehmer nur sehr punktuell (eindeutig fünf von 92 Anwesenden) ermittelt werden konnten und die Sitzung als Gründungsversammlung quasi öffentlich war, wurde wie bei den nachfolgenden Landesversammlungen auf eine Anwesenheitsfeststellung verzichtet.

Personen, die in früherer Zeit auf dem Boden früherer Organisationen erfolgreich gearbeitet haben, heute nicht so sehr in die Erscheinung treten sollen, weil nicht nur zu leicht Anschauungen entstehen könnten, daß die Neuorganisation vielleicht doch nicht so ganz neu und umfassend wäre, wie sie sein muß. Auch damit soll in keiner Weise irgendeine Beurteilung dieser Personen stattfinden. Ich habe ausdrücklich bezüglich meiner Person erklärt, daß ich selbstverständlich lediglich die Anregung sein wollte, in den weiteren Verfolgungen aber bereits im Hintergrund stehen will, und ich hoffe, daß mir nach den heutigen Besprechungen dies absolut und restlos möglich sein wird. Wenn wir uns so gestalten und so an die Arbeit geben, so bin ich überzeugt, daß es möglich sein wird, in unserer Münchner Stadt diejenigen Kreise zu erfassen und zu sammeln, die gleich uns auf dem Boden gemeinsamer Arbeit zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten stehen wollen und die auf anderer Grundlage, wie die Links-Parteien, ihre Tätigkeit zu führen beabsichtigen. Ich habe betont, daß in unserer Münchner Stadt aufgrund der gegebenen Verhältnisse, der Stellung, die die Amerikanische Regierung einnimmt, sich die Notwendigkeit ergibt, daß wir lediglich örtlich arbeiten. Es ist infolgedessen auch heute noch nicht an der Zeit, über irgendwelche Gedanken, Pläne, Notwendigkeiten, die über den Stadtkreis hinausgehen, Erörterungen anzustellen oder gar Festlegungen zu treffen. Das soll und muß unter allen Umständen verhindert werden und muß unterbleiben, einmal, weil die Militärregierung es noch nicht gestattet, dann aber auch, weil tatsächlich die Verhältnisse zu verschieden liegen. Ich glaube, daß auch Sie nach dieser Richtung meine Auffassung teilen, daß die Struktur der Münchner Bevölkerung anders ist wie die des gesamten Landes. Das ergibt sich insbesondere daraus, daß die Notwendigkeit der Erfassung der politisch interessierten Kreise in München anders ausgerichtet sein muß, wie dies draußen auf dem Lande und selbst auch in den Provinzstädten möglich und notwendig ist. Infolgedessen bin ich der Meinung und habe den Gedanken immer vertreten, wir müssen in München nach unseren Verhältnissen jetzt vorgehen. Das bedeutet nicht und darf nicht bedeuten, daß wir dem Lande den Weg verbauen. Gewiß, man wird draußen am Land schauen, wie in München die Arbeit vor sich geht. Aber ich habe die feste Überzeugung, wenn sie in München auf breitester Grundlage, und das ist meines Erachtens das Wichtigste, in absoluter Geschlossenheit und Einigkeit vor sich geht, dann ist der Arbeit für das Land und draußen auf dem Land in keiner Weise der Weg verbaut.

Im allgemeinen haben diese grundsätzlichen Gedanken in den Vorbesprechungen allseitige Zustimmung gefunden und man hat sich sowohl hinsichtlich des Namens wie hinsichtlich der programmatischen Festlegungen in diesem Sinne geeinigt. Hinsichtlich des Namens hat man sich geeinigt auf die Bezeichnung *Bayerisch-Christlich-soziale Union*.

Das Wort bayerisch ist nicht mehr gestattet im Augenblick, weil die Organisation nur für den Stadtkreis München zugelassen wird. Es darf also eine solche politische Organisation weder bayerisch noch deutsch, noch für Deutschland, noch für Bayern benannt werden. Es genügt durchaus eine allgemein richtungsgebende Namensbezeichnung, und die wird für unsere Münchner Verhältnisse heißen: *Politisch Christlich-soziale Union*.

Das Wort Union klingt für uns etwas fremd, doch es ist trotzdem nach längerer Aussprache belassen worden, da wir damit bekunden, daß wir doch den Anschluß an den übrigen Teil des Reiches nicht verbauen wollen und somit hat man die Bedenken, die gegen das klangfremde Wort Union bestehen, zurückgestellt und es belassen. Nach-

dem diese Titelgebung die Genehmigung eines großen Kreises gefunden hatte, war ich ermächtigt von diesen Kreisen, die sogenannte Voranmeldung des Wortes bei der Militärregierung zu machen. Ich habe sie noch mit dem Wort bayerisch gemacht. Aber dies ist nicht zulässig. Die vorläufige Anmeldung mußte dahin gehen, daß beabsichtigt ist, eine politische Union mit dem Namen "Bayerisch-Christlich-soziale Union" zu bilden. Das war die erste Voranmeldung. Hinsichtlich der Grundsätze ist also betont worden, daß man auf dem Boden einer christlichen Weltanschauung, einer christlichen Gesellschaftsordnung den Wiederaufbau unseres Volkes erstreben will. Es ist dann weiter betont worden, daß man in sozialer Hinsicht den Bedürfnissen aller Bevölkerungskreise Rechnung tragen will. Dann ist ausschließlich betont worden, daß wir bayerisch sein wollen, was aber auch augenblicklich im Wort nicht zum Ausdruck kommen darf, und zwar nicht in dem Sinne irgendeiner Absonderungsbestrebung, sondern im Sinne des Bewußtseins der Zugehörigkeit zum Reich als einer Gliederung desselben, die unseren bayerischen Notwendigkeiten durchaus Rechnung tragen würde. Das waren im großen und ganzen die grundsätzlichen Gedanken, die in der Programmgestaltung zum Ausdruck kommen sollten. Am letzten Montag ist nun den verschiedenen Personen, die die vorläufigen Meldungen eingereicht haben, vom zuständigen politischen Offizier die Eröffnung gemacht worden, wie weiter zu verfahren ist. Es lagen zehn bis zwölf Anmeldungen vor, eine Erscheinung, die den politischen Offizier veranlaßte, einen ernststen Appell an die Vertrauensmänner der verschiedenen Gruppen zu richten. Ob sie Wirkung hat, diese Mahnung, wird die nächste Zeit zeigen. Erfreulich ist, daß eine weitere Meldung bereits bei dieser Zusammenkunft zurückgezogen wurde zugunsten der Union.

Für die endgültige Anmeldung nun ist notwendig die Anmeldung von 25 Personen, für welche der große Fragebogen in vierfacher Ausfertigung in deutscher und englischer Sprache vorgelegt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß unter den Anmeldungen, wie später auch unter den Mitgliedern und Funktionären einer neuen Partei kein Mitglied der NSDAP sein darf. Weiter muß vorgelegt werden das Programm und eine Satzung in vierfacher Ausfertigung, wobei meines Erachtens nur eine Rahmensatzung vorläufig vorgelegt werden braucht, die möglichst klein gehalten werden kann, also nur das Wesentlichste enthält. Alles andere kann dann, wenn die Partei ins Leben gerufen ist und wirksam ist, durch Satzungsänderungen nachgeholt bzw. ergänzt oder abgeändert werden. Wesentlich ist auch, daß schon über die Finanzierung Mitteilung gemacht werden muß, und daß dann, wenn die Partei genehmigt ist, alle 14 Tage ein Bericht eingereicht werden muß über Neuzugänge an Mitgliedern. Es muß also alles der Militärregierung in größter Offenheit vorgelegt werden.

Die Notwendigkeit, in dieser Weise vorzugehen, bringt es künftig mit sich, daß auch eine Feststellung für die Tätigkeit und der von uns gewünschten Parteiorganisation getroffen wird in einem Ausmaß, das über die bisherigen Besprechungen hinausgeht, und diese Feststellung zu treffen ist der Grund unserer heutigen Zusammenkunft. Ich betone ausdrücklich, eine politische Versammlung wird nicht genehmigt, solange die Partei nicht genehmigt ist. Sie ist also auch heute nicht genehmigt. Wir wollen also heute nur die organisatorischen Fragen besprechen und festlegen. Außerdem müssen wir uns klar werden über die Satzungen und eine entsprechende Gestaltung der Vorstandschaft. Dem Ausschuß, der mit sechs Personen vor etwa 14 Tagen bestellt wurde, bitte ich, Herrn von Miller beizugeben, so daß wir einen Ausschuß von sieben Personen hätten, der diese Beratungen vorzunehmen hat. Das sind die Vorschläge, die ich Ihnen unterbreiten möchte, und ich bitte Sie herzlich wie dringend, in diesem Sinne

tätig sein zu wollen, in diesem Sinne Ihre Zustimmung geben zu wollen, und damit zu bekunden, daß Sie alle, welchen Schichten Sie auch angehören, welchen Anschauungen Sie auch in früherer Zeit gehuldigt haben, heute noch dahin übereinstimmen, daß wir alle zusammenstehen wollen, um auf einer großen, breiten, gemeinsamen Grundlage zu arbeiten für das Wohle unserer Stadt und für das Wohle unserer Bürgerschaft. Ich bitte Sie also, in diesem Sinne Stellung zu nehmen zu meinen Vorschlägen,

1. zum Namen der Partei als "Christlich-soziale Union"
2. diesen Ausschuß von sechs Personen zu ergänzen durch Herrn *Walther von Miller*, Stadtrat und Rechtsanwalt, ihm die Vollmacht zu übertragen, die endgültige programmatische Satzung der Partei auszuarbeiten und
3. die Ermächtigung zu geben, daß dieser Ausschuß diese weitere Anmeldung tätigt, das heißt die 25 Personen festsetzt, ihre Fragebogen einsammelt und vorlegt bei der Militärregierung, damit die endgültige Genehmigung der Partei erfolgen kann.

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren! Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters grundsätzlich einverstanden. Doch möchte ich an Sie die Bitte richten, diese Versammlung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen, damit eine gegenseitige Verständigung stattfinden kann. Denn ich möchte bemerken, daß es bezüglich des Vorschlags der sechs bzw. sieben Ausschußmitglieder Schwierigkeiten geben wird, und es könnte dadurch die Einmütigkeit gestört werden. Ich bitte Sie unbedingt, nach den Informationen, die uns bekannt geworden sind, eine viertelstündige Unterbrechung eintreten zu lassen.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich begrüße diesen Vorschlag, denn wir wollen alles tun, um Einigkeit und Geschlossenheit herbeizuführen.

Dr. *Schäffer*: Wäre es nicht gut, einen Vorsitzenden für den Ausschuß zu bestimmen, wobei ich vorschlagen würde Herrn Direktor *Eichhorn*.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß Dr. *Eichhorn* den Vorsitz des Ausschusses führen soll.

Eine viertelstündige Unterbrechung.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich habe erwähnt, daß bei den Vorbesprechungen grundsätzliche Einigung erzielt worden ist. Es haben sich jedoch jetzt noch Differenzen ergeben bei zwei Herren, die dem Ausschuß angehören. Um diese Einigkeit fehlerfrei zu gestalten und die Differenz, die zwischen *Müller* und *Schäffer* besteht, zu klären, schlage ich vor, daß ein kleiner Ausschuß gebildet wird, damit die vollständige restlose Übereinstimmung gefunden wird. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn dieser Standpunkt eintreten würde. Denn wir wollen in keiner Weise mit irgendeiner Belastung an die Öffentlichkeit treten noch intern das Arbeiten beginnen. Da nun diese beiden Herren ausfallen würden, wird vorgeschlagen, eine Vorstandschaft zu bestellen, die dann in der Lage wäre, die von mir angegebenen notwendigen Vorarbeiten der endgültigen Formulierung des Programms unter Festlegung der Satzung durchzuführen. Es wird daher folgender Vorschlag gemacht:

1. Die Wahl von zwei Vorsitzenden für München und zwar
 - a) Dr. *von Miller*
 - b) Dr. *Eichhorn*

2. Zwei stellvertretende Vorstände
 - a) Verlagsdirektor *Schwingenstein* und
 - b) Herrn *Krehle*
3. Als Beisitzer des Vorstands Herrn Dr. *Grasmann*, Herrn *Steber*, Herrn *Schmid*, *Karl*, Herrn *Scharnagl*, Herrn *von Eicken*, Herrn *Eberling*, Herrn *Niklas*.

Es wäre das die Grundlage, auf der man arbeiten könnte. Was jetzt vorgeschlagen ist, hat eine ausschließliche Geltung für den Stadtkreis München und wird in keiner Weise einer weitergehenden Regelung für Bayern, die erst in später Zeit erfolgen kann, vorgeifen. Ich möchte Ihnen empfehlen, diesem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben, damit wir heute zu einem Ergebnis kommen können, das die Möglichkeit einer erfolgreichen Arbeit in der Partei bietet.

Dr. *Schäffer*: Ich bitte zunächst, den alten Vorschlag, den Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* gemacht hat, anzunehmen und womöglich ohne Debatte. Ich habe mich bei einer Gelegenheit gezwungen gesehen, über gewisse politische Vorgänge mich zu äußern, die mit Dr. *Müller* zusammenhängen. Ich bemerke, daß meine Bemühungen dahin gehen, eine Union wirklich entstehen zu lassen. Wenn man heute den Vorschlag gemacht hat, mich aus dem Ausschuß auszuschließen, so hat das eine große politische Bedeutung, über die ich nicht zu reden brauche.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich bedauere die soeben gemachten Ausführungen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn durch eine genaue Prüfung eine Bereinigung bestehender Mißfälligkeiten erfolgen würde. Ich würde wünschen, daß wir abstimmen, ob Debatte erwünscht ist oder nicht.

Ostermeier: Ich möchte sagen, daß es mich befremdet, daß ein so wichtiger Vorschlag gemacht wird ohne vorherige Bekanntgabe. Das wäre meines Erachtens wichtiger als der Vorschlag von Dr. *Horlacher*.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Nochmalige Verlesung des gemachten Antrags zur Aufstellung einer Vorstandschaft.

Ostermeier: Ich bitte um Abstimmung, ob die Vorstandschaft gewählt werden soll oder der alte Ausschuß bleiben soll.

Dr. *Schäffer*: Wir sind heute ein Gremium, das lediglich in einem vorbereitenden Stadium ist. Dieses Gremium hat noch keine Satzung. Ich kann also heute weder aufgrund von Satzungen noch aufgrund von Legitimationen einen Vorstand wählen. Wir haben den Vorschlag gemacht, noch ein Ersatzmitglied zu nehmen in der Person des *von Miller*. Das genügt für die nächsten Wochen. Alles andere ist eine politische Aktion.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich möchte dieser Auffassung entgegenreten, deswegen, weil die Autorisierung irgendeiner Vereinigung von Freunden solange unmöglich ist, bis eben die ganze Organisation von Grund auf aufgebaut wird. Es ist meines Erachtens nicht zweckmäßig, solange zu warten, und es ist fraglich, ob die Möglichkeit besteht, eine Vorstandschaft zu wählen, ohne daß eine Partei genehmigt worden ist. - Ich halte die Bereinigung der Mißfälligkeiten im Interesse der Klärung der Situation für eine bedeutungsvolle und wichtige Aufgabe, so daß ich bitten möchte, dieser Möglichkeit zuzustimmen und ihr den Weg freizugeben. Wenn diese beiden Personen aus dem Ausschuß wegfallen, so ist es zweckmäßig, gleich ein Organ zu bestellen, das die Vorarbeiten durchführt.

Dr. *Hundhammer*: Trotz aller Differenzen, die bestanden haben, haben die beiden Herren *Schäffer* und Dr. *Müller* in dem Ausschuß zunächst zusammengearbeitet und zwar ersprießlich. Ich möchte bitten, die beiden Herren in dem Ausschuß zu belassen.

Es sind starke Bestrebungen im Gange, die auseinanderziehen. Wir haben eine derartig große historische Stunde in unserer Heimat, daß doch jeder das entscheidende Ziel und die Aufgabe sehen muß.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich würde es nicht verstehen, wenn bei derartigen Fragen von untergeordneter Stellung solche Unstimmigkeiten und Uneinigkeiten bestünden.

Ich schlage Abstimmung vor, ob dem ersten Antrag zugestimmt wird, also dem Ausschuß von sechs bzw. sieben Personen.

42:50 - mit Mehrheit abgelehnt.

Nunmehr Abstimmung zu dem Antrag zur Bestellung einer Vorstandschaft, wie sie vorher genannt wurde.

63:27 - mit Mehrheit zugestimmt.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Es hat eine Mehrheit entschieden, die nicht unbedeutend ist und sich aus den verschiedensten Kreisen unserer Münchner Bevölkerung zusammensetzt. Ich freue mich, daß in verhältnismäßiger Ruhe und Ordnung die Angelegenheit heute erledigt wurde. Ich danke Ihnen dafür, und ich habe die Überzeugung, daß in der gleichen Weise weitergearbeitet wird, damit wir wirklich eine Vereinigung haben aller wohlmeinenden Angehörigen unserer Münchner Bürgerschaft zum Aufbau unserer Stadt und unseres neuen Lebens. Damit sind wir am Ende angelangt und ich darf unsere Zusammenkunft schließen mit nochmaligem Dank.

Ende der Sitzung um ca. 18 Uhr.

Nr. 4

Besprechung über Organisations- und Pressefragen (Christlich-Soziale Union) am 25. Oktober 1945 in München

Tagesordnung:¹

1. Anwesenheitsfeststellung
2. Organisation
 - a) Schaffung eines Münchner Sekretariats
 - b) Aufstellung einer Kartei von Vertrauensleuten
 - c) Versorgung mit Informationsmaterial
 - d) Auswahl, Schulung und Vermittlung von Rednern
 - e) Ausarbeitung des Programms
3. Presse: Einrichtung eines Presseausschusses
4. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:² Horlacher, Horstmann, Käss, Krehle, J. Müller, Nothaft, Oesterle, Schefbeck, Schlögl, Steber, Treppesch, Weixler

ACSP, NL Müller 8; Protokollführer: K/H

[Beginn: nicht ermittelt]

I. [...]³

II. Organisation:

Übereinstimmung, daß Frage einer vorläufigen Landesorganisation sehr dringlich und Durchgabe einer Sekretariatsanschrift in München sofort notwendig seien. Die Anwesenden nehmen Kenntnis, daß Dr. von Miller mit Dr. Scharnagl vereinbart hat, daß dieser im Auftrag der Münchner Union vorläufig Landesfragen bearbeitet, während Dr. von Miller sich auf örtliche Fragen beschränkt. Sofort zu veranlassen:

- a) Schaffung des Münchner Sekretariats. Es wird sich um eine vorläufige Lösung handeln, da der Posten des Generalsekretärs endgültig erst durch die Landesversammlung besetzt werden kann. Die für München Ort vorgesehene Lösung (Sekretärin und Herr Heubl) wird für das Land als nicht ausreichend betrachtet, weil ein Herr mit größeren Erfahrungen eingesetzt werden soll. Gedacht wird an Herrn Weixler, daneben kommt Herr Dr. Pix⁴ in Frage. Großer Wert wird auf Beratung des später eingesetzten Beauftragten durch Dr. Oesterle gelegt.
- b) Rasche Aufstellung einer Kartei von Vertrauensleuten für das ganze Land. Besprochen wurde, daß Dr. Schlögl den von ihm erbetenen Beitrag baldigst zur Verfügung stellt und daß auch alle anderen Anwesenden sich um Ergänzung der vorliegenden lückenhaften Kartei bemühen.

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll. Einige Herren waren nur zeitweise anwesend.

³ Punkt I stellt die Anwesenden (s.o.) fest.

⁴ In der Vorlage: "Brix".

- c) Baldige Versorgung dieser Vertrauensleute mit *Informationsmaterial* ist die erste Aufgabe des Sekretariats. Dr. *Schlögl* wird zunächst 500 Exemplare der bisherigen Unterlagen bis 26. Oktober zur Verfügung stellen.
- d) Die *Auswahl* geeigneter *Redner* soll von allen Anwesenden unterstützt werden. In Betracht kommen sowohl schon voll einsatzfähige Kräfte mit Erfahrung wie Nachwuchskräfte, deren *Schulung* eine weitere Aufgabe sein wird.
- e) Das Sekretariat hat die weitere Aufgabe, diese *Redner*, soweit nötig, nach Orten außerhalb Münchens zu *vermitteln*.
- f) Endlich ist vordringlich, daß das vorläufig ausgearbeitete ausführliche Programm unter Mitarbeit der maßgebenden Vertreter der einzelnen Fachgebiete ergänzt und verbessert wird, so daß es als Unterlage für die einheitliche Programmausrichtung und die Tätigkeit der Redner geeignet ist.

III. Presse:

Die Möglichkeiten der Pressearbeit sind vorläufig dadurch beschränkt, daß bis auf weiteres die Regelung bis in die Einzelfragen durch die Militärregierung erfolgt. Da alle Ausschubarbeiten nicht im luftleeren Raum geschehen, sondern darauf abgestellt sein sollen, daß praktisch etwas erreicht wird, lassen sich genaue Einzelanweisungen noch nicht geben. Es lassen sich aber folgende Richtlinien bereits aufstellen:

- a) Die Besprechungen sollen möglichst in jeder Woche zur gleichen Zeit am gleichen Ort stattfinden.
- b) Da bei ihnen vorwiegend nur Münchner Teilnehmer anwesend sein können, besonderer Wert aber auch auf Mitarbeit anderer bayerischer Orte gelegt werden muß, sollen Teilnehmer aus ganz Bayern benannt und, soweit jeweils an der Anwesenheit verhindert, schriftlich unterrichtet werden.
- c) Als Teilnehmer sind vorgesehen:
 Aus München: Dr. *Oesterle*, *Schwingenstein*, *Steber*, Dr. *Lang*, *Horstmann*, *Eugen Maier*, *Alois Wagner*, Dr. *Hagemann* (früher Germania), Herausgeber der amerikanischen Zeitung, *Schwend*?
 Von außerhalb: *Josef Held*, Regensburg; *Debus*, Regensburg; *Nothafft*, Deggendorf; *Feistle*, Vilsbiburg; *Wein*, Cham; Dr. *Bauer*, Dillingen; *Konrad*, Nürnberg; (Sebaldusverlag) - *Naumann*, Augsburg; *Wegner*, Würzburg; *Brandl*, Rosenheim.
 Für die Oberpfalz kann Justizrat *Pfleger* weitere Vorschläge machen. Direktor *Eichhorn* ist gebeten, geeignete Namen von der evangelischen Seite anzugeben.
- d) Der Ausschuß wird sich laufend über die Situation im Pressesektor zu unterrichten suchen. Dr. *Oesterle* wird gebeten, über die ergangenen Bestimmungen jeweils kurz zu unterrichten.
- e) Der Ausschuß soll seine Arbeit auf folgende Ziele konzentrieren: Entwurf von Vorschlägen für den Aufbau des Pressewesens zur Vorlage bei den maßgebenden Stellen. Klärung der Frage einer gesonderten Parteipresse und gegebenenfalls Unterstützung derselben.
 Aufbau eines Informationsdienstes der Union durch Fertigung und Verteilung von Nachrichtenmaterial und Broschüren.
- f) Im einzelnen soll unter anderem der Frage der Heimatpresse, der Kirchenzeitungen, der Fachzeitungen auf landwirtschaftlich-, gewerkschaftlichem- usw. Gebiet Aufmerksamkeit geschenkt werden.

IV. Dr. Müller wird gebeten, von den besprochenen Vorschlägen Oberbürgermeister Dr. Scharnagl Kenntnis zu geben.

Herr Steber wird gebeten, sowie die Anschrift des Sekretariats feststeht, eine entsprechende Notiz in der Süddeutschen Zeitung zu veranlassen.

Bis zur endgültigen Regelung der Ausschüßarbeiten sollen die Besprechungen zur Vermeidung von Verzögerungen zunächst am *Mittwoch, den 31. Oktober 1945*⁵, 16 Uhr in der Kanzlei Dr. Müller fortgesetzt werden. Im Hinblick auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen ist die Zuziehung weiterer interessierter Teilnehmer freigestellt. Verhinderte Teilnehmer sind gebeten, einen Vertreter zu senden.

[Schluß: nicht ermittelt]

⁵ Besprechungsprotokolle aus der Zeit vom 26. Oktober bis 17. Dezember 1945 (nächste überlieferte Sitzung) konnten nicht ermittelt werden. Näheres hierzu in der Einleitung, S. XCI.

Nr. 5

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union
am 17. Dezember 1945 in MünchenTagesordnung:¹

1. Benennung eines Namens für den Posten als Verkehrsminister
2. Bildung von Entnazifizierungsausschüssen
3. Frage der einzuberufenden Landesversammlung
4. Organisatorisches

Tagungsort: München, Kanzlei Otto Schefbeck, Sendlingerstraße 48

Anwesend:² von Eicken, Horlacher, Käss, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, Pix, F. Schäffer, Schefbeck

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Schefbeck

[Beginn: nachmittags]

Dr. Müller gab zunächst eine Aussprache, welche er vormittags mit Prof. Dorn von der Militärregierung hatte, wieder.

Punkt 2. der Tagesordnung wird vorweg behandelt:

Horlacher: Ich bitte, die Entnazifizierungsfrage aus den übrigen, allgemeinen politischen Problemen herauszulassen. Wir müssen uns auf den Boden der Gerechtigkeit stellen. Das Gesetz muß auf dem Rechtsstandpunkt aufgebaut sein. Es sollen von uns Richtlinien in dieser Frage ausgearbeitet werden, die nach außen gemeinsam in der politischen Arbeit vertreten werden. Es wurden im Mai und Juni von der Regierung in dieser Frage Fehler gemacht.

Müller: Der neue Gesetzentwurf ist nicht so gut, er ist so lang. Es darf nicht jemand bestraft werden für eine Weltanschauung, sondern es muß im Gesetz ausgedrückt werden, daß es sich um Wiedergutmachung von Schäden handelt. Es muß ein richtiges Rechtsverfahren sein. Es soll auch keine Arisierung mit umgekehrten Vorzeichen sein. Bei einem Richter wird das Problem neutralisiert.

Von Eicken: Ich muß eine streng vertrauliche Äußerung eines Amerikaners bringen: Auf dem Boden des Deutschen Reiches sind 70 Millionen vorhanden, leben können nur 40 bis 50 Millionen darauf, die anderen sind zuviel und die werden aus den Kreisen der Nazi genommen.

Krehle: Es kommen neue amerikanische Richtlinien heraus in dieser Frage. Zuerst lag ein Riesenentwurf des Ministers Schmitt vor. Dann wurde die Sache einem Ausschuß, bestehend aus den Staatssekretären Ehard, Pfeiffer und Minister Schmitt überwiesen. Der Ausschuß-Entwurf sah dann anders aus. Die Amerikaner wünschen eine einheitliche Regelung. Solange diese Grundlage nicht da ist, ist es müßig, über diese Sache zu sprechen.

¹ Punkte 1, 2 und 4 laut Wortlaut des Protokolls, Punkt 3 lautet im Protokoll: "Frage des einzuberufenden Landesparlamentes"; gemeint war jedoch eindeutig die bevorstehende Gründungsversammlung der CSU vom 8. Januar 1946; vgl. Dok. Nr. 6, S. 21ff.

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

Schäffer: Wir können nur zu einem Gesetzentwurf Stellung nehmen und der liegt nicht vor. Wir können also nur zu den programmatischen Ausführungen von *Hoegner* Stellung nehmen. Ich glaube nicht, daß der Gesetzentwurf Gesetz wird. Die Union soll sich nicht zu dem Gesetze festlegen. Wenn *Müller* für seine Person eine Verbesserung erreicht, ist es gut.

Müller: Ich habe Innenminister *Seifried* erklärt, daß wir bereit sind, verschiedene Dinge aus dem politischen Tageskampf herauszunehmen, z.B. Schaden der Wirtschaft durch willkürliche Treuhänderbestellung. Ich würde vorschlagen, einen Entnazifizierungsausschuß zu bilden, der die Richtlinien der Union festlegt. Dr. *Lacherbauer* könnte darin als Sachverständiger mitarbeiten.

Horlacher: Es müssen allgemeine Richtlinien ausgearbeitet werden, welche die Union vertritt. Jeder einzelne Redner muß die Richtlinien wissen. Die Jugendlichen müssen schonender behandelt werden.

Lacherbauer: Die Herren sind sich über die wirkliche Lage nicht im klaren. Die Amerikaner schimpfen, daß nicht genügend entnazifiziert wird. Die Beamten werden nur auf Weisung der Amerikaner entlassen. In der freien Wirtschaft haben wir zunächst kein Gesetz mit Ausnahme des Gesetzes No. 8. Was die Treuhänder betrifft, so kommen die Befehle von der Militärregierung an das Wirtschaftsamt. Dieses bestellt die Treuhänder und überwacht sie. Die Regierung *Hoegner* hat den Auftrag erhalten, ein Gesetz einzubringen. Wir haben nicht die Richter, die wir bräuchten, um das Gesetz durchzuführen.

Stellungnahme zum Schreiben des Ministers *Schmitt* über die Zusammensetzung der Ausschüsse:

Lacherbauer: Nehmen wir positiv Stellung zum Schreiben und arbeiten wir mit in den Ausschüssen.

Schäffer: Die Ausschüsse müssen paritätisch zusammengesetzt werden.

Müller: Ich mache den Vorschlag, daß wir an *Schmitt* schreiben, daß wir zur Ausschußfrage Vorschläge machen.

Lacherbauer: Ich würde das Ersuchen von *Schmitt* so behandeln, indem ich die Leute benenne und in einem gesonderten Schreiben die Auffassung verträte, daß die Ausschüsse nicht paritätisch zusammengesetzt [sind].

Müller: Die Schlüsselfrage erledigt sich sofort, sobald die Gemeindewahlen durchgeführt sind.

Horlacher: Die Schlüsselfrage ist nicht so wichtig. Es gibt Gemeinden, in denen alle Parteimitglieder waren.

Staatsrat *Schäffer* wurde schließlich beauftragt, vier Juristen im Benehmen mit dem Landgerichtspräsidenten auszusuchen und zu benennen. Als Beisitzer sollen die Herren *Krehle*, *Horlacher* und *Steber* Leute aus ihren Kreisen benennen.

Punkt 1. der Tagesordnung (Vorschlag eines Verkehrsministers):

Müller: Ich bin dafür, daß ein Fachmann das Amt annehmen kann, aber die Partei als solche soll sich nicht beteiligen.

Lacherbauer: Wenn wir hier Konzessionen machen, greifen wir einem Kabinett unter die Arme, dem wir nicht die Zustimmung geben.

Horlacher: Es soll den einzelnen Leuten der Union freigestellt werden, sich am Kabinett zu beteiligen.

Müller: Wir müssen auf den früheren Beschluß vom Oktober zurückgreifen, daß wir uns offiziell am Kabinett nicht beteiligen, aber es einzelnen Leuten aus unseren Reihen freistellen, sich am Kabinett zu beteiligen.

Schäffer: Der Vorschlag ist an uns mündlich ergangen, ich würde auch mündlich antworten, und zwar folgendermaßen: "Die Union ist nicht in der Lage, einen bestimmten Vorschlag zu machen."

Horlacher: Ich bin damit nicht einverstanden.

Müller: Ich schlage folgende Fassung vor: "Die Union steht auf dem Standpunkt, daß dieses Kabinett kein Koalitionskabinett ist. Im übrigen bleibt es bei dem früher gefaßten Beschluß vom Oktober 1945".

Der Ausschuß erklärte sich einstimmig damit einverstanden.

Punkt 3. der Tagesordnung (Landesversammlung):

Nach einer kurzen Aussprache einigte sich der Ausschuß dahin, daß eine vorläufige Landesversammlung auf Dienstag den 8. Januar 1946 nachmittags 14 Uhr einberufen werden soll. Jeder Regierungsbezirk soll durch fünf Personen vertreten sein.

Schefbeck: Was soll der Zweck der Landesversammlung sein? Soll eine vorläufige Vorstandschaft gewählt werden, oder soll die Tagung nur informatorischen Zwecken dienen?

Horlacher: Ich bin dagegen, daß die Landesversammlung die Vorstandschaft wählt. Sie ist nicht legitimiert, so wenig wie unser Ausschuß legitimiert ist. Wir sind ein vorläufiger Ausschuß und die neue Vorstandschaft wäre auch nur eine vorläufige und nicht legitimiert. Ich stelle den Antrag, daß wir aus der Mitte dieses Ausschusses einen vorläufigen Vorsitzenden dieses vorläufigen Landesausschusses wählen.

Der Ausschuß erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und auf Vorschlag von Dr. *Horlacher* wurde Dr. *Müller* einstimmig als vorläufiger Vorsitzender des vorbereitenden Landesausschusses gewählt.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 6

Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-
Sozialen Union am 8. Januar 1946 in MünchenTagesordnung:¹

1. Begrüßung und Eröffnungsansprache von Josef Müller
2. Gemeindewahlen
3. Bezeichnung "Christlich-Soziale Union"
4. Vorläufige Satzung
5. Arbeits- und Stimmungsberichte aus den Bezirken
6. Rede-Skizze zur Verteilung
7. Rundfunk- und Pressefragen, Parteipresse
8. Verhältnis zu den anderen Parteien
9. Mitarbeit an der Regierung Hoegner
10. Entnazifizierung
11. Bildung von Arbeits- und Parteiausschüssen
12. Aufbau der Parteiorganisation

Tagungsort: München, Rathaussaal

Anwesend:² Arnold, Bickleder, Böcker, L. Brand, M. Deku, Eichhorn, Falkner, Gerathewohl, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Lacherbauer, Kaifer, Karpf, Kroll, K.A. Kroth, Lobinger, von Miller, J. Müller, Nerreter, Ortloph, Rindt, F. Schäffer, A.W. Schmidt, Temmel, Wutzlhofer; als Gast von der Militärregierung: Vacca

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: A.W. Schmidt

[Beginn: vormittags]

Herr Dr. *Josef Müller*, Landesvorsitzender des vorläufigen Landesausschusses, eröffnete die Sitzung nach Begrüßung der Gäste und Freunde wie folgt:

Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit. Nicht nur dem deutschen Volk, nein allen Völkern der Menschheit, wird zum ersten Mal in der Geschichte der Zivilisation die Aufgabe und die Möglichkeit gegeben, das Leben des einzelnen Menschen in der Gemeinschaft der Menschen und das Leben des einzelnen Volkes in der Gemeinschaft der Völker nach neuem und gleichem Gesetz zu bauen.

Das neue Gesetz entsteht aus der Erkenntnis, daß die sittliche Macht gesiegt hat und daß die sittliche Macht nun als Gesetzgeber an die Spitze des kommenden Staates treten muß.

Glaube keiner, das Kommende sei ja doch nur wieder eine neubemalte Kulisse, hinter der der alte Handel selbstsüchtiger Interessen mit neuen Schlagworten weitergehe. Gewiß, Selbstsucht wird immer wieder versuchen, durch Worte getarnt, sich Vorteil und Macht zu erschleichen; aber im Bewußtsein der Menschen, aller Menschen, ist

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Eine feste Tagesordnung wurde bewußt nicht aufgestellt; vgl. S. 22.

² Eine Anwesenheitsliste mit den Teilnehmern der Sitzung war nicht auffindbar. Die im folgenden genannten Teilnehmer wurden, soweit möglich, aus dem Protokolltext ermittelt.

Neues entstanden: Das Wissen von der höheren, der letztentscheidenden Macht des sittlichen Gedankens.

Dieses Erkennen bricht mit einer fast kosmischen Gewalt in die Denkweise des Menschen ein. Wie von einer großen Flut wird die Denkweise der Menschen erfaßt und zu neuer Willensbildung getragen.

Wir in der Union von Männern und Frauen haben erkannt, daß der Weg in die Zukunft auf allen Gebieten ein Weg neuen Denkens ist. Alte Parteien können ihn nicht gehen, indem sie neue Worte auf alte Fahnen schreiben.

Nicht um Schlagworte geht es, nicht um lockende Versprechungen, nicht um Kampfrufe gegen Propaganda-"Faschisten", sondern darum geht es, daß das ganze deutsche Volk herausgeführt wird aus der Armut, die keine Schande ist, und aus der Schande, die die bitterste Armut seiner Geschichte ist.

Das ist der Weg; und diesen Weg zu gehen und zu führen haben wir Bürger und Bauer, Arbeiter und heimgekehrten Soldat, Besitzlosen und Heimatlosen in unsere Reihen gerufen, in die Union christlicher und sozialer deutscher Menschen.

Wir schauen nicht zurück, wir wollen nicht zurück. Wir wollen nicht Zeit und uns selbst verlieren am Parteigezänk; ob Kommunist oder Sozialist, jeder will bauen und keiner kann mehr Häuser bauen als Deutschland Kohle hat für Zement. Aber was nicht jeder kann, das ist Vertrauen zu schaffen, Gewißheit, daß endlich jeder sicher seiner Arbeit und seines Lohns, seines rechtmäßig erworbenen Eigentums, des Wertes seines Ersparten, der freien und für alle gleichen Bildungsmöglichkeit seiner Kinder, der Nahrung ohne Not und der Versorgung für Krankheit und die alten Tage.

Vertrauen und Leistung führen zu diesem Ziel, nicht Versprechungen. Vertrauen und Leistungswille sind es, die Menschen aller Volksschichten zu uns führen, in eine Gemeinschaft, eine Union der christlichen und sozialen Kräfte.

Christliche und soziale Denkweise stellt sich heute wie vor 2000 Jahren schützend vor die Armen und Heimatlosen und führt sie ins Leben zurück.

Christliche und soziale Denkweise ist es, in der die Fürsorge für Krankheit und Alter ihren Ursprung hat.

Christliche und soziale Denkweise ist es, die keinen höher stellt als den anderen, aber jedem gibt, was das Recht des Menschen ist: Arbeit und Lohn, Nahrung und ein heimatlich schützendes Dach für Frau und Kind. Christliches Denken schützt Recht und Eigentum vor Willkür und Raub.

Christlich-soziale Denkweise jagt die Pharisäer aus dem Tempel und die Lumpen, die Ausbeuter und die Denunzianten aus dem Staat.

Christliche Denkweise, Urlehre des Christentums ist es, die zur Freiheit ruft, zur Freiheit von Geist und Gewissen, zum Kampf für Recht und Wahrheit, für freies Wort und für die Würde des Menschen.

Fort mit Lüge und Tyrannei von deutschem Boden, fort mit jedem Despotismus, wo er auch sei und wie er sich auch tarne: das ist der Kampf für christlichen-sozialen Willens und unserer unerschütterlichen Entschlossenheit.

Diesen Kampf werden wir führen, gegen wen es auch sei.

Zur Tagesordnung selbst erklärte der Vorsitzende [Josef Müller], daß es sich bei der heutigen Zusammenkunft um eine Arbeitstagung des gegenseitigen Kennenlernens handle. Aus diesem Grund liegt keine feste Tagesordnung vor, um der freien Entwicklung des Arbeitsprogrammes Raum zu gewähren.

Die brennendste Frage behandelte Herr Direktor *Holzmann* in seinem Vortrag über Technik und Gesetzliches bei den Gemeindewahlen.

Schwierigkeiten bereitete, wie aus der anschließenden Debatte hervorging, laut den Wortmeldern Herrn *Ortloph*, Regensburg, *Lobinger*, Passau, die Frage, ob der in den einzelnen Ortsverbänden angemeldete Name in Verbindung mit dem Namen Christlich-Soziale Union auf dem Wahlvorschlag eingereicht werden kann. Staatsrat *Schäfer* schilderte in einem historischen Überblick die Gründe, warum es bei den einzelnen Bezirks- oder Ortsverbänden zu den Namensgebungen "Bayerische Volkspartei" in Straubing, "Bayerischer Volksbund" in Dachau kam. Alle wollten sie das gleiche, aber mangels an Verbindungsmöglichkeiten und [wegen der] durch die Verhältnisse bedingte[n] Selbständigkeit war ein einheitliches Ausrichten nicht möglich.

Der Vorsitzende [*Josef Müller*] begründete seinerseits nochmals den doch zum Teil umstrittenen Namen der Christlich-Sozialen Union. Aus seinen Ausführungen sprach der tiefe Ernst um die Erhaltung der christlich-abendländischen Kultur und das Vermächtnis der Männer - Katholiken und bekennnistreue Protestanten -, die für dieses Ideal in den Tod gegangen sind. Als er im KZ-Lager Flossenbürg zweimal zum Hinrichtungshof geführt wurde, um das Schicksal seiner und unserer Mitkämpfer zu teilen, war er entschlossen, sein Leben zu opfern, auf daß unser Vaterland und Europa christlich blieben. Es ist daher unsere heilige Pflicht, unter einem gemeinsamen Namen gemeinsam für diese Ideale fortan zu leben und zu kämpfen.

Dr. *Horlacher*, München, *Böcker*, Aschaffenburg und Dr. *Arnold*, Nürnberg, unterstrichen ihrerseits diese Ausführungen.

Die inzwischen verlesene vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union³ wurde von der Versammlung *einstimmig* angenommen.

Die anschließend von den einzelnen Vertretern der Kreise gegebenen Arbeits- und Stimmungsberichte aus ihren Bezirken ergaben ein überraschend gutes Bild über die Wahlaussichten und einen erfreulichen Fortschritt der Organisationsarbeiten in den einzelnen Bezirken.

Es berichteten:

Für Unterfranken: Dr. *Wutzlhofer*, Landrat Marktheidenfeld; Dr. *Karl August Kroth*, Schweinfurt; *Hugo Karpf*, Aschaffenburg.

Für Oberbayern: Dr. *Hundhammer*, München; *Brand*, Aichach.

Für Mittelfranken: Dr. *Paul Nerreter*, Nürnberg.

Für Oberpfalz und Regensburg: Frau *Deku*, Regensburg.

Für Schwaben: Dr. *Rindt*, Augsburg; Bürgermeister *Kaifer*, Neusäß.

Für Oberfranken: Dr. *Kroll*, Bamberg.

Für Niederbayern: Landrat *Bickleder*, Straubing; *Temmel*, Straubing.

Für München: Dr. *Walther von Miller*.

Schwierigkeiten ergaben sich lediglich in Coburg, Naila und Rehau und im allgemeinen durch die Benzinnot für die Organisationstätigkeit.

Major *Vacca*, der inzwischen vom Vorsitzenden [*Josef Müller*] herzlich begrüßt werden konnte, klärte dann erfreulicherweise all die Fragen, die schon am Vormittag bis zu seinem Eintreffen zurückgestellt werden mußten, ob der Sammelname Christlich-Soziale Union auch dann auf dem Wahlvorschlag als Obertitel mit angegeben werden kann, wenn der Orts- oder Bezirksverband unter einem anderen Namen angemeldet und zugelassen wurde.

³ Die Vorläufige Satzung findet sich im Anhang, Dok. Nr. XIII, S. 1755f.

Es wurden durch ihn noch verschiedene Einzelfragen in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen für die Gemeindewahlen geklärt. Die Versammlung dankte durch Beifall.

Professor Dr. *Gerathewohl* riß in Kürze die von ihm geschaffene Rede-Skizze auf, die an alle Versammlungsteilnehmer verteilt worden war und außerdem an alle Bezirksgruppen und in Frage kommenden Redner versandt wird.⁴

Dr. *Eichhorn* schlug vor, bei der Rede-Skizze die Währungsfrage genauer zu behandeln, damit der allgemeine Optimismus eingedämmt wird. Dr. *Horlacher* wandte sich dagegen, da diese Frage vorläufig nur theoretisch behandelt und praktisch erst nach Anlaufen der Wirtschaft zu lösen sei.

Zur Rundfunkfrage berichtete der Vorsitzende [*Josef Müller*] über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über die Zulassung der politischen Parteien zum Rundfunk. Die Frage wird erst dann endgültig gelöst werden können, wenn durch das Wahlergebnis ein Überblick über das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien geschaffen sei. Die Versammlung bestätigte einstimmig die Ansicht des Vorsitzenden.

Auch in der Pressefrage teilte die Versammlung die Ansicht des Vorsitzenden, der die Schwierigkeiten geschildert und den ausdrücklichen Willen bekundet hat, endlich eine eigene Parteipresse zu erhalten.

Über das Verhältnis zu den anderen Parteien führte der Vorsitzende aus, daß keine Vereinbarung für einen politischen Burgfrieden vorliege, aber von der Union keine Polemiken geführt werden. Wir haben dies nicht notwendig, da wir positiveres zu tun haben. Selbstverständlich, wenn wir angegriffen werden, werden wir nicht ausweichen. Mit den offenbar bewußt unklaren Angriffen in der Main-Post Nr. 11 vom 29. Dezember 1945 "Föderalismus" und in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Januar 1946 "So geht es nicht" und den Hintermännern dieser Artikel setzte sich der Vorsitzende kräftig auseinander. Die Abrechnung klang in dem Schluß aus, Bayern hat sich nicht nur vor Deutschland, sondern auch vor Europa und der ganzen Welt zu verantworten. Bayern hat heute die Aufgabe, den Norden vor dem Abgleiten nach dem Osten zu schützen; Deutschland ist die Ostfront der westlichen abendländischen Kulturgemeinschaft. Diese Front darf nicht aufgerissen werden.

Zur Frage der Regierungsbildung wurde folgende EntschlieÙung verlesen und von der Versammlung gebilligt:

Der Ausschuß der in Gründung befindlichen Bayerischen Christlich-Sozialen Union hat in seiner heutigen Sitzung (vom 5. Oktober 1945) beschlossen, den von Ministerpräsident Dr. *Hoegner* zum Eintritt in die neu zu bildende Bayerische Landesregierung aufgeforderten Personen die Frage ihres Eintritts zur persönlichen Entscheidung zu überlassen.

Dieser gleiche Standpunkt wurde auch eingenommen hinsichtlich der Nennung eines Vertreters der Union für den Posten des Bayerischen Verkehrsministers.

In der Frage der Entnazifizierung vertrat der Vorsitzende [*Josef Müller*] unter Zustimmung der gesamten Tagungsteilnehmer den schon wiederholt vertretenen Standpunkt, daß die Rechtsbasis angestrebt werden müsse, um die Entnazifizierung nicht zu einer Arisierung mit entgegengesetzten Vorzeichen zu machen.

⁴ Die "Stichworte für eine Gemeindewahl-Rede der Christlich-Sozialen Union", Januar 1946 (BayHStA, NL Schwalbe 005), wurden wegen ihrer weitgehenden Übereinstimmung mit anderen programmatischen Dokumenten dieser Wochen im Anhang nicht berücksichtigt.

Laut Brief vom 2. Januar 1946 des Herrn Staatssekretärs Dr. *Anton Pfeiffer* sollen in den Bayerischen Landesausschuß neun Vertreter der CSU durch den Ministerpräsidenten berufen werden. Es sollen deshalb neun Vertreter durch die Partei vorgeschlagen werden, wobei Oberstudiendirektor *Stang*, als Präsident des letzten demokratisch gewählten Bayerischen Landtags, sowie Staatsrat *Schäffer*, als erster Ministerpräsident des neuen Bayerischen Staates, als Einzelpersonlichkeiten in den Bayerischen Ausschuß berufen würden.

Die Versammlung entschließt sich einstimmig zu folgendem: Jeder Kreisverband nennt im Verlauf einer Woche zwei namhafte Vertreter seines Kreises an die Landesleitung. Aus diesen Vorschlägen werden zur gegebenen Zeit die neun Kandidaten gewählt.

Den Ausbau der Organisation übernehmen folgende Ausschüsse, die zu bilden die nachgenannten Parteifreunde zur Aufgabe haben:

I) Arbeitsausschüsse:

1. Kulturpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Geistlicher Rat *Muhler*, Stellvertreter: Prof. *Albert*;
2. Ausschuß für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung: Vorsitz: Staatsrat *Schäffer*, Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*;
3. Informationsausschuß: Vorsitz: Dr. *Richard Pflaum*, Stellvertreter: Staatsrat Dr. *Pfeiffer*;
4. Staatspolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Müller*, Stellvertreter: Staatsrat *Schäffer*;
5. Ausschuß für Fragen zwischenstaatlicher Beziehungen: Vorsitz: *Botschafter von Prittitz*, Stellvertreter: Dr. *J. Müller*;
6. Wirtschaftspolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Semler*, Stellvertreter: Dr. *Horlacher*;
7. Sozialpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Staatsrat *Krehle*, Stellvertreter: Buchbindermeister *Kiefer*;
8. Ausschuß "Frau und Familie": Vorsitz: Frau *Elisabeth Hahn*, Stellvertreterin: Frau *Else Dahm*;
9. Jugendausschuß: Vorsitz: *Franz Steber*, Stellvertreter: Dr. *Thierfelder*;
10. Agrarpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Baumgartner*, Stellvertreter: Direktor *Schwingenstein*.

II) Parteiausschüsse:

1. Organisations- und Werbeausschuß: Vorsitz: Dr. *Anton Pfeiffer*, Stellvertreter: *A.W. Schmidt*;
2. Presseausschuß: Vorsitz: Direktor *Holzmann*, Stellvertreter: Dr. *Hagemann*;
3. Ausschuß für Redner-Schulung: Vorsitz: Prof. Dr. *Gerathewohl*, Stellvertreter: --;
4. Finanzausschuß: Finanzobmann: Dr. *Fr. A. Schmitt*, Erster Beisitzer: Dr. *Grasmann*, Zweiter Beisitzer: Dr. *Rothenbücher*;
5. Parteischiedsgericht: Vorsitz: Landgerichtspräsident Dr. *Hagenauer*.

Im Tagesverlauf war von Herrn Dr. *Hundhammer* im Namen der vorläufigen Kreisverbände Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz folgender Antrag gestellt worden:

In ordnungsmäßiger Abstimmung (je fünf Stimmen für jeden Kreisverband) ist zu beschließen:

1. In den früheren Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Stadt München konstituieren sich (soweit noch nicht geschehen) in der Woche nach dem 27. Januar 1946 Kreisverbände der Landesorganisation und wählen ihre Kreisvorstandschäften, in denen möglichst alle Stände - auch Frauen und die Jugend - berücksichtigt werden sollen.
2. Die Kreisvorstandschäften treten in der Woche nach dem 10. Februar 1946 in München zu einer neuen Tagung zusammen und konstituieren aus sich heraus die Landesvorstandschäft. Sie beschließen gleichzeitig über ein Statut der Landesorganisation und ein Programm, zu dem die einzelnen Kreisvorstände bis 3. Februar Vorschläge einreichen sollen.

gezeichnet:

Oberpfalz: *Staudinger, Rucker, Ortloph, Deku, Eder,*

Niederbayern: *Dr. Falkner, Temmel,*

Oberbayern: *Dr. Hundhammer, Nerckenschlager, Reiser.*

Für den Antrag *Hundhammer* sprach Staatsrat *Schäffer* mit der Begründung, daß der rasche Aufbau der Organisation auf diese Weise am ehesten möglich wäre. Gegen den Antrag sprachen *Dr. Horlacher*, *Dr. Müller*, Bürgermeister *Lacherbauer*, *Nerreter*, Nürnberg, die darauf hinwiesen, daß eine Organisation organisch wachsen müsse und nicht künstlich organisiert werden dürfe. Der Antrag des Herrn *Dr. Falkner*: "Die Regierungsbezirke konstituieren sich bis 10. Februar 1946 die Kreisvorstandschäften" und der Antrag des Herrn Staatsrat *Schäffer*: "Der vorläufige Landesvorsitzende wird ersucht, die Kreisverbände aufzufordern, sobald als möglich sich zu konstituieren und dies dem vorläufigen Landesausschuß mitzuteilen", wurden im Verlauf der Diskussion von den Antragstellern zurückgezogen.

Der zum Schluß von Herrn *Dr. Horlacher* gestellte Antrag:

Im Vertrauen auf die bisherige Arbeit des Landesvorsitzenden bittet die heutige Tagung den Landesvorsitzenden, die vorläufige Organisation der Kreisverbände sobald es möglich ist durchzuführen.

wurde einstimmig angenommen, wobei der Vorschlag zur Kenntnis genommen wurde, bei den Einberufungsorten Nürnberg oder Bamberg zu berücksichtigen.

Schluß der Versammlung: 18.30 [Uhr].

Nr. 7

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union
am 23. Januar 1946 in MünchenTagesordnung:¹

1. Vorparlament
2. Parteizeitung
3. Organisations- und Wahlfragen
4. Rundfunkwerbung der CSU
5. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:² Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, Steber; ferner: Hagemann, A.W. Schmidt; abwesend: von Eicken, Krehle, F. Schäffer, Schwingenstein

ACSP, NL Müller 10/1

[Beginn: 13.30 Uhr]

1. Vorparlament.

Hierzu wird nach Aussprache von Dr. Müller der Antrag gestellt:

Die Vorschläge der Christlich-Sozialen Union für das Vorparlament werden in einer Sitzung des vorläufigen Landesausschusses besprochen und festgelegt, die nach den Gemeindewahlen, und zwar längstens zehn Tage nachher, stattfindet.

Gegenantrag Dr. Hundhammer:

Über die einzureichenden Vorschläge wird aufgrund der eingegangenen Meldungen sofort entschieden.

Antrag Dr. Müller wird gegen zwei Stimmen angenommen. Damit entfällt Antrag Dr. Hundhammer.

2. Bericht über Genehmigung und bisherige Arbeiten zur Herausgabe eines Parteiblattes. Hierzu berichtet Herr Hagemann.
3. Bericht über Organisations- und Wahlfragen von Dir. Schmidt.
4. Bericht über Rundfunkwerbung der Partei.
5. Sonstiges: Die Süddeutsche Zeitung (*Schwingenstein*) hat die Stellungnahme zur Aufnahme eines von Staatsrat Schäffer namentlich unterzeichneten Wahlaufrufes der Union in die Süddeutsche Zeitung gewünscht. In der Aussprache vertritt der überwiegende Teil der Ausschußmitglieder den Standpunkt, daß eine Veröffentlichung in dieser Form nicht zweckmäßig sei.

[Schluß: nicht ermittelt]

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Nr. 8

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union
am 8. Februar 1946 in MünchenTagesordnung:¹

1. Stellungnahme zu den Wahlen
2. Vorbereitung zu den Wahlen
3. Wahlvorschläge
4. Besetzung der Arbeits- und Parteiausschüsse
5. Parteigericht
6. Bayerische Rundschau
7. Stellung zur Königspartei
8. Sonstiges

Anwesend:² Baumgartner, Eichhorn, von Eicken, L. Hagenauer, Horlacher, Hundhammer, von Miller, Schlögl, A.W. Schmidt, Schwingenstein; ferner: Dörpinghaus, J. Müller

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: A.W. Schmidt

[Beginn: 17 Uhr.]

1. Stellungnahme zu den Wahlen:
Ohne besondere Bemerkung.
2. Vorbereitung zu den Wahlen:
Kreiswahlen finden am 28. April 1946, Gemeindewahlen der Städte über 20.000 Einwohner (23 Städte) am 26. Mai 1946 statt. Am 30. Juni 1946 soll die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung durchgeführt werden sowie die Wahlen für die Bezirkstage bei den Regierungspräsidenten.
3. Wahlvorschläge:
Die Kreise sollen zur Nennung der Kandidaten für die Bezirks- [und] Kreistagswahlen aufgefordert werden.
Stellungnahme zum Fall *Haugh*, Sonthofen.
Vorsitzender Dr. *J. Müller* läßt sich Zwischenfälle melden.
Das Wahlgesetz soll sofort an die Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses gehen.
Für das Vorparlament werden folgende Vorschläge abgegeben:

München: Dr. *von Miller*; Oberbayern: Dachdecker *Schäfer*, Ingolstadt; Niederbayern: Regierungsrat a.D. *Falkner*, Plattling; Schwaben: Dr. *Rindt*, Augsburg; Mittelfranken: Dr. *Nerretter*, Nürnberg; Oberfranken: Dr. *Sauer*, Gunzenorf; Oberpfalz: Dr. *H. Zitzler*, Regensburg; Unterfranken: Dr. *Kroth*, Schweinfurt; außerdem Dr. *Josef Müller* als Landesvorsitzender.

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll und Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Ferner weitere sechs Eventualvorschläge:

München: Herr *Pflaum*; Oberbayern: Dr. *Lenz*, Laufen; Schwaben: Herr *Lichti*, Herrlehof; Mittelfranken: Dr. *Arnold*, Nürnberg; Oberfranken: Dr. *Blaser*, Hof; Unterfranken: Herr *Karpf*.

4. Besetzung der Arbeits- und Parteiausschüsse durch letzte Mittwochvormittags-Besprechung erledigt.
5. Parteigericht:
Es wurde festgehalten, daß das Parteigericht mangels Satzungen nicht in Aktion treten kann. Die schwebenden Fälle, die vorgelegt wurden, können daher nicht vom Parteigericht behandelt werden. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob das Parteigericht als Ehrengericht in Aktion treten soll. Ansonsten müßte das Inkrafttreten der Satzungen abgewartet werden.
Herr Dr. *Horlacher* und Herr Minister Dr. *Baumgartner* lehnen die Behandlung der schwebenden Fälle vor einem Ehrengericht ab, da sie vor dem Landesausschuß behandelt werden müssen. Nach vorhergehender eingehender Besprechung der Vorfälle wird einstimmig folgender Beschluß gefaßt:
Es wird festgehalten, daß Herrn Dr. *Josef Müller* als vorläufiger Vorsitzender vom gesamten Landesausschuß einheitlich das Vertrauen ausgesprochen wird.
6. Bayerische Rundschau:
Zur Mitarbeit soll jedermann eingeladen werden.
7. Die Stellung zur Königspartei hängt davon ab, ob sie zur Landespartei zugelassen wird, was scheinbar nicht der Fall ist.
8. Man sprach sich noch eingehend mit Herrn *Dörpinghaus*, dem Landessekretär für Groß-Hessen, Frankfurt, Blumenstr. 3, Telefon 53170 und 53180, aus.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 9

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union
am 25. Februar 1946 in MünchenTagesordnung:¹

1. Neuvorschlag zum Quasiparlament für Dr. Nerreter, Dr. Sauer und Dr. Rindt
2. Gründung eines Sudetendeutschen Hilfsbundes
3. Anordnung der Militärregierung Bayern über Gemeindeordnung und Gemeindewahlen Nr. 9
4. Zonenrat und Interzonenrat - Absendung zweier Vertreter des Landesausschusses und Landessekretariats

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:² Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, A.W. Schmidt, Schwingenstein, Steber

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Jaeger

Dr. Müller eröffnet die Sitzung um 18.15 Uhr. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 1. der Tagesordnung berichtet Dr. Müller, daß ihm Herr von *Elmenau* am letzten Samstag, den 23. Februar, von der Ablehnung dreier von der Union für das Vorparlament vorgeschlagener Herren Mitteilung gemacht habe. Es handelt sich um Dr. *Nerreter*, Nürnberg, Dr. *Rindt*, Augsburg und Dr. *Sauer*, Bamberg. Der Ministerpräsident [*Wilhelm Hoegner*] habe dazu mitgeteilt, daß die Ablehnung keinen Angriff gegen eine bestimmte Gruppe darstelle; Herr Major *Schweizer* habe erklärt, daß der Ministerpräsident die volle Verantwortung für die Fragebogen der Volksvertreter habe. Über die Personalien der Abgelehnten wird bekanntgegeben: Dr. *Nerreter* gehörte der SA von 1934-35 an und hat seine Mitgliedschaft damit begründet, daß er einen positiven Versuch mit dem Nationalsozialismus machen wollte. Am 8. Dezember 1945 wurde er von der Militärregierung als Rechtsanwalt bestätigt.

Dr. Müller fragt, ob man neue Vorschläge machen oder es ablehnen solle, solche zu machen. Er schlägt vor, nur dann, wenn die Kreisverbände darauf bestehen, vertreten zu werden, neue Vorschläge einzureichen.

Dr. *Hundhammer* fragt, ob Dr. *Falkner* abgelehnt wurde. Erwiderung: Dr. *Falkner* wurde nicht namhaft gemacht, weil die Regierung von Niederbayern sich gegen ihn als abgesetzten Regierungspräsidenten äußerte. Dr. *Hundhammer* bittet Herrn *Schmidt*, der Sache nachzugehen. Er schließt sich der Ansicht Dr. Müllers an. Wenn die Kreisverbände neue Vertreter wünschen, sollen sie diese namhaft machen.

Dr. *Eichhorn* fragt, ob an Abgeordnete ein strengerer Maßstab gelegt wird als an Beamte.

¹ Laut Anlage zum Protokoll. Ferner waren vorgesehen, gelangten aber nicht zur Besprechung: "5. Vorschlag zur Anweisung der Arbeitsweise der Partei- und Arbeitsausschüsse; 6. Meldung von Kandidaten für Landräte, Flüchtlingskommissare, Arbeitsamtsvorsteher; 7. Presse und Lektor; 8. Namensgebung."

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

Unter Vorwegnahme von Punkt 3. der Tagesordnung berichtet Dr. Müller über die Verfügung der Militärregierung betreffend die Ausübung des Amtes durch diejenigen Bürgermeister und Gemeinderäte, die politisch belastet sind, und über die hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Staatsregierung. Sodann wird ein Plakat der SPD aus Aichach gezeigt und verlesen, das die Überschrift trägt: "Wahlberechtigte Nationalsozialisten!" und diese auffordert, der SPD ihre Stimme zu geben, weil eine Regierung der SPD den Nazis das Wahlrecht verschafft und das Säuberungsgesetz vorbereitet habe.

Dr. Müller berichtet, er habe Herrn Staatssekretär Pfeiffer erklärt, daß der Beratende Landesausschuß nicht mehr als Vorparlament anzusehen sei, wenn die Mitgliedschaft allein in der Hand des Ministerpräsidenten liegt.

Dr. Lacherbauer fragt, ob es auf das Vertrauen des Ministerpräsidenten oder das der vorschlagenden Kreise ankommt. Er vertrete die Auffassung von Dr. Müller, vielleicht noch konsequenter, und gebe zu erwägen, ob die Union nicht alle ihre Vertreter zurückziehen solle. Staatssekretär Krehle bittet, die Lage nicht zuzuspitzen. Das Vorparlament trete morgen und wieder in sechs Wochen zusammen, habe nur beratende Funktion und werde nur zwei oder drei Sitzungen abhalten. Deshalb lohne es sich nicht, die Lage zuzuspitzen. Das Vorparlament sei eine Totgeburt. In der künftigen Verfassung dürfte, so hätte die Militärregierung bestimmt, kein Wort über einen künftigen Reichsaufbau gesagt werden; die Verfassung werde also so aussehen, als ob Bayern im luftleeren Raum stände.

Dr. Eichhorn: Es geht nicht um die Bedeutung des Vorparlaments, es geht um die künftige Entwicklung, um die Kandidatenaufstellung bei den Wahlen. Vor der Wahl müßten die Kandidaten geprüft werden; man darf nicht erst wählen und dann prüfen, sonst geht die Freudigkeit der Wählerschaft verloren.

Nach allgemeiner Zustimmung zum Vorschlag Dr. Müllers werden Punkt 1. und 3. der Tagesordnung abgeschlossen. Herr Schmidt berichtet noch, daß der Herausgeber der Fränkischen Volksstimme, Dr. Fischer, zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei, wegen eines Vergehens nach § 175 RStGB.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung umreißt Dr. Müller zwei Möglichkeiten: unter Ablehnung von Haßtiraden mit dem Sozialgebot Christi ernst zu machen und sich den Interessen der Sudetendeutschen anzunehmen, oder aber die Sache schwimmen zu lassen, worauf die Sudetendeutschen eine eigene Partei gründen würden, die vielleicht nicht von uns geführt würde.

Dr. Lacherbauer führt aus: Eine Sudetendeutsche Partei ist ein Unsinn, denn eine Partei muß aus Gesinnung erwachsen und kann nicht territorial bestimmt sein. Eine Sudetendeutsche Partei dient der Durchsetzung persönlicher Ansprüche und ist mit den Polen im Reichstag zu vergleichen. In konsequenter Weiterführung dieses Gedankens müßte es in Bayern eine eigene Preußenpartei geben.

Dr. Müller verweist darauf, daß die Sudetendeutschen bald das Wahlrecht besitzen werden, und daß er von amerikanischer Seite gefragt worden sei, ob die Union durch die zwei bis drei Millionen Sudetendeutschen gestärkt oder geschwächt werde. Die Stimmen der Sudetendeutschen würden auch die Aussichten der Königspartei beeinflussen.

Dr. von Miller schlägt vor, durch Verhandlungen die Bildung einer Sudetendeutschen Partei abzufangen. Staatssekretär Krehle erklärt: Entweder die Sudetendeutschen wollen sich in unseren Volkskörper eingliedern oder nicht. Die Sudetendeutsche Heimatfront wurde seinerzeit der NSDAP eingegliedert, die Sozialdemokratie dage-

gen aufgelöst. Die ehemaligen Sudetendeutschen Christlich-Sozialen, die der Sudetendeutschen Heimatfront beigetreten waren, sind also politisch belastet; schon daraus geht hervor, daß die Sozialdemokraten das Rennen machen werden. Es braucht eine Sudetendeutsche Hilfsorganisation, aber keine Sudetendeutsche Partei.

Herr *Schmidt* weist darauf hin, daß Oberamtsrichter *Ziegler* aus Cham der Urheber des Gedankens einer Sudetendeutschen Partei ist. Er hofft, auf diese Weise seine Landsleute beisammen halten und vor sozialistischen Einflüssen schützen zu können.

Dr. *Müller* führt aus, die Tradition der Sudetendeutschen sei christlich, aber es bestehe Gefahr, daß sie mit ihrer Heimat auch die christliche Tradition verlören.

Dr. *Hundhammer* erklärt: Es handelt sich um eine Frage der bayerischen Selbstbehauptung. Der sogenannte Preußenhaß ist entstanden, weil die Norddeutschen die maßgebenden Stellen besetzt haben. Die Reaktion des bayerischen Volkes ist berechtigt, ja eine Pflicht. Zuerst muß Remedur geschaffen werden. Das ist keine Sache des Ressentiments, sondern eine Verpflichtung gegenüber dem bayerischen Volk. Die Sudetendeutschen sind nach verschiedenen Richtungen kein idealer Zuwachs. Unsere Haltung muß christlich, aber auch kritisch sein. Eine gewisse Reserve ist angebracht. Wir brauchen zu dieser Frage heute noch keine endgültige Stellung zu nehmen, auf jeden Fall aber nicht beide Arme zu öffnen. Man soll wegen Wahltaktik keine Grundsätze aufgeben.

Dr. *Müller* erklärt: Die Sudetendeutsche Partei wird zugelassen werden. Die Sudetendeutschen sind eine Tatsache, alles andere ist Gefühlssache.

Dr. *Eichhorn* schließt sich den Ausführungen von Dr. *Hundhammer* an und fordert die Wiederherstellung des bayerischen Berufsbeamtentums. Er schlägt vor, in öffentlicher Versammlung über das Thema der Sudetendeutschen Partei nicht zu sprechen. Wir müssen zwischen den Flüchtlingen unterscheiden, die bleiben, und denen, die wieder gehen können.

Dr. *Müller* kündigt für die Landtagswahlen mit Wahrscheinlichkeit das Verhältniswahlrecht an.

Dr. *Horlacher* erklärt: Die Sudetendeutschen sind keine Preußen. Die Sudetendeutsche Partei wird eine Partei der Minorität, eine Partei der Heimatlosen sein, Landhunger haben und zum Sozialismus übergehen. In der Preußenfrage müsse man vernünftige Worte sprechen. Der landsmannschaftliche Charakter der Beamenschaft muß wiederhergestellt werden. Auch wer im Lande bleibt, darf keinen leitenden Posten [in] der bayerischen Verwaltung haben. Anders liegen die Dinge in der Wirtschaft. Wenn die vier Millionen Fremden radikalisiert werden, so haben die sechs Millionen Bayern den Nachteil.

Staatssekretär *Krehle* warnt vor einem Ghetto durch Barackensiedlungen vor den Städten.

Landessekretär *Schmidt* berichtet zu Punkt 4. der Tagesordnung: Für jede Zone wird ein Rat der Christlich-Sozialen Union geschaffen. In diesen Zonenrat sind zwei Vertreter der Partei zu entsenden. Er dient der Vorbereitung für eine Reichsunion. Ausserdem soll ein Zwischenzonenrat geschaffen werden. Berlin hat gebeten, zwei bis drei Herren im März nach Berlin zu entsenden.

Staatssekretär *Krehle* spricht sich für eine Fühlungnahme aus. Die Zonen werden in Zukunft eine größere Rolle spielen, da der französische Widerstand gegen eine deutsche Zentralverwaltung nicht aufgegeben werden wird und England sich dem französischen Standpunkt nähert. Wir werden länger als geglaubt nicht zu einer Reichsre-

gelung kommen. Vielleicht wird beim Länderrat sogar eine Volksvertretung geschaffen. Die Hessische CDU ist stark zentralistisch orientiert.

Dr. *Müller* berichtet: Wir haben Berlin nicht als Zentrale der Union anerkannt. Wir sind aber willens, mitzuhelfen bei der Reichsunion, wir sind gegen Berlin als Zentrale, nicht deshalb, weil es in der russischen Zone liegt, sondern weil von der Wilhelmstraße aus Deutschland schon in zwei Kriege gestürzt wurde. Das Schwergewicht muß in Zukunft im Süden oder Südwesten liegen. Vorschläge zum Zonenrat sind erbeten. Für den Zwischenzonenrat in Berlin kommen vielleicht *Krehle*, ein Landwirtschaftsvertreter und Dr. *Scharnagl* in Frage.

Dr. *Hundhammer* legt auch Wert darauf, dabei zu sein, Dr. *Lacherbauer* bittet, einen Vertreter der Demokraten zu entsenden, *Franz Steber* einen der Jugend. Dr. *Müller* will sich von Berlin die Höchstziffer der Vertreter mitteilen lassen.

Für den Zonenrat der amerikanischen Zone wünscht Dr. *Horlacher* einen Vertreter des Bauernverbandes. Staatssekretär *Krehle* legt keinen Wert auf Vertretung, da er dienstlich jederzeit nach Stuttgart fahren kann. Dr. *Hundhammer* spricht den Wunsch aus, nach Stuttgart entsandt zu werden. Dr. *Horlacher* ist dagegen. Dr. *Eichhorn* erklärt, er könne als Protestant auch eine besondere Vertretung fordern, er tue es aber nicht. Dr. *Müller* schlägt vor, daß jede Konfession einen Vertreter entsendet. Einer hiervon solle möglichst ein Jugendllicher sein. Staatssekretär *Krehle* warnt vor zentralistischen Bestrebungen in Württemberg. Stuttgart und Frankfurt wollen Hauptstadt werden. Dr. *Hundhammer* schlägt vor, noch keinen endgültigen Beschluß zu fassen.

Dr. *Müller* stellt fest, daß noch kein endgültiger Beschluß gefaßt sei, daß er aber, wenn es eile, auf der Grundlage seiner Ausführungen zu handeln berechtigt sei. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Nach langen Diskussionen wird auf Antrag von Dr. *Müller* beschlossen, in etwa zwei bis drei Wochen eine Sitzung des erweiterten Landesausschusses in Nürnberg oder Bamberg zu halten. Auf der Tagesordnung soll vor allem die Wahl des endgültigen Landesvorstandes stehen. Nähere Einzelheiten sollen auf der nächsten Sitzung des Landesausschusses beschlossen werden.

Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit wird auf die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht mehr eingegangen. Dr. *Müller* schließt die Sitzung um 20.20 Uhr.

Nr. 10

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union
am 14. März 1946 in MünchenTagesordnung:¹

1. Antrag der Oberpfalz, eingebracht durch Herrn Staatsrat Schäffer, Frau Deku als Vertreterin der Oberpfalz in das Vorparlament zu entsenden
2. Stellungnahme zum Brief von Herrn Dr. Rindt, Augsburg, an den Ministerpräsidenten
3. Stellungnahme zum 1. Mai als Feiertag
4. Frage, ob die Landkreiswahlen verschoben werden sollen, weil der 28. April der Weiße Sonntag ist
5. Frage der Errichtung eines Jugendreferats im Kultusministerium
6. Stellungnahme zum Säuberungsgesetz
7. Einberufung eines erweiterten Landesausschusses für den 31. März
8. Anträge des Herrn Staatsrats Schäffer vom 11. Februar

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:² Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, F. Schäffer, A.W. Schmidt, Schwingenstein, Steber; als Gäste: Baumgartner, L. Hagenauer; ferner: Käss

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Schriftführer: Jaeger, A.W. Schmidt

Dr. Müller eröffnet die Sitzung³ um 16.50 Uhr. Die Tagesordnung wird folgendermaßen festgelegt: [...]⁴

Zu Punkt 1:

Dr. Hundhammer äußert Bedenken gegen die Benennung von Frau Deku, da der Sitz im Vorparlament in erster Linie der Vorsitzenden des Frauenausschusses, Frau Hahn, zustehe und Frau Deku erst seit fünf Jahren in Bayern ist. Auch Dr. Baumgartner spricht sich für Frau Hahn aus. Staatsrat Schäffer schlägt vor, beide ins Vorparlament zu entsenden. Dr. Müller führt aus, daß es sich nicht um die Besetzung der drei bisher unbesetzten, aber der CSU zustehenden Sitze im Vorparlament handle, sondern um einen vierten, derzeit vakanten Sitz, für den der Ministerpräsident [Wilhelm Hoegner] Frau Deku schon halbe Zusagen gemacht habe. Dr. Hundhammer schlägt vor, im Einvernehmen mit Frau Hahn zu handeln. In diesem Sinne wird Einverständnis erzielt.

Zu Punkt 2:

Dr. Müller verliest Brief von Herrn Dr. Rindt, Augsburg, an den Ministerpräsidenten vom 7. März 1946. Dr. Horlacher, Dr. Hundhammer und Staatsrat Schäffer sind gegen

¹ Laut Wortlaut des Protokolls. Ferner waren vorgesehen, gelangten aber nicht zur Besprechung: "9. Vorschlag zur Arbeitsweise der Partei- und Arbeitsausschüsse; 10. Zwischen-Zonen-Verbindungsausschuß (Anmeldung der Partei innerhalb der Zonen)."

² Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll. Der unter "ferner" Genannte wurde anhand des Protokolltextes ermittelt.

³ Die Sitzung war bereits für den 8. März 1946 vorgesehen, wurde jedoch mit Schreiben vom 8. März 1946 auf den 14. März 1946 verschoben. Vgl. ACSP, CSU-Landesausschüsse, 14. März 1946, Schreiben des Landessekretariats der CSU in Bayern, A.W. Schmidt, an die "verehrlichen Mitglieder des (vorläufigen) Landesausschusses" vom 5. März 1946 bzw. vom 8. März 1946.

⁴ Die an dieser Stelle festgehaltene Tagesordnung ist von Punkt 1 bis 8 oben wörtlich wiedergegeben, zum Wortlaut der weiterhin vorgesehenen Punkte 9 und 10 vgl. Anm. 1.

offizielle Stellungnahme zu diesem Brief. Staatsrat *Schäffer* und Dr. *Lacherbauer* sprechen sich dafür aus, prinzipiell Herrn Dr. *Rindt* zu decken. Dr. *Eichhorn* erklärt, man solle öffentlich für Leute wie Dr. *Rindt* eintreten.

Staatsrat *Schäffer* führt eine Reihe von Fällen auf, in denen Angehörigen der Union seitens der Regierung ungerechte Behandlung zuteil wurde: Landrat *Maier* aus Dingolfing, Landrat *Werkmeister* von Münchberg ("Rote Flut" im Rundschreiben), Landrat von Roding ("Königlich Bayerischer Hauptmann" auf Visitenkarte), Straubing, wo alles abgesetzt⁵ wurde, Fall Günzburg, wo der Bürgermeister vor das Militärgericht kam und Stadtkämmerer *Riemer* abgesetzt wurde, Direktor *Martin*, Bayerische Versicherungskammer, Dr. *Klug*, I. Vorsitzender des Versorgungsverbandes Bayerischer Gemeinden, Absetzung der zwei Bürgermeister von Burgkunstadt. Innenminister *Seifried* habe gesprächsweise erzählt, daß die Absetzungen im Anschluß an die Anwesenheit der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftskongresses vor sich gegangen seien.

Dr. *Müller* berichtet, daß die Denunziationen der Militärregierung in gedruckter Form übergeben wurden, er selbst sei wegen Karlstadt bei *Seifried* gewesen und halte es für unzumutbar, wenn von verschiedenen Seiten zu *Seifried* gegangen würde, bevor die Union die Gesamtzahl der Fälle vortrage. Das Material müsse erst gesammelt werden.

Dr. *Baumgartner* weist darauf hin, daß das Kultusministerium lauter unwiderrufliche Beamte anstelle und daß sieben von acht Kreisschulräten der SPD angehörten. *Schäffer* schlägt vor, an alle Kreisverbände zu schreiben, damit sie Material senden. Dr. *Müller* hält es für besser, die Bezirksverbandvorsitzenden persönlich zu verständigen und möglichst wenig zu korrespondieren. Hierüber herrscht allgemeines Einverständnis.

Zu Punkt 3:

Über die von Dr. *Müller* und Dr. *Hundhammer* vertretene Ansicht, sich an den Feiern des 1. Mai, falls solche gehalten werden, möglichst nicht zu beteiligen, wird Einverständnis erzielt.

Zu Punkt 4:

Dr. *Müller* spricht sich gegen eine Verlegung der Wahlen vom 28. April aus. Hierüber herrscht Einverständnis.

Zu Punkt 5:

Franz Steber berichtet, daß im Kultusministerium ein Jugend-Referat gegründet werden soll. Hierfür sei Landrat *Strauß* von Schongau vorgesehen. Dr. *Eichhorn* vertrat den Standpunkt, daß man die Jugenderziehung in den Händen der kirchlichen Institutionen belassen soll und es keineswegs notwendig wäre, daß sich das Kultusministerium damit beschäftige. Man schaffe dafür nur einen Posten, von dem man auf die Dauer nicht wisse, wie er besetzt bleibe. Dr. *Horlacher* und Dr. *Baumgartner* vertraten aber die Meinung, daß, wenn schon beabsichtigt wäre, ein diesbezügliches Referat zu besetzen, wir durchaus positiv Stellung nehmen sollten, wenn es durch einen Mann von uns erfolge. *Müller* bestätigt, daß *Strauß* ein aktiver Mitarbeiter sei. *Lacherbauer* weist darauf hin, daß es sich hier um eine Position handle, die in erster Linie den Vertretern des Humanismus ein Podium schaffen solle.

⁵ In der Vorlage: "angesetzt".

Die anschließende sozialpolitische Diskussion über die Lage der Jugend brachte noch verschiedene Einzelheiten.

Zu Punkt 6:

Dr. *Müller* betrachtet das Säuberungsgesetz als Basis für die Weiterentwicklung. Dr. *Baumgartner* berichtet, daß sich in Unterfranken Tendenzen der KPD zeigen, alle Vorsitzenden der Spruchkammern zu stellen. Dr. *Lacherbauer* stellt fest, daß das Gesetz Tatsache ist. Die Konstanten im Verfahren seien der Vorsitz und der Ankläger. Das Säuberungsgesetz sei das sozial wichtigste Gesetz, das je dem deutschen Volk vorgelegt worden sei. An die Mitglieder der Spruchkammern würden hohe Anforderungen gestellt. Sie müßten als Antifaschisten bekannt sein. Dr. *Horlacher* weist darauf hin, daß im KZ 80% der Insassen Arbeiter waren, während in den Anhaltelagern der Militärregierung 80% Angehörige der geistigen Berufe wären. Dr. *Baumgartner* meint, die Amerikaner wünschten eine neue Gesellschaftsschichtung in Deutschland. Dr. *Müller* hält es für wichtig festzustellen, wer von den Mitgliedern der Union wirklich unbelastet ist.

Staatsrat *Schäffer* berichtet den Fall eines Landkreises mit 60.000 Einwohnern. Nach dem Säuberungsgesetz seien in diesem Kreis etwa 40.000 Fragebogen einzureichen, 10.000 Fälle seien durch die Spruchkammern zu schleusen. Der Ausschuß nach Gesetz Nr. 8 habe in diesem Kreis in einem halben Jahr 500 Fälle erledigt. Der Ausschuß gelte als mustergültig. Man könne sich leicht ausrechnen, wie langwierig die Säuberung sei.

Dr. *Lacherbauer* berichtet, daß vorerst Gesetz Nr. 8 weiter gilt, bis die Durchführung des Säuberungsgesetzes stattfindet. Dieses Gesetz sei unterzeichnet, aber nicht verkündet. Dr. *Müller* schlägt vor, offiziell keine positive Stellung zu nehmen, jedoch das Gesetz als Tatsache und Basis der Weiterarbeit zu betrachten. Dr. *Baumgartner* weist auf die Bedeutung des Anhangs zu diesem Gesetz hin. *Franz Steber* bemerkt, daß in einem halben Jahr eine neue Situation entstanden sein könne.

Die Anwesenden schließen sich der Auffassung Dr. *Müllers*, offiziell keine Stellung zu nehmen und das Gesetz als Basis der Arbeit zu betrachten, an.

Zu Punkt 7:

Dr. *Müller* berichtet, daß Unterfranken noch nicht organisiert sei, während München, Oberfranken und Schwaben nächste Woche konstituiert werden. Er schlage vor, auf den 31. März einen erweiterten, das heißt den eigentlichen Landesausschuß einzuberufen. Es gelte vor der Festlegung der Tagesordnung den Schlüssel für die Abstimmungsberechtigung zu bestimmen. Dr. *Müller* verliest einen Antrag des Stadtverbandes Nürnberg-Fürth, nach dem dieser Stadtverband die gleichen Rechte wie der Stadtverband München erhalten soll. Er befürwortet diesen Antrag. Auch Dr. *Horlacher* spricht sich für diesen Antrag aus. Staatsrat *Schäffer* weist darauf hin, daß von jeher selbständige, gleichberechtigte Verbände für Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und für die Städte München, Nürnberg und Augsburg geplant gewesen sind. Für die Stimmberechtigung sei die Grundlage allein durch die Satzungen bestimmt. Dr. *Hundhammer* schließt sich der Auffassung an, daß bis zur Fertigstellung endgültiger Satzungen nach den eingereichten Satzungen verfahren werden muß.

Dr. *Käss* weist darauf hin, daß es vorerst nicht möglich sei, eine Landesversammlung abzuhalten. Dr. *Müller* vertritt ebenfalls die Auffassung, daß vorerst nur eine Landesausschußsitzung durchführbar ist. Jeder Bezirksverband solle fünf stimmberechtigte Vertreter entsenden.

Staatsrat *Schäffer* erklärt: Dies führt zu keiner Lösung. Die Satzung ist beschlossen und der Militärregierung vorgelegt. Gewiß sollen die Bezirksverbände möglichst selbständig sein und die drei Städte, die immer eine solche Stellung gehabt haben, ihnen gleichgestellt werden. Aber Augsburg und Niederbayern kann man nicht auf eine Stufe stellen, denn Niederbayern bringt der Union 300.000 Stimmen. Augsburg habe aber nicht einmal 300.000 Einwohner. Wenn ich Satzungen beschlossen habe, bin ich daran gebunden. Man kann am 31. März neue Satzungen annehmen, aber jeder Beschluß gegen die Satzungen ist ungültig.

Dr. *Müller* berichtet, daß er Herrn Landgerichtsrat *Schneider*, der außerhalb der inneren Spannungen der Union stehe, mit der Ausarbeitung von Satzungen beauftragt habe. Dr. *Horlacher* erklärt, die bisherigen Satzungen seien reine Formalität, von ihnen könne man nicht ausgehen. Eine Aufstellung der Vertreter durch die Landkreise, wie sie für die Landesversammlung vorgesehen sei, genüge bei einer großen Partei nicht. Der Bauernverband mische sich nicht in die Politik ein, aber er kümmere sich um die Zusammensetzung der Parteien, denen seine Wähler angehören.

Dr. *Müller* zeigt die Alternative auf, sich auf ein bestimmtes Stimmrecht zu einigen, oder aber den erweiterten Landesausschuß einen neuen Beschluß fassen zu lassen. Dr. *von Miller* stellt fest, daß die Statuten da seien, aber wir vorerst keine Landesversammlung durchführen können, deshalb sei eine Zwischenlösung unbedingt erforderlich. Staatsrat *Schäffer* sieht die Notwendigkeit einer Zwischenlösung ein und stimmt der Auffassung zu, daß vorerst nur ein erweiterter Landesausschuß tagen kann. Aber es stehe nicht die Zwischenlösung zur Frage, sondern das Stimmrecht. Die Satzungen seien gegenüber der Besatzungsbehörde eingereicht und schon deshalb verbindlich. Man müsse sie analog anwenden. Das Abstimmungsrecht müsse im Verhältnis zur Einwohnerzahl stimmen.

Dr. *Horlacher* erklärt, die Satzungen sind nur Formsache. Sie waren nie ernstlich gemeint. Vorerst ist nichts anderes möglich, als daß je fünf Vertreter der Regierungsbezirke und der drei großen Städte stimmberechtigt sind. Niemand hat den Inhalt der Satzungen gekannt, als sie beschlossen wurden. Sie galten nur als Voraussetzung der Anerkennung der Partei durch die Militärregierung. Dr. *Müller* wurde seinerzeit einstimmig gewählt. Deshalb bleibt er solange im Amt, bis eine Landesversammlung zusammenkommt.

Dr. *Müller* stellt den Antrag:

Es wird eine Landesausschußsitzung für Sonntag, den 31. März, nach Bamberg einberufen.

Staatsrat *Schäffer* erklärt: Wir können keinen solchen Ausschuß einberufen. Ich stoße mich an dem Ausdruck "Landesausschuß". Dr. *Horlacher* schlägt die Formulierung "erweiterter Landesausschuß" vor.

Dr. *Hundhammer*: Als Vorsitzender von Oberbayern erkläre ich ausdrücklich, daß ich, wenn nicht nach der Satzung verfahren wird, die Beschlüsse nicht anerkenne.

Dr. *Müller* verliest daraufhin Brief des zweiten Vorsitzenden von Oberbayern, Herrn *Schweiger*, an ihn vom ... 1946.

Dr. *Hundhammer* erklärt, daß er auf seinem Standpunkt bestehen bleibt und sich mit der Frage dieses Briefes gesondert befassen werde. Dr. *Müller* erklärt, wir seien nicht beim Herrn *Hüter* angelangt. Was Dr. *Hundhammer* ihm zurückgibt. Daraufhin verabschiedet sich Dr. *Hundhammer* um 18.35 Uhr, weil er noch in einer Versammlung sprechen muß.

Staatsrat *Schäffer* bedauert es menschlich, daß, wenn der Vorsitzende von Oberbayern zur Sache spricht, man ihm einen solchen Brief vorhält. Dr. *Müller* erklärt, *Hundhammer* habe als 1. Vorsitzender gesprochen. Deshalb habe er ihm ein Schreiben des 2. Vorsitzenden vorgehalten, das er gestern erhalten habe. *Hundhammer* negiere ihn. Beim Mittagessen des Bezirksverbandes Oberbayern sei er angepöbelt worden, daß er irgendwelches belastendes Material über *Schäffer* dem CIC übergeben habe. Er sei bereit, hierüber eine ehrenwörtliche Erklärung abzugeben, aber er verlange, daß sein Wort und seine Ehre auch geschützt seien. In Oberbayern habe eine zufällig beschickte Versammlung gewaltmäßig zur Wahl von Dr. *Hundhammer* geführt. Außerdem sei er zur letzten Tagung von Oberbayern nicht eingeladen worden.

Staatsrat *Schäffer* stellt fest, daß er erst ab 14 Uhr auf der oberbayerischen Sitzung anwesend war. Er müsse annehmen, daß Dr. *Müller* sagen wolle, er erkenne Dr. *Hundhammer* als Vorsitzenden von *Oberbayern* nicht an. Er stelle fest, daß *Müller* und er bei der ersten konstituierenden Sitzung von Oberbayern gemeinsam teilgenommen hätten und daß die oberbayerischen Vertreter vollkommen geschlossen gewesen wären. Der ganze Vorstand sei gewählt worden, nur die Stelle des 2. Vorsitzenden sei frei geblieben, um sie später durch einen Vertreter des Bauernverbandes zu besetzen. Dr. *Müller* verliest den Brief des evangelischen Pfarrers *Walter von Kemmeten* aus dem Landkreis Dachau vom ... 1946 an ihn.

Dr. *Horlacher* erklärt, daß er Dr. *Hundhammer* als Vorsitzenden von Oberbayern anerkenne, aber man müsse fragen, wie der Verband Oberbayern aussehe. Es seien nur drei Landwirte und kein Vertreter des Bauernverbandes zugegen gewesen.

Nun läßt Dr. *Müller* über seinen Antrag abstimmen. Dagegen ist nur Staatsrat *Schäffer*.

Dr. *Müller* stellt folgenden Antrag:

Beim Landesausschuß haben die Bezirksverbände je fünf Stimmen. Dem Antrag des Kreisverbandes für den Stadtbezirk Nürnberg-Fürth auf Zubilligung von fünf Stimmen wird stattgegeben.

Staatssekretär *Krehle* spricht sich dafür aus, auch Augsburg besonderes Stimmrecht zu geben.

Staatsrat *Schäffer* erklärt, daß er diesen Beschluß nicht anerkennen könne. Dr. *von Miller* erklärt, es sei klar, daß dies keine ganz gerechte Lösung sei. Entweder müsse man allen Verbänden gleiches Stimmrecht geben oder man müsse grundsätzlich differenzieren. Dr. *Lacherbauer* ist der Auffassung, daß der jetzige Landesausschuß nur eine Geschäftsführung mit oder ohne Auftrag ausführe. Dr. *Horlacher* erklärt, die große Mehrheit sei für den Antrag, die Minderheit nehme nur aus persönlichen Gründen dagegen Stellung. *Von Miller* betont, daß *Schäffer* seine Ansicht stets begründet hat. *Schäffer* verlange analoge Anwendung der Satzung, also Differenzierung des Stimmrechts, während er für gleiches Stimmrecht sei.

Dr. *Eichhorn* erklärt: Wenn wir in München das Beispiel des persönlichen Streites geben, zerbricht eines Tages die Union. In den Kreisen der Bayerischen Volkspartei habe man einen guten Magen, bei den anderen Kreisen kann man das nicht verlangen. Wenn wir eine Landesversammlung mit 200 Leuten veranstalten, wiederholt sich der Streit. *Schäffer* und *Lacherbauer* sprechen sich dafür aus, daß Nürnberg und Augsburg die Rechte von Bezirksverbänden erhalten, aber sie sollen nicht so viel Stimmen wie die übrigen Bezirksverbände bekommen.

Dr. *Müller* formuliert seinen Antrag neu:

Der Bezirksverband für den Stadtverband Nürnberg-Fürth erhält die Rechte eines Kreisverbandes, ebenso der Bezirksverband Augsburg-Stadt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

Nürnberg-Fürth erhält die gleiche Stimmenzahl wie München.

Dr. *Horlacher* begründet den Antrag damit, daß man die Stimmenzahl der Städte noch nicht kenne. Staatsrat *Schäffer* betont, daß die Satzung es nicht auf die Stimmen, sondern auf die Einwohnerzahl abstellt. Gleiches Stimmrecht sei ungerecht, da Niederbayern 300.000 Stimmen, Augsburg aber nur 100.000 Einwohner habe.

Es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Dagegen sind *Schäffer* und *Lacherbauer*.

Staatssekretär *Krehle* stellt den Antrag:

Augsburg erhält drei Stimmen.

Bei der Abstimmung enthalten sich *Schäffer* und *Lacherbauer* der Stimmen.

Dr. *Müller* erklärt: Ich brauche eine Basis für meine Arbeit. In Franken besteht die Notwendigkeit, daß die Union sich nicht mit der BVP identifiziert, sonst gehen die jungen evangelischen Geistlichen zu den Demokraten. Als Kennzeichen dafür, daß die Union eine neue Partei ist, gilt allgemein, daß von Herrn *Schäffer* kein Führungsanspruch erhoben wird. *Schäffer* erhebt ihn aber offenkundig. Deshalb ist Neuwahl des Vorsitzenden oder des Vorstandes erforderlich, oder die Bestellung eines Wahlausschusses, der eine Neuwahl vorbereitet. Dr. *Horlacher* betont, daß der vorläufige Vorsitzende eine Rückendeckung braucht. Auf die Tagesordnung gehöre der Punkt "Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden". *Von Miller* meint, da es sich um eine Zwischenlösung handelt, solle man durch den besser legitimierten Ausschuß einen weiteren Vorstand wählen lassen. Dr. *Müller* spricht sich für einen Beirat aus, da wir über München hinauswachsen müssen.

Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden.

Dr. *von Miller* stellt den Antrag:

Wahl des vorläufigen Vorsitzenden und eines ihn unterstützenden Beirats.

Dr. *Horlacher* betont, daß er sehr gemäßigt sei. Eigentlich müsse er beantragen, daß der Beirat durch zehn Vertreter der Landwirtschaft und je sechs Vertreter der Arbeiterschaft und des Gewerbes verstärkt werden müsse, doch halte er diesen Antrag vorerst noch zurück. Dafür aber müsse er verlangen, daß am vorläufigen Gremium nicht so viel geändert werde.

Horlacher und *von Miller* einigen sich auf den Antrag:

Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden.

Dr. *Lacherbauer* ist für einen Vorstand aus zehn Köpfen, darunter Dr. *Müller*. Dr. *von Miller* wünscht, daß der jetzige Ausschuß abtritt. Dr. *Eichhorn* meint, München müsse stark vertreten sein, sonst gebe es einen Diktator. Dr. *Müller* weist darauf hin, daß in ein paar Monaten eine Landesversammlung zusammentreten kann. Eine Landesvor-

standschaft müsse Rücksicht nehmen auf alle Strömungen der Union. Das gehe aber noch nicht. *Krehle* meint, dieser Ausschuß dürfe nicht verschwinden.

Dr. *Müller* formuliert zwei Anträge:

1. Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden,
2. Erweiterung des vorläufigen Ausschusses um 15 Mann.

Schäffer fordert satzungsgemäß Neuwahl. Dr. *Horlacher* erklärt: Wir sind die ersten Gründer der Union, wir haben unsere Fragebogen hergeben müssen, der Münchner Ausschuß soll die Beratung der laufenden Angelegenheiten haben, bei politischen Fragen solle er durch Landesvertreter erweitert werden.

Bei der Abstimmung über den Antrag 1. stimmt *Schäffer* dagegen.

Der Antrag 2. wird neu formuliert:

Erweiterung des vorläufigen Arbeitsausschusses durch Aufnahme der Kabinettsmitglieder (Minister und Staatssekretäre).

Bei der Abstimmung enthält sich *Schäffer* der Stimme.

Dr. *Müller* schlägt als weitere Tagesordnung für Bamberg vor: Berichte der Bezirksverbände und der Ausschüsse. Referenten und Jugendausschuß werden eingeladen, haben aber kein Stimmrecht. Die Statuten sollen durch besonderen Ausschuß bestimmt werden. Dr. *Horlacher* schlägt eine allgemeine politische Aussprache vor. Die Vorschläge werden angenommen.

Zu Punkt 8:

Dr. *Müller* fragt, ob eine Diskussion über das Verhältnis *Schäffer/Müller* gewünscht wird. *Schäffer* legt keinen Wert darauf. Daraufhin tritt man in die Besprechung des Verhältnisses zwischen Staatsrat *Schäffer* und den Vertretern des Bauernverbandes ein.

Dr. *Horlacher* stellt fest, der Bauernverband mische sich nicht in Politik ein. Die Rosenheimer Rede Dr. *Schlögl*s sei dessen Privatsache und gehe den Bauernverband nichts an. Er bitte über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Bei der Sitzung von Oberbayern habe man Vorwürfe gegen nicht Anwesende erhoben. Es wäre fair gewesen, Herrn Dr. *Schlögl* anzurufen. Die Union habe sich nicht in Angelegenheiten des Bauernverbandes einzumischen.

Es kommen zur Verlesung: Schreiben des Stadtverbandes München vom 11. März, unterzeichnet durch *von Müller* und *Eichhorn*; Schreiben des Bezirksverbandes Oberbayern vom 8. März, unterzeichnet von Dr. *Hundhammer*; Schreiben des Herrn Dr. *Schlögl* vom 12. März und Schreiben des Herrn Dr. *Rindke* vom 13. März

Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

Die Schreiben werden zur Kenntnis genommen, und es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Staatsrat *Schäffer* stellt den Antrag:

Die Anträge Oberbayern und München werden dem Unionsmitglied *Schlögl* zur Kenntnis gebracht. Der Ausschuß gibt sein Befremden insbesondere darüber zum Ausdruck, daß Herr *Schlögl* sich nicht veranlaßt gesehen hat, die Presseangriffe richtigzustellen. Angriffe dieser [sic!] Öffentlichkeit gegen Parteifreunde haben zu unterbleiben. Bei Wiederholung wird von den disziplinarischen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden.

Dr. *Horlacher* betont, daß auch in früheren Zeiten Gegensätze öffentlich ausgetragen wurden, so zwischen *Heim* und *Schirmer*.

Dr. *Müller* verliest Stellen des Protokolls von Plattling, insbesondere über die Rede *Schäffers*, den Antrag *Lobinger* und die Ausführungen von Landrat *Bickleder*⁶. Er betont, daß *Schlögl* offen gesprochen habe, wenn es auch besser gewesen wäre, das eine oder andere nicht zu sagen. Er ziehe einen offenen Gegner vor. Man solle zur Tagesordnung übergehen.

Dr. *Lacherbauer* erklärt, er kenne den Sachverhalt nicht. Diskussionen, die persönlich oder sachlich bestehen, dürfen nicht in öffentlichen Reden ausgetragen werden. Dadurch werde keine Läuterung erreicht. Er schließe sich dem Antrag *Schäffer* an. Dr. *Horlacher*: Ich bleibe bei meinem Antrag. Ich müßte sonst ins einzelne gehen. In der Demokratie gibt es kein Maulkorbgesetz! Ich behalte mir immer das Recht vor, politisch weittragende Auseinandersetzungen zu erörtern. Das Leben in der Partei darf nicht erstickt werden.

Dr. *Müller*: Wir sind eine Partei, die in etwa den Demokraten in Amerika gleichen wird, daher haben wir Sozialisten und Konservative in unseren Reihen. Wir brauchen sachliche Diskussion, auch in öffentlichen Versammlungen. Natürlich dürfen keine Ehrenkränkungen vorkommen.

Es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Dagegen sind *Schäffer* und *Lacherbauer*, der Stimme enthalten sich *Eichhorn*, *von Müller* und *Steber*.

Ohne Eintritt in Punkt 9 und 10 der Tagesordnung wird die Sitzung um 20 Uhr geschlossen.

⁶ In der Vorlage: "Pichleder".

Nr. 11

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union
am 29. März 1946 in MünchenTagesordnung:¹

1. Anträge für die Bamberger Tagung der CSU:
 - a) Personalpolitik der Regierung Hoegner
 - b) Aufstellung eines Parteiprogramms und einer Satzung
 - c) Schiedsgerichtsordnung
 - d) Wahl der Landesvorstandschafft
 - e) Festlegung der Stimmberechtigung der Bezirksverbände
 - f) Bestätigung des Landesvorsitzenden
 - g) Bildung eines Arbeitsausschusses
2. Sonstiges

Anwesend:² Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Lacherbauer, J. Müller, F. Schäffer, Schwingenstein, Steber; ferner: L. Hagenauer, Koenig, A.W. Schmidt

ACSP, CSU-Landesausschüsse; Schriftführer: Koenig, A.W. Schmidt

Die Sitzung wurde von Dr. *Müller* um 8.45 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung standen die Anträge für die Bamberger Tagung des erweiterten Landesausschusses der Union.

Zu dem ersten Antrag des Bezirkes Oberbayern, der sich gegen die kommunistischen Staatssekretäre in den Ministerien richtete, führte Dr. *Horlacher* aus, daß die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei im Landwirtschaftsministerium erfolge, um eine Opposition von dieser Seite aus zu verhindern. Die Frage der Bodenreform, wie sie jetzt für Bayern geplant sei, wurde mit Zustimmung der KPD geregelt.

Herr Dr. *Müller* betonte, daß für die Zusammensetzung der Regierung Ministerpräsident Dr. *Hoegner* verantwortlich sei.

Dr. *Hundhammer* bestand als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern auf der Aufrechterhaltung des Antrages.

Als gemeinsamer Antrag der Bezirke Oberbayern und München wird die Aufstellung eines Parteiprogrammes und einer Parteisatzung gefordert.

Dr. *Müller* wies darauf hin, daß ein Arbeitsgremium in Bamberg zur Feststellung von Satzungen und Programmen gebildet werden soll. Eine gründliche Vorbereitung sei dafür notwendig und sämtliche Ausschüsse müßten dazu herangezogen werden. Die Vorbereitung dafür würde bereits von Fachjuristen getroffen werden.

Dr. *Horlacher* betonte, daß es verfrüht sei, feste Parteisatzungen zu schaffen, da die besten Kräfte noch fehlten.

Staatsrat *Schäffer* bestand auf der Beibehaltung fester Termine in dem gemeinsamen Antrag.

Generalstaatsanwalt *Hagenauer* äußerte, daß eine Schiedsgerichtsordnung erst nach der Parteisatzung geschaffen werden könne. Zunächst sei wohl ein Ehrengericht mög-

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

² Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

lich, das von Fall zu Fall zusammentrete, aber diese Zwischenlösung halte er für wenig zweckmäßig. Er müsse wissen, was gewünscht wird, bevor er die Aufgabe in Angriff nehme. Dafür sei auch notwendig, daß er zu den Satzungsverhandlungen zugezogen würde.

Dr. *Hundhammer* stellte die beiden Hauptgesichtspunkte der Ehrengerichtsbarkeit, persönliche ehrenrührige Handlungen gegen andere Parteimitglieder und parteischädigendes Verhalten, heraus.

Dr. *Horlacher* wandte sich gegen Diktaturbestrebungen innerhalb der Union.

Dr. *Hundhammer* wies darauf hin, daß die Ehrengerichtsbarkeit notwendig sei, um gegen Lügen und Flüsterpropaganda vorgehen zu können. Die Frage sei nur, ob ein Ehrengericht oder ein Schiedsgericht geschaffen werden soll.

Dr. *Eichhorn* hielt ein Ehrengericht auch ohne Parteisatzungen und Programme für möglich. Ein solches Parteigericht müsse alle Befugnisse eines Sühneverfahrens erhalten.

Dr. *Lacherbauer* ist der Auffassung, daß nur ein Schiedsgerichtsverfahren möglich sei.

Dr. *Horlacher* erklärte, daß er bei ehrenrührigem Verhalten die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen werde. Er sammelt Material und will im entsprechenden Augenblick seine Maßnahmen ergreifen.

Abschließend wurde von Staatsrat *Schäffer* und Dr. *Hundhammer* auf Beibehaltung der Anträge mit festen Terminen und Vorlage bei der Bamberger Tagung bestanden. Für die Wahl der endgültigen Landesvorstandschafft ist nach einem Antrag *Schäffer* der 5. Mai 1946 vorgesehen. An diesem Tage soll ein gewählter Landesausschuß zusammentreten. Dr. *Müller* betonte nochmals, daß die Partei sich immer noch im Stadium des Aufbaues befinde, der bis dahin nicht abgeschlossen sein könne. Er wolle vor allem eine Majorisierung vermeiden. Der Antrag *Schäffer* wurde trotzdem auf der Tagesordnung belassen.

Der Bezirksverband Niederbayern legt der Bamberger Tagung einen Antrag vor, den Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der Union vom 8. Januar 1946 hinsichtlich der Festlegung des Stimmrechts als ungültig zu erklären.

Dr. *Müller* führt dazu aus, daß er mit der Militärregierung folgenden Antrag abgesprochen habe:

Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober- Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt: Die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen. Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:

Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, Dr. *Schäffer*, Dr. *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.

Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung

Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Außerdem seien Anträge von Würzburg und Regensburg zu erwarten, diese Städte als Bezirksverbände anzuerkennen und ihnen je drei Stimmen zuzubilligen.

Dr. *Schäffer* und Dr. *Hundhammer* wandten sich gegen das Stimmrecht der Stadtkreise, wobei Dr. *Hundhammer* die Notwendigkeit eines legalen Aufbaues der Partei

betonte, der nur über die Kreisverbände gehen könne und daher nur 48 Stimmen umfassen dürfte.

Dr. *Horlacher* verlangte die Berücksichtigung weitester Kreise beim Aufbau der Organisation sowie der Gründungsmitglieder, die den Weg zur einheitlichen Ausrichtung vorbereitet hätten. In diesem Punkte müsse man über die Satzung hinausgehen.

Dr. *Schäffer* ersuchte zu Protokoll zu nehmen; Dr. *Horlacher* erkennt die Satzung nicht an.

Dr. *Müller* verwies auf die beiden Rechtsgrundlagen. Die Landessatzung und die Ermächtigung der Militärregierung. Er wird ein Rechtsgutachten vorlegen, aus dem die Rechtsgültigkeit des Antrages ersehen werden könne.

Dr. *Eichhorn* wies darauf hin, daß seit der Wahl *Schäffers* die Kreise der alten Bayerischen Volkspartei einen Auftrieb zeigten, der Bände spräche. München sei für die Union ein verlorener Platz. Man könne die Dinge in diesem Sinne nicht mehr weitertreiben lassen und er wird nicht nach Bamberg fahren, da es bei dem Kurs *Schäffer* den Protestanten unmöglich gemacht werde, mitzuarbeiten.

(Dr. *Eichhorn* verläßt die Sitzung, wird aber nach einiger Zeit von Dr. *Müller* wieder hereingeholt.)

Nach einer Auseinandersetzung zwischen Dr. *Horlacher* und Dr. *Lacherbauer* über die demokratische Grundlage des Antrages erfolgt die Abstimmung. Der Antrag wird mit fünf Stimmen gegen zwei bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Dr. *Müller* legt ferner dem Ausschuß als weiteren Antrag vor:

Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Er führt dazu aus, daß er vermeiden wolle, vor den Großstadtwahlen und der Kandidatenaufstellung zur Landesversammlung einen offenen Konflikt heraufzubeschwören.

Dr. *Lacherbauer* betont, daß es sich nicht um eine Neuwahl, sondern nur um eine Bestätigung handeln könne, um eine neue Vertrauensbasis zu schaffen.

Die Abstimmung ergibt bei einer Stimmenthaltung zwei Stimmen dagegen und fünf Stimmen dafür. Der Antrag wird somit in Bamberg vorgelegt werden.

Weiter legt Dr. *Müller* den Antrag vor:

Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden genannten Vertreter.

Der Antrag wird mit sechs gegen zwei Stimmen zur Vorlage in Bamberg angenommen.

Als letzter Antrag wird von Dr. *Müller* vorgelegt:

Der bisherige erweiterte Landesausschuß tagt in Zukunft bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union.

Der Antrag wird mit sechs Stimmen gegen zwei Stimmen zur Vorlage in Bamberg verwiesen.

Dr. *Müller* wies anschließend darauf hin, daß die Militärregierung in Bamberg vertreten sein werde und daß dies in den politischen Diskussionen berücksichtigt werden müsse. Außerdem habe er auch Dr. *Pix* eingeladen, um diesem gegebenenfalls die Möglichkeit zu bieten, in die Diskussion einzugreifen.

Dr. *Schäffer* erklärte, wenn die Pressekampagne Gegenstand der öffentlichen Aussprache werde, verlassen er und seine Leute die Versammlung. Er wird dann ebenso öffentlich antworten.

Dr. *Horlacher* verwies darauf, daß er der Parteileitung in Bamberg einen Antrag vorlegen werde, der an Schärfe nichts vermissen lassen werde und endlich klare Verhältnisse schaffen dürfte.

Um 10.15 Uhr wird die Sitzung von Dr. Müller geschlossen.

Nr. 12

Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. März 1946 in Bamberg

Tagesordnung:¹

1. Begrüßung
2. Eröffnungsrede des vorläufigen Landesvorsitzenden
3. Stimmberechtigung²
4. Einberufung einer Landesversammlung
5. Müller-Schäffer Konflikt: Stellungnahmen der Kontrahenten
6. Bestätigung des Landesvorsitzenden
7. Bestellung eines Arbeitsausschusses und Erklärung des Erweiterten Landesausschusses zum Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union
8. Schaffung und Bestellung eines vorläufigen Parteischiedsgerichtes
9. Frauenvertreterinnen und Jugendvertreter³
10. Sonstiges

Tagungsort: Bamberg, Heinrichsaal

Anwesend:⁴ E. Ammann, Arnold, Barth, Baumgartner, Bergsträsser, Blaser, Boehlke, Brandner, Bühner, Burges, Busch, Dahm, Detsch, Döppert, Dürr, Ehard, Etterer, Euertl, Falkner, Gassenmeyer, Geratwohl, Gierl, Hahn, Haußleiter, Held, Helmerich, Herding, Heubl, Hönekopp, Holzer, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, Karpf, von Katzler, Klenk, Koenig, A. Konrad, Krehle, Krempl, Kroll, K.A. Kroth, Kübel, Lacherbauer, Lobinger, Mack, J. Maier, Messmer, Miesgang, von Miller, J. Müller, Muhler, Nerreter, Ortloph, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Pix, von Prittitz-Gaffron, Ramelsberger, Reiser, Rindt, Rinke, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, F. Schäffer, Schlögl, A.W. Schmidt, Schweiger, Schwin-

¹ Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da der tatsächliche Sitzungsverlauf der vorgesehenen Tagesordnung kaum entsprach. Laut Schreiben des Landessekretariats der CSU an die Bezirksverbände der Christlich-Sozialen Union, gez. A.W. Schmidt, vom 27. März 1946 (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946) war folgende Tagesordnung vorgesehen:

"1. Bericht des vorläufigen Landesvorsitzenden über die Arbeit der vergangenen Monate. 2. Bericht der Bezirksvorsitzenden über die Arbeit ihrer Bezirksverbände. 3. Tätigkeitsbericht der Arbeits- und Parteiausschüsse. 4. Anträge des vorläufigen Landesausschusses: a) Die Wahl des vorläufigen Landesvorsitzenden durch den vorläufigen Landesausschuß in der Sitzung vom 17. Dezember 1945 wird bestätigt; b) Es wird ein Arbeitsausschuß der Christlich-Sozialen Union für das Land Bayern bestellt. Er besteht aus: a) den Mitgliedern des bisherigen vorläufigen Landesausschusses, b) den der Regierung angehörigen Mitgliedern der CSU (Minister und Staatssekretäre), c) den Vertretern der Bezirksverbände, die durch die Bezirksverbände namhaft zu machen sind. 5. Anträge der Bezirksverbände. 6. Stellungnahme zur Regierungspolitik und allgemeine politische Aussprache. 7. Sonstiges."

Das Schreiben ergänzte die unter dem 18. März 1946 verschickte Einladung zu dieser Sitzung, mit der auch die vom Vorläufigen Landesausschuß am 14. März beschlossene Regelung der Stimmberechtigung bekanntgegeben wurde (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946). Mit Schreiben vom 26. März 1946 hatte das Landessekretariat den Bezirksverbänden einen Auszug des Protokolls der Sitzung des vorläufigen Landesausschusses vom 14. März, "Tagesordnungspunkt 7) Einberufung eines erweiterten Landesausschusses für Sonntag, 31. März 1946" übersandt (ACSP, NL Müller 10/1).

² Während der Abstimmung zu diesem Thema ereignete sich der "Zwischenfall Messmer" (vgl. S. 86ff.), der die Sitzungsteilnehmer lange beschäftigte, als "Zwischenfall" jedoch nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

³ Die Behandlung dieses Themas wurde unterbrochen durch die Erörterung der Schäffer-Pix- und Schäffer-Horlacher-Konflikte.

⁴ Eine Anwesenheitsliste mit den Teilnehmern dieser Sitzung war nicht auffindbar. Die im folgenden genannten Teilnehmer wurden, soweit möglich, aus dem Protokolltext ermittelt.

genstein, Semler, Söllner, Speicher, Sporer, Steber, W. Stegerwald, F.J. Strauß, Stücklen, Ulrich, Weinberger, Weinkamm, G. Weinzierl, Weiss, Zöllner

ACSP, Nachlaß Müller 10/1; Schriftführer: Söllner

Beginn: 30. März 1946, 16.45 Uhr.⁵

Dr. *Barth*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde in der Christlich-Sozialen Union! Erlauben Sie mir, daß ich in meiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender der Union im Bezirk Oberfranken einige Worte des Grußes außerhalb der Tagesordnung zu Ihnen spreche. Ich begrüße Sie zuerst herzlich in dem lieben, alten Bamberg, in dieser schönen, alten Stadt, die erfüllt ist von dem Reichtum unserer Kultur und die in diesem sinnlosen Kriege, der hinter uns liegt, Gott sei Dank in ihren wertvollsten Gütern nicht gelitten hat.

Wir alle hatten einen schönen Reisetag, es ist ein März-Sonnabend, wie man sich ihn schöner nicht wünschen kann. Wir sind hier zusammengekommen, um in dieser zweiten Landestagung der bayerischen Union wichtige Beschlüsse zu fassen. Wir sehen uns zwar von einer Stadt umgeben, die im Kriege nicht oder kaum gelitten hat, und wir tagen an einem sonnigen Frühlingstage. Aber dieses äußere Drum und Dran kann uns nicht über die Ernsthaftigkeit der Fragen hinwegtäuschen, die wir hier zu erörtern haben. Sie sind in unser Oberfranken gekommen, in eine Provinz, die die Folgen des unseligen Krieges vielleicht mehr spürt, als jeder andere Bezirk unseres Bayernlandes. Wir nehmen hier in unendlichen, langen Reihen die Flüchtlinge auf, die aus dem Sudetenland und zum Teil auch aus dem übrigen Osten vertrieben wurden. Wir sehen das entsetzliche Elend, in dem diese Ausgewiesenen zu uns kommen. Unsere Städte und unsere Dörfer bersten vor diesen Einquartierungen und manche menschliche Reibungen sind mit diesem unendlich dichten Zusammendrängen verbunden.

Dieser Gedanke an die Not, die täglich an uns vorüberzieht, lenkt unseren Blick hin zu dem Ganzen, zu der Not, in der sich das deutsche Volk insgesamt befindet.

Wir bekennen uns froh und freudig zur Union. In unseren Reihen haben sich Katholiken und Evangelische, kleine Bauern und Arbeiter, Mittelstand und, wie man sagt, die gehobenen Stände zusammengefunden, um hier nicht gegeneinander, sondern miteinander für das Ganze zu wirken. Und diesen Blick für das Ganze wünsche ich uns allen für diese Tagung. Das Schicksal, das wir erlitten haben, und die Not, die wir jetzt durchstehen müssen, erleben und erleiden wir nicht als Katholiken und nicht als Evangelische, nicht als Bayern, Rheinländer oder Thüringer, wir erleben sie als Deutsche. Wenn wir diesen Blick auf das gesamtdeutsche Schicksal richten, dann löst sich manche Frage, die so schwer erscheint, von vorneherein, denn in dem Blick auf das Ganze liegt auch bereits die Antwort, die dem Ganzen nutzt. In diesem Sinne wünsche ich unserer Tagung ein volles Gelingen.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. *Müller*: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die zweite Tagung des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union. Wir haben diese Tagung entsprechend einem Beschluß, der bei der ersten Tagung am 8. Januar dieses Jahres in München gefaßt wurde, nach Bamberg einberufen. Wir haben gut daran getan, nach Bamberg zu kommen, denn hier war die Union

⁵ Das Protokoll trägt den Vermerk: "Übertragung aus dem Stenogramm".

schon im Anfangsstadium ihrer Gründung in Bayern zu Hause. Noch bevor sie anderswo eine Heimat erhielt, hatte sie eine Heimat hier in Bamberg. Aber auch die Geschichte Bambergs war immer so, daß jeder aus Bayern gerne nach Bamberg kommen kann. In Bamberg ist immer ein guter Zufluchtort dann, wenn es irgendwo kriselt. Wir waren im Jahre des Heils 1918/19 schon hier zu Hause. Als damals sonst in Bayern eine Krisis herrschte, kam das Bayerische Parlament damals in diesem Raum zusammen. Hier tagte der Landtag, hier hatte damals die Regierung Unterschlupf gefunden, hier konnte sie ruhig zu arbeiten beginnen. Aber auch nachher zeigte sich immer wieder, daß in diesem Lande hier eine Aufgeschlossenheit für fortschrittliches neues Denken vorhanden war.

Wenn wir heute auf die Geschichte zurückschauen, werden wir großenteils doch der Auffassung sein, daß der Heros, der vor 1933 dem deutschen Volke vorstand, einen Heiligenschein trug, der nicht ganz berechtigt war. Damals wurde in weiten deutschen Gauen *Hindenburg* zum Reichspräsidenten gewählt, hier in Franken hat man damals *Marx* gewählt.

(Bravo!)

Wir können uns heute mit einigem Stolz daran erinnern, wenn wir uns so oft über die Schuldfrage unterhalten. War es nicht ein Kennzeichen dafür, daß damals das deutsche Volk doch wirklich den ehrlichen Willen hatte, einen Ausweg zu finden? Man hätte vielleicht energischer vorgehen sollen, vielleicht hätte *Marx* energischer kämpfen sollen. Man hätte vielleicht den Kampf vorverlegen und die Entscheidung in ein Stadium verlegen können, in dem der Kampf gegen den Nationalsozialismus, wie überhaupt gegen den übertriebenen Nationalismus, noch Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Es war ein Unglück, daß man damals die Entscheidung nicht gesucht hat. Man soll Entscheidungen dann, wenn sie in der Luft liegen, nicht unbedingt ausweichen. Klarheit muß herrschen, ein klarer Weg muß gefunden werden, wenn es auch manchmal schwer ist.

Ich sage das bewußt im Augenblick. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich ja mehr mit uns, als vielleicht unbedingt notwendig wäre. Es ist fraglich, ob alles zweckmäßig war, was in dieser Zeit geschehen ist, aber eines ist sicher: Wir brauchen dem Kampf und den Auseinandersetzungen nicht auszuweichen. Wir werden den Kampf nach außen führen und uns auch intern über unsere Zielstellungen auseinandersetzen. Wir müssen uns eines Tages über unser Programm auseinandersetzen, wenn ich das einwerfen darf. Bisher haben wir ja nur Richtlinien oder Aufrufe. Es wird aber notwendig sein, daß wir klare Punkte entwickeln, daß wir klar sehen, wohin der Weg der Union in der Zukunft auf allen Gebieten, auf weltanschaulichem, staatspolitischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete gehen soll. Auch da können wir jetzt schon den Beginn in der Auseinandersetzung feststellen. Wir werden wahrscheinlich auch bei der politischen Aussprache, die wir in dieser Tagung haben, langsam beginnen müssen, diese Fragen aufzuwerfen. Bisher konnten wir die Arbeit den Ausschüssen überlassen. Wir müssen von ihnen Bericht bekommen. Wir müssen so langsam beginnen, die Arbeit der Ausschüsse auszuwerten.

Seit unserer letzten Tagung hat das Volk in Bayern sich für uns entschieden, zunächst allerdings nur das Landvolk. Es hat sich aber in einer solch starken Majorität entschieden - denn in den Mehrheitsstimmlisten liegen ja soundso viele Prozente noch für uns -, daß wir wirklich auf den Erfolg stolz sein können. Die Union hat den Erfolg bekommen, obwohl sie noch nicht einmal das Programm entwickelt hat. Sie hat den

Erfolg, weil die Menschen fühlen, daß hier ein Weg gegangen wird, der aus dem hoffnungslosen Dasein herausführen wird, daß hier ein Weg zur Gesundung des deutschen Volkes gefunden wird.

Der Wirtschaftsaufbau steht bestimmt im Vordergrund, wenn wir an das Materielle, an unsere Existenznotwendigkeit denken. Wichtiger aber als der Wirtschaftsaufbau ist der moralische Aufbau des deutschen Volkes. Da wird die Union einsetzen müssen, da wird die Besonderheit der Union gegenüber den anderen Parteien liegen müssen. Das war wohl auch einer der Hauptgründe dafür, daß wir versucht haben, alle Kreise zu sammeln, die mit uns die gleiche Basis für das Staats- und Wirtschaftsleben anerkennen, nämlich das christliche Sittengesetz. Wir wollen alle sammeln, die sich verantwortlich fühlen vor Gott, denn darin unterscheiden wir uns von den Despoten der Vergangenheit, den großen und den kleinen. Sie hatten sich losgelöst von der Verantwortlichkeit gegenüber Gott. Wir wollen alle sammeln, die bewußt diese Verantwortlichkeit anerkennen. Wir müssen aber einen Kerntrupp in dieser Sammlung haben. Die Kerntuppe für diese Sammlung muß sich aus den Menschen rekrutieren, die dieses christliche Sittengesetz absolut klar und eindeutig anerkennen. Infolgedessen können wir stolz darauf sein, daß es bis jetzt gelungen ist, katholische und evangelische Christen zu einer Einheit im politischen Handeln und Denken zusammenzubringen. Es war kein Problem mehr und es bleibt hoffentlich in der Zukunft auch so, wie es bis jetzt war und im Augenblick ist, daß diese Schwierigkeiten überwunden sind. Wir wollen hier dazu beitragen, daß es kein Problem mehr werden wird.

Die Bayern haben uns nach meinem Empfinden aber auch deshalb gewählt, weil sie von uns erwarten, daß sie ihre Ruhe bekommen. Man will nach all den Erlebnissen der Vergangenheit zu einer ruhigen Gesundung kommen. Man will eine Ausgeglichenheit im persönlichen und im Staatsleben haben. Diese Ausgeglichenheit erwartet man mit Recht von uns, die wir das christliche Sittengebot, das 1. Gebot Christi, das Sozialgebot "Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst", anerkennen.

Darüber hinaus erwartet man von uns, daß wir dem Volke zum Recht verhelfen. Es ist nicht damit getan, daß man nur die Macht hat im Staate. Es können Machthaber da sein, die sich auch dann durchsetzen, wenn sie in der Minorität sind, das hat die Vergangenheit gezeigt. Wir werden als Union wahrscheinlich die Majorität haben. Aber auch dann wird es darauf ankommen, daß wir nicht einseitig die Macht ausnützen, sondern daß wir dann wirklich die Voraussetzung für eine gesunde Ordnung, eine gesunde Rechts- und Wirtschaftsordnung schaffen. Wir müssen auch in dieser Hinsicht uns hier klar werden.

Wenn dieser Weg gegangen wird, wird er uns zu praktischen Fragen führen. Wir müssen uns so langsam darüber klar werden: Wollen wir allein oder mit anderen zusammen Verantwortung übernehmen? Man könnte leicht der Auffassung sein, daß das Volk dann, wenn es sich so klar ausspricht, wie es bisher geschehen ist und wie es hoffentlich in der nächsten Wahl geschehen wird, will, daß wir allein die Regierung übernehmen sollen. Ich glaube aber, daß jeder denkende Mensch anerkennen muß, daß die Aufgabenstellungen der Gegenwart erfordern, daß man die Voraussetzung für eine ruhige und ordnungsmäßige Entwicklung auf möglichst lange Sicht schafft. Wir können uns hier in der politischen Debatte dann wohl darüber unterhalten, wie das auszuwerten ist, ob es in der praktischen Fragestellung dann so lautet, daß die Union willens sein wird, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen oder nicht. Wir müssen die Frage noch nicht beantworten, aber es wird zweckmäßig sein, wenn wir uns auch darüber klar werden: Ist ein Wille dafür vorhanden? Sind die Voraussetzungen

dafür gegeben? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, wenn wir nachher willens sein wollen, uns zu beteiligen. Es ist ja so, daß man in der Gegenwart oft rasch entscheiden, rasch handeln muß. Es ist nicht immer so, daß alle, die das Vertrauen der Bevölkerung haben, zusammengerufen werden können. Infolgedessen sollen wir die hier gegebene Gelegenheit wahrnehmen, um auch dafür Anregungen zu bekommen.

Weiter müssen wir uns darüber unterhalten, wie unsere Arbeit im einzelnen, rein praktisch, rein organisatorisch, gelöst werden soll. Diese Fragen stehen sogar in mancherlei Hinsicht im Augenblick im Vordergrund, denn wir sind in den Wahlkampf hineingegangen ohne eine Organisation, wir waren ja nur wenige Wochen vorher als Landespartei genehmigt worden. Wir hatten kein Sekretariat, wir konnten kaum Redner schicken. Nur da oder dort haben wir Flugblätter hinausgegeben, aber nicht annähernd so viele, als man früher hinausgegeben hätte oder vielleicht auch, als die Konkurrenz hinausgegeben hat. Jetzt aber wird es darauf ankommen, daß wir auch organisatorisch die Voraussetzungen für eine gute Arbeit schaffen. Wir müssen hier eine Planung für die künftigen Satzungen entwickeln, denn sie sollen eine Grundlage für den inneren Aufbau sein. Sie müssen uns dann die Möglichkeit geben, alle Kräfte, die zu uns kommen, einzuspannen und auszurichten auf das gemeinsame Ziel, den Erfolg für die Union, den Erfolg für die bayerische Heimat und für das deutsche Vaterland. Auch hier müssen dann Fragen beantwortet werden, die jetzt bereits an uns gestellt sind. Wir haben schon jetzt, zunächst in der amerikanischen Zone, die Möglichkeit, uns mit Gleichgesinnten zu einer gemeinsamen Partei zusammenzuschließen. Die Verhandlungen sollen bereits nächste Woche beginnen. Deshalb müssen auch diese Fragen in der politischen Aussprache besprochen werden.

Darüber hinaus müssen wir uns noch darüber unterhalten, wie wir uns das Zusammengehen mit den Gleichgesinnten in ganz Deutschland für die Zukunft vorstellen. Auch in dieser Hinsicht werden Anträge eingebracht werden, sie müssen entschieden werden.

Das sind die einzelnen Probleme, die uns beschäftigen werden. Es werden noch etliche dazukommen, es würde zu weit führen, wenn ich sie jetzt alle hier behandeln würde.

Über eines aber wollen wir uns im klaren sein: Bei all dem, was wir hier besprechen, wollen wir daran denken, daß wir eine christliche und soziale Union, eine Einigung sind und alles, was wir sprechen, in diesem Hinblick sprechen. Wenn wir uns auseinandersetzen, dann wollen wir es offen tun, aber doch so, daß auch da das christliche Sozialgebot seine Anwendung findet "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst".

(Sehr richtig! - Beifall. - Zuruf: Auf das warten wir schon lange!)

Wir wollen schon die Themen behandeln und darauf eingehen, aber wir wollen daran denken, daß der Partner, und wenn er vielleicht im Moment auch gegnerisch spricht, doch auch der christliche Glaubensgenosse, darüber hinaus sogar noch Parteifreund ist.

(Sehr richtig! Zuruf: Sie sollen sich schämen!)

Um eines bitte ich aber: Keine Einseitigkeit. Wenn gesprochen wird, dann muß hier offen gesprochen werden.

(Sehr richtig!)

Dann keine heimtückischen Angriffe, keine Schmutzkübel im Hintergrund.

(Sehr richtig!)

Denn da, muß ich schon sagen, ist ein offener Angriff in einer solchen Besprechung noch viel angenehmer als der Schmutzkübel, der von rückwärts ausgegossen wird.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, damit ungefähr die Themenstellung gegeben zu haben. Vergessen wir nicht, wir haben es nicht leicht. Die Konflikte, die bestehen, sind vielleicht etwas zwangsläufig entstanden, aber sie sind doch auch von anderen gefördert, und zwar wesentlich gefördert worden.

(Zurufe: Mit Hilfe der anderen! - Isar-Post!)

Es wird dazwischen geworfen "Mit Hilfe der anderen!" Ich glaube, daß dieser Einwurf vielleicht in etwas nicht ungerechtfertigt ist. *Aber* es kommt darauf an: Wer hat das ausgelöst? Hat nicht etwa nur die vorhandene Unklarheit es ausgelöst, daß Gruppierungen entstehen konnten, die von vorneherein nicht wünschenswert waren und nicht im Sinne der Union waren? Ich gehe dem gar nicht aus dem Wege, ich weiß - um das klare Thema zu behandeln -, daß vor kurzem ein Besuch eines sehr maßgeblichen sozialistischen Führers - ich hätte beinahe gesagt Staatsführers - bei einem sehr maßgeblichen Mann der Königspartei stattgefunden hat, und daß dabei bestimmte Absprachen getroffen wurden, die gerade die Union betroffen haben.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen uns darüber klar sein, und das muß von allen erwartet werden: Hier wird Politik besprochen für die Union,

(Zuruf: Jawohl!)

nicht für irgendeinen, der außerhalb der Union steht.

(Sehr richtig!)

Das gilt für alle Kräfte, das gilt für links wie rechts.

(Zuruf: Gibt es nicht!)

In früherer Zeit ist vielleicht manchmal vermieden worden, die beiden Gefahrenpunkte zu erkennen. In der Hitlerzeit haben wir das sehr wohl sehen können. Wie oft ist agitiert worden mit der kommunistischen Gefahr - und es war nur die Agitation, um die Stimmung des Volkes auszunützen, ohne daß eine Gefahr im Augenblick akut war! Dabei hat man aber verkannt, daß die Gefahr des Rechtsradikalismus, als die der Nationalsozialismus sich zuerst getarnt hat, mindestens genauso groß war, wie die Gefahr, die von links her kam.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich muß das klar aussprechen, weil oft der Vorwurf erhoben wird, wir hätten bisher nur taktiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir mußten irgendwie die Kräfte in der Union zusammenbringen. Wir mußten mit den verschiedensten Menschen verhandeln,

und wir müssen mit weitesten Gruppen des Volkes verhandeln, wenn wir unser Ziel erreichen wollen.

(Sehr richtig!)

Darauf müssen Sie Ihre Arbeit einstellen. Da wird der Vorwurf erhoben, daß man dann vielleicht zuviel Gefühle haben könnte. Ich will es klar sagen für die Kommunisten oder Sozialdemokraten: Das ist eine Dummheit sondergleichen, wenn das der gegenwärtigen Führung der Union vorgeworfen wird.

(Sehr richtig! Zuruf: Die haben für uns auch nichts!)

Wir sehen die Feinde der Union klar und erkennen sie, aber es kommt sehr darauf an, wie man den Gegner angeht.

(Sehr gut !)

Auch da muß klar gesagt werden: Nicht mit alten Methoden!

(Sehr gut!)

Denn sind Sie sich darüber klar: Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, sie haben doch in den Kampfzeiten gegen den Nationalsozialismus ihren Bestand gewahrt, sie sind stark geblieben. Das müssen wir uns immer vergegenwärtigen, wenn heute die Debatte um die Bayerische Volkspartei geht. Sie konnten ihren Bestand wahren, weil sie eine Sammlung von Menschen auf weltanschaulicher Basis waren. Und doch ist der Nationalsozialismus über sie hinweggegangen wie über die anderen Parteien auch! Warum? War es nicht doch so, daß dort wohl die Wähler konstant blieben, daran glaubten, daß aber dann doch die Statik, das Beharrungsvermögen zu stark, zu groß war und daß die Dynamik, die Bewegung darüber hinweglief?

(Sehr gut! - Zuruf: Die Jugend hat gefehlt!)

Erinnern wir uns daran: Welche Auswirkungen hatte allein die unsoziale Liquidation der Inflation! In der Hauptsache wurde die letzte Inflation auf Kosten der festen Lohn- und Gehaltsempfänger liquidiert!

(Sehr richtig! - Widerspruch.)

Dadurch sind neue Unruheherde in der Bevölkerung, in der Schichtung des Volkes entstanden. Es wurde ein Proletariat geschaffen, das zunächst, rein materialistisch gesehen, sozialistisch hätte sein sollen, das aber dann aus der Gefühlsmäßigkeit heraus vaterländisch-sozialistisch sein wollte und damit später nationalsozialistisch wurde.

(Sehr richtig!)

Denken wir daran, daß man damals doch den Versuch hätte unternehmen können, eine bessere Kombination zwischen den Generationen zu finden. Wir hatten die Vorkriegsgeneration, die Kriegsgeneration und die Nachkriegsgeneration, drei auseinanderstrebende Gruppierungen: Die Vorkriegsgeneration blieb doch stark am alten Denken haften. Die Kriegsgeneration hat im Anfang noch - es sei auch hier gesagt -, wenn man an 1918/19 denkt, in der Zeit der Freikorps, den Staat gerettet und durchgerissen. Dann aber gingen die Leute an die Arbeit, dann mußten sie das Brot verdienen, mußten sie eine Existenz suchen. Dann kam die Brücke zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsgeneration, und zwar deshalb, weil die Jungen im Augenblick da standen und nicht wußten wohin. Sie verliehen sich zunächst, später aber sahen sie einen

Mann, der eine gewisse Dynamik, eine Aktivität entwickelte und damit die Jugend mitriß.

(Sehr gut!)

Wollen wir daran denken, wenn wir kleine Fragen, wie nur die Konstruktion der Partei in den Satzungen, überlegen: Auch diese Fragen können sehr wichtig werden, wenn es darauf ankommt, die Dynamik einer Gruppierung von Menschen im politischen Leben zu sichern. Wir müssen die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir keine starre Partei werden.

(Sehr gut!)

Ich kenne und habe vor mir liegen ein taktisches Programm, das die Kommunisten entwickelt haben! "Strategie und Taktik". Es ist neben dem Einheitsprogramm, das die sozialistische Einheitspartei jetzt schaffen will, mit das Interessanteste. Ich will den Inhalt nur dahingehend angeben - wir verlieren sonst zu viel Zeit: Es kommt ihnen darauf an, sich durchzusetzen, auch durch die Beteiligung am demokratischen Staatsaufbau. Sie sprechen klar davon, daß zunächst andere Parteien die Führung in diesem demokratischen Staatsaufbau übernehmen werden. Dann erklären sie:

Wenn es uns gelingt, diese Bewegung in vollem Schwung zu halten und sie nicht in einigen Regierungsämtern und durch einige Gesetze totlaufen zu lassen, dann werden und müssen die Kommunisten, da sie die Aktivsten, Klarsehendsten und Anpassungsfähigsten sind, mit der Zeit die Führung übernehmen.

(Hört, hört!)

Es kommt ihnen also darauf an, in Form einer Bewegung über die Massen, über die starren Parteien hinwegzukommen.

(Sehr gut!)

Halten wir uns das immer vor, werden wir nicht zur starren Partei! Wir haben bewußt den Namen Partei abgelehnt, weil wir eine Gruppierung von Menschen sein wollen, die auch in dieser Hinsicht nicht an das Alte anknüpft,

(Sehr gut!)

eine Gruppierung von Menschen, die christlichen und sozialen Willen haben im Staatsaufbau, im Gesellschaftsaufbau. Hier muß aber die Voraussetzung geschaffen werden, daß der Wille sich auch zur Tat umsetzen kann, daß der Wille nicht nur Programm wird, nicht nur Wort bleibt.

(Sehr richtig!)

Bitte, sorgen Sie hier mit uns dafür, daß die Voraussetzung dafür geschaffen wird! Bleiben Sie nicht im Starren, sonst ist es besser, heute auseinander zu gehen,

(Sehr gut!)

denn dann müssen eben die Menschen sich zusammenfinden, die den Willen haben, der Gefahr klar ins Auge zu schauen und dieser Gefahr zu begegnen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die Gefahr aber wird nicht nur repräsentiert durch die augenblicklichen Parteien, die zum Konkurrenzkampf in den Wahlen antreten, die Gefahr ist viel größer, und zwar

deshalb, weil der Gegner der Zukunft heute vielleicht noch gar nicht richtig zu erkennen ist. Sind wir uns darüber klar:

(Zuruf: Jawohl!)

Heute können wir von Sozialdemokraten, Kommunisten reden, morgen haben wir politische Nihilisten vor uns! Unser Volk ist augenblicklich in einer gewissen Apathie. Viele lassen alle Viere gerade sein.

(Zuruf *Schäffer*: Sind ja gerade!)

Sie nehmen alles an. Sie wollen kommandiert werden. Sie sind noch so stark an Führer gewöhnt, daß sie ohne weiteres akzeptieren würden, wenn heute wieder ein Führer dastünde, weil sie nur immer im alten Trott weitergehen. Sie sind herausgerissen, aber sie sind im Strudel drinnen, jeder einzelne. Und wenn wir nicht scheinheilig sind, sagen wir von uns selbst, daß jeder von uns auch irgendwie im Strudel mit drin ist. Es wäre scheinheilig, wenn einer heute sagen würde, ich sehe absolut klar, daß heute so und so aufgebaut werden muß, daß die Aufgaben so und so bewältigt werden können. Wir müssen uns erst klar werden über unser Denken und Wollen. Wir wollen das dadurch, daß wir hier eine klare Basis genommen haben, eine Basis, die sich durch Jahrtausende bewährt hat, die Basis christlich und sozial.

(Lebhafter Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir treten in die Tagesordnung ein. Bevor wir die einzelnen Punkte der Tagesordnung zur Verhandlung stellen, muß zunächst die Stimmberechtigung klargestellt werden, weil wir sonst schon im Gremium keine Klarheit bei den Abstimmungen schaffen können. Es muß klargestellt werden: Wer ist hier als offizieller Teilnehmer und wer ist hier als Gast.

Ich darf infolgedessen den Antrag des vorläufigen Landesausschusses Ziffer 1 verlesen lassen:

Söllner:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Herrn *Söllner* - mit Ihrer Zustimmung - zum Schriftführer bestellen. Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich dies nachhole.

Ich bitte Herrn *Söllner*, die anderen zur Frage der Stimmberechtigung vorliegenden Anträge zu verlesen.

Schriftführer *Söllner*: Kreisverband Oberbayern.

Die Bezirksvorstandschaft Oberbayern der Bayerischen Christlich-Sozialen Union stellt zur Sitzung des erweiterten Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 folgenden Antrag:

Es wird beschlossen, bis zur Wahl einer endgültigen Landesvorstandschaft der Bayerischen Christlich-Sozialen Union einen neuen vorläufigen Arbeitsausschuß zu bilden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Entschuldigung, ich darf unterbrechen, nur die Stimmrechtsanträge, sonst kommen wir im Moment noch nicht weiter: Alle Anträge, die sich auf die Stimmberechtigung beziehen!

Es liegen noch Anträge vor zum Stimmrecht für Würzburg, Regensburg, Bamberg.

(Zurufe: Und Niederbayern und München!)

In den letzteren Fällen sind nur noch weitere Stimmen beantragt worden. Das darf ich vielleicht aus den Anträgen herausnehmen.

Schriftführer (*Söllner*): Niederbayern:

Der Ausschuß der Christlich-Sozialen Union Landshut hat in seiner Sitzung vom 25. März 1946 folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß bedauert aufs lebhafteste die beständigen Angriffe, die gegenseitig in der Isar-Post ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das hat keinen Sinn, ich bitte, endlich die Anträge zum Stimmrecht vorzulesen.

Schriftführer (*Söllner*): Würzburg:

Die am 25. März 1946 in Würzburg tagende, von allen unterfränkischen Kreisverbänden beschickte Bezirkskonferenz stellt den Antrag, dem Stadtverband Würzburg, entsprechend der Stimmrechtszuweisung an den Stadtverband Nürnberg-Fürth und den Stadtverband Augsburg, die Rechte eines Bezirksverbandes zuzuerkennen und ihm, wie Augsburg, drei Stimmen zuzusprechen, und zwar mit sofortiger Wirkung für den erweiterten Landesausschuß in Bamberg am 31. März 1946.

Christlich-Soziale Union, Bezirksverband Niederbayern:

Der Bezirksverband Niederbayern der CSU stellt folgenden Antrag: Es sind die Stimmrechte der Bezirksverbände für die Tagung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 in Bamberg, gemäß den vorläufigen, derzeit gültigen Landessatzungen (Ziffer 4, Abschnitt a) zu bewerten. Es kommen demnach jedem Bezirksverband so viele Stimmen zu, als der Bezirk Land- und Stadtkreise enthält. Städte, denen die Rechte eines Bezirksverbandes zugesprochen sind, erhalten für je angefangene 50.000 Einwohner eine Stimme. Begründung: Der Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der CSU, der im Schreiben vom 18. März 1946 (Ziffer 1 und 3) enthalten ist, ist rechtsungültig, da er der vorläufigen, derzeit gültigen Satzung, außerdem der inneren Gerechtigkeit widerspricht
Gezeichnet: Dr. *Falkner*, 1. Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf den formellen Antrag verlesen, der vom vorläufigen Landesausschuß gestellt wurde:

Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses: Dr. *Müller*, Dr. *von Müller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*. Schließ-

lich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung: Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Wir treten in die Diskussion über die Frage der Stimmberechtigung ein.

Schäffer: Zur Geschäftsordnung! Meine Herren, ich schlage aus dringenden Gründen vor, daß wir die Debatte über diese Anträge in eine geschlossene Sitzung verlegen, in eine Sitzung, in der nur die stimmberechtigten Vertreter der Bezirksverbände anwesend sind.

Diese Fragen der Stimmberechtigung sind entscheidend für die heutige Landesversammlung und werfen alle Punkte auf, die das interne Verhältnis innerhalb der Partei betreffen. Wer die Einigkeit der Partei hochhalten will, wird sich bemühen, daß diese Debatte offen, sachlich, aber nicht in allzu weitem Kreise erfolgt.

Ich beantrage deshalb Verweisung in eine geschlossene Sitzung. Ich möchte weiter darauf aufmerksam machen: Wir sind heute hier um 16 Uhr zusammengetreten, das heißt, praktisch ist es schon 17 Uhr geworden; ich weiß nicht, wie geplant ist, wie lange die heutige Sitzung dauern soll. Jedenfalls der allergrößte Teil hat so disponiert und disponieren müssen, daß er morgen wieder abfahren muß. Wir müssen infolgedessen in erster Linie das Gewicht darauf legen, daß wir die brennenden organisatorischen Fragen, für die Anträge gestellt sind, möglichst erledigen. Das wird umso besser sein, je kleiner der Kreis derer ist, die sich darüber zu unterhalten und darüber zu beschließen haben. Ich würde deswegen geschäftsordnungsmäßig vorschlagen, daß wir alles, was vor der Öffentlichkeit zu erörtern ist, heute erörtern, und morgen in erster Linie das Gewicht darauf verlegen, das Organisatorische in geschlossener Sitzung unter uns zu besprechen.

Ich stelle deshalb formell den Antrag, die Debatte über die Frage der Stimmberechtigung in eine geschlossene Sitzung zu verlegen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte aber festzustellen, wer Teilnehmer dieser geschlossenen Sitzung des erweiterten Landesausschusses sein soll, Herr *Schäffer*.

(Zuruf *Schäffer*: Ich kann die Antwort gleich geben.)

Dr. *Kroll*: Meine Damen und Herren, als Gastgeber von Bamberg möchte ich hier kurz folgendes sagen: Wir begrüßen die Gäste, die erschienen sind, um zuzuhören. Wir verhandeln keine Sittlichkeitsdelikte.

(Bravo! Sehr richtig!)

Was wir zu verhandeln haben, kann und muß durchaus den Parteifreunden kund werden.

(Sehr richtig!)

Ich sehe keinen Grund ein, warum wir, wie vor einem juristischen Forum, das dunkle Geschichten aufzudecken hat, die Öffentlichkeit, die - wohl bemerkt - aus Parteifreunden besteht, ausschließen sollen.

Ich schlage daher vor, daß wir nur eine Gruppierung vornehmen, daß die Delegierten hier an den ersten zwei Reihen zusammenrücken und die Gäste, wie das wohl auch in den Parlamenten der Welt üblich ist, zuhören dürfen, sofern nicht zwingende Gründe bestehen, daß wir etwas zu verstecken haben. Ich bitte, den Antrag *Schäffer* abzulehnen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Schäffer: Meine Herren, ich kann mich auf geschichtliche Erinnerungen berufen.

(Zuruf: Die sind veraltet!)

In der französischen Revolution war es so, daß die Tribüne die Hauptrolle gespielt hat, und daß die Delegierten des Volkes von der Tribüne vergewaltigt worden sind.

(Sehr richtig! - Widerspruch.)

Wir wollen eine sachliche Arbeit innerhalb der Union leisten. Ich bin gerne bereit, alles, was ich in den sechs Monaten jetzt erlebt habe, miterlebt habe, zu erzählen,

(Zuruf: Das wollen wir gar nicht wissen!)

um die Anträge, die gestellt worden sind, aus diesen sachlichen Momenten und Erinnerungen heraus zu begründen. Aber mir steht über allem der Gedanke an die Union.

(Bravo!)

Mir steht der Gedanke in allererster Reihe, daß die Union, wenn sie als Partei arbeiten will, vor allem geordnet arbeiten will.

(Sehr richtig!)

Ich habe zum Beispiel noch kein Regierungskabinett gesehen, das seine Sitzungen auf dem öffentlichen Marktplatz abgehalten hat.

(Zuruf: Wir sind kein öffentlicher Marktplatz, Herr *Schäffer*!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich protestiere gegen den Ausdruck öffentlicher Marktplatz für diese Sitzung.

(Lebhafte Zustimmung. - Allgemeine Unruhe im Saal.)

Schäffer: Ich weise diesen Protest in aller Form zurück. Aber, wenn ich -

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich bin Vorsitzender und darf jetzt dazwischen werfen: Wenn sie eine Beleidigung für das Gremium aussprechen würden, müßte ich mich gezwungen sehen, Ihnen das Wort zu entziehen.

(Bravo!)

Schäffer: Meine Herren, ich möchte nur wissen, inwiefern ich jemanden beleidigt habe, wenn ich den Satz aufstelle, daß es eine selbstverständliche Voraussetzung jeder sachlichen Beratung über Gegenstände ist - wie ich es in meinem Kabinett auch gemacht habe -

(Zuruf: Das ist kein Kabinett, das interessiert uns nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.

Schäffer: - daß ich diese sachliche Beratung im Kreise derer führe, die darüber abzustimmen haben, und das Ergebnis einer Beratung dann vor der Öffentlichkeit vertreten wird. Deswegen habe ich das Bild gebraucht. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein Regierungskabinett und keine verantwortliche Körperschaft auf einem öffentlichen Marktplatz tagt, sondern in einem Ratszimmer. Ich weiß nicht, inwiefern das eine Beleidigung für irgendeinen der Anwesenden ist.

Wir haben in München darüber gesprochen, Herr Vorsitzender. Sie haben mir in München zugesagt -

(Zuruf des Vorsitzenden: Nein!)

- Sie haben mir in München zugesagt, daß diese Themen, die die Parteiorganisation betreffen, in geschlossener Sitzung behandelt werden.

(Zurufe: Darüber können wir jetzt abstimmen. - Nein, das ist nicht in München beschlossen worden!)

Deswegen habe ich diesen Antrag hier gestellt, von dem ich sogar annahm, daß er ohne weiteres Ihre eigene Zustimmung findet, Herr Dr. Müller. Ihre Meinung scheint sich inzwischen geändert zu haben. Ich stelle lediglich fest, mich bestimmen rein sachliche Gründe.

Wenn wir die Frage der Stimmberechtigung aufwerfen, müssen wir auch die Frage aufwerfen, warum schon in dem vorbereitenden Ausschuß die Erklärung abgegeben worden ist, daß der Beschluß des vorbereitenden Ausschusses als satzungswidrig gar nicht möglich ist, und daß alle Beschlüsse, die wir fassen würden, satzungungültig wären, ganz abgesehen davon, daß sie der inneren Gerechtigkeit widersprächen. Aber ich meine, das könnte man im internen Kreis auch. Wir haben eine Tagesordnung und sollten uns an diese halten. In der Tagesordnung heißt es: 1. Punkt, Bericht über die Tätigkeit; 2. Punkt, Bericht der Bezirksvorsitzenden; 3. Punkt, ich glaube, die Arbeitsausschüsse oder so etwas ähnliches.

Ich würde vorschlagen, daß wir bei der Tagesordnung bleiben und uns zunächst an die Tagesordnung halten. Wir haben in München darüber gesprochen. Ich wiederhole es noch einmal: es ist ganz selbstverständlich, daß diese innerparteiorganisatorischen Fragen in diesem Gremium gar nicht erörtert werden können. An der Erörterung müssen die beteiligt sein, die hierzu delegiert sind, sonst niemand.

(Sehr richtig! Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen noch nicht zur Abstimmung, leider. Es handelt sich um folgendes: Herr *Schäffer* hat selbst den Einwand gebracht, der gegen seine ganze Rede möglich ist, indem er sagt, wir sollen dann abstimmen.

Ich kann nicht in die Tagesordnung eintreten, bevor klargestellt ist, wer abstimmen kann.

(Zuruf: Die Delegierten!)

Ganz klar. Infolgedessen muß die Frage des Stimmrechts die erste Frage sein, die behandelt wird.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Bei Festlegung der Tagesordnung war es noch nicht bekannt, daß der Antrag für den vorläufigen Landesausschuß, den ich verlesen habe, gestellt wird. Die Besprechung des vorläufigen Landesausschusses, die Herr *Schäffer* erwähnt, ist, wie ich mich mit Recht erinnern zu können glaube, nicht richtig wiedergegeben.

Ich bitte, damit nicht zu viel Temperament hereinkommt, vielleicht einen unserer ruhigsten Teilnehmer, den Staatssekretär *Krehle*, der bei der Sitzung zugegen war, festzustellen, ob eine solche Zusage gegeben wurde.

Krehle: Meine Damen und Herren! In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Landesausschusses ist auf Wunsch des Herrn Staatsrat *Schäffer* beschlossen worden, daß alle Fragen, die den Konflikt in der Union berühren, nach Möglichkeit in geschlossenem Kreis verhandelt werden, aber nicht die organisatorischen Fragen.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dann weiterfahren. Es wird ein Gegenantrag gestellt. Ich muß den Gegenantrag -

(Zuruf: Es ist kein Gegenantrag!)

Dr. *Horlacher*: Ich möchte nur ganz kurz sprechen. Wir sind doch in einer Versammlung von Parteifreunden. Wir sind keine Volksversammlung und haben kein Bedürfnis danach, daß die Dinge, die den Aufbau und die Organisation der Union betreffen, öffentlich diskutiert werden.

(Zuruf: Jawohl!)

Wir brauchen das Licht der Öffentlichkeit vor unseren Parteifreunden nicht zu scheuen, wir können uns ruhig hier auseinandersetzen. Ich nehme auch an, daß wir der Union Ehre machen werden, nämlich ihrem Namen christlich, daß die Auseinandersetzungen in einer ruhigen, vornehmen und sachlichen Weise geführt werden.

(Bravo!)

Da braucht dann nichts das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Viel gefährlicher ist es, in geheimen, abgeschlossenen Konventikeln das oder jenes herauszugreifen, das oder jenes anzugreifen. Es bleibt dann doch nicht auf diese geheimen Konventikel beschränkt, sondern hier schleicht dann das Gift durch das Land, und das wollen wir nicht mehr haben.

Also, meine lieben Parteifreunde, ich bitte Sie, diese Dinge in aller Öffentlichkeit in vornehmer und sachlicher Auseinandersetzung zugunsten der Union zu entwickeln, damit die Vertreter des Landes ihren Leuten draußen einen Rechenschaftsbericht geben können, auf den diese Anspruch haben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich verlese einen Gegenantrag von Dr. *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal. Delegierte setzen sich getrennt.

Die Debatte geht weiter. Es hat sich gemeldet Herr Dr. *Barth*.

Dr. *Barth*: Staatsrat *Schäffer* hat zu Beginn seiner kurzen Rede davon gesprochen, daß in der französischen Revolution das Parlament unter dem Druck der Tribüne gestanden hätte. Es scheint mir, als hätte er beabsichtigt, die Delegierten hier als Parlament zu bezeichnen und die Gäste als Tribüne. Ich glaube, dieser Vergleich hinkt.

(Sehr richtig!)

Er hinkt ganz gewaltig.

(Sehr richtig! - Zuruf: Das haben wir gerade gehört!)

Wir sind hier kein Radauklub wie damals.

Ich unterstütze den Antrag von Dr. *Kroll*, daß die Delegierten gesondert von den anderen sich an der Tafel zusammensetzen, an der auch Herr Dr. *Müller* seinen Platz hat.

Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Das, was ich ausführen wollte, hat mir Herr Dr. *Müller* schon vorweggenommen. Die Disposition unserer Beratung ist doch mit der Natur der Sache gegeben. Es ist doch ganz klar, daß zunächst Klarheit darüber geschaffen werden muß, wer abstimmungsberechtigt ist, und daß erst dann Beratungen und Abstimmungen erfolgen können. Wenn also ursprünglich vielleicht nach der Reihe der Eingänge der Anträge eine andere Disposition der Tagesordnung vorgesehen war, möchte ich doch sagen, die Forderung, wie sie jetzt aufgestellt wird, ist doch

das allein Vernünftige. Warum wollen wir uns heute mit dem Bericht der einzelnen Arbeitsausschüsse befassen, während dringendere Dinge zu erledigen sind. Herr Staatsrat *Schäffer* hat selbst gesagt, daß eine Reihe von Teilnehmern morgen im Laufe des Vormittags wieder wegfahren muß. Warum wollen wir nun die Parteifreunde von der Beratung der wichtigsten Punkte ausschließen? Diese wichtigsten Punkte kommen dann zur Beratung, wenn die Frage des Stimmrechts geklärt ist.

Ich sehe darin auch keine Gefahr, meine Herren. Denn wenn es um unsere Christlich-Soziale Union so bestellt wäre, daß schon die Frage, wer stimmberechtigt ist, gefährlich ist und gescheut werden muß, dann ist der Name Union nicht berechtigt.

(Zustimmung.)

Wir sind doch alle in der Lage, über rein sachliche Dinge rein sachlich zu sprechen. Ich komme zum Beispiel für Nürnberg. Was kann uns passieren? Es kann uns abgesprochen werden, daß Nürnberg/Fürth eigenes Stimmrecht neben Mittelfranken hat. Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn die Mehrheit das beschließt, bin ich genauso ruhig und mein Puls wird genauso langsam gehen wie vorher. Das sind doch alles Dinge, die uns nicht irgendwie ernsthaft in Erregung bringen können, die brauchen wir auch nicht vor unseren Parteifreunden irgendwie zu verstecken. Die können ruhig zuhören. Ich halte den Antrag von Dr. *Kroll* für sachdienlich. Ich halte auch die Art des Verfahrens, wie Dr. *Kroll* sie vorgeschlagen hat, für vollkommen unbedenklich.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Sporer*, bitte melden Sie sich schriftlich. Herr *Schäffer* hat sich zuerst gemeldet gehabt.

Schäffer: Ich stelle fest, ich habe ganz ruhig, sachlich, geschäftsordnungsmäßig einen Antrag gestellt, nämlich entsprechend unserer Vorsprache in München die parteiorganisatorischen Fragen, die auch den Konflikt zur Sprache bringen, in geschlossener Sitzung der Delegierten zu beraten. Das hat zwei Gründe.

Nummer 1: An der Debatte über parteiorganisatorische Fragen können sich nach meinem Dafürhalten überhaupt nur die Delegierten beteiligen, die das Stimmrecht haben. Das ist selbstverständlich. Wer unter Ihnen, der schon einmal mit Satzungen gearbeitet hat, ganz gleich, ob das eine Innung oder sonst etwas ist, und der ein Gremium zusammensetzt, das einen Vorstand und Ausschüsse nach Zuständigkeit hat, lädt zu den Vorstands- und Ausschußsitzungen irgendwelche Gäste ein? Wozu hat man denn Delegierte? Ist denn der Begriff "Satzung" und "satzungsmäßiges" Vorgehen bei uns überhaupt verloren gegangen? Sind wir denn nicht nur Leute, die im Auftrag handeln? Wenn ich hier stehe, stehe ich deshalb hier, weil mich jemand gewählt hat, weil mir jemand sein Vertrauen geschenkt hat, weil ich den vertrete. Ich rede doch nicht in meinem Namen, ich rede im Namen der Organisation, der Wählerschaft, die ich vertrete. Ich bitte doch daran zu denken, daß man als Gewählter ein Amt und eine Pflicht hat, und daß ich als Gewählter nur im Namen dieses Amtes und dieser Pflicht hier reden kann.

Ich bitte also, die Dinge doch so zu lassen, wie sie wirklich sind. Wir haben Satzungen, wir müssen überall Satzungen haben, wir müssen unsere Gesetze haben und müssen uns an diese Gesetze halten. Diese Gesetze sagen, daß die Zuständigkeit für die Beratung, die Zuständigkeit für die Beschlußfassung in gewissen Themen an Mandate gebunden ist, und daß infolgedessen nur die Mandatsträger in solchen Fragen reden können. Ich habe ausdrücklich gebeten - ich bitte, sich an das zu erinnern, was ich gesagt habe -

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, darf ich Sie bitten, sich etwas kurz zu fassen. Wir haben nur zwei Tage Zeit für die hochpolitischen Fragen.

Schäffer: Deshalb spreche ich, weil ich will, daß ein Ergebnis aus dieser Tagung herauskommt.

(Zuruf: Das wollen wir alle!)

- Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, sondern ruhig vortragen zu lassen.

Ich verweise auf die Tagesordnung, die wir alle vorliegen haben. In dieser Tagesordnung haben wir vier Punkte, in denen überhaupt keine Abstimmung vorgesehen ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, Sie wiederholen sich.

Schäffer: Herr Vorsitzender, es hilft Ihnen nichts, Sie werden mir das Wort nicht verbieten können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn Sie sich wiederholen und damit bewußt die Arbeit nicht ermöglichen, muß ich Ihnen das Wort entziehen.

Schäffer: Weil Sie gesagt haben, es sei notwendig, daß jetzt die Abstimmung über die Stimmberechtigung erfolgt. Das ist nach der Geschäftsordnung nicht notwendig. Nach der Geschäftsordnung haben wir zuerst den Bericht des vorläufigen Landesvorsitzenden, den wir noch nicht gehört haben, den Bericht der Bezirksvorsitzenden, den Tätigkeitsbericht der Arbeits- und Parteiausschüsse. Wir können außerdem die Stellungnahme zur Regierungspolitik formulieren und zur allgemeinen politischen Aussprache kommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, das haben Sie vorhin schon gesagt. Ich entziehe Ihnen das Wort.

Schäffer: Ich unterwerfe mich nicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich entziehe Ihnen das Wort.

Schäffer: Das können Sie gar nicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin Vorsitzender und habe hier die Verantwortung.

Schäffer: Herr Vorsitzender, dann empfehle ich meinen Freunden,-

(Zurufe und Gegenrufe! - Zuruf: Wer redet hier, Bamberg oder München?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

(Zuruf: Das lassen wir uns nicht gefallen.- Gegenrufe: Große Unruhe im Saal.

- Zuruf: Und das heißt sich Christlich-Soziale Union! - Zuruf *Schäffer*.)

Herr *Schäffer*, ich habe Ihnen das Wort entzogen.

Schäffer: Meine Herren, ich lasse mir das Wort nicht entziehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Frau *Speicher*.

(Zuruf *Schäffer*: Ich lasse mir das Wort nicht entziehen, ich muß meinen Antrag begründen können.)

Frau *Speicher*: Herr *Schäffer*, ich will wahrscheinlich so reden, wie Sie es gerne hören, nicht weil Sie es gerne hören, sondern weil ich annehme, daß es der Versammlung dienlich ist. Die Erregung, die jetzt hereingebracht wurde, kann nicht weitergehen. Herr *Schäffer* - einen Augenblick, nicht unterbrechen, Herr *Schäffer* -, wir haben genau gehört, was Sie wollen. Die Gegenseite hat sich auch genau äußern können. Ich glaube, alle, die jetzt im Saale anwesend sind, können aus dieser Sachlage heraus entscheiden. Wir können ruhig jetzt sagen, die Delegierten stimmen ab. Statt dieser langen Diskussion hätten wir inzwischen längst abgestimmt. Und so eine große und wichtige Frage, daß sie die Versammlung sprengen würde, ist das sicher nicht. Also, bitte,

Herr *Schäffer* -

(Zuruf *Schäffer*: Es ist die wichtigste Frage! - Weitere Zurufe.)

Es ist insofern nicht so wichtig: Ob es nun ein paar Stimmen mehr oder weniger sind, wird doch keine so große Rolle spielen und die Sache nicht entscheidend ändern. Noch etwas meine Damen und Herren! Lassen Sie doch einen Redner sprechen. Er wird sich dann kürzer fassen, er wird geneigt sein, eher abzubrechen. So aber kommt er immer in Erregung. Wir wollen nicht die Gepflogenheiten annehmen, wie sie in Volksversammlungen üblich sind. Der Vorsitzende wird den Redner, wenn er nicht unterbrochen wird und sich trotzdem wiederholt, in aller Ruhe darauf aufmerksam machen können, daß er zu lange spricht. Wenn aber der Redner dauernd unterbrochen wird und dieser Lärm hereinkommt, kann überhaupt keine Ordnung mehr sein. Ich bitte Sie, im Interesse der Union alle diese Sympathien oder Antipathien für die eine oder andere Seite zurückzudrängen und Geduld zu üben. Nur dann kommen wir zu ersprießlichen Beratungen.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind von zwei Herren Anträge auf Schluß der Debatte gestellt worden. Wir kommen zunächst zum Antrag auf Schluß der Debatte. Spricht jemand gegen den Antrag? - Herr *Schäffer* hat das Wort.

(Zuruf: *Sporer*: Ich habe schon vorher ums Wort gebeten!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist zunächst über den Antrag auf Schluß der Debatte zu sprechen.

Schäffer: Ich bitte, mich ruhig anzuhören, meine Damen und Herren. Sie sind sich über die Bedeutung der Situation nicht im klaren.

(Widerspruch.)

Sie sind sich nicht im klaren.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Vollständig, Herr *Schäffer*!)

Ich frage einmal an, wie jetzt eigentlich über den Antrag abgestimmt werden sollte. Wir müssen uns doch darüber aussprechen, wer jetzt darüber abstimmt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist ja der Antrag des Vorsitzenden!)

Wir haben entgegengesetzte Anträge, über die wir in eine sachliche Debatte eintreten müssen. Wir haben Anträge, die vollkommen entgegengesetzt sind. Der Antrag Niederbayern ist korrekt gestellt. Es ist noch gar nicht bekanntgegeben, daß dieser Antrag vom Kreisverband München-Stadt in aller Form unterstützt worden ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen, Herr *Schäffer*. Wir sind leider Gottes noch nicht bei der Debatte über diese Anträge, sondern wir sind noch bei der Debatte, ob überhaupt darüber beschlossen werden soll. Ich bitte, das nicht zu vergessen.

Schäffer: Der Schluß der Debatte bezieht sich auf den Antrag *Kroll* und auf meinen Antrag, getrennt abzustimmen? - Gut!

Dr. *Nerretter*: Zur Geschäftsordnung eine Frage: Haben die Kreisverbände, deren Stimmrecht anscheinend bestritten werden soll, jetzt Stimmrecht oder nicht?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren. Bei dem Antrag auf Schluß der Debatte bitte ich, keine Formalität zu erheben. Wir müssen praktisch vorgehen. Deswegen schlage ich vor, bei dem Antrag auf Schluß der Debatte stimmen wir ge-

geschlossen ab. Es hat keinen Sinn, jetzt zu unterscheiden. Es muß eine Grundlage geschaffen werden, dann können wir erst über die Frage der Stimmberechtigung entscheiden.

Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? -

Die Debatte ist geschlossen.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Gegenantrag *Kroll*.

(Zuruf *Sporer*: Ich habe zuvor ums Wort gebeten!)

Ist überholt durch die Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte.

Damit kommen wir zum Gegenantrag *Kroll*. Der Gegenantrag lautet:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

Schäffer: Zur Abstimmung! Ich bitte, über meinen Antrag zuerst abstimmen zu lassen. Vorsitzender [*Josef Müller*]: Normalerweise wird über einen Gegenantrag zuerst abgestimmt. Es ist überall so, daß über den Gegenantrag zuerst abgestimmt wird, wenn zwei konträre Anträge vorliegen. Hier gilt das umso mehr, als der Antrag *Kroll* sogar, wenn man formalistisch vorgehen will, der weitergehende Antrag ist.

Schäffer: Der weitergehende ist mein Antrag, ganz selbstverständlich.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich übernehme die Verantwortung dafür und stimme in gleicher Weise wie vorhin ab über den Gegenantrag *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

Wer ist dagegen?

(Zuruf: Wer hat Stimmrecht?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zunächst alle miteinander.

(Widerspruch.)

Wir müssen weiterkommen. Ich kann nicht an Formalitäten jetzt alles scheitern lassen.

(Zuruf: Dann hättet Ihr uns gar nicht einladen sollen, dann macht, was Ihr wollt, alleine!)

Dr. *Rindt*: Ich stelle folgenden Antrag:

Es stimmen über diesen Antrag die bisherigen Delegierten und die Antragsteller für weitere Stimmen.

(Zuruf *Schäffer*: Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut ich bin damit einverstanden.

Wer ist gegen den Antrag *Rindt*? - Niemand.

Wer ist für den Antrag? - Alle.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind uns klar. Herr *Rindt*, bitte, erklären sie noch einmal:

Es stimmen über diesen Antrag ab -

Dr. *Rindt*: Erstens, wer Delegierte gesandt hat, also die Delegierten. Zweitens, die Antragsteller, die Anträge gestellt haben über zusätzliche Delegierte.

(Zuruf *Schäffer*: Das sind die Städte Würzburg und Regensburg glaube ich.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Und dazu, nachdem das vorhin beantragt wurde, die Leute des vorläufigen Landesausschusses, das ist selbstverständlich.

(Zuruf: Die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse nicht?)

Nein.

Schäffer: Ich bitte, zunächst die Zahl derer festzustellen, die jetzt abstimmen müssen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, an dieser Kleinigkeit wollen wir es wirklich nicht scheitern lassen und die kostbare Zeit nicht verlieren.

Ich verlese nochmals den Gegenantrag *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor, daß die Delegierten, die abstimmen dürfen, aufstehen, damit ein klares Bild entsteht.)

Gut, alle die nach dem Antrag *Rindt* abstimmungsberechtigt sind, stehen jetzt auf.

Jetzt bitte ich: Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? Den bitte ich die Hand zu heben. - Es sind 16 dagegen.

Wer ist für den Antrag? - 39.

Der Antrag *Kroll* ist angenommen.

(Beifall.)

Meine Herren, ich darf jetzt vielleicht bitten, in Zukunft bei diesen Fragen Beifalls- und Mißfallenskundgebungen zu unterlassen. Wir bekommen sonst eine unnötige Hitze herein.

(Zuruf: Antrag *Kroll* durchführen, die Delegierten zusammenziehen!)

Wir müssen nachher noch einmal umgruppieren. Ich bitte, vorher den Antrag *Kroll* durchzuführen. Die Delegierten bleiben beisammen, die anderen tauschen vielleicht die Plätze.

Dr. *Horlacher*: Ich mache den praktischen Vorschlag - er ergibt sich aus der praktischen Gruppierung -, daß die Delegierten aufstehen und die Nichtdelegierten, die dazwischen sitzen, die Plätze tauschen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es bleiben hier sitzen: die Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses, die Delegierten der Bezirke und zunächst die Mitglieder des Kabinetts. Alle anderen bitte ich, von diesem Tisch wegzugehen.

(Die Umgruppierung erfolgt.)

Ich darf, weil jetzt einige Unklarheiten bestehen, eben die Vertreter der Bezirke bekanntgeben. Zunächst brauche ich noch nicht die Namen. Ich brauche die Zahl der Delegierten der einzelnen Bezirke hier an dem Tisch.

Ich bitte, die einzelnen Bezirke rasch vorzulesen.

Schriftführer:

München-Stadt: Staatsrat *Schäffer*, Direktor *Pflaum*, *Sedlmayr*, -

(Zuruf: Statt *Sedlmayr*: *Heubl*!)

Schäffer: Wenn ich gleichzeitig im vorläufigen Landesausschuß sein sollte, ernenne ich für München an meiner Stelle einen anderen Delegierten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Recht haben Sie. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir das nachher klarstellen müssen.

(Zuruf *Schäffer*: Für diesen Sonderfall bestimme ich Herrn *Weiss* für mich.)

Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein stimmberechtigtes Mitglied hier in zwei Eigenschaften erscheint, und zwar sowohl als Mitglied der Landesvorstandschafft wie auch als etwaiges Mitglied eines Bezirksverbands, ist es selbstverständlich, daß er zunächst in seiner höheren Eigenschaft hier konsultiert und mitbeschließt. Es hat jeder Kreisverband die Möglichkeit, fünf Personen zu benennen, und er muß nicht ausgerechnet einen benennen, der gleichzeitig Mitglied der Landesvorstandschafft ist. Ich muß daher sagen, der Kreisverband München ist durchaus berechtigt, außer Staatsrat *Schäffer* noch weitere fünf Mitglieder zu benennen. Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wurde bisher nicht bezweifelt, Herr Dr. *Lacherbauer*. Also bitte ich, daß die beiden Herren feststellen -

(Zuruf *Schäffer*: Allenfalls *Weiss*. - Zuruf: *Sporer*!)

Schriftführer:

Pflaum, Heubl als Vertreter für *Sedlmayr, Frau Dahm, Holzer*

(Zuruf: Und *Sporer*!)

und *Sporer*.

Oberbayern: Dr. *Hundhammer*

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: An meiner Stelle *Detsch* (Rosenheim), weil ich als Mitglied der Landesleitung stimmberechtigt bin.)

Schweiger, Schäfer (Ingolstadt), *Reiser, Miesgang*.

(Zuruf: Statt *Miesgang*: Frau *Hahn* (Krailling))

Niederbayern: Dr. *Falkner, Brandner, Lobinger, Kübler*,

(Zuruf: Statt *Kübler*: *Ramelsberger*!)

Frau *Böcht*.

(Zuruf: Statt Frau *Böcht*: *Weinberger*!)

Oberpfalz: *Krempl, Hegelweiser*,

(Zuruf: Statt *Hegelweiser*: *Etterer*!)

Etterer statt *Hegelweiser*, *Ortloph, Dr. Debus*,

(Zuruf: Statt *Debus*: *Gierl*!)

Gierl statt *Debus*, Frau *Deku*,

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist Frau *Deku* da?

(Zuruf: Statt Frau *Deku*: *Held*!)

Schriftführer:

Held.

Schwaben: *Stegerwald, Dr. Rothermel, Burges, Dr. Jahn, Boehlke*.

Augsburg-Stadt: Dr. *Rindt, Imler, Weinkamm*.

Oberfranken: Dr. *Barth, Haußleiter, Blaser, Dr. Busch, Dr. Kroll*.

Mittelfranken: *Mack, Stücklen, Weinzierl, Klenk, Dr. Herding*.

Nürnberg-Stadt: Dr. *Nerreter, Konrad*,

(Zuruf: Für *Konrad*: Dr. *Arnold*!)

Speicher, Ulrich, Euerl.

Unterfranken: Dr. Dürr, Dr. Bergsträsser.

(Zuruf: An und für sich sind für Unterfranken bestellt: Dr. Dürr, Dr. Kroth, Karpf, Sauer, Döppert. Für den Fall, daß dann unser Antrag genehmigt wird, benennen wir nochmals drei.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die drei, solange das noch nicht genehmigt ist, nicht mitstimmen zu lassen.

Schriftführer: Und Dr. Bergsträsser, Dr. Bühner?

(Zuruf: Die entfallen vorläufig.)

Also: Dürr, Kroth, Karpf, Sauer, Döppert.

Stimmberechtigt sind weiter der vorläufige Landesausschuß:

Dr. Eichhorn, Dr. von Eicken, Dr. Horlacher, Dr. Hundhammer, Dr. Lacherbauer, Krehle, Dr. von Miller, Staatsrat Schäffer, Schwingenstein, Steber, Dr. Müller, Dr. Baumgartner, Dr. Pfeiffer, Helmerich, Ehard.

(Zuruf: Dr. von Eicken fehlt; kann dafür Herr Schlögl abstimmen?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird gefragt, ob Herr Schlögl an Stelle von Dr. von Eicken das Stimmrecht ausüben soll. Es ist also die Frage der Übertragung des Stimmrechts bei Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses aufgetaucht. Ich glaube, in dem Falle davon ausgehen zu können, daß das Stimmrecht bei Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses eigentlich nicht übertragen werden sollte. Die sind für ihre Person in den vorläufigen Landesausschuß gewählt, infolgedessen können sie ihr Stimmrecht nicht übertragen.

Teilt die Delegiertenversammlung diese Auffassung? - Kein Widerspruch, akzeptiert. Dann treten wir in die Debatte über die beiden Anträge ein.

Ein Teilnehmer: Wir haben vorhin festgestellt, daß von Seiten der Gäste sehr viele Mißfallens- und Beifallsäußerungen zum Ausdruck gebracht wurden. Ich möchte die Landesversammlung bitten, dahingehend Stellung zu nehmen und einen Beschluß herbeizuführen, nach den üblichen parlamentarischen Methoden zu verfahren, wie dies auch früher der Fall war, daß die Gäste, die hier sind, an der Tagung teilnehmen und sich alles anhören, was besprochen und beraten wird, aber so wenig wie möglich oder gar nicht sich mit Beifalls- und Mißfallensäußerungen daran beteiligen. Denn dadurch würde nur die Arbeit in unserem fortschrittlichen Stadium behindert werden. Es war auch früher nirgends bei einer Partei so gewesen, und wir dürfen das auch nicht einreißen lassen, sonst würde das Wort Delegierter ohne weiteres überflüssig werden. Ich bitte, diese Anregung eventuell als Antrag zu betrachten und darüber abzustimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß es zunächst noch nicht nötig ist, einen formellen Antrag zu stellen. Ich bitte mit Rücksicht darauf, daß wir nur wenig Zeit haben, daß zunächst nur die Delegierten sprechen und die anderen warten.

Ein Teilnehmer: Ich bin nur als Gast. Wir haben die weite Reise gemacht und werden hier dauernd als Eindringlinge behandelt. Was tun wir überhaupt hier? Da kann jemand den Antrag stellen, die ganzen Gäste sollen hinausgeworfen werden, dann sind sie weg.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte zu entschuldigen, ich muß eine strenge Disziplin durchführen.

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Die Verhältnisse liegen praktisch so, daß wir uns in der Union im vorläufigen Aufbau befinden. Diese Tagung hier muß manches ersetzen, was wir durch eine ordnungsgemäße Landesversammlung vorerst noch nicht erledigen können. Ich sehe gar nicht ein, daß wir gegenüber unseren Parteifreunden, die heute zwar kein Stimmrecht haben, die aber als Gäste geladen sind, so engherzig sein sollen. Ich stehe auf dem Standpunkt: Je mehr die Klärung in diesem größeren Kreise erfolgt, desto besser ist es für die Union. Ich würde bitten, daß wir nicht den engherzigen Rahmen und diese Starrheit, die sich manche Leute auferlegen wollen, hier anwenden. Wir wollen in der Union ein dynamisches Gebilde werden, nicht eines in juristisch starren Formen. Ich weiß die Hintergründe nicht, warum die Diskussion momentan erstarren soll. Ich würde bitten, hier großzügig und nicht engherzig zu handeln, denn wir befinden uns ja in einem vorläufigen Aufbau-Stadium.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir brauchen keinen formellen Antrag. Wenn ein Parteifreund etwas zu sagen hat und es ist wichtig, so mag er es sagen. Ist es unwichtig, dann werde ich mir erlauben darauf hinzuweisen, daß die Redezeit in der Hauptsache für die Delegierten vorgesehen ist.

Wir kommen nun zur Debatte über den Antrag Niederbayern und den Antrag des Landesausschusses. Die Anträge sind Ihnen bekannt.

Niederbayern stellt den weitergehenden Antrag:

Es sind die Stimmrechte der Bezirksverbände für die Tagung des Erweiterten vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 in Bamberg, gemäß den vorläufigen, derzeit gültigen Landessatzungen (Ziffer 4. Abschnitt a) zu bewerten. Es kommen demnach jedem Bezirksverband so viele Stimmen zu, als der Bezirk Land- und Stadtkreise enthält. Städte, denen die Rechte eines Bezirksverbandes zugesprochen sind, erhalten für je angefangene 50.000 Einwohner eine Stimme.

Begründung:

Der Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der CSU, der im Schreiben vom 18. März 1946 (Ziffer 1 und 3) enthalten ist, ist rechtsungültig, da er der vorläufigen, derzeit gültigen Satzung, außerdem der inneren Gerechtigkeit widerspricht.

Ich bitte zunächst Niederbayern den Antrag zu begründen.

Dr. *Falkner*: Ich habe die Begründung schon in den Antrag aufgenommen. Sie haben sie auch verlesen. Rein juristisch widerspricht die Abstimmungsberechtigung, die Sie festgelegt haben, meiner Ansicht nach den Satzungen. Vielleicht könnte der entscheidende Passus der Satzungen verlesen werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen dann darauf.

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zu dem Antrag Niederbayern folgendes bemerken: Bei der letzten Zusammenkunft in München ist eine vorläufige Satzung beschlossen worden. An die Bestimmungen dieser vorläufigen Satzung lehnt sich offenbar der Antrag Niederbayern an. Nach dieser Satzung würde, wie es hier schon gesagt worden ist, sowieso jedem Kreisverband, also in dem Falle Kreisverband gleich Landratsbezirk, eine Stimme zukommen. Wir hätten dann in dem Falle auch eine gerechte Verteilung der Stimmen auf die Unterverbände. Es sind Unterverbände da, allerdings nicht alle aus ganz Bayern, leider nicht. Man hätte sich ja gegenseitig vertreten können. Dann wäre die Stimmerechtigung auf das ganze Land verteilt gewesen. Mit dieser Regelung wären auch die Anträge, die von Regensburg und Würzburg vorliegen, eigentlich

bewilligt gewesen, weil dann ja für je 50.000 angefangene Einwohner ihnen eine Stimme zugekommen wäre.

Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß eine einmal beschlossene Satzung auch eingehalten werden muß, und daß man nach dieser Satzung, um korrekt zu verfahren, die Stimmen verteilen muß. Ich unterstütze deswegen den Antrag Niederbayern, wobei ich ausdrücklich auf die rechtlichen Konsequenzen und die rechtliche Seite der ganzen Angelegenheit hinweise.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich folgendes bemerken: Der Standpunkt des Herrn Dr. *Hundhammer* war mir vorher bekannt. Der Beschluß der Landesversammlung, den ich vorgelesen habe, und der Ihnen nachher noch im einzelnen bekanntgegeben wird, ist schon vor einiger Zeit gefaßt worden. *Hundhammer* war nicht da, er ist dann weggegangen. Mittlerweile hat das Bezirkssekretariat von Oberbayern bei der Militärregierung von Oberbayern in Aussicht gestellt, daß dieses Vorgehen, wie es hier vorgesehen worden sei, illegal ist. Es wurde dabei sogar ein Ausdruck gebraucht, zum mindesten bestätigt, der zu weit ging. Ich habe mich deswegen veranlaßt gesehen, die Anträge, die der Landesausschuß noch gestern früh beschlossen oder bestätigt hat, der Militärregierung für Bayern vorzulegen, weil ich auf jeden Fall den Vorwurf der Illegalität oder der Schiebung vermeiden will.

(Sehr richtig!)

Ich habe an die Militärregierung folgendes Schreiben gerichtet, ich bitte es zu verlesen.

Schriftführer:

An die
Militärregierung für Bayern
zu Händen von Herrn Major *Vacca*
München.

Betrifft: Christlich-Soziale Union.

Die Landessatzung der Christlich-Sozialen Union, die der Militärregierung bei der Anmeldung vorgelegt wurde, kann erst in Kraft treten, wenn eine Landesversammlung zusammentreten und wählen kann. Dies ist im Augenblick noch nicht möglich, weil der organische und demokratische Aufbau der Kreis- und Ortsverbände noch nicht restlos abgeschlossen ist.

Es müssen aber für die Christlich-Soziale Union schon jetzt Entscheidungen getroffen werden, die voraussetzen, daß der die Entscheidung Treffende das Vertrauen der Mehrheit der Union genießt. Um diese Notwendigkeit zu sichern, hat der vorläufige Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 beschlossen, zum 31. März 1946 einen aus dem ganzen Land beschickten erweiterten Landesausschuß nach Bamberg einzuberufen und ihm die Entscheidung über den grundsätzlichen Aufbau zu übertragen. Der Tagungsort Bamberg war in der vorausgehenden Sitzung des erweiterten Landesausschusses vom 8. Januar 1946 festgelegt worden.

Aufgrund einer Rücksprache des vorläufigen Landesvorsitzenden bei der Militärregierung hat der vorläufige Landesausschuß seinen Antrag wie folgt abschließend formuliert:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen.

Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

(Angekündigt ist ein Antrag der Christlich-Sozialen Union Würzburg auf deren Anerkennung als Bezirksverband mit zwei Stimmen Stimmrecht.)

Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:

Dr. Müller, Dr. von Miller, Dr. Eichhorn, Krehle, Schwingenstein, Dr. Lacherbauer, Schäffer, Dr. Hundhammer, Steber, Dr. Horlacher, Dr. von Eicken.

Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung:

Dr. Baumgartner, Helmerich, Dr. Pfeiffer, Krehle, Ehard.

Vorsitzender [Josef Müller]: Ich habe darauf folgende Bestätigung erhalten:

Betrifft: Änderung des Statuts der Christlich-Sozialen Union.

1. Ihr Antrag wegen Änderung der Statuten der Christlich-Sozialen Union vom 29. März 1946, der diesem Hauptquartier vorgelegt worden ist, und von dem Abschrift als Anlage hier beigelegt worden ist, ist sorgfältig überlegt worden.
2. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, falls die darin behandelten Angelegenheiten ordnungsgemäß vorgelegt und in einer Majorität der ordnungsmäßig berufenen Delegierten des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union ratifiziert werden.
3. Die Ratifizierung soll durch geheime Abstimmung erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es für notwendig gehalten, Klarheit zu schaffen, weil meine Auffassung die war: Die Statuten, wie wir sie vorgelegt hatten, wurden beschlossen vom erweiterten Landesausschuß, also dem gleichen Gremium, das hier wieder einberufen ist. Solange, bis eine Landesversammlung die endgültigen Statuten beschließt, hat dieser erweiterte Landesausschuß das Recht, die Statuten abzuändern, unter der Voraussetzung, daß die Militärregierung, die mit Bürgen (?) damals die Ermächtigung ausdrücklich erteilt hat - die Ermächtigung ist Ihnen bekannt -, selbst die Abänderung beschließt. Infolgedessen ist hiermit eine Rechtsklarheit geschaffen.

Ich habe jetzt - weil ich in dem Schreiben der Militärregierung ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, weil es heißt: "ordnungsmäßig bestellte Delegierte" - festzustellen, wie die einzelnen Delegierten für diese Versammlung hier bestellt wurden.

Wie wurden die Delegierten für München-Stadt bestellt?

Schäffer: Die Delegierten für München-Stadt wurden in der satzungsgemäß gewählten Kreisvorstandschaft bestellt, die dazu berufen ist.

(Zuruf Krehle: Kein einziger Arbeitnehmervertreter von München ist dabei.)

- Herr Sedlmayr war eingeladen. Er ist leider nicht gekommen. Deswegen wurde ein Stellvertreter bestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat bestellt?

Schäffer: Die Kreisvorstandschaft durch Beschluß.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberbayern.

Dr. *Hundhammer*: Oberbayern hat durch Beschluß der Kreisvorstandschaft, die ordnungsgemäß eingeladen war, die Delegierten bestimmt. Damals war Oberbayern von der Voraussetzung ausgegangen, daß nur die Delegierten der Kreisverbände stimmberechtigt sind. Darum war damals ich als Vertreter für Oberbayern mitbestimmt. Nachdem ich selber für Oberbayern jetzt ausfalle, weil ich noch als Mitglied der Landesleitung stimmberechtigt bin, habe ich heute Frau *Hahn*, die Vorsitzende des Landesausschusses der Frauen, die zugleich Oberbayern angehört, an meiner Stelle mit meiner Stimme betraut.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Herrn *Schäffer*, sich noch zu äußern. Ich muß unbedingt ein klares Protokoll haben.

Schäffer: Es waren in München sechs bestellt. Ich scheidet jetzt aus. Infolgedessen bleiben die anderen bestellten Herren *Pflaum*, *Sporer*, *Holzer*, Frau *Dahm*. Herr *Sedlmayr*, der eigentlich kommen sollte, ist nicht gekommen. Deswegen habe ich Herrn *Heubl* benannt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf mit Rücksicht auf die protokollarische Wahrheit feststellen, daß Sie vorhin Herrn *Holzer* an Ihrer Stelle bestellt haben. Ich werde gegen eine Abänderung keinen Einwand erheben.

Schäffer: Nein, ich hatte zuerst den Namen *Weiss* genannt und übersehen, daß *Sporer* schon bestellt war.

Dr. *Horlacher*: Darf ich eine bescheidende Frage stellen? Aus welchen Mitgliedern und aus wievielen Mitgliedern besteht die Kreisvorstandschaft?

Schäffer: Ich überlasse das Werturteil über diese Anfrage der Versammlung. Die Kreisvorstandschaft besteht aus den satzungsgemäß gewählten Mitgliedern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf unterbrechen. Wir müssen weiterkommen.

Wie wurden die Delegierten für Niederbayern bestellt?

Dr. *Falkner*: Die Bezirksvorstandschaft wurde von den Einladungen in Kenntnis gesetzt. Von der Bezirksvorstandschaft nehmen *Lobinger*, *Brandner* und ich selbst teil.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte wissen, wer bestellt hat.

Dr. *Falkner*: Im Auftrage von *Kübler*, *Böcht*, die verhindert sind, habe ich persönlich bestellt, die anderen Herren nehmen automatisch teil.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat die anderen Herren bestellt? Ich muß hier ein klares Protokoll haben. Wer hat die einzelnen Delegierten gewählt oder bestellt?

Dr. *Falkner*: Es ist niemand gewählt oder bestellt worden, sondern die Einladung ist an die Bezirksvorstandschaft hinausgegangen, und ich habe die Vorstandschaft aufgefordert, an dieser Tagung teilzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es muß doch - ich hoffe - ein Beschluß der Vertrauensmännerversammlung oder der Vorstandschaft oder eine persönliche Verfügung vorliegen.

Dr. *Falkner*: Ich habe als 1. Vorsitzender die Vorstandschaft von dieser Tagung in Kenntnis gesetzt und sie aufgefordert, an der Tagung teilzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Haben Sie persönlich das verfügt, oder hat die Vorstandschaft einen Beschluß gefaßt?

Dr. *Falkner*: Ich persönlich habe verfügt, die Vorstandschaft hat keinen Beschluß gefaßt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberpfalz! Wer hat bestellt?

Held: Im Benehmen mit meinem Vorstand wurden die Delegierten bestellt, weil die vorher geladenen Vertreter nicht erscheinen konnten. Sie waren verhindert, weil heute um 10 Uhr ein Staatssekretär aus München da war, um eine Beeidigung im sogenannten Denazifizierungsausschuß der Spruchkammer vorzunehmen; dadurch wurde bei uns alles umgeworfen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das geht zu weit, das interessiert uns hier nicht. Ich muß der Verfügung gerecht werden.

Held: Ich habe gestern abend in letzter Minute den ganzen Vorstand, den 1., 2., 3., 4. Vorsitzenden und den Jugendführer bei uns zusammengetrommelt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liegt ein Beschluß der Vorstandschaft für die einzelnen Delegierten vor?

Held: Für die einzelnen Delegierten liegt kein Beschluß vor. Ich als Vorsitzender habe die einzelnen Delegierten einzeln bestellt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Schwaben!

Stegerwald: In Schwaben wurden die Wahlmänner heute in der Gesamtsitzung, der Gründungssitzung des Bezirksverbands Schwaben von sämtlichen Kreisvorsitzenden gewählt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Augsburg-Stadt!

Imler: (Dr. *Rindl*?) In Vertretung gebe ich bekannt, daß für Augsburg-Stadt die Wahlmänner aufgrund eines Gesamtbeschlusses der Vorstandschaft geschickt worden sind.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberfranken!

Dr. Barth: Durch Beschluß der Bezirksversammlung Oberfranken vom 17. Februar wurde der Vorstand des Bezirksverbands Oberfranken ermächtigt, bis zur nächsten Bezirksversammlung, die vor dem 30. Juni stattfinden muß, die Delegierten zu bestimmen. Im Einvernehmen mit den Kreisverbänden ist dann diese Auswahl der Delegierten geschehen.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mittelfranken!

Mack: In einer Bezirksversammlung, die am 23. Februar in Nürnberg stattfand, wurden die Delegierten gewählt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nürnberg-Stadt!

Dr. Nerreter: Wir hatten am 18. März eine Mitgliederversammlung in Nürnberg, zu der sämtliche Mitglieder eingeladen waren. Die meisten waren erschienen. Es wurde dort ein Arbeitsausschuß gewählt. Dieser Arbeitsausschuß trat am 28. März zusammen. Die Delegierten von Nürnberg-Stadt wurden dort in schriftlicher und geheimer Wahl gewählt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unterfranken!

Dr. Dürr: Die am 25. März in Würzburg tagende und von allen Kreisverbänden beschickte Bezirkskonferenz hat die Abgeordneten bestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit habe ich die Formalität erfüllt.

Wir kommen nun zu der Frage, ob die Herren, die nur durch die Autorität eines einzelnen bestellt wurden, Stimmrecht haben sollen oder nicht. Ich würde der Auffassung sein, daß wir uns hier im Augenblick noch nicht in Formalitäten einhängen, sonst ent-

stehen darüber scharfe Dissonanzen. Ich möchte infolgedessen bitten, daß sie unter der Voraussetzung der Zustimmung der Militärregierung jetzt in dieser Versammlung ihr Stimmrecht ausüben dürfen.

Erhebt sich ein Widerspruch? - Nein!

(Zuruf: Protokollarisch festgelegt!)

Dann haben wir die Debatte über die Anträge *Falkner* und Landesausschuß fortzusetzen. Wer meldet sich noch? - Herr Dr. *Kroll*.

Dr. *Kroll*: Zu dem Antrag von Niederbayern möchte ich feststellen: Es handelt sich dabei nicht darum, daß die einzelnen Kreise stimmberechtigt sein sollen - was hier vielleicht zu Mißverständnissen geführt hat - im Sinne einer Landesversammlung, vielmehr darum, daß die Kreise ihr Stimmrecht nicht mehr durch Wahl, sondern durch statistische Aufzählung heute den Bezirken delegieren sollen.

Ich muß ehrlich erklären, daß diese Aufzählung nur zu rein formalen Schwierigkeiten führen kann, da eine andere Zusammensetzung der Delegierten dadurch nicht mehr zu erreichen ist, als höchstens eine Gewichtsverlagerung.

Ich möchte zur Klarheit sagen: Entweder stimmen die Bezirksvertreter so, wie sie hier sind und wie sie vom vorläufigen Landesausschuß vorgeschlagen wurden, ab, oder aber es stimmen einmal später wirklich gewählte Vertreter der Landkreise ab. Eine Vermengung der beiden Abstimmungsverfahren halte ich für unzulässig, denn sie verwischt nur das Bild.

Ich bin also im Auftrag der Vertreter Oberfrankens ermächtigt, Sie zu bitten, den Antrag Niederbayern abzulehnen und dem Antrag des vorläufigen Vorsitzenden zuzustimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich muß noch etwas nachholen. Einer der vorgesehenen Herren des vorläufigen Landesausschusses ist Dr. *Wilhelm Eichhorn*.

Er hat sich durch folgendes Schreiben entschuldigt.

Schriftführer:

Sehr geehrter Herr Doktor *Müller*!

Meine mündliche Erklärung von heute früh möchte ich nochmals schriftlich wiederholen. Es ist mir unmöglich, als Mitglied des vorläufigen Landesausschusses in die Bamberger Sitzung zu kommen, um dort mit einigen wenigen anderen Beteiligten eine Abstimmung über mein Stimmrecht über mich ergehen zu lassen. Als ein Beteiligter minderen Rechts kann ich persönlich und als einer der wenigen Repräsentanten der evangelischen Seite nicht anwesend sein. Ehe klargestellt ist, welche Befugnis der vorläufige Landesausschuß hat, kann ich zu meinem Bedauern an Sitzungen nicht mehr teilnehmen.

Nach wie vor halte ich warmen Herzens die Hoffnung fest, daß eine wirkliche Union, eine Vereinigung der Konfessionen auf politischem Gebiet, eine Zusammenfassung sonstiger, früher auseinanderstrebender politischer Parteien und eine Sammlung von Menschen der verschiedenartigsten Typen auf der Grundlage christlicher Weltanschauung und sozialer Haltung zustande kommt.

Zur Zeit allerdings sind insbesondere in Südbayern und vor allem in München die Grundlagen für eine politische Vereinigung der beiden christlichen Bekenntnisse gefährdet. Schon oft betonte ich, daß es mit der immer wiederholten Deklamation, die Union umfasse neben anderem die beiden Bekenntnisse, nicht getan ist. Hand

in Hand damit muß auch die entsprechende Personalpolitik gehen. Ich weiß wohl, daß auf evangelischer Seite viel weniger "Politiker" parat stehen und daß man nicht selten fürchtet, es erstehe doch tatsächlich die Bayerische Volkspartei wieder, und die Evangelischen und hinzugestoßenen anderen politischen Parteien seien höchstens ein Anhängsel. Ich freue mich, daß in beträchtlichen Teilen Bayerns der Protestantismus auch in den maßgebenden Ämtern der Partei zum Zuge gekommen ist, aber die Verhältnisse in einem beträchtlichen Teil Altbayerns zerstören das gute Zutrauen, das anderwärts besteht. In München z.B. ist der Prozentsatz der in Parteiamtern stehenden Evangelischen und der Zugehörigen früherer selbständiger Parteien lächerlich klein. Insbesondere seit einigen Wochen ist deutlich merkbar, daß absolut geeignete Kandidaten, die sich selbst zur Mitarbeit anboten oder von unserer Seite präsentiert wurden, auf allerlei Weise wegmanövriert wurden oder höchstens in die harmlose Rolle des Beisitzers gestellt wurden. Es wird eben absolut verkannt, daß eine Minderheit, die zahlenmäßig doch recht beachtlich ist, besonders schonend behandelt werden muß und daß man ihr auch personelle Opfer bringen muß, besonders in der Übergangszeit.

Mit besten Grüßen stets Ihr ergebener
gez.: *W. Eichhorn*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer* hat sich zum Wort gemeldet.

Schäffer: Auf den Brief *Eichhorn* wird wohl unser zweiter Vorsitzender eingehen, der dazu berufen ist.

Ich möchte zunächst nur feststellen: Herr *Eichhorn* ist in München als zweiter Vorsitzender nicht mehr gewählt worden, nachdem er allerdings die feste Erklärung abgegeben hatte, er würde eine Wiederwahl auch völlig ablehnen, seine Zeit sei so in Anspruch genommen, daß er politisch und in der Kreisvorstandschaft nicht mehr tätig sein könne. Diese Erklärung steht protokollarisch fest. Sie ist in dem Protokoll enthalten, das auch der Militärregierung vorgelegt wurde.

Die Kreisvorstandschaft München hat - nur zahlenmäßig einmal festgestellt - als ersten Vorsitzenden, wenn ich nun einmal Konfessionen aufzählen muß, was meiner Natur an sich widerspricht -, einen katholischen Mann, als zweiten Vorsitzenden einen evangelischen, als dritten Vorsitzenden wieder einen katholischen Mann, das ist ein Arbeitervertreter. Sie hat drei Evangelische in der Kreisvorstandschaft unter 15, wenn ich die beiden Bürgermeister wegrechne, die ex officio drinnen sind. Das ist das Wahlergebnis in München. Bei den eingeschriebenen Mitgliedern dürfte die Zahl der Evangelischen leider Gottes die 20% bei weitem nicht erreichen, die der Vertretung in der Kreisvorstandschaft entsprechen. Mir ist in München kein Fall bekannt, in dem irgendwie von einer Zurücksetzung hätte gesprochen werden können. In einem Falle, in dem es sich lediglich um einen privaten Streit zwischen zwei Personen gehandelt hat, habe ich gebeten, diesen der Kreisvorstandschaft zur Entscheidung vorzulegen.

Nun zur Sache selbst! Über diesen Brief, der aus irgendwelchen Gründen verlesen worden ist, wird sich hier Herr Direktor *Pflaum* noch äußern. Ich möchte zu dem Antrag Niederbayern sprechen. Die Kreisvorstandschaft München hat diesen Antrag in aller Form unterstützt und dabei gebeten, die übrigen Bezirksverbände möchten diesen Antrag ebenfalls unterstützen. Ich bemerke dabei, daß ich damals schon in dem vorläufigen Landesausschuß erklärt habe, ich würde alle Beschlüsse, die den Satzungen widersprechen, nicht als rechtmäßig anerkennen können, in folgedessen könne ich auch diesen Vorschlag, wie er hier vorgelegt wird, als satzungswidrig nicht als bindend anerkennen. Ich habe ausdrücklich gebeten, diese Erklärung in das Protokoll jener

Sitzung des vorläufigen Landesausschusses zu übernehmen. Ob es geschehen ist, weiß ich nicht. Ich habe neulich wieder angefragt, ob das geschehen ist. Meine Gründe sind folgende: Wir müssen zu einem ordnungsmäßigen Aufbau der Organisation kommen. Wir können die Organisation der Partei, wie es dem demokratischen Gedanken entspricht, nur von unten her aufbauen. Wir sind heute durch die Umstände so weit, daß ich annehmen muß, daß alle Bezirksverbände stehen. Alle Bezirksverbände sind ja durch die Kreistagswahlen gezwungen, in den Landkreisen und nunmehr auch in den Stadtkreisen die Kandidaten aufzustellen. Ich darf also annehmen, daß dieser Hinderungsgrund wegfällt, der am 8. Januar noch erwähnt worden ist. Damals haben wir gewünscht, es möchte bis Februar eine konstituierende Landesversammlung einberufen werden. Später habe ich diesen Vorschlag, um damals den Frieden herbeizuführen, dahin abgeändert, daß ich sagte "sobald als möglich". Damals kam der Einwand - wohl von Mittelfranken -, daß einzelne Bezirksverbände technisch dazu nicht in der Lage seien, bis dahin Delegierte zu einer Landesversammlung zu schicken. Ich habe dann "sobald als möglich" vorgeschlagen und wir haben uns darauf geeinigt. Heute sind wir so weit, daß wir die Organisation in allen Bezirksverbänden als stehend erachten können. Daher haben wir uns als die Vertreter der Mitglieder zu betrachten, die uns gewählt haben. Infolgedessen haben wir, möchte ich sagen, das Gewicht der Mitglieder und der Wählerschaft, die hinter uns steht.

Wenn Sie den Kreisverband Niederbayern nehmen, der bei den Landkreiswahlen allein mit 300.000 Stimmen aufgebracht

(Bravo!)

und der das beste Wahlergebnis gehabt hat, so muß ich sagen: Dieser Bezirksverband Niederbayern hat selbstverständlich das Recht, entsprechend seiner Stärke eine Vertretung zu finden. In den Satzungen, die vorläufig gewesen, aber damals schon der Besatzungsmacht vorgelegen und von uns anerkannt worden sind, haben wir das nicht so gemacht, daß wir nach Wählerstimmen gegangen sind. Wir sind vielmehr, ich möchte sagen, im großen und ganzen von der Einwohnerzahl ausgegangen. Man hat die Land- und Stadtkreise als Grundlage genommen und ging davon aus, was früher ja auch schon der Fall war, daß jeder Landkreis ungefähr 50.000 Einwohner hat. Dieses Bild hat man dann auch auf die Städte umgelegt. Es ist jedem Bezirksverband unbenommen, ob er Städte in sich vereinigen will, also ob, sagen wir einmal, in der Oberpfalz Regensburg mit dem Bezirksverband Oberpfalz gehen will oder ob Regensburg und Oberpfalz je einen eigenen Bezirksverband bilden. Ich wäre dafür, daß wir unseren Bezirksverbänden die größtmögliche Freiheit lassen, wenn sie eine eigene Organisation einer großen Stadt vorziehen. Das kann den Vorteil haben, daß die besondere Bevölkerungsschichtung, die in einer Stadt vorhanden ist, sich dann auch in der Organisation wesentlich besser zur Geltung bringt, und daß die Bevölkerungsschichtung, die auf dem Lande vorhanden ist, sich dann im Bezirksverband Land besser zum Ausdruck bringt. Dann hat das seinen guten Grund. Deswegen muß ich sagen: Der Grundsatz, den wir hier in dieser vorläufigen Satzung aufgenommen haben - er ist nicht etwa neu, sondern aus der früheren Zeit, wo er jahrzehntelang schon geübt worden ist, übernommen gewesen und deshalb in diese Satzung hereingekommen -, ist ein gesunder Grundsatz. Er gibt der Bevölkerung, der Wählerschaft, der Mitgliederzahl die Möglichkeit, sich in ihrem Gewicht zum Ausdruck zu bringen. Deswegen standen wir auch auf dem Standpunkt: Unsere Satzungen sind zu halten, schon wegen ihrer inneren Gerechtigkeit. Ich muß aber auch sagen: Ich bin nun einmal dafür, daß das,

was wir machen, auch aus sachlichen Gründen gemacht wird, und wenn wir Satzungen aus sachlichen Gründen gemacht haben, daß wir uns an diese sachlichen Gründe immer halten. Ich bestreite, daß es irgendeinem Gremium möglich ist, Satzungen, die es selbst einmal angenommen und die es vorgelegt hat, einfach willkürlich unter bestimmten Zeitumständen zu ändern.

Ich will meinen lieben Freunden und Kollegen vom vorbereitenden Arbeitsausschuß⁶ gewiß nicht weh tun, aber die Dinge liegen nun einmal so: Der vorbereitende Arbeitsausschuß war bestellt rein aus der Stadt München heraus. Er ist bestellt worden in, will ich einmal sagen, statu nascendi, im Anfangsstadium, und - leider Gottes, muß ich sagen - in einer Form, die ich damals schon als nicht geordnet empfunden habe. Wir haben um des Friedens willen möglichst gestrebt, überhaupt zur Arbeit zu kommen und die Fragen, die mit der Entstehung zusammenhängen, nicht aufzuwerfen. Der Bezirksverband München hat inzwischen gewählt, der Bezirksverband hat - ob es nun den einen freut oder nicht, aber wir haben den Willen der Wähler zu respektieren - nun einmal seine Vertrauensleute gewählt. Der vorbereitende Ausschuß München, aus dem der vorbereitende Arbeitsausschuß für das Land hervorging, existiert also nicht mehr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich bitte sich kurz zu fassen, es wird sonst ein Antrag auf Abkürzung der Redezeit gestellt.

(Zuruf: Unerhört!)

Schäffer: Ich muß infolgedessen feststellen: Ich persönlich kann eine innere Berechtigung dafür nicht anerkennen, daß die Legitimation noch dauernd ausgeübt wird, und daß der vorbereitende Ausschuß ein höheres Stimmrecht für sich in Anspruch nimmt, als die höchsten Bezirksverbände zusammen, die vielleicht Hunderttausende von Wählerstimmen repräsentieren. Ich muß auf dem Standpunkt stehenbleiben, daß das ein Verstoß gegen die innere Gerechtigkeit wäre, und daß wir eine saubere, solide Arbeit und Grundlage haben, wenn wir uns an die Satzungen, an deren gerechte Grundsätze halten und den Antrag Niederbayern annehmen. Und darum bitte ich. Wenn der Antrag Niederbayern abgelehnt werden sollte, ich könnte mich nicht entschließen, eine Erklärung abzugeben, daß die dann weiter gefaßten Beschlüsse als satzungsmäßig zu erachten sind.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, das wird die Versammlung hier zu beschließen haben, was dann satzungsmäßig ist und was nicht. Als Rechtsgrundlage steht einwandfrei folgendes fest: Die Militärregierung hat die damaligen Statuten des vorläufigen Landesausschusses genehmigt. Die gleiche Militärregierung gibt ihre Zustimmung, wenn das gleiche Gremium, nämlich der erweiterte Landesausschuß, sie abändert, die Abänderung beschließt, das ist legal. Dagegen wird der Antrag *Falkner* damit illegal, und zwar deswegen, weil wir hier nicht in einer Landesversammlung, sondern in einer Sitzung des erweiterten Landesausschusses sind, der damals die Beschlüsse gefaßt hat und jetzt wieder vor der Beschlußfassung steht. Das ist die Rechtsgrundlage. Darüber hinaus darf ich noch folgendes erklären: Es ist nicht richtig, daß

⁶ Gemeint ist der Vorläufige Landesausschuß.

der vorläufige Landesausschuß mehr Stimmen hätte, als die anderen Vertreter zusammen.

(Zuruf Schäffer: Ich habe gesagt: als zwei zusammen!)

Sie haben gesagt "als die anderen zusammen!"

(Zuruf: Zweifellos ein Mißverständnis!)

Da muß doch festgestellt werden: Es waren elf; es sind noch dazu einige nicht erschienen. Die Vertreter der Bezirksverbände gehen, je nach dem was beschlossen wird, wie das Stimmrecht gegeben wird, mindestens in die vierzig - achtundvierzig. Das ist also ein gewisses Verhältnis.

Darüber hinaus halte ich es für notwendig, folgendes zu erklären: Ich weiß, daß ich mir Gegner geschaffen habe dadurch, daß ich nicht mit allem einverstanden war, was im Aufbau der Organisation durchgeführt wurde. Ich habe Widerspruch erhoben damals bei der Wahl des Kreisvorsitzenden von Oberbayern. Ich habe den Widerspruch deswegen erhoben, weil in dieser Versammlung, die dort gewählt hat, noch nicht einmal gewählte Bezirksvertreter waren. Die Vertreter waren vielmehr bestellt, um zu organisieren und dieselben Männer haben einen Kreisvorsitzenden gewählt. Sie haben gewählt, obwohl nicht ein einziger Vertreter des Bauernbunds dort war, der doch in Oberbayern stark genug ist.

Meine Herren, wenn wir eine Union schaffen wollen, müssen alle, die sich hier zusammenschließen, in den Organisationen vertreten sein, dann gibt es keine Taktik, die darauf beruht, daß man zufällig den oder jenen heranzieht. Ich hätte auch Vollmachten und Mandatsversprechen geben können. Ich habe es nicht getan, weil das nicht im Interesse der Union wäre. Wir müssen dafür sorgen, daß alle Kräfte, die zu uns kommen, sich wirklich bei uns als Mitglieder und nicht als geduldete Mitläufer fühlen können.

(Zustimmung.)

Ich darf dazu ein Schreiben des 2. Kreisvorsitzenden der Union von Oberbayern bekanntgeben. Der zweite Teil lautet:

Ich bin bitter enttäuscht darüber, daß die Union sich erlaubt, in dieser Weise gegen den Bayerischen Bauernverband vorzugehen. Ich bin auch 2. Kreisvorsitzender des Bayerischen Bauernverbandes, Kreisverband Oberbayern. Ich möchte Ihnen als Landesvorsitzender rundweg erklären, daß wir Bauern es ablehnen, wieder bloß Stimmvieh für die Union zu sein. Wenn der Bauernstand in der Union nicht so verankert wird, daß er seiner Bedeutung nach entsprechenden Einfluß bekommt, dann müssen wir Bauern aus der Union heraus. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die Stimmung in der Landwirtschaft so ist.

Ich bitte Sie, meine Stellungnahme sämtlichen Bezirksvorständen der Union im Kreis Oberbayern mitzuteilen. Ich hätte selbst gern in der Versammlung noch Stellung genommen, mußte aber weggehen, da ich als Bürgermeister um 14 Uhr nachmittags in meiner Gemeinde sein mußte. Ich bitte mir mitzuteilen, ob Sie als Landesvorsitzender gewillt sind, den Bezirksvorständen von Oberbayern meine Stellungnahme mitzuteilen.

Gleichzeitig ist ein Antrag des Bezirksvorsitzenden von Oberbayern beim Landessekretariat eingelaufen, der wollte, daß das Landessekretariat und der Landesvorsitzende nicht unmittelbar mit den Kreisverbänden draußen korrespondieren.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So läßt sich keine Organisation aufbauen!

(Zuruf: Diktatoren!)

Weiterhin: Wir haben gehört, die Wähler haben für die Herren hier entschieden. Das ist noch lange nicht gesagt. Meine Damen und Herren, die Wähler haben für die Union entschieden,

(Lebhafter Beifall.)

doch nicht für die einzelnen Herren, die damals aufgetreten sind und die jetzt als Vertreter dieser Leute dort auftreten. Das hat mit dem Entscheid der Wähler nichts zu tun. Die Wähler werden darauf warten, ob wir hier eine gerechte Lösung finden, daß die Wähler auch glauben, daß sie bei uns nun wirklich vertreten sind.

(Bravo!)

Da kann ich es nicht darauf ankommen lassen, daß ein Herr, der sehr bekannt war als Vertreter der evangelischen Kreise, Dr. *Eichhorn*, nun hinausmanövriert werden sollte oder wollte. Ich kann es auch nicht darauf ankommen lassen, daß Herren, die sich Mühe gegeben haben, die Union zu gründen und zu schaffen, heute hinausgeschmissen werden von Leuten, die später das Arbeiten angefangen haben, nur deshalb, weil sie zufällig eine bessere Taktik haben. Das geht nicht, das würde gegen die Interessen der Union verstoßen, damit würde die Union gesprengt. Deswegen bitte ich, Vorsorge zu treffen, daß wir hier eine wirklich vernünftige Grundlage schaffen. Das kann nicht in ein paar Wochen geschehen, das muß nachgeprüft werden, wer ist ordnungsgemäß gewählt.

Herr *Schäffer*, Sie wissen genausogut wie ich, daß die Militärregierung jetzt auch den Wahlvorgang für München-Stadt nachprüft.

(Zuruf *Schäffer*: Ich bitte ums Wort!)

Mir ist es gleichgültig, ich sage nichts, es ist nichts einzuwenden. Auf der anderen Seite müssen aber diese Nachprüfungen vollzogen werden und vollzogen sein, bevor wir weiter organisieren. Ich kann nur so vorgehen, daß wirklich die Leute hier den entscheidenden Einfluß ausüben, die durch den Willen ihrer Wähler und nicht per Zufall heraufgekommen sind, deswegen, weil sie ihre Sonderbesprechungen gehabt haben.

Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen in dieser Frage einen ganz klaren Standpunkt einnehmen. Der Standpunkt geht dahin, daß wir uns nicht darauf berufen können, was in früherer Zeit gewesen ist. Darauf kann sich in Deutschland niemand berufen, denn der Zusammensturz in Deutschland ist so katastrophal, daß er nicht katastrophaler sein kann. Auch der Zusammensturz im politischen Leben ist ungeheuer groß. Wir müssen erst durch den Einfluß einzelner Männer, die sich herauswagen, die Leute zu Mitgliedern der Partei gewinnen. Wir sind ja noch lange nicht so weit, daß man eine endgültige Organisation der Partei schaffen kann, weil wir noch über eine sehr geringe Mitgliederzahl in der Union verfügen. Wir haben sehr viele Wähler, aber sehr wenige eingeschriebene Mitglieder. Das wird nie-

mand bestreiten wollen. Deshalb dürfen wir dankbar sein, daß die amerikanische Militärregierung so klug ist und selbst einsieht, daß man hier vorübergehend andere Wege gehen muß. Die Satzungen, die dann letzten Endes angenommen werden müssen, können nur in einer wirklich bevollmächtigten Landesversammlung der Partei verabschiedet werden. Diese muß eingehend vorbereitet werden.

Was wir damals als Satzung angenommen haben, haben wir per Abstimmung gar nicht angenommen. Sind wir ehrlich! Die Herren waren alle beisammen. Wir haben damals die Satzung dem Herrn Dr. Müller nach rascher Abstimmung mitgegeben, damit die Partei als Landespartei zugelassen werden konnte. War es so, oder war es nicht so?

(Zuruf: Jawohl!)

So war die Sachlage. Jetzt beruft man sich auf starre Rechtsgrundsätze, um starr etwas zur Entscheidung zu treiben. Wir wollen, und soweit ich sehe, will die große Mehrheit der Wähler der Union, daß wir uns erst mit neuen Gedankengängen in der Bevölkerung weiter durchsetzen, und zwar so, daß sich Evangelische, Katholische und auch Andersgläubige in unseren Reihen wohl fühlen,

(Bravo!)

damit man sieht, daß wir nicht mehr der Wurmfortsatz der alten Bayerischen Volkspartei sind.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [Josef Müller]: Herr Dr. Horlacher, ich darf bitten, jetzt nicht zu weit zu gehen.

Dr. Horlacher: Bitte, aber Herr Schäffer hat weitergehende Ausführungen gemacht.

Vorsitzender [Josef Müller]: Ich müßte mich sonst auch verpflichtet sehen, Ihnen das Wort zu entziehen.

Dr. Horlacher: Ich bitte, folgendes zu bedenken: Wir kennen uns nun aus, wir wissen, worum es sich handelt. Wir wissen auch, daß der Militärregierung unsere Beschlüsse zur Sanktionierung vorgelegt werden müssen. Die Verhältnisse liegen nun so, meine lieben Freunde, daß wir für die Bamberger Tagung zwei Versammlungen angesetzt haben. Es macht einen sehr schlechten Eindruck, wenn man dort erfährt, daß wir hier über Abstimmungen streiten und die Delegierten an den Versammlungen gar nicht teilnehmen.

Ich würde bitten, daß wir die Debatte zu Ende führen, daß wir aber heute nicht mehr abstimmen, sondern daß die Abstimmung morgen früh stattfindet. Ich bitte, mir mitzuteilen, wann die Versammlung morgen früh fortgesetzt wird. Ich würde aber meine Parteifreunde bitten, wenn Sie etwas über mich auszuführen haben, das morgen früh zu tun, wenn ich hier anwesend bin. Ich bitte darüber abzustimmen, ob heute noch abgestimmt wird.

Vorsitzender [Josef Müller]: Es liegen jetzt neun Wortmeldungen vor. Eben kommt die zehnte. Ich bitte, sich nun kurz fassen zu wollen. Wir können nur noch schriftliche Wortmeldungen berücksichtigen.

(Zuruf.)

Herr Pflaum hat das Wort.

Pflaum: Ich will mich ganz kurz fassen und nur auf die Frage der Protestanten und der Demokraten in der Union eingehen.

Ich bin Protestant und ich wurde in der Versammlung der Bezirksvereine in München von 88 Stimmen mit 85 Stimmen gewählt. In unserem Bezirksverband der Union sind drei (vier?) Protestanten gewählt. Im Bezirksverband München befinden sich ausserdem sechs Demokraten. Das ist ein Beweis dafür, daß wir im Bezirk München nicht kleinlich und engherzig sind, und daß von einer Reaktion, von der soeben gesprochen wurde, nicht die Rede sein kann. Falls eine Reaktion eintreten sollte, können Sie überzeugt sein, daß wir nicht mitmachen und sie sofort ausschalten würden. Aber das ist bis heute nicht der Fall. Ich muß feststellen: Mich hat keiner gefragt, sind Sie Protestant oder Nichtprotestant. Wir sind offen empfangen worden, wir haben unsere Unterhaltungen offen und frei geführt. Ich bedauere sehr, daß derartige Stimmungen hier hereingetragen werden. Ich kann sagen: Wir alle bedauern, daß Herr Dr. *Eichhorn* nicht mehr Mitglied des Bezirksverbandes ist. Er hat aber selbst dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß er ausscheiden möchte. Wir hoffen und wünschen aber mit Ihnen, daß Herr Dr. *Eichhorn* seinerzeit, wenn es soweit ist, als Ausschuß-Mitglied wieder in den Landesausschuß gewählt wird. Es steht dann bei Ihnen, welche Position Sie ihm im Landesausschuß geben werden.

Ganz kurz möchte ich darauf zurückkommen, warum wir so wenige Protestanten bei uns in der Union als Mitglieder haben. Lieber hätte ich darüber nicht gesprochen, aber ich muß es. Ich selbst habe mich in München bemüht, bei verschiedenen Pfarrämtern und verschiedenen Kreisen Namen genannt zu bekommen, deren Träger geeignet wären, Ausschuß-Positionen in der Union zu übernehmen, aber leider haben wir sehr wenige und wenig Bereitwilligkeit gefunden. Ich glaube, es ist besser, ich gehe auf diese Dinge nicht näher ein. Wer verstehen will und Ohren hat zu hören, der wird mich verstanden haben. Es ist keine Opposition gegen die Union, sondern es ist zur Zeit einfach unmöglich.

Bei der letzten Bezirksversammlung hat Herr Dr. *Eichhorn* angeregt, einen Vertreter der protestantischen Jugend in unseren Bezirksauschuß zu wählen. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß auch ein junger Protestant in den Ausschuß kommen soll. Als aber die Frage gestellt wurde, wer ist der Mann und ist der Mann Mitglied der Union, hieß es, ob er Mitglied ist, das wissen wir nicht. Das sind die Gründe, warum wir verhältnismäßig wenige Protestanten bei uns haben.

Zum Schluß darf ich noch bemerken, daß in unserem Bezirksverband München drei frühere Demokraten Vorsitzende von Bezirksvereinen sind. Es hat sich also wirklich bei uns zur Zeit eine Reaktion noch nicht gemeldet. Ich erkläre auch in meinen Versammlungen: Die Christlich-Soziale Union ist eine Organisation, in der sich Katholiken und Protestanten friedlich und scheidlich zusammenfinden und zusammenarbeiten wollen. Wir lehnen es ab, eine konfessionelle Organisation zu sein.

(Bravo!)

Das, meine Herren, ist unser Wunsch. Wir alle sind guten Willens und wollen das Gleiche, vielleicht nur auf verschiedenem Wege.

(Zuruf: Das sind doch keine Belange für das Land, dauernd nur Münchner Belange!)

Hauptleiter: Meine Damen und Herren! Wir in Franken haben die Union als neue Partei begriffen. Diese ist nun in folgender Lage: Sie muß sich erst Arbeitsgrundlagen und eine Arbeitsbasis schaffen. Daher muß manches improvisiert gemacht werden. Wir können heute bei der Tagung des erweiterten Landesausschusses nicht hergehen und uns nun fragen, wie soll in Zukunft die Frage des Stimmrechts geregelt werden, bevor wir nicht wissen, wie wir heute stimmen sollen. Daß die Pläne, die Herr Staats-

rat *Schäffer* vorgeschlagen hat, heute nicht mehr realisiert werden können, ist ganz klar, denn wir können heute nicht mehr eine Verteilung der Stimmen nach den einzelnen Kreisen der Bezirke vornehmen.

Ein ganz einfacher Vorschlag! Wir gehen den vernünftigen Weg beim Aufbau einer neuen Partei, wir suchen uns eine Arbeitsbasis, und diese Arbeitsbasis enthält der Vorschlag des Landesausschusses. Gehen wir nämlich anders vor, nach irgendeiner Art von Gerechtigkeit, dann erheben sich sehr vielfältige Möglichkeiten. Wir können nach Kreisen stimmen. Wir in Franken können sagen, unsere Kreise sind größer. Oder wir gehen nach der Einwohnerzahl. Andere können sagen, wir gehen nach der Zahl der eingetragenen Mitglieder. Im letzteren Falle wäre zum Beispiel in Franken der Aufbau von vornherein zerschlagen, weil wir in Franken erst Mitglieder gewinnen müssen für eine Partei, die in Franken in weiten Kreisen noch nicht vorhanden war.

Deshalb bitte ich Sie um eines: Dokumentieren sie, daß hier eine neue Partei aufzubauen versucht und nicht versucht, plötzlich Machtfragen in die Debatte zu werfen, bevor die Machtverhältnisse erst geklärt werden. Wir in Franken kämpfen darum, daß das evangelische Franken in die Union hineingeht. Wenn Sie aber jetzt den früheren Machtstandpunkt der Bayerischen Volkspartei klarstellen wollen, indem - wie *Schäffer* sagt - die Zahl der Wähler die Grundlage für das Stimmrecht bilden soll, dann, meine Damen und Herren, zerschlagen Sie von vornherein die Union in Nordbayern. Daran besteht gar kein Zweifel.

Hier stehen in Wirklichkeit ganz andere Dinge zur Debatte: Eine Gruppe, die die Methoden von 1933 wiederholen will, mit denen sie Schiffbruch erlitten hat, und eine andere Gruppe, die zeigen will, daß sie aus der Vergangenheit gelernt hat und mit neuen Methoden arbeiten will in einer Zeit, in der die Diktatur nämlich nicht unmöglich ist, in der sie erst nach Kristallisationskernen sucht. Herr *Hitler* war der eine Kristallisationskern. Er hat die Diktatur nicht erfunden, sie liegt im Strom der Zeit. Wir suchen eine Basis, diesen gefährlichen Kräften entgegenzuwirken. Diese Basis müssen wir schaffen durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und nicht durch Machtkämpfe hier. Die Arbeitsbasis ist der Vorschlag des Landesausschusses.

Deshalb schlage ich vor, den Vorschlag des Landesausschusses anzunehmen und abzustimmen entsprechend der gegenwärtigen Lage, entsprechend diesem Vorschlag und der Zahl der Stimmen, die darin vorgesehen sind. Der weitere Ausbau der Partei wird dann eine gerechtere und klarere Regelung ermöglichen. Jetzt schon Rechtsfragen in den Vordergrund zu stellen, wo wir am Anfang stehen, ist überflüssig und unmöglich und hindert - wie wir es hier erlebt haben - die sachliche Arbeit.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegen noch zehn Wortmeldungen vor. Herr *Nerreter*, Nürnberg, stellt Antrag auf Schluß der Debatte.

Ich bitte Herrn *Nerreter*, den Antrag zu begründen.

Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben die Gepflogenheit, wenn wir uns über gewisse Dinge unterhalten, plötzlich in das nächste und übernächste Thema hinüberzugleiten. Es war zum Beispiel jetzt, wo wir uns darüber unterhalten, welche Regelung der Abstimmungsrechte berechtigter ist, nicht notwendig, über die Frage evangelisch und katholisch zu debattieren. Ich spreche keinen Vorwurf gegen eine bestimmte Richtung aus, sondern ich wollte nur die Tatsache feststellen. Wenn es von einer Seite in die Debatte geworfen wird, erwidert die andere Seite darauf. Das ist aber nicht notwendig. Wir müssen uns folgende Frage vergegenwärtigen: Ist es für den

Aufbau der Union zweckmäßiger, dem Vorschlag des Landesausschusses oder dem Antrag Niederbayerns zu folgen?

Zur Frage evangelisch und katholisch ließe sich sehr viel mehr ausführen. Ich darf nur eines sagen: Warten Sie nur die Kreistagswahl ab, warten Sie ab, wie die evangelischen Landkreise in Mittelfranken, in Uffenheim, Gunzenhausen, Weißenburg, Ansbach und ähnlichen Kreisen abstimmen und dann stellen Sie die ruhig gegen die entsprechenden Landkreise in Niederbayern, dann werden Sie nicht enttäuscht werden!

(Bravo!)

Mit dieser Feststellung können wir das Thema evangelisch - katholisch vorerst bis Ende April vertagen. Wir wollen das nicht aufrühren.

Das Wichtige ist jetzt: Wenn wir in dem Tempo weiter beraten, wie wir es bis jetzt gemacht haben - wir sind noch im äußersten Vorhof unserer Beratungen - dann sitzen wir wahrscheinlich noch übermorgen beisammen und sind immer noch nicht weitergekommen.

Die beiden Teile haben nun ihre Ansicht begründet. Auf der einen Seite stehen Niederbayern und Oberbayern, auf der anderen Seite hat Oberfranken die andere Ansicht vertreten. Wir alle haben uns nun ein Bild machen können. Ich halte die Sache für reif zur Abstimmung.

(Zuruf Dr. Zöller.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Haben Sie sich zum Antrag auf Schluß der Debatte gemeldet?

Dr. Zöller: Nicht zum Antrag auf Schluß der Debatte. Ich bin morgen nicht mehr da und bitte, daß mir ganz kurz das Wort zu grundsätzlichen Dingen gewährt wird. Etwas ist mir schon aus dem Munde genommen, ich werde höchsten drei Minuten sprechen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind die Herren einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Dr. Zöller: Freunde der Union! Ich selbst bin Katholik, war früher Mitglied der Bayerischen Volkspartei und Gründungsmitglied der Bayernwacht. Ich wurde dann - ich mache kein Hehl daraus - als Beamter 1937 Mitglied der NSDAP. Ich stehe heute als Beamter draußen. Ich war, wie ich ausdrücklich bemerken will, vom ersten Kriegstage an draußen und bin als schwerkriegsbeschädigter Krüppel nach Hause gekommen. Als Katholik bin ich augenblicklich in einem ausgesprochen evangelischen Landkreis tätig. Ich muß sagen, ich schäme mich als Katholik für die Christlich-Soziale Union deswegen, weil Machtfragen in der heutigen Zeit überhaupt möglich sind. Ich hätte nie geglaubt, daß es möglich wäre, daß christliche Männer in der heutigen schweren Zeit um Machtfragen streiten können.

Es gibt doch für uns nur eines: Auf dem Boden des Christentums uns zu einem wahrhaft demokratischen Aufbau des Staates zusammenzufinden. Wer an der Spitze steht, ist völlig gleichgültig, Hauptsache es steht ein Mann an der Spitze, der auf unserem Boden steht! Wie die Union demokratisch aufgebaut wird, darüber kann es auch keinen Zweifel geben. Wir wollen die Demokratie, und darum wollen wir sie bei uns in erster Linie praktizieren: Wer gewählt wird, steht oben und sonst niemand! Ich bin der gleichen Meinung mit Dr. *Horlacher*, der gesagt hat, wir sind vorläufig noch ein Haufen. Diesen Ausdruck "Wir sind vorläufig noch ein Haufen" habe ich nicht nur in Mittel- und Oberfranken, sondern auch in München gehört, als ich neulich oben war.

Es ist unsere Sache, auf dem einmal eingeschlagenen, vorläufig unvollständigen Wege weiterzugehen, bis wir uns endgültig organisiert haben. Dann wird sich herausstellen, wer oben stehen soll. Darum ist meine Meinung: Wir fahren auf dem bisherigen Wege fort, bis die Partei endgültig organisiert ist. Dann wird gewählt nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Etwas anderes gibt es nicht. Das ist meine Meinung und die Meinung all der zahllosen Männer und Frauen, die ich draußen kenne. Mit dieser Erwartung, daß das erfüllt wird, möchte ich nach Hause gehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Falkner* hat zu seinem Antrag das Wort zu einer Erklärung erbeten.

Dr. *Falkner*: Herr Vorsitzender, Sie haben den Antrag Niederbayern als illegal bezeichnet. Ich darf feststellen, daß - und mit Ihrer Zustimmung stelle ich das fest - zur Zeit, als der Antrag eingebracht wurde, Niederbayern keine Kenntnis davon haben konnte, daß die Militärregierung die für uns maßgebliche Satzung bzw. eine Änderung der maßgeblichen Satzung gebilligt hatte.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist selbstverständlich ein Mißverständnis. Ich habe nicht Ihren Antrag als illegal bezeichnet. Die Rechtslage ist vielmehr so: Hier steht der Antrag des Landesausschusses, für den von der Militärregierung eine Ausnahme vorgesehen ist, und hier steht Ihr Antrag. Wenn Ihr Antrag angenommen wird, so wird er erst legal, wenn er von der Militärregierung gebilligt wird.

Dr. *Falkner*: Sie haben wörtlich diesen Satz gebraucht, dieser Satz steht im Protokoll. Ich lasse mir das hernach nicht bestreiten und lasse mich nicht hinterher einsperren.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben erklärt, Sie wollen eine Erklärung zu Ihrem Antrag abgeben. Ich stelle fest, Sie sprechen zu Ihrem Antrag, obwohl zunächst noch ein Antrag auf Schluß der Debatte steht.

Dr. *Falkner*: Ich muß den Antrag zurückziehen, wenn Sie sagen, er ist illegal.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das sage ich nicht, ich verstehe Sie nicht.

Dr. *Falkner*: Dann noch etwas grundsätzliches.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Falkner*, es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich entziehe Ihnen das Wort, wenn Sie zur Sache reden.

Dr. *Rindt*: Zum Antrag auf Schluß der Debatte! Meine Herren, wenn wir auf der Basis weitermachen wie bisher, sitzen wir morgen noch da und sind genau so weit wie heute.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - Herr *Schäffer*?

Schäffer: Nur ein Satz: Es ist gerecht, daß man die Möglichkeit hat, sich auf Anwürfe hin, die im Laufe der Debatte gekommen sind, zu verteidigen. Ich bitte um die Möglichkeit, auf die Anwürfe einzugehen, die gegen mich im Zusammenhang mit dem Kreisverband München gerichtet worden sind.

Dr. *Hundhammer*: Es ist der Kreisverband Oberbayern angegriffen worden. Ich lege Wert darauf, daß ich zu diesen Anwürfen Stellung nehmen kann.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht noch zum Antrag auf Schluß der Debatte? - Dann lasse ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen.

Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - 17 Herren sind gegen den Antrag auf Schluß der Debatte.

Der Antrag auf Schluß der Debatte ist damit angenommen.

(Zuruf: Wenn Parteigenossen reden, sollen andere auch reden dürfen!)

Dr. *Hundhammer*: Zur sachlichen Feststellung: Hier dürfen Parteigenossen reden - und angegriffenen Vorsitzenden wird nicht das Wort gegeben, um Stellung nehmen zu können.

(Zurufe: Pfui, Pfui! - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.

Herr Dr. *Hundhammer*, ich verahre mich gegen den Vorwurf. Es ist erst vorhin, während der Herr gesprochen hat, festgestellt worden, daß er Parteigenosse war. Im übrigen müßte ich bei jedem Herrn erst eine Nachprüfung vornehmen. Ich darf darauf hinweisen, daß in München in einer Bezirksversammlung ungefähr 20 Herren Mitglieder der Union waren, während 51 abgestimmt haben. Ich muß dann bei jedem feststellen, ob er Parteigenosse ist.

Schäffer: Ich bitte mir aber aus, daß ich auf solche gemeine Verleumdungen antworten darf.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden.

(Zuruf: Das ist auch eine Diktatur!)

Dr. *Nerreter*: Einen Satz zur Geschäftsordnung! Es wurde vorhin abgestimmt. Der Studienrat Dr. *Herdig*, Erlangen, hat nach Erlangen zurückkehren müssen, weil er die Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen noch bis morgen zu bearbeiten hat. Er hat Herrn *Hönekopp*, Erlangen, delegiert und wir waren einverstanden.

Wenn Sie Einwendungen erheben, ist Mittelfranken nur mit vier Stimmen vertreten, und dann sind wir darüber auch nicht böse.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unter der Voraussetzung der Zustimmung der Militärregierung, muß ich erklären, wird kein Einwand dagegen erhoben, daß Herr *Hönekopp* delegiert wird. Da für den Antrag des Landesausschusses auf Abänderung die Zustimmung der Militärregierung vorliegt, schreite ich zunächst zur Abstimmung über den Antrag des Landesausschusses. Ich darf zunächst den ganzen Antrag verlesen. Wir werden dann getrennt nach Absätzen abstimmen.

Ich bitte nochmals Ziffer 1 zu verlesen.

Schriftführer:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel-, und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:

Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Hortacher*, Dr. *von Eicken*.

Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung: Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich bitte zunächst über den letzten Teil abstimmen zu dürfen, und zwar deswegen, weil ich von der Rechtsgrundlage ausgehe. Die Statuten sind beschlossen worden vom erweiterten Landesausschuß, der damals aus dem vorläufigen Landesausschuß und den Delegierten der Bezirksverbände bestanden hat. Damals war noch nicht vorgesehen, daß die Herren Mitglie-

der der Regierung stimmberechtigt sind. Infolgedessen bitte ich hier, damit alles ordnungsmäßig und rechtmäßig zugeht, zunächst über diesen Antrag abzustimmen. Die Militärregierung verlangt geheime Abstimmung über die Anträge. Ich lasse die Karten verteilen. Ich bitte und schlage bei dieser Abstimmung vor, daß die Herren der Regierung, soweit sie nicht sonst delegiert sind oder dem vorläufigen Landesausschuß als Mitglieder angehören, nicht mit abstimmen. Es werden jetzt die Stimmzettel verteilt.

Dr. Nerreter: Ich bitte, nicht Nürnberg zu sagen, sondern Nürnberg-Fürth. Nürnberg allein hätte nicht das Recht, sich München an die Seite zu stellen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, Ihr Einverständnis annehmen zu dürfen, wenn wir über die genannten Mitglieder der Regierung geschlossen abstimmen und nicht jeden einzelnen dabei erwähnen, weil es sich um die Tatsache der Mitgliedschaft zur Regierung handelt.

Ich bitte, nur zu stimmen mit Ja oder Nein. Wer für den Antrag ist, daß die Herren Mitglieder der Regierung Stimmrecht erhalten, stimmt mit Ja, die anderen mit Nein. Ich bitte, nun abzustimmen.

Während die Stimmzettel eingesammelt werden, darf ich nochmals die hier anwesenden Stimmberechtigten abzählen. Ich bitte, die Namen der Herren, die stimmberechtigt sind, nun vorzulesen. Es könnte mittlerweile jemand weggegangen sein. Damit kein Zweifel besteht, lasse ich die Stimmberechtigten nochmals abzählen.

Ich bitte die Stimmberechtigten zu verlesen.

(Der Schriftführer verliest die ersten Namen der Stimmberechtigten. - Die Stimmzettel werden eingesammelt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So kann ich es nicht machen. Es besteht ein Zweifel. Es wurde für jemand eine Stimme abgegeben, der nicht da ist. Infolgedessen wiederhole ich die Abstimmung und lasse jeweils beim Aufruf des Namens die Stimmzettel einsammeln.

Ich bitte, die anderen Stimmzettel zu vernichten. Ich bitte den Schriftführer, die Namen der Stimmberechtigten aufzurufen und bitte die Stimmberechtigten, jeweils beim Aufruf ihres Namens den Stimmzettel abzugeben.

Schriftführer:

Sporer, Direktor Pflaum, Heubl, Frau Dahm, Holzer, Detsch, Schweiger, Schäfer, Reiser, Frau Hahn, Dr. Falkner, Brandner, Lobinger, Ramelsberger, Weinberger, Krempl, Etterer, Ortloph, Gierl, Held, Stegerwald, Dr. Rothermel, Burges, Dr. Jahn, Boehlke, Dr. Rindt, Imler, Weinkamm, Dr. Barth, Hausleiter, Blaser, Dr. Busch, Dr. Kroll, Mack, Stücklen, Weinzierl, Klenk, Hönekopp, Dr. Nerreter, Dr. Arnold, Speicher, Ulrich, Euerl, Dr. Dürr, Dr. Kroth, Ludwig Sauer, Hugo Karpf, Döppert.

Weiter sind stimmberechtigt:

Dr. Müller, Dr. von Müller, Dr. Eichhorn, Krehle, Schwingenstein, Dr. Lacherbauer, Schäffer, Hundhammer, Steber, Dr. Horlacher, Dr. von Eicken.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf für alle Abstimmungen eines nachholen. Ich würde, daß wir keine Einwendungen bekommen, vorschlagen - obwohl das bei solchen Abstimmungen nicht üblich ist -, daß drei Herren bestellt werden, die die Abstimmungen mitüberprüfen.

Darf ich vorschlagen: Herrn *Holzmann*, Dr. *Gassenmeyer* (Nürnberg) und Herrn *Ammann* (Würzburg).

Ist die Versammlung damit einverstanden, daß die Herren zur Überprüfung der Abstimmungen bestellt werden? Kein Einwand? - Einverstanden!

Dr. *Hundhammer*: Darf ich noch eine andere Frage aufwerfen, Herr Vorsitzender? Ich bitte bekanntzugeben, wie lange zu tagen geplant ist, daß man disponieren kann.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir können das jetzt ungefähr übersehen. Wir werden noch die Abstimmung über den Antrag durchführen, dann müssen wir wohl Schluß machen für heute. Die Tagung beginnt morgen früh um 9 Uhr. Wenn keine Unordnung eintritt, können wir während der Abstimmung die Quartierfrage noch besprechen.

Dr. *Nerretter*: Herr *Klenk* (Uffenheim) mußte wegfahren. Wir bitten, zu genehmigen, daß an seiner Stelle Herr *Kübel* (Roth) abstimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Ich stelle fest, daß kein Einwand erhoben wird. - Angenommen.

(Die Abstimmung erfolgt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)

Ich darf Herrn *Holzmann* bitten, das Ergebnis der Abstimmung bekanntzugeben.

Holzmann: Es wurden 39 Ja- und 16 Nein-Stimmen abgegeben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist der Antrag angenommen.

Die Herren Mitglieder der Regierung haben Stimmrecht. Ich bitte der Abstimmung wegen, hier Platz zu nehmen. Wir kommen zur Abstimmung über die weiteren Anträge.

Der Antrag des Landesausschusses Ziffer 1 lautet:

Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:

Dr. *Müller*, Dr. von *Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. von *Eicken*.

Ich bitte jetzt, über diesen Antrag abzustimmen.

Von Prittwitz-Gaffron: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung. Ich möchte auf folgenden Vorgang hinweisen: An unserem Tischende wird ein anonymes Schreiben herumgereicht - woher es kommt, weiß ich nicht - mit der Überschrift "Die Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union". Ich möchte in der schärfsten Weise dagegen protestieren, daß in einer Versammlung wie der unsrigen ein Individuum ist, das sich erfrecht - kann ich nur sagen -, ein anonymes Schriftstück auf den Tisch des Hauses zu legen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat das anonyme Schriftstück verteilt?

(Zuruf: Ich habe dieses Schriftstück verfaßt! - Zuruf: Aufstehen!)

Dann schreiben Sie Ihren Namen darunter!

(Zuruf: Er steht darunter!)

Darüber werden wir nach der Abstimmung noch debattieren.

Es werden jetzt die Stimmzettel eingesammelt.

(Die Stimmzettel werden hierauf jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)

Ich bitte Herrn Direktor *Holzmann*, das Ergebnis bekanntzugeben.

Holzmann: 38 Delegierte haben mit Ja, 18 mit Nein gestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich habe vorgesehen, daß wir heute nur dieses Thema behandeln.

Herr Dr. *Semler* hat sich vorhin noch gemeldet.

Dr. *Semler*: Meine Herren, Sie waren gerade in der Abstimmung, ich wollte nicht stören. Aber der Vorgang, den Herr *von Prittwitz* aufgezeigt hat, bedarf doch zwischen- durch Ihrer Behandlung.

In der Zwischenzeit, während Sie wählten, habe ich mir erlaubt, in Ruhe das Schriftstück durchzulesen. Soweit es sachliche Meinungen des Verfassers vertritt, ist das eine Frage für sich. Es mag dem Verfasser vorbehalten bleiben, für die Wahl eines Landesvorsitzenden einzutreten, wie er es für richtig hält, und Namen vorzuschlagen.

Wenn aber hier in der Versammlung jemand anwesend ist, der ein anonymes Schreiben an dem Tisch herumzeigt, das von ihm verfaßt ist und schwere Angriffe gegen eine Person enthält, müßte dieser Herr den Mut haben, seine Meinung auszusprechen und sie zu begründen, statt hier ein Pamphlet um den Tisch zu reichen, das uns hier plötzlich von Hand zu Hand zugereicht wird, in dem gegen Männer unserer Union, die hier im Saale vertreten sind, Behauptungen aufgestellt werden, die zum mindesten erst einmal eines Beweises bedürfen.

Ich bitte die Versammlung, diesen Fall zu bereinigen. Er gehört bereinigt.

Ich gebe dem Herrn Vorsitzenden dieses Schriftstück, ich weiß nicht, ob die Herren Wert darauf legen, daß es verlesen wird.

(Zurufe: Jawohl!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte den Schriftführer, das Schriftstück zu verlesen.

(Zuruf *Messmer*: Es ist nicht anonym, ich habe sofort Stellung dazu genommen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Hier wird es als anonymes Schriftstück verlesen, dann können Sie die Erklärung abgeben.

Schriftführer:

Die Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich- Sozialen Union.

I. Wir sehen heute zwei Persönlichkeiten im Brennpunkt des Kampfes um die Führung der Christlich- Sozialen Union.

Offensichtlich befindet sich die eine der beiden Persönlichkeiten gegenüber der anderen im Vorteil, da ihr uneingeschränkt die Tagespresse zur Verfügung steht. Die Art und Weise jedoch, wie sie diesen Einfluß benützt, um unter Außerachtlassung aller Grundgesetze charakterlicher Sauberkeit dieses Machtziel zu erreichen, spricht nicht gerade für die Würdigkeit dieses Mannes, unser Vertrauen zu genießen.

Welche Empörung jene Methode des Kampfes in unseren Reihen auslöst, beweist die Stellungnahme der katholischen Gesellenvereine Bayerns, die heute das stärkste Kontingent an Gemeinde- und Stadträten unserer Richtung stellt, zu dieser Frage.

Es wird von Dr. *Josef Müller* behauptet, Herr Staatsrat *Schäffer* habe eine zu tolerante Stellung in der Entnazifizierungsfrage als Ministerpräsident eingenommen.

Bevor wir an die Prüfung dieser Frage herangehen, soll zunächst festgestellt werden, inwieweit Herr Dr. Müller überhaupt befugt ist, diese Frage aufzuwerfen. Auch der Verfasser dieses [Schreibens] befindet sich im Besitz des amtlichen KZ-Ausweises der Militärregierung und gehört deshalb bestimmt nicht zur extremen Toleranzrichtung dem Nazismus gegenüber. Er hat unter bewußtem Einsatz seines Lebens ehemals (1938/39) die Sammlung der aktiven Kräfte unserer Richtung betrieben unter dem Motto, daß die herrschende Generation die Verantwortung trage für das ethische Schicksal der kommenden.

Er selbst ist mit seinen Freunden empört über die Tatsache, daß Dr. Josef Müller seine Vertrauensstellung als vorläufiger Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union dazu benützte, sich mit einer Reihe von ersten Mitarbeitern zu umgeben (Aufbau der stärksten demokratischen Partei!)

(Zuruf Messmer: Halt, alles verlesen, bitte!)

Sie können hierher kommen und können mir folgen, wie ich vorlese.

- die Parteigenossen und noch dazu teilweise Militaristen waren (Korrespondenz). Neben grundsätzlichen Erwägungen hatte diese undurchsichtige Haltung von Dr. Josef Müller zur Folge, daß sowohl die Jugend wie die amtlichen Vertreter unserer Richtung - KZ-Betreuungsstelle - die Gewährleute - anlässlich der Kreisvorsitzenden-Wahl in München einhellig ihre Stimme Staatsrat Schäffer gaben.

II. Bei dieser Auseinandersetzung jener beiden Persönlichkeiten geht es um noch viel entscheidendere Fragen:

Die eingehende Prüfung der Lage ergibt, daß die Persönlichkeiten, die im Brennpunkt dieses Kampfes stehen, jeweils Exponenten einer ideologischen Grundrichtung sind. Die eine der beiden, die rechte Gruppe (Staatsrat Schäffer, Dr. Hundhammer), steht konsequent auf dem Boden der Überzeugung, daß allein im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Wertordnung die Verwirklichung unseres christlichen Staatsdenkens möglich ist.

Die linke Gruppe versucht eine Synthese zwischen christlichem Gedankengut und kommunistischer Staatsauffassung.

(Zuruf: Unverschämter Verleumder!)

Eingehende Informationen weisen auf, daß über 60% aller maßgebenden Unterbau-Positionen, staatlich wie kommunal, sich in der Hand der KPD befinden.

(Zuruf: In München! - Widerspruch. - Zuruf: Stimmt auch!)

Diese Positionen wurden zu einem Zeitpunkt besetzt, als Aktionen sich bildender politischer Parteien noch streng verboten waren. Damit sicherte sich diese Partei den entscheidenden Einfluß auf die staatliche und kommunale Exekutive. Die Auswirkung ist bereits weitgehend bekannt.

Die KPD-Leute bezogen die offensichtlich nach durchdachter Planung verteilten Positionen als Parteilose. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß gerade die jungen Kräfte der KPD sich bedingungslos den östlichen Anweisungen unterwerfen und ohne weiteres einer Sabotage jeden Aufbaues Widerstand leisten, wenn diese zu einem Zusammenbruch führt, der der östlichen Welt- und Wertordnung den Weg bereiten könnte.

Es erscheint nicht zweckmäßig, sich an dieser Stelle noch umfassender mit der bedeutenden Schlagkraft dieser Partei heute schon zu befassen.

Wir fragen uns, in welchem Verhältnis der Erfolg dieses Positionskampfes der KPD zu unserem demokratischen Prinzip steht.

Wir sind viel zu optimistisch, wenn wir glauben, daß dieser Gegner auch trotz des zu erwartenden überwältigenden Wahlsieges gegen ihn (einschließlich der bürgerlichen Richtung in der SPD) kampfflos räumen wird.

Wenn wir nicht den gleichen kompromißlosen Kampf gegen diesen Gegner führen - wenigstens in den eigenen Reihen -, gelingt es ihm bei der Eigenart des Aufbaues seiner Parteiführung, sich trotzdem gegen eine erdrückende Mehrheit des bürgerlich-demokratischen Denkens durchzusetzen.

Denn eben diese Eigenart seines Parteaufbaus setzt ihn gründlich in Vorteil gegenüber unseren bürgerlich-demokratischen Methoden. Dieser Gegner verfügt über eine gefährlich kluge taktische Konzeption. Er weiß, daß es ihm auf die Dauer schwer sein wird, seine starke Position bei dem Mißverhältnis seines Stimmproportions zu behaupten. Denn sein grundsätzlicher Verstoß gegen die demokratische Spielregel wird sich keineswegs der Tolerierung unserer Besatzungsmacht als der Treuhänderin der Neuordnung unseres demokratischen Staatsaufbaues erfreuen.

Er versucht deshalb, andere Ansatzpunkte zu gewinnen. Der erste Versuch, die Führung der Arbeiterschaft an sich zu reißen, durch eine Vereinigung mit der SPD, scheiterte zunächst in diesem Raume an der demokratisch-reinen Haltung exponierter führender Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei.

Der zweite Versuch war der Einbruch der KPD in unsere Parteigruppe. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Exponent der linken Gruppe [Josef Müller] vor aller Öffentlichkeit auf seine besonders intimen persönlichen Beziehungen mit dem Neffen von *Molotow* beruft. Es ist bekannt, daß sich diese Persönlichkeit auf Capri mit diesem Neffen von *Molotow* zur eingehenden Erörterung traf.

In Regensburg erklärte jener Mann: man müsse die Reaktion bekämpfen und dem sozialistischen Gedanken der Zeit Rechnung tragen. Er habe sich im KZ eingehend mit dem Bolschewismus befaßt; namhafte Vertreter, mit denen er sich bei dieser Gelegenheit über das Wesen des Bolschewismus unterhielt, hätten ihm die Überzeugung vermittelt, daß ein deutscher Bolschewismus eine ganz andere Entfaltung - eine viel bürgerlichere - nehmen würde, wie der östliche Bolschewismus.

Keineswegs dürfe man an der Entwicklung der Zeit vorübergehen (mit bolschewistischem Einschlag), die Zeit der reaktionären Gedankengänge sei endgültig vorüber.

Anschließend griff er nicht die KPD an, mit deren ideologischen Wurzeln er sich soeben identisch erklärt hatte. Um so mehr proklamierte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Gerade die Sozialdemokratie hatte jedoch durch ihre Ablehnung einer Vereinigung mit dem Kommunismus bewiesen, daß sie auf dem Boden des bürgerlich-demokratischen Staatsdenkens steht.

Es hat fast den Anschein, als ob der Schwerpunkt dieses Versuches einer Synthese zwischen christlicher Weltanschauung und Bolschewismus in der Initiative des letzteren liege. Darauf weisen auch eindeutig die engen Beziehungen dieser Persönlichkeit zu hiesigen kommunistischen Kreisen hin, die ihn offen als ihren Vertrauensmann innerhalb der Christlich-Sozialen Union bezeichnen.

(Allgemeines Gelächter.)

Es sei hier mit besonderer Betonung auf die Anlage dieser Stellungnahme verwiesen, die die Intrige der Figuren dieses Mannes im Kampf um das Landwirtschafts-

ministerium zur Darstellung bringt. Gerade bei diesem Anlaß wandten sich die Kommunisten vertrauensvoll an diesen Mann, um seine Hilfe gegen jenen konsequenten und reinen Charakter Dr. *Hundhammer* zu erbitten; und sie bekamen diese Hilfe durch ihn in der Form einer Intrige, die alle Gesetze von Demokratie auf den Kopf stellte; denn Dr. *Hundhammer* war mit absoluter Mehrheit von der sich konstituierenden Christlich-Sozialen Union beauftragt und allein legitimiert, die Verhandlungen im Rahmen demokratischer Gepflogenheiten zu führen. Hier wird vielleicht einmal ein Staatsgerichtshof entscheiden

(Heiterkeit.)

über das Maß der Verantwortung, die ein Mann dafür trägt, die Wiederherstellung der Ordnung im Ernährungssektor verhindert zu haben.

Jahrzehntelang war Bayern Überschußraum an landwirtschaftlichen Produkten. Erst heute, und dazu noch bei einer Verbrauchsrosselung im Verhältnis von 1:4, ja 1:5, reicht die letztjährige gute Ernte nicht einmal mehr zur Befriedigung eines Ernährungs-Solls aus, das die Militärregierung nach eingehender Prüfung als unzureichend und gesundheitlich nicht vertretbar feststellte. Aber es kann hier gar nicht auf solche Einzelheiten eingegangen werden, denn ihre Vielzahl würde den Umfang dieser Klarstellung unhandlich erweitern.

(Zuruf: Das ist ja Irrsinn!)

Gerade jene Kreise, die aus metaphysischen Gründen ihr Leben im Kampf gegen den Nazismus einsetzten, vertreten heute die Überzeugung, daß allein aus unserem christlichen Ideengut eine Lösung all der Fragen möglich sei, die das Erbe des Chaos an uns stellen. Sie haben deshalb sich entschlossen, der jeweiligen Führung eine Garantieverpflichtung aufzuerlegen und nannten diese Partei "Christlich-Soziale Union".

Eine wertvolle Brücke schlug der gemeinsame Kampf für den in diesem Schilde für uns erhaltenen heiligen Namen, eine Brücke zwischen jenen beiden Konfessionen, die beide in jenem Namen den Schwerpunkt ihres Glaubens und Denkens und Kämpfens erkannten. Auch ist dieser Name ein Schlüssel zu jenem kosmopolitischen Denken, in das wir hineinzuwachsen haben, wenn wir den Nachweis unserer Reife erbringen wollen, uns in die Gesetze des Zusammenlebens der Völker wieder einzuleben.

Auch ist dieser Name Programm für die Sauberkeit des Charakters jener Männer, welchen wir mit unserer Stimme das Vertrauen aussprechen, Treuhänder unseres von diesem Namen getragenen Ideengutes zu sein.

Wir müssen aus der Abstraktion des Glaubens uns zurückfinden aus [sic!] einem lebens- und wirklichkeitsverbundenen Glauben. Ebenso müssen wir im Kampffeld um die Verwirklichung unseres Erkenntnisgutes im Staate zurückfinden, zunächst in unserem eigenen Lager, aus einer Politik der Taktik als Alleinzweck, des Kampfes um die Macht, aus einer Politik der Intrige zu einer Politik kameradschaftlicher Sauberkeit, der Linie und des Formats. Neben der Sauberkeit des Charakters - der Klarheit seiner Grundlegung in unserem Ideengute - entscheidet allein die Fähigkeit zur Leistung über die Würdigkeit für unser Vertrauen.

Zwei Persönlichkeiten unseres religiösen und soziologischen Weltgefüges weisen uns durch ihr entscheidendes Urteil die Wege für unsere Stellungnahme:

In seiner Neujahrsbotschaft hat Papst *Pius XII.* eindeutig erklärt, daß [es] nach gewissenhaftesten Untersuchungen keine Brücke gibt zwischen christlicher Weltauf-

fassung und Bolschewismus. Und es hat der Vertreter des westlichen demokratischen Denkens in Europa, Premierminister *Churchill*, in seiner letzten geschichtsentscheidenden Darlegung eine klare ideologische Kampfansage gegen den Bolschewismus entwickelt.

Wir haben uns in dieser unserer Stellungnahme anlässlich der Wahl des Repräsentanten der Christlich-Sozialen Union somit zu entscheiden, ob wir gewillt sind, die Konsequenz aus unserem Parteischild zu ziehen, ob wir gewillt sind, uns auf den Boden der westlichen Demokratien zu stellen, oder ob wir einer von dieser Richtung verurteilten Linie unsere Stimme geben und uns somit auch zugleich in offenen Gegensatz zu unserem Parteischild stellen wollen.

Somit stehen wohl nunmehr zwei Männer zur Entscheidung, die aufgrund ihrer metaphysisch verankerten ethischen Haltung den Führungsanspruch an die Christlich-Soziale Union rechtfertigen, das ist:

Ministerpräsident a.D. Staatsrat *Fritz Schäffer* sowie Dr. phil. und Dr. rer. pol. *Alois Hundhammer*,

der bereits im Alter von 30 Jahren seinerzeit in den Landtag berufen wurde und als aktivster Kämpfer gegen den Nazismus vor 1933 in allen Lagern bekannt war.

München, den 28. März 1946, Mr/Ke.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte davon abzusehen, daß ich jetzt auf diese Geschichte eingehe. Es interessiert mich nur das eine: Der gleiche Herr, der vorhin erklärt hat, daß er dieses Schriftstück verfaßt hat, saß gemeinsam mit Staatsrat *Schäffer* in Regensburg mir gegenüber. Er hat es nicht der Mühe wert gefunden, nach der Diskussion, auf die er hier Bezug nimmt, mir irgendein Wort zu sagen.

(Zuruf: Ich war Gast!)

Es ist Gemeinheit und Lüge, was in diesem Pamphlet steht.

(Zuruf: Wie heißt der Mann?)

Bitte, wie heißen Sie? Wollen Sie Ihren Namen sagen!

(Zuruf: Ja natürlich; *Messmer*.-

Zuruf: Der Name ist schon zuviel, hinaus mit dem Mann!)

Ich darf sachlich nur das eine erklären: Es ist wirklich eine Gemeinheit - das darf ich Ihnen ruhig sagen -, mir derartige Vorwürfe zu machen. Ich bin allerdings nach dem Schmutzkübel, der in den letzten Wochen konzentriert und bewußt über mich ausgegossen wurde, durch nichts mehr überrascht.

(Zurufe: Pfui Teufel!)

Hönekopp: Mit einem anonymen Schreiben ist es immer üblich gewesen, daß es ungelesen unter den Tisch fliegt. Wir lassen unseren Führer nicht in dieser Form angreifen.

Ich hoffe, daß die Vertreter von Oberbayern sich von dem Schreiben distanzieren, und schlage vor: Sie stellen hier allgemein die Vertrauensfrage, und dann muß ich feststellen, daß dieser Mann nicht mehr in die Partei hineingehört.

(Beifall!)

Dr. *Nerretter*: Meine lieben Parteifreunde! Ich sehe eine Gefahr heraufkommen. Wir haben uns jetzt hier in eineinhalb Tagen zusammengefunden, um bestimmte sachliche

Dinge zu erledigen. Wenn wir uns jetzt mit diesem Schreiben im einzelnen befassen, geht die Debatte auf dieses Gebiet hinüber. Mit dem Schreiben können wir uns aber nicht befassen, einmal deshalb, weil es in der Form unsachlich gehalten ist - ich will mich ganz dezent ausdrücken -, ferner, weil es überhaupt nicht in die Tagesordnung hineingehört. Mit dem Schreiben können wir uns erst befassen, wenn die formelle Seite klargestellt ist.

Ich stelle den Antrag, den Fall zur weiteren Behandlung dem Parteischiedsgericht zu überweisen, im übrigen mit der Tagesordnung fortzufahren.

Maier, Johann: Ich bin der Auffassung, daß der Mann uns nicht einmal zur Stellungnahme zwingen darf, und stelle den Gegenantrag: Wir zerreißen das Ding und geben es ihm in die Hand;

(Zuruf: Nicht zerreißen!)

in zwei Minuten soll er verschwunden sein. Jede Diskussion wäre zu schade. Es wäre zu schade, wenn uns solche Elemente hier überhaupt zu einer Stellungnahme zwingen.

Dr. Arnold: Meine Damen und Herren! Im Laufe des heutigen Tages haben wir schon mancherlei Unerfreuliches gehört. Was uns soeben geboten wurde, ist das größte Ausmaß an Unsauberkeit und Unwahrhaftigkeit, das man sich überhaupt denken kann.

Auf diese Angelegenheit gibt es für uns nur zwei Dinge:

1. Den Antrag durchzubringen, daß solche Persönlichkeiten von der Teilnahme an den weiteren Verhandlungen und von der Partei ausgeschlossen werden,
2. zu verlangen, daß in der CSU ein Schiedsgericht errichtet wird.

(Zurufe: Ist schon da! - Ist noch nicht da!)

Konrad: Meine verehrten Parteifreunde! Bei meiner langjährigen Mitarbeit im politischen Leben habe ich das, was uns heute geboten wurde, noch nicht erlebt. Ich muß nun dringend bitten, daß die Herren, die glauben, wir müßten jetzt in dem großen Gremium die Machtfrage durch breite Debatten austragen, sich einmal darüber klar werden, wie die Gesamtsituation für uns Delegierte und Parteifreunde steht. Ich habe das Gefühl, daß die Gesamtsituation verkannt wird. Vorläufig ist die Auseinandersetzung zwischen Ost und West in einem neuen Kriege anscheinend noch abgeblasen. Aber der Kleinkrieg hat längst begonnen.

(Sehr richtig!)

Im Herzen Europas wird um die Seelen der Menschen gerungen. Da haben wir in der Christlich-Sozialen Union eine gewaltig große Aufgabe, und da verstehen wir nicht, wie Sie heute in dieser Breite diese Führerfrage aufrollen können.

(Zurufe: Jawohl! Sehr richtig!)

Ich muß Ihnen sagen, mein lieber Parteifreund *Schäffer* und mein lieber Freund *Hundhammer*, wir waren zusammen und haben zusammen gekämpft. Ich verstehe nicht, daß wir jetzt in der Form das machen können. Es mag eine Zeit kommen, wo andere Auffassungen stärker in Erscheinung treten. Gut, dann möge man, ebenso wie auch der Kronprinz [*Rupprecht*] und andere Herren, die Zeit abwarten, wenn sie wirklich kommen sollte. Ich bin der Überzeugung: Wir haben die Aufgabe - Arbeiter, Bauern, Beamte, Mittelstand zusammen mit den verschiedenen Schichten unseres

Volkes - zusammenzustehen, um die abendländische Kultur im Herzen Europas zu retten.

(Sehr richtig!)

Auf diese großen Aufgaben müssen wir uns einstellen und alles andere zurückstellen. Ich bitte, nun einen Schlußstrich unter die Fragen zu ziehen, die uns auseinander führen. Sie können in einem kleinen Gremium erörtert werden, mag jeder Bezirksverband einen Delegierten dazu stellen, oder wie Sie das machen wollen. Ich würde beantragen, daß von jedem Bezirksverband ein Delegierter zusammen mit dem engeren Landesvorstand, der gewählt wird, diese Fragen behandelt, daß wir aber nicht in diesem großen Gremium unsere Zeit damit verbrauchen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir so zusammenarbeiten und die Fragen herausstellen, die wir draußen in der Propaganda brauchen, damit wir klar sehen, dann habe ich die Überzeugung, daß wir auch für unsere Christlich-Soziale Union arbeiten können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, sich kurz zu fassen. Es liegen bereits wieder sechs Wortmeldungen vor.

Konrad: Ich bitte, die Debatte aufs kürzeste zu beschränken, dem Antrag von Regierungsrat *Arnold* Rechnung zu tragen und dann zur Tagesordnung überzugehen, gegebenenfalls die Abstimmung vorzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegt ein Antrag von Dr. *Arnold* vor, den Herrn *Messer* aus der Partei auszuschließen.

Dr. *Kroll* (?): Wir können dem Herrn jetzt nahelegen, die Sitzung zu verlassen, ich spreche aber der Versammlung, wie sie hier ist, das Recht ab, über den Ausschluß aus der Partei zu befinden. Das setzt nach meinem Rechtsempfinden ein Gerichtsverfahren voraus, und für das Gerichtsverfahren ist nicht das große Gremium, sondern nur das Parteischiedsgericht zuständig. Daß der Herr im Augenblick nicht länger hier anwesend sein soll, entspricht wohl dem allgemeinen Empfinden. Ich glaube aber, daß wir einen formellen Beschluß in dieser Richtung nicht zu fassen brauchen. Ich nehme an, der betreffende Herr hat gemerkt, daß seine Anwesenheit im Augenblick untunlich ist, und wird sich wohl von sich aus entfernen.

Im übrigen bitte ich, die Frage, ob Ausschluß oder Nichtausschluß, dem Parteischiedsgericht zu übertragen und in eine sachliche Debatte über die Gesichtspunkte, die das Schreiben enthält, hier nicht einzutreten, einmal deshalb, weil eine Aussprache im Augenblick nicht vorgesehen ist, ferner weil es viel zu lange aufhält, weil wir produktive Arbeit zu leisten haben. Deswegen sind wir hierher gekommen.

(Zuruf: Weil wir uns nicht auf den Weg hinziehen lassen wollen,
auf den er uns hinziehen will!)

Strauß: Als Vertreter der Jugend und als Mann, der dreivierteil Jahre ein Landratsamt führt und einen Kreis mit über 3000 (?) Mitgliedern aufgebaut hat, stelle ich die Frage: Wo bleibt die Union? Wenn heute die Jugend hier wäre, glauben Sie nicht, daß die Jugend abgestoßen und angewidert wäre?

(Stürmische Zustimmung.)

Meine Herren! Worum wir heute bei den Versammlungen draußen kämpfen, ist das, daß wir als Aktivisten die Jugend hereinbekommen. Wenn ich den Leuten das sagen muß, was ich hier sehe, laufen sie mir alle ohne Ausnahme davon. Was haben wir bei

uns alles? Ergraute Leute! Die Jugend schaut, was los ist. Wenn sie sieht, wie es bei uns ist, läuft sie davon.

Ich protestiere gegen eine solche Geschäftsgebarung im allgemeinen, daß hier persönlicher Schmutz und Dreck ausgetragen wird. Wenn wir sechs Jahre draußen gestanden und gehofft haben, daß der Schwindel des Nazismus ein Ende nimmt, haben wir ein Recht, heute zu hoffen, nein zu fordern, daß eine Demokratie mit Disziplin aufgebaut wird.

(Zuruf: Und Sie, Herr Vorsitzender haben die Verantwortung dafür!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Wir haben vorhin gesagt, die Herren Gäste werden gebeten, sich zurückzuhalten. Sie tragen selbst mit dazu bei, daß das geschieht, was ich vermeiden möchte. Alle Herren haben die Verantwortung.

Strauß: Uns geht es heute darum, daß wir als letzte Rettungsmöglichkeit gegenüber dem sozialistisch-kommunistischen Block, der in der Bildung begriffen und in ständiger Progression ist, ebenfalls eine Bewegung aufbauen, die uns retten kann. Es geht nicht um die eine oder andere Persönlichkeit, es geht um die Frage: Christentum oder nicht mehr!

(Bravo!)

Wenn wir so weiterfahren - ich sehe es draußen in den Gemeinden, die wir haben, ich habe einen großen Prozentsatz an Bergarbeitern -, laufen uns die Leute davon. Ich vertrete durchaus ein dem sozialen Fortschritt der Zeit Rechnung tragendes Programm. Wir müssen uns auf die Taktik einstellen oder wir verfallen wieder in den alten Fehler reiner Bürgerlichkeit, die uns auf die Seite abschiebt. Sie dürfen die Taktik, die jetzt von der Seite mit vielen Mitteln getrieben wird, nicht mit Tendenz verwechseln. So etwas ist ein Denkfehler, noch mehr eine Charakterlosigkeit. Ich habe mit Erstaunen gehört - zu Ihrer Orientierung, ich bin nicht Parteigenosse -, daß ein Parteigenosse, der 1937 zur Partei gegangen ist und nach dem Gesetz der Militärrückführung erstens wahlberechtigt und zweitens wählbar ist, der als Kriegskrüppel zu uns kommt und bereit ist mitzuarbeiten - er will keinen Posten -, persönlich angegriffen wird.

(Zuruf: Und beschimpft wird!)

Ich bin schärfster Verfechter der antinationalsozialistischen Richtung, auch als Kämpfer in der Freiheitsaktion Bayern gewesen. Ich habe mich persönlich in den Tagen des April vorigen Jahres den SS-Burschen entgegengestellt. Ich wehre mich dagegen, daß man heute diese Leute den Kommunisten in die Arme treibt, die heute erklären, sie öffnen ihr Tor den anständigen Nazis und Pgs.

Ich verbitte mir hier solche Zwischenrufe - mir kann keiner nazistisches Denken vorwerfen - und wehre mich dagegen, daß solche persönliche Angriffe gemacht werden: "Hier dürfen Parteigenossen reden, und wir dürfen nicht reden". Ich frage nicht, wer das gesagt hat. Entweder haben wir Einigkeit oder Zersplitterung. Haben wir ein Duell hier oder eine Union?

Ott: Ich komme als gewählter Vertreter der Jugend Schwabens. Ich habe geglaubt, daß ich der Jugend von dieser Tagung einen Eindruck und ein Bild vermitteln kann von dem, was die alte Generation uns vorzustellen hat. In diesem Pamphlet, in dieser Auseinandersetzung heute nachmittag habe ich den Eindruck bekommen, daß es nicht um eine saubere, christliche, soziale Gesinnung, sondern darum geht, den Be-

sitzstand des Bürgertums zu bewahren und jedem anderen Menschen ein Lebensrecht abzusprechen.

(Unruhe im Saal.)

Als Vertreter der Jugend frage ich diesen Herrn:

(Zuruf: Er ist immer noch da und noch nicht draußen!)

Ist dieses Pamphlet von Ihnen unterschrieben oder haben Sie erst Ihren Namen genannt, als Sie hier aufgefordert wurden?

(Zuruf *Messmer*: Es ist mein Zeichen darauf!)

Mein Herr, es genügt mir. Sie waren für mich zu feige, den ganzen Namen darunter zu setzen.

(Zuruf *Messmer*: Die Herren, die es bekamen, kennen mich!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich fragen: Ist das das Pamphlet, von dem mir gesagt wurde, daß es auf der Fahrt im Auto gelesen und verteilt wurde?

Krempf: (?) Ich muß sagen, daß ich es im Auto gelesen habe. Er hat gesagt, es sei von ihm verfaßt.

Ich möchte dazu erklären, daß ich es tief bedauere, daß der ganze heutige Abend so vergangen ist, daß ich am liebsten heimgehe. Ich ringe jetzt ungefähr ein halbes Jahr um die Gestaltung der Christlich-Sozialen Union in Schwandorf, im ganz gefährlichen Kessel. Ich kann Ihnen sagen: Ich möchte als alter Mann weinen. 35 Jahre habe ich früher für die christliche Richtung gekämpft. Ich will nur sagen, ich habe das gelesen, ich halte es nicht für anonym, weil er seinen Namen dafür hergegeben hat.

(Zurufe.)

Ott: Ich stelle fest, dieses Schriftstück ist von dem Herrn nicht mit seinem ganzen Namen gezeichnet. Ich protestiere im Namen der schwäbischen Jugend dagegen und spreche dem Herrn unsere tiefe Verachtung für dieses Gebaren aus. Wir hätten erwartet, daß das Alter uns ein Vorbild ist. Man hat oft im Leben gesagt, ihr Jungen usw., ihr seid das und das, aber ich muß sagen: So weit haben wir uns nicht herabgewürdigt.

Ich möchte bitten, wenn Bestrebungen da sind, die Führung in die Hand zu bekommen: Wir haben nicht Posten zu vergeben, wir wollen die Arbeit jener Männer sehen - und wenn das die Arbeit ist, dann Dankeschön.

Maier, Johann: Ich habe vorhin den Antrag gestellt, darüber abzustimmen, daß dieser Mann sofort den Saal zu verlassen hat, alles andere war außer der Sache. Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Maier*, ich habe erwartet, daß der Mann selbst geht und uns eine Abstimmung erübrigt.

(Zurufe: Raus!)

Herr *Messmer* gehen Sie jetzt? Oder gehen Sie nicht?

(Zuruf *Messmer*: Selbstverständlich, Sie sehen, daß ich gehe!)

Dr. Gerathewohl: Das, was wir vorhin von dem jungen Parteifreund hörten, der sich als Landrat vorstellte, unterschreibe ich voll und ganz. Ich unterschreibe auch voll und ganz das, was von dem Alter gesagt wurde. Ich meine, wir sollten heute abend nicht mit dem Gefühl, das zum Ausdruck gebracht wurde, auseinandergehen, daß es sich

hier um einen Reinigungsprozeß ideologischer Art handelt. Meines Erachtens kann diese Frage heute abend in der halben Stunde, die uns noch zur Verfügung steht, nicht in positivem Sinne gelöst werden.

Ich beantrage deshalb Vertagung der Aussprache zu den positiv und ideologisch wichtigen Grundfragen der Partei auf morgen vormittag. In dieser Erwartung, glaube ich, können wir heute alle in dem Bewußtsein gehen, auch wirklich etwas Positives mitzunehmen. Denn ohne das gehen wir morgen unter keinen Umständen heim. Ich beantrage, daß alle diese Dinge, die eben hier besprochen wurden, als endgültig erledigt angesehen werden, und daß wir morgen zur Tagesordnung übergehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf noch bekannt geben: Es ist noch ein Antrag von Oberfranken eingegangen, der wohl kein Antrag, sondern eine Anfrage ist. Sonst liegt ein Antrag auf Schluß der Debatte vor.

Ich gebe diese Anfrage, die als Antrag formuliert ist, bekannt:

Haben Staatsrat *Schäffer* und Herr *Hundhammer* das Pamphlet gebilligt? Haben sie es gekannt? Sind Sie mit der Verbreitung einverstanden?

Ich möchte den beiden Herren Gelegenheit geben, eine Erklärung abzugeben, bevor ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimme. Ich bitte, sich kurz zu äußern, wir müssen Schluß machen.

Schäffer: Meine Herren, ich erkläre Ihnen folgendes: Der Herr Vorsitzende hat vorhin schon meinen Namen mit dem Schriftstück in Zusammenhang gebracht, weil ich bei der Bezirkstagung in Regensburg in dem gleichen Saale und an dem gleichen Tische mit dem Herrn gesessen sei. Ich verwahre mich gegen solche Unterstellungen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Staatsrat *Schäffer*, ich darf erwidern. Ich habe nicht Ihren Namen mit dem Schriftstück in Zusammenhang gebracht, sondern erwähnt, daß der Herr mit Ihnen gemeinsam in Regensburg zusammensaß und sich mit mir nachher darüber nicht unterhalten hat. Ich bitte, meine Worte nicht zu entstellen.

Schäffer: Meine Herren, was hat es denn anders für einen Sinn, als damit anzudeuten, daß der Mann, mit dem ich in der Oberpfalz zufällig beisammensaß, gewissermaßen mein Hilfswerkzeug ist?

Zur Sache! Ich habe dieses Schriftstück gesehen und ihn gebeten, es nicht zu verteilen. Das ist die Tatsache.

Nun darf ich noch etwas anderes sagen. Ich will eine Besprechung haben. Ich nehme den Vorschlag auf, der gemacht worden ist. Ich habe schon einmal aus wohlwollenden Gründen gebeten, eine geschlossene Sitzung zu halten. Ich möchte auf den sachlichen Inhalt des Schriftstücks eingehen.

(Zuruf: Aha!)

Jawohl, weil mein Name damit in Zusammenhang gebracht wird, und ich kann erzählen!

Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren, ich erkläre zu der Sache - ich hatte mich schon zu Wort gemeldet, als die Diskussion darauf kam -, daß das Schriftstück ohne mein Wissen verfaßt und gegen meinen Willen verbreitet ist.

Den beiden Anträgen Dr. *Nerretter* und *Konrad* stimme ich zu. Die Sache soll so behandelt werden, wie es von den beiden Herren vorgeschlagen ist.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer enthält sich? - Wer ist dagegen?

Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.

Dr. Nerreter: Mein Antrag auf Überweisung an das Schiedsgericht steht noch aus.

Vorsitzender [Josef Müller]: Der Antrag auf Überweisung an das Schiedsgericht steht noch aus.

Ist eine Debatte darüber erwünscht?

(Zuruf: Nein!)

Dr. Lacherbauer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß wir ein Schiedsgericht überhaupt noch nicht haben. Es wird also erforderlich, zuerst ein Schiedsgericht zu bilden. Weder in unseren Satzungen noch irgendwo ist das Schiedsgericht konstitutiv rechtlich begründet worden. Es liegt ein ähnlicher Antrag vor. Wir hatten in der letzten Landesvorstandssitzung darüber eingehend debattiert und festgestellt, daß ein Schiedsgericht nicht besteht. Wenn also Überweisung an ein Organ erfolgt, das nicht existiert, dann ist dieser Antrag gegenstandslos.

Schäffer: Zur Klarstellung! Ich habe im Namen des Bezirksverbandes München-Stadt beantragt, daß satzungsgemäß ein Ausschlußverfahren festgestellt wird. Ich bitte diesen Antrag, wenn es zur Abstimmung kommt, anzunehmen. Dann kann dieser Fall darunter gebracht werden.

Vorsitzender [Josef Müller]: Dazu kommen wir morgen, es liegt so viel vor.

Dr. Nerreter: So ganz abwegig war mein Antrag doch nicht. Ich stützte mich bei der Annahme, daß ein Schiedsgericht besteht, auf eine Mitteilung des Landessekretariats vom 7. Januar 1946, wo unter der Ziffer 5 steht "Parteischiedsgericht: Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. Ludwig Hagenauer".

Ich bin natürlich in der Provinz und muß mich auf die schriftlichen Mitteilungen weitgehend verlassen. Wenn mir mitgeteilt wird, daß ein Parteischiedsgericht besteht, und wenn der Vorsitzende schon drin steht, nehme ich als biederer Provinzler an, daß dies stimmt, was aus München mitgeteilt wird.

Ich kann meinen Antrag zur Abkürzung dahin berichtigen: Überweisung "an ein zu bildendes Parteischiedsgericht".

Vorsitzender [Josef Müller]: Das Schiedsgericht ist gebildet worden wie die anderen Ausschüsse damals auch, das heißt, Dr. Hagenauer sollte das Schiedsgericht vorbereiten, die Statuten entwerfen usw.

Hönekopp: Es wurde beantragt, daß in dieses Schiedsgericht von jedem Bezirk ein Vertreter hinein müsse. Das sind Dinge, die uns alle interessieren, die wir uns mit den Leuten unterhalten. Es ist unbedingt nötig, daß dieses Schiedsgericht auf breite Basis gestellt wird.

Vorsitzender [Josef Müller]: Ich glaube, wir brauchen heute keine weitere Debatte mehr über diese ganzen Fragen. Ich würde vorschlagen, daß wir so vorgehen:

Zu dem Antrag Konrad - es ist praktisch nicht möglich, so vorzugehen, wie es von Konrad vorgesehen wurde - schlage ich vor: Beschlußfähig ist das Gremium, das vorhin als beschlußfähig festgestellt wurde.

Über die anderen Sachen wurde vorhin schon debattiert.

Ich schlage vor, morgen um 9 Uhr die Tagung zu beginnen. Es treffen sich nur die Stimmberechtigten. Gäste und andere Personen werden erst ab 11 Uhr zugelassen.

(Lebhafter Widerspruch und Zuruf: Dann ist es schade, daß wir hergekommen sind!)

Es wird Einspruch erhoben. Ich will mir nicht den Vorwurf machen lassen, als ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde. Das gibt es nicht.

Dann schlage ich vor: Eine Stunde lang treffen sich die Abstimmungsberechtigten. Das ist nicht lange. Wir können uns dann über das Nötige klar werden. Ab 10 Uhr werden die Nichtabstimmungsberechtigten zugelassen.

[Unterbrechung der Sitzung: 30. März 1946, 20.30 Uhr.]⁷

Fortsetzung der Tagung der Christlich-Sozialen Union in Bamberg [am] 31. März 1946, 9.15 Uhr

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich die heutige Sitzung eröffnen.

Ich halte es für zweckmäßig, Herrn *Schäffer* zuerst das Wort zu geben, nachdem von ihm die Anregung ausgegangen ist, daß diese Tagung um 9 Uhr unter Ausschluß der Öffentlichkeit - wenn ich mich so ausdrücken darf - stattfindet.

Schäffer: Ich bin mir zwar im Unklaren, welche Erklärung ich jetzt abgeben soll. Ich glaube, ich soll eine Erklärung abgeben, warum ich eine geschlossene Sitzung beantragt habe.

(Zustimmung des Vorsitzenden [*Josef Müller*].)

Ich habe gestern schon darüber gesprochen. Ich halte eine geschlossene Sitzung dann für notwendig, wenn - wie ich hoffe - in ruhiger und sachlicher Form Dinge besprochen werden, die nun einmal von vorneherein gewisse Gegensätze aufzeigen.

Unsere Tagesordnung war an sich so gegliedert, daß eine Reihe von Gegenständen der Tagesordnung für einen größeren Kreis bestimmt schienen, die drei Berichte 1., 2., 3. und der letzte Punkt "Politische Aussprache". Ich hatte gestern die Anregung gegeben, diese Punkte der Tagesordnung in Gegenwart des größeren Kreises und die anderen Punkte, die Gegensätze aufzeigen, in kleinerem Kreis zu besprechen.

Es wäre wünschenswert, um zu ruhiger, sachlicher Erörterung zu kommen, daß man sich über die Bedeutung der einzelnen Anträge klar wird. Ich spreche hier in aller Form einen besonderen Wunsch aus: Ich glaube, die Verhandlungen würden wesentlich friedlicher verlaufen und wir würden uns wesentlich besser verstehen und es würden manche Mißverständnisse, die ich zum Beispiel aus dem Artikel des Oberbayerischen Volksblatt[es] sehr deutlich heraussehe, sofort behoben werden können, wenn der Antrag München "Einberufung einer Landesversammlung" zuerst beraten würde. Dieser Antrag fällt auch deshalb aus dem Rahmen der übrigen Anträge heraus, weil nach unseren Satzungen darüber gar keine Abstimmung, sondern lediglich eine Erklärung der übrigen Bezirksverbände notwendig ist, wie sie sich zu dem Antrag stellen. Es wäre sehr gut, wenn wir über diesen Antrag zuerst sprechen könnten. Ich hätte dann Gelegenheit, auch Erklärungen abzugeben, von denen ich hoffe, daß sie die Situation wesentlich erleichtern würden. Ich würde die anderen Bezirksvorsitzenden bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Herr *Falkner*.

Dr. *Falkner*: Wir sind alle der Meinung, daß bei der gestrigen Sitzung Herr *Goebbels* hätte teilnehmen können, er hätte helle Freude gehabt. Das wollen wir doch vermeiden.

⁷ Im Wortprotokoll fehlt die Zeitangabe. Die Uhrzeit wurde übernommen aus einem vierzehnteiligen Kurzprotokoll der Sitzung: "Niederschrift über die Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946" im Privatbesitz Karl Köhler.

Mein Vorschlag wäre der: Wir wollen uns jetzt gegenseitig in dem kleineren Kreise zusichern, daß wir ruhig, vernünftig und sachlich miteinander reden.

Herr Dr. *Müller*, nehmen Sie mir es nicht übel, ich halte es nicht für richtig, bei Anwesenheit von etwa 100-150 Leuten und von Delegierten Beifall oder Mißfallen zu äußern. Die gestrige Verhandlung hat bewiesen, daß ruhiges, sachliches Verhandeln nicht möglich war. Wir alle haben den Wunsch, daß Einigkeit in der Union nicht nur zustande kommt, sondern herrscht und bleibt. Es muß ein ordnungsgemäß⁸ gewählter Kopf an die Spitze der Union treten. Deshalb möchte ich bitten und vorschlagen, und für Niederbayern stimme ich dem Antrag von Staatsrat *Schäffer* zu: Berufen Sie eine Landesversammlung ein, in der durch die ordnungsgemäß gewählten Vertreter das ordnungsgemäß gewählte Haupt der Union gewählt werden kann.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf eines sagen: Es geht wie in allen Fällen, der die Verantwortung hat, wird von beiden Seiten angegriffen. Ich bin gestern abend schon darauf angesprochen worden, daß unter den Herren, die da waren, vor allem unter den Jungen, die Annahme bestehen könnte, daß wir hier irgendeinen Kuhhandel machen würden, wenn wir die Öffentlichkeit ausschließen würden. Es hat alles seinen Vor- und Nachteil. Wenn wir uns anständig und fair unterhalten - und das dürfte doch vorauszusetzen sein -, dann müßte man die Öffentlichkeit nicht ausschließen, denn die Öffentlichkeit wird ja durch unsere eigenen Parteifreunde und durch die Leute dargestellt, die in die Union hereinwachsen sollen. Es liegt ja an uns, wie geschmackvoll eventuelle Kämpfe, die es in allen Parteien gibt - wir haben sie heute, die anderen werden sie morgen haben -, ausgetragen werden. Es geht darum, daß den Leuten nicht der Geschmack verdorben wird.

Heubl: Ich stimme den Ausführungen von Dr. *Müller* zu. Wer kann Garantie übernehmen, daß gestern keine Angehörigen einer anderen Partei im Saale anwesend waren?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Eine Kontrolle war gestern dadurch erschwert, daß die Omnibusse aus München verspätet ankamen, Herr *Schmidt* daher nicht da war. Dieser hätte aber auch nicht alle gekannt. Wir stehen eben am Anfang einer neuen Partei, wo wir uns nicht alle kennen.

Heubl: Ich kenne drei Leute, die nicht Mitglied der Union sind und trotzdem anwesend waren. Das habe ich erst gestern abend erfahren.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann muß ich bitten, mir zu sagen, der gehört nicht zu uns, aber ich kann nicht jeden hinausschmeißen, nur deshalb, weil er nicht stimmberechtigt ist. Es waren auch in München Leute da, die nicht stimmberechtigt waren.

Heubl: Ich möchte nur bitten, heute das genau zu prüfen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kann heute geprüft werden, ob jemand hereinkommt, der nicht bekannt ist.

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte vorschlagen, daß wir uns zunächst über den Antrag von Staatsrat *Schäffer* bezüglich Einberufung der Landesversammlung kurz schlüssig werden. Dann können wir hernach zu den anderen Fragen Stellung nehmen. Ich selbst unterstütze den Antrag.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich bin überrascht, daß in dem jetzigen Gremium, das so bedeutsam einberufen wurde, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, ausgerechnet dieser Antrag kommt, der ruhig in der Öffent-

⁸ In der Vorlage: "ordnungsgewählter".

lichkeit diskutiert werden kann. Wozu die Frage, ob und wann eine Landesversammlung einberufen werden soll, in dem geschlossenen Kreis diskutieren?

Ich darf einen Antrag auf Zulassung von Jugendvertretern verlesen, der von Herrn *Holzer* eingegangen ist:

Antrag auf Zulassung von Jugendvertretern:

Eine Reihe von Jugendvertretern hat sich an mich mit der Bitte gewandt, ihren Antrag auf Zulassung zur geschlossenen Sitzung zu vertreten.

Ich bitte, diesen Antrag begründen zu dürfen.

Ich bitte Herrn *Holzer*, den Antrag zu begründen.

Holzer: Gestern abend hat sich eine Anzahl von Jugendvertretern im Anschluß an die turbulente Sitzung mit der Bitte an mich gewandt, daß man wenigstens den gewählten Jugendvertreter aus jedem Bezirksverband zu dieser Sitzung zulassen soll. Die Jugendvertreter haben gehofft, daß sie aus dieser geschlossenen Sitzung einen viel besseren Eindruck an die Leute vermitteln können, die sie gewählt haben, als sie gestern bei öffentlicher Sitzung erhalten haben. Sie haben die Frage offengelassen, ob ihnen dabei das Stimmrecht gegeben werden soll oder nicht.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn sie Stimmrecht bekommen sollten, müßte das beantragt werden. Nach dem, was gestern über das Stimmrecht beschlossen wurde und was der Militärregierung vorgelegen hat, möchte ich aber eine Erweiterung des Stimmrechts nicht gerne vornehmen. Wenn kein formeller Antrag gestellt wird, möchte ich darüber weggehen.

Dagegen können wir darüber diskutieren, ob Vertreter der Jugend zugelassen werden sollen.

Dr. Hundhammer: Ich schlage vor, daß wir über diesen Antrag ganz kurz ohne Diskussion abstimmen, und zwar nicht durch Zettel, sondern durch Aufstehen oder Handaufheben. Wir kürzen dadurch das Verfahren ab.

Dr. Horlacher: Meine Herren, ich bin dagegen, daß dieser wichtige Punkt der Tagesordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wird. Ich sehe nicht ein, warum organisatorische Fragen der Union nicht im Beisein der Gäste behandelt werden sollen. Ich erinnere an ein früheres Parteigremium, dessen Namen ich hier nicht mehr nennen will, an dem ich auch - allerdings nicht in verantwortlicher Stelle, aber bei den Landesversammlungen - beteiligt war. Da sind nie die Gäste ausgeschlossen worden. Ich sehe diese Methode nicht ein. Ich würde bitten, daß solche Anträge in öffentlicher Sitzung behandelt werden. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum bei irgendeiner Gelegenheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. Wer ist denn diese Öffentlichkeit? Das sind meistens abgestellte Vertreter von Bezirken, meistens Leute, die bestimmte Bevölkerungskreise vertreten. Ich sehe die große Gefahr darin: Wenn hier in einem Zirkel etwas verhandelt wird und gewisse Dinge nicht gleich hinausdringen, dann ist die Gerüchtemacherei viel schlimmer.

(Zurufe.)

- Ich bitte, mich ruhig reden zu lassen.

Herr *Dr. Falkner* hat hier erklärt, es muß ein ordnungsgemäß gewählter Kopf her. Das war der Sinn seiner Ausführungen. Gegen derartige Ausführungen wende ich mich mit aller Schärfe. Das sind Ausführungen, die nie die Mißstimmung in der Union zur Ruhe kommen lassen; das sind die Ausführungen die uns trennen; das sind die Aus-

führungen, die auf die inneren Differenzen der Union hinweisen. Ich habe gestern ausgeführt - und das kann niemand widerlegen: Die Union ist erst im Aufbau begriffen. Wer will das bestreiten? Die Union hat nicht die Wähler, die sie braucht, hat nicht die gewählten Mitglieder, die sie für ihren Aufbau der Partei braucht. Sie muß erst einen gewissen Mitgliederstamm bekommen, um den wir werben. Wenn der Mitgliederstamm in den Bezirken draußen da ist, wenn die Organisation einen bestimmten Aufbau hat, wenn die neuen Ideen der Organisation sich beim Volke durchgesetzt haben, wie wir es in unseren Versammlungen erleben, dann wollen wir die Entscheidung darüber herbeiführen in einer Landesversammlung, die dann auch verkehrstechnisch möglich ist. Heute ist das verkehrstechnisch gar nicht möglich. Ich bin selbst Leiter eines größeren Instituts und weiß, daß eine große Generalversammlung heute auf ungeheure Schwierigkeiten stößt. Deshalb ist die Militärregierung so klug gewesen, hier eine vorläufige Satzung zu geben, weil sie damit dem erst sich anbahnenden Aufbau der Partei und den vorhandenen Schwierigkeiten Rechnung trägt. Man braucht darüber gar nicht mehr zu reden.

Denken Sie auch an die praktischen Folgen! Warum soll durch solche Anträge immer der Eindruck einer Vertrauenserschütterung gegenüber unserem vorläufigen Landesvorsitzenden erweckt werden? Dagegen wende ich mich jetzt. Die Leute haben sich in ehrlicher Arbeit bemüht, den organisatorischen Aufbau der Partei durchzuführen und vorzubereiten, sie haben ein eigenes publizistisches Blatt geschaffen. Wir sind der Meinung, daß endlich damit Schluß sein muß. Wir sind der Meinung, daß Herr Dr. Müller unser Vertrauen genießt, die Verhältnisse zu ordnen, bis es soweit ist, daß die Union eine ordnungsgemäße Landesversammlung einberufen kann.

Dann ein anderer Gesichtspunkt! Sie berufen sich immer auf die Satzungen. Ich habe schon darauf hingewiesen: Noch nie sind hier Satzungen diskutiert oder beschlossen worden. Wir werden wieder eine Tagung dieses Gremiums abhalten müssen, wenn der Entwurf der Satzung vorgelegt wird. Wir werden dann Satzungen eingehend beraten. Sie müssen so gestaltet werden, daß in der Union niemals zufällige Gebilde eine Rolle spielen können, daß niemals zufällige Beeinflussungen gewisser Personenkreise eine Rolle spielen können. Sie müssen so gestaltet werden, daß die Bezirke in ihren Vertretungen zum Ausdruck kommen, aber auch die großen Berufsstände, Bauernstand, Arbeiterstand und gewerblicher Mittelstand ihre Berücksichtigung finden. Soweit sind wir noch lange nicht. Wir haben in einigen Bezirken Bayerns sehr gut gearbeitet. Unsere fränkischen Herren verdienen den Dank der Versammlung, sie haben ihre Delegierten ordnungsgemäß hierher bestellt. Ich bedaure, daß gerade Herr Falkner sich zum Wortführer der neuen Kopfgestaltung machte, während er seinen Kopf von Niederbayern selber ausgesucht hat und erst mit Genehmigung der Militärregierung über diesen faux pas hinweggehen muß. Ähnlich ist es in anderen Bezirken. Ich will die Dinge nicht verschärfen. Wir haben hier einen klaren Überblick und Einblick in die Verhältnisse gewonnen. Wir sind über die Dinge in der Union durchaus im klaren. Ich bitte die Diskussion nicht fortzusetzen, sondern den Antrag abzulehnen.

Wir werden dem Landesvorsitzenden nachher unser Vertrauen aussprechen. Er ist befugt, die Landesversammlung einzuberufen, wenn er es für zweckmäßig erachtet. So arbeitet man vertrauensvoll in einer Partei und nicht mit juristischen Klauseln, die Mißstimmung in die Reihen der Union hereintragen.

(Bravo!)